

Stenografischer Bericht

3. Sitzung des Landtages Steiermark

XVI. Gesetzgebungsperiode 23. November 2010

Beginn: 10.06 Uhr

Entschuldigt: ---

Mitteilungen: (81)

Nachruf: LTAbg. und BR a.D. Emmy Göber (79)

Einl.Zahl 107/1

Dringliche Anfrage der Grünen an Landeshauptmann Mag. Voves, betreffend
Auswirkungen des Belastungspaketes der SPÖ-ÖVP-Bundesregierung auf die Steiermark

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Lechner-Sonnek (134).

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landeshauptmann Mag. Voves (138).

Wortmeldungen: LTAbg. Lechner-Sonnek (139), LTAbg. Klimt-Weithaler (144), LTAbg. Kröpfl (148), LTAbg. Mag. Drexler (149), LTAbg. Schönleitner (153).

Beschlussfassung (155).

Einl.Zahl 110/1

Dringliche Anfrage der FPÖ an Landesrat Dr. Buchmann, betreffend
Wirtschaftsförderung(en) des Landes Steiermark an den Pharmariesen Roche

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Samt (156).

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Dr. Buchmann (159).

Wortmeldungen: Landesrat Dr. Kurzmann (167), LTAbg. Ing. Jungwirth (168), LTAbg. Dr. Murgg (170), LTAbg. Kasic (173), LTAbg. Mag. Dr. Mayer (176).

Beschlussfassung (177).

Einl.Zahl 118/1

Dringliche Anfrage der KPÖ an Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder, betreffend
Wiedereinführung des Pflegeregresses

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg.: Claudia Klimt-Weithaler (178).

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder (184).

Wortmeldungen: LTAbg. Klimt-Weithaler (188), LTAbg. Lechner-Sonnek (190), LTAbg. Dr. Murgg (193), Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder (196).

Beschlussfassung (198).

Einl.Zahl 119/1

Dringliche Anfrage der FPÖ an Landeshauptmann Mag. Voves, betreffend *Bettelverbot*

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Mag. Dr. Mayer (198).

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landeshauptmann Mag. Voves (200).

Wortmeldung: LTAbg. Mag. Dr. Mayer (201).

1. Einl.Zahl 60/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Verfassung, Dienstrecht, Vereinbarungen und Staatsverträge, Unvereinbarkeit und Immunität

Betreff: *Novellierung Landesverfassungsgesetz 2010*

Berichterstattung: LTAbg. Kröpfl (82).

Wortmeldungen: LTAbg. Dr. Bachmaier-Geltewa (82), LTAbg. Kröpfl (83).

Beschlussfassung (84).

2. Einl.Zahl 38/3

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Verfassung, Dienstrecht, Vereinbarungen und Staatsverträge, Unvereinbarkeit und Immunität

Betreff: *Kontrolle durch den Landesrechnungshof auf Antrag eines Landtagsklubs*

Berichterstattung: LTAbg. Lechner-Sonnek (84).

Wortmeldungen: LTAbg. Schönleitner (85), LTAbg. Dr. Murgg (86), LTAbg. Mag. Drexler (87), LTAbg. Schönleitner (90), LTAbg. Dr. Murgg (92), LTAbg. Mag. Dr. Mayer (93), LTAbg. Kröpfl (93).

Beschlussfassung (94).

3. Einl.Zahl 59/3

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Gesundheit und Pflege

Betreff: *Richtlinien für gesunde Schulbuffets*

Berichterstattung: LTAbg. Böhmer (95).

Wortmeldungen: LTAbg. Kolar (95), LTAbg. Neuhold (97).

Beschlussfassung (100).

4. Einl.Zahl 65/3

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Gesundheit und Pflege

Betreff: *Mobile Betreuung statt neue Pflegeheime*

Berichterstattung: LTAAbg. Lechner-Sonnek (100).

Wortmeldungen: LTAAbg. Lechner-Sonnek (101), LTAAbg. Zenz (105), LTAAbg. Riener (106), LTAAbg. Dr. Murgg (108), LTAAbg. Tromaier (109).

Beschlussfassung (110).

5. Einl.Zahl 61/3

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Soziales, Arbeitsmarkt, KonsumentInnenschutz, SeniorInnen, Jugend, Frauen, Familie und Integration

Betreff: *Vereinheitlichung des Jugendschutzgesetzes*

Berichterstattung: LTAAbg. Amesbauer (111).

Wortmeldungen: LTAAbg. Lercher (111), LTAAbg. Amesbauer (112), LTAAbg. Lercher (113), LTAAbg. Ederer (114), LTAAbg. Klimt-Weithaler (115), Landesrätin Mag. Grossmann (117), LTAAbg. Ing. Jungwirth (118), Bundesrat Krusche (119).

Beschlussfassung (120).

6. Einl.Zahl 46/3

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Umwelt und Verkehr

Betreff: *Erlassung eines neuen Naturschutzgesetzes*

Berichterstattung: LTAAbg. Schönleitner (120).

Wortmeldungen: LTAAbg. Schönleitner (121), LTAAbg. Kaufmann (122), LTAAbg. DI Wöhry (124), Landesrat Dr. Kurzmann (125).

Beschlussfassung (125).

7. Einl.Zahl 49/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Umwelt und Verkehr

Betreff: *Gerbereideponie Schmidt*

Berichterstattung: LTAAbg. Schönleitner (126).

Wortmeldungen: LTAAbg. Lechner-Sonnek (126), Landesrat Dr. Kurzmann (128), LTAAbg. Tromaier (128), LTAAbg. Ederer (129).

Beschlussfassung (129).

8. Einl.Zahl 73/3

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Finanzen und Beteiligungen

Betreff: *Haftungsübernahme für die "Team Styria Werkstätten GmbH"*

Berichterstattung: LTAvg. Schwarz (130).

Wortmeldungen: LTAvg. Persch (130), LTAvg. Schleich (132).

Beschlussfassung (133).

Präsident Ing. Wegscheider: Hohes Haus!

Heute findet die dritte Sitzung des Landtages Steiermark in der XVI. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Damen und Herren Abgeordnete, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Ich begrüße natürlich alle Damen und Herren auf der Zuschauergalerie im Besonderen die drei größeren Gruppen, die mir vorliegen.

Ich begrüße die Aspirantinnen und Aspiranten des Ausbildungslehrganges der Sicherheitsexekutive in der Steiermark unter der Leitung von Chefinspektor Franz Hautzinger recht herzlich (*Allgemeiner Beifall*).

Zum Zweiten begrüße ich die kulturinteressierten Damen und Herren des Kulturvereines Hera unter der Leitung von Herrn Dr. Norbert Hofer recht herzlich (*Allgemeiner Beifall*).

Sowie die Damen und Herren des Seniorenbundes Graz-Umgebung unter der Leitung von Frau Gemeinderätin Gerda Gessek. Herzlich willkommen. (*Allgemeiner Beifall*)

Es liegen mir keine Entschuldigungen zur heutigen Tagesordnung vor. Sehr geehrte Damen und Herren des Hohes Haus, ich bitte Sie, sich von den Plätzen zu erheben.

Bevor ich zur Tagesordnung übergehe, habe ich die traurige Pflicht, eines verdienten Mitgliedes des Landtages Steiermark zu gedenken.

Am Mittwoch, dem 17. November 2010 verstarb die Landtagsabgeordnete und Bundesrätin a.D. Emmy Göber im 82. Lebensjahr.

Emmy Göber wurde am 30. März 1929 in Kemeten im Burgenland als Tochter des Schuldirektors Alfred und der Hausfrau Emma Böhm geboren. Nach dem Pflichtschulbesuch und dem Besuch der Lehrerbildungsanstalt in Graz schloss sie ihre Ausbildung zur Pflichtschullehrerin mit der Matura im Jahre 1948 ab.

In den Jahren von 1948 bis 1960 wirkte Emmy Göber als Lehrerin an Hauptschulen in Stegersbach, Graz und Gleisdorf.

Im Jahre 1952 heiratete Emmy Göber und der Ehe entspringen eine Tochter und ein Sohn.

Bereits im Jahre 1960 wechselte Emmy Göber in den Betrieb ihres Ehemannes und war bis zu ihrer Pensionierung als Angestellte im Eisenhof Göber tätig. Im Rahmen dieser Tätigkeit begann auch Emmy Göber's Interesse für die Politik, wo sie sich im Rahmen des Wirtschaftsbundes schon sehr früh für die Rolle der Frau in der Wirtschaft engagierte.

Dieses Engagement brachte Emmy Göber schließlich im Jahr 1983 in den Bundesrat, wo sie über drei Jahre die Interessen der Steiermark in Wien vertrat.

Im Jahre 1986 wechselte Emmy Göber in den Landtag Steiermark, welchem sie bis 1991 angehörte. In dieser Zeit hatte Frau LTAbg. Göber eine Reihe von wichtigen Funktionen inne, unter anderem war sie Mitglied des Finanz-Ausschusses, des Verkehrs- und Infrastruktur-Ausschusses sowie des Wirtschafts- und Raumordnungs-Ausschusses. In diesen Ausschüssen, die über lange Zeit von Männern dominiert waren, brachte Emmy Göber als Vertreterin der Wirtschaft ihre umfassenden eigenen Erfahrungen ein.

Emmy Göber war unter den Abgeordneten unseres Hauses eine sehr beliebte Kollegin, die neben ihrem politischen Engagement auch die menschliche und freundschaftliche Komponente stets in den Vordergrund stellte.

Hohes Haus, namens des Landtages Steiermark und im eigenen Namen danke ich der Bundesrätin und Landtagsabgeordneten Emmy Göber für die erbrachten Leistungen in ihrem Leben im Interesse des Landes Steiermark. Der Landtag Steiermark wird der Verstorbenen stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Ich danke für die Bekundung der Trauer und die Anteilnahme.

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, darf ich auch noch herzliche Geburtstagswünsche aussprechen. Wir haben ein Geburtstagskind unter uns.

Frau LTAbg. Angelika Neuhold feiert heute einen runden Geburtstag. Im eigenen Namen und namens des Landtages Steiermark entbiete ich die herzlichsten Glückwünsche. (*Allgemeiner Beifall*)

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das sehe ich nicht, ist also nicht der Fall.

Mitteilungen nach dem Unvereinbarkeitsgesetz:

Gemäß § 6a UnvG 1983 sowie gem. § 8 iVm § 4 UnvG 1983 bringe ich dem Hohen Haus zur Kenntnis, dass der Ausschuss für Verfassung, Vereinbarungen und Staatsverträge, Unvereinbarkeit in seiner Sitzung am 16. November 2010

die Anzeige, Einl.Zahl 68/1, der Frau Landtagspräsidentin Mag. Ursula Lackner betreffend Tätigkeit im Landesdienst,

die Anzeige, Einl.Zahl 69/1, der Frau LTAAbg. Barbara Riener betreffend Tätigkeit im Landesdienst,

die Anzeige, Einl.Zahl 70/1, des Herrn LTAAbg. Johannes Schwarz betreffend Tätigkeit im Landesdienst,

die Anzeige, Einl.Zahl 71/1, des Herrn LTAAbg. Eduard Hamedl betreffend Tätigkeit im Exekutivdienst bzw. im öffentlichen Sicherheitsdienst sowie

die Anzeige, Einl.Zahl 72/1, des Herrn LTAAbg. Erwin Gruber betreffend Tätigkeit in der Wirtschaft, ebenso

die Anzeige, Einl.Zahl 74/1, des Herrn Präsident Franz Majcen, betreffend Tätigkeit in der Wirtschaft,

die Anzeige, Einl.Zahl 75/1, des Herrn LTAAbg. Peter Rieser betreffend Tätigkeit in der Wirtschaft und

die Anzeige, Einl.Zahl 76/1, des Herrn LTAAbg. Siegfried Tromaier betreffend Tätigkeit in der Wirtschaft beraten und zur Kenntnis genommen bzw. genehmigend beschlossen hat.

Ich teile dem Hohen Haus weiters mit, dass von Abgeordneten der SPÖ und der Grünen gem. § 66 Abs. 1 der GeoLT des Steirischen Landtages zwei schriftliche Anfragen an Herrn Landesrat Dr. Gerhard Kurzmann und Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves eingebracht wurden.

Einbringung von Dringlichen Anfragen: Am Donnerstag, dem 18. November 2010 wurde um 12.02 Uhr von den Abgeordneten der Grünen eine Dringliche Anfrage an Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves eingebracht.

Am Freitag, dem 19. November 2010, um 15.02 Uhr wurde von Abgeordneten der FPÖ eine Dringliche Anfrage an Herrn Landesrat Dr. Christian Buchmann eingebracht.

Weiters wurde am Montag, dem 22. November 2010 um 14.09 Uhr von Abgeordneten der KPÖ eine Dringliche Anfrage an Frau Landesrätin Mag. Kristina Edlinger-Ploder eingebracht.

Und ebenfalls am Montag, dem 22. November 2010 um 15.49 Uhr eine Anfrage, eine Dringliche Anfrage, an Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves eingebracht.

Nach Beantwortung der jeweiligen Dringlichen Anfrage findet gemäß § 68 Abs. 4 der Geschäftsordnung gesondert eine Wechselrede statt.

Die Behandlung dieser Dringlichen Anfragen werde ich im Sinne des § 68 Abs. 2 GeoLT 2005 nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, jedenfalls aber um 16.00 Uhr damit beginnen.

Wir kommen nun zur Tagesordnung. Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des § 39 Abs. 3 GeoLT darauf über. Ich ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung gemäß § 55 der Geschäftsordnung.

1. Bericht des Ausschusses für Verfassung über den Antrag, Einl.Zahl 60/1, der Abgeordneten Walter Kröpfl, Dr. Waltraud Bachmaier-Geltewa, Karl Lackner, Johannes Schwarz, Dipl.-Ing. Odo Wöhry, Monika Kaufmann und Erwin Dirnberger betreffend Novellierung Landesverfassungsgesetz 2010.

Berichterstatter ist Herr LTAbg. Walter Kröpfl. Ich erteile ihm das Wort.

LTAbg. Kröpfl (10.16 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren auf der Regierungsbank, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich berichte über die Novellierung Landesverfassungsgesetz 2010. Der Ausschuss „Verfassung“ hat in seiner Sitzung vom 16.11.2010 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss „Verfassung“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Landesverfassungsgesetz vom....., mit dem das Landesverfassungsgesetz geändert wird.

Der Landtag Steiermark hat beschlossen:

Landesverfassungsbestimmung. Änderung des Landesverfassungsgesetzes 2010.

Das Landesverfassungsgesetz wird wie folgt geändert:

1. Im Inhaltsverzeichnis ist nach der Zeile mit Art. 80 folgende neue Zeile einzufügen: „Art. 81a Inkrafttreten von Novellen“
2. Im Art. 70 Abs. 1 wird die Zahl „85.000“ durch die Zahl „50.000“ ersetzt.
3. Nach Art. 81 wird folgender Art. 81a eingefügt: „Art.81a, Inkrafttreten von Novellen“.

Die Änderung des Inhaltsverzeichnisses und des Art. 70 Abs. 1 treten mit dem der Kundmachung folgenden Monatsersten, das ist derin Kraft“.

Ich ersuche um Annahme. (10.17 Uhr)

Präsident Ing. Wegscheider: Es liegt mir eine Wortmeldung vor. Frau LTAbg. Dr. Waltraud Bachmaier-Geltewa als Hauptrednerin.

LTAbg. Dr. Bachmaier-Geltewa (10.18 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, meine Damen und Herren Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die heutige dritte Landtagssitzung ist die erste Sitzung dieser neuen XVI. Gesetzgebungsperiode, in der über Parteienanträge inhaltlich abgestimmt wird. Und gleich unter Punkt 1 der Tagesordnung

werden wir eine wesentliche Bestimmung über die Landeverfassung beschließen, die eine gewisse vorhandene Rechtssicherheit beseitigen soll. Wir korrigieren nämlich die erforderliche Anzahl von Unterstützungserklärungen für eine Volksabstimmung. Im § 40 Volksrechtegesetz ist festgelegt, dass für ein Volksbegehren 50.000 Unterstützungserklärungen nötig sind. Um bei Nichtumsetzung eines Volksbegehrens eine Volksabstimmung zu erwirken, werden allerdings gemäß Art. 39 L-VG 85.000 Unterschriften gefordert. Diese Regel soll geändert werden, weil sie für die Bürger und Bürgerinnen unverständlich und logisch auch nicht nachvollziehbar ist. Zu dem ist bei der derzeitigen Gesetzeslage nicht gewährleistet, dass bei einer Volksbefragung mit über 50.000 aber unter 85.000 Unterstützungen eine Volksabstimmung auch tatsächlich durchgeführt wird. Wir gehen davon aus, dass diese unterschiedlichen Zugänge nicht beabsichtigt waren, sondern, dass übersehen wurde, dass die beiden Gesetze, das Volksrechtegesetz und das Landesverfassungsgesetz, in diesem Punkt nicht übereinstimmen. Ja, es könnte der § 40 Volksrechtegesetz sogar verfassungswidrig sein. Deshalb gilt es, diese Bestimmung zu sanieren und im Art. 39 Landesverfassungsgesetz die erforderliche Anzahl von Unterstützungserklärungen von 85.000 auf 50.000 herabzusetzen, so wie dies im Volksrechtegesetz geregelt ist. Dies führt nicht nur zu mehr Rechtssicherheit, sondern bringt auch durchaus ein Stück mehr Demokratie, weil der Zugang für die Unterstützer und Unterstützerinnen dann leichter wird. Ich bin froh, dass wir in einem Land leben, in dem direkte Demokratie groß geschrieben wird. Dies ist in vielen Ländern der Erde, ja auch in einigen Ländern in Europa, nicht der Fall. Ich gehe davon aus, dass wir diese „kleine Novelle“ zur Landesverfassung einstimmig beschließen werden und danke für ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ – 10.21 Uhr)*

Präsident Ing. Wegscheider: Danke Frau Abgeordneten. Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Kröpfl.

LTAbg. Kröpfl (10.21 Uhr): Werte Damen und Herren!

Ich will Sie nicht aufhalten, aber es ist notwendig, dass wir dazu noch eine kleine Abänderung einbringen. Da gibt es ein paar Kleinigkeiten, die geändert werden müssen.

Dieser Abänderungsantrag liegt Ihnen vor.

Änderung der Landesverfassung 2010. Das Landesverfassungsgesetz 2010, LGBl. Nr. 77/2010 wird wie folgt geändert:

1. Im Inhaltverzeichnis wird nach der Zeile mit Art. 81 folgende neue Zeile eingefügt: „Art. 81a Inkrafttreten von Novellen.“
2. Im Art. 70 Abs. 1 wird die Zahl 85.000 durch die Zahl 50.000 ersetzt und

3. Art. 81 wird folgender Art. 81a angeführt: „Art. 81a Inkrafttreten von Novellen. Die Änderung des Inhaltsverzeichnisses und des Art. 70 Abs. 1 treten mit dem der Kundmachung folgenden Monatsersten, dass ist der..... in Kraft.“

Ich bitte um Annahme (*Beifall bei der SPÖ – 10.23 Uhr*)

Präsident Ing. Wegscheider: Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Ich komme nun zur Abstimmung.

Gemäß § 20 Abs. 2 L-VG 1960 iVm § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtages kann ein Landesverfassungsgesetz nur bei Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder des Landtages und mit einer Mehrheit von 2/3 der abgegebenen Stimmen beschlossen werden.

Ich stelle fest, dass das erforderliche Anwesenheitsquorum gegeben ist.

Sie haben den Abänderungsantrag vom Herrn Klubobmann Kröpfl vernommen. Die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag der SPÖ und ÖVP betreffend Novellierung Landesverfassungsgesetz 2010 die Zustimmung geben können, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest. Gegenprobe zur Vorsicht.

Damit einstimmig angenommen. Die Annahme ist gegeben.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

2. Bericht des Ausschusses für Verfassung über den Antrag, Einl.Zahl 38/1, betreffend Kontrolle durch den Landesrechnungshof auf Antrag eines Landtagsklubs.

Berichterstatterin ist Frau LTAbg. Ingrid Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort.

LTAbg. Lechner-Sonnek (10.24 Uhr): Bericht des Ausschusses für Verfassung. Betreff: Kontrolle durch den Landesrechnungshof auf Antrag eines Landtagsklubs.

Der Ausschuss „Verfassung“ hat in seiner Sitzung vom 16.11.2010 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss „Verfassung“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Verfassung zum Antrag, Einl.Zahl 38/1, der Abgeordneten Lambert Schönleitner, Ingrid Lechner-Sonnek und Ing. Sabine Jungwirth betreffend Kontrolle durch den Landesrechnungshofes auf Antrag eines Landtagsklubs wird zur Kenntnis genommen (*10.25 Uhr*).

Präsident Ing. Wegscheider: Es liegt mir eine weitere Wortmeldung vor. Herr LTAbg. Schönleitner.

LTabg. Schönleitner (10.25 Uhr): Danke Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich melde mich zu diesem Tagesordnungspunkt nur ganz kurz zu Wort. Aber es ist mir dennoch wichtig hier einiges zu sagen, denn es war ja in einer gewissen Weise aus unserer Sicht eine Nagelprobe, in welche Richtung die Landesregierung die Reformpartnerschaft, aus SPÖ und ÖVP bestehend, es mit der Kontrollpolitik in diesem Land hält. Wir haben uns deshalb gedacht, es wäre sehr wichtig, nachdem diese Zusammenarbeit, wie wir feststellen, ja sehr eng ist und ganz viel nicht im Offenen passiert, sondern eher im Verborgenen - manche sagen unter der Tüchert - wenn man die Reformpartnerschaft liest, kann man nicht wirklich sagen, wohin die Reise geht. So wäre es auch wichtig, das war unsere Meinung, dem Landtag im Bereich der Kontrolle mehr Minderheitenrechte einzuräumen. Wir haben das mehrmals auch schon in der letzten Periode in diesem Haus gefordert und ich glaube, es wäre wichtig gewesen, dieses Signal von Seiten der Landesregierung zu setzen. Was wir erfahren haben im Ausschuss, dass es keine Diskussionen in diese Richtung gegeben hat, weder von der SPÖ noch von der ÖVP, das Verständnis dafür gegeben wäre, dass nämlich, und das besagt unser Antrag, jede in diesem Haus vertretene Partei die Klubstärke hat, einmal pro Jahr – das ist ja keine vermessene Forderung – eine Überprüfung durch den Landesrechnungshof eigenständig beauftragen hätte können. Aus unserer Sicht wäre das eine Stärkung dieses Hauses gewesen und wäre sehr, sehr wichtig gewesen, vor allem angesichts dessen, dass wir ja alle wissen, dass das Budget dieses Landes stark in Diskussion steht, dass es um die zukünftigen Haushalte geht und dass es einmal mehr, natürlich dann, wenn es darum geht, einzusparen, auch und im Wesentlichen eine effiziente Kontrolle braucht. Dass das abgelehnt wurde von ÖVP und SPÖ zeigt eigentlich, dass man es mit den Kontrollrechten seitens der Regierung nicht sehr hoch hält, dass man die Kontrolle nicht sehr schätzt. Es ist ja auch in der letzten Periode, wenn wir uns zurückerinnern, manchmal sichtbar geworden. Ich denke noch an den Prüfantrag der Grünen hier im Hause, wo es um eine Mehrheit gegangen wäre in Bezug auf die Hypo-Landesbank, der von ÖVP und SPÖ abgelehnt wurde. Wir haben auch einmal eine Überprüfung des Projektes Spielberg gefordert. Auch dieser Antrag wurde von ÖVP und SPÖ eigentlich still und heimlich entsorgt. Es hat ja in der vergangenen Woche auch im Nationalrat, die meisten werden es beobachtet haben, eine Diskussion über die Kontrollrechte gegeben und aus unsere Sicht ist diese Novelle, die es jetzt auf Bundesebene gibt, völlig unzulänglich, wenn man sich die Steiermark ansieht, vor allem die Diskussion der letzten Jahre, wo es um die unterschiedlichen Pleitegemeinden gegangen ist. Es waren speziell auch viele SPÖ-Gemeinden, die hier in eine katastrophale Pleite geschlittert sind. Aber auch Hartberg war ein Thema, die in der Karibik hier öffentliche Mittel verspekuliert haben. So wäre es umso wichtiger gewesen, auf Bundesebene gewisse Regelungen in diese Richtung zu machen. Das bleibt eine Grüne Forderung und eine Kernforderung

für die Zukunft. Egal ob es der Bundesrechnungshof ist, egal ob es der Landesrechnungshof ist, diese Prüfinstitutionen, die ja dem Landtag, wie dem Landesrechnungshof verpflichtet sind, sind ein Instrument des Landtages, die von sich aus, zumindest im Kommunalbereich, ohne Einschränkung prüfen hätten dürfen. Was wir jetzt haben ist zwar eine leichte Verbesserung, dass Gemeinden vom Bundesrechnungshof über 10.000 Einwohnern geprüft werden dürfen, aber wir wissen, es sind sehr wenige und gerade die steirischen Fälle, Herr Klubobmann Kröpfl, du weißt es, die wir gehabt haben mit Trieben, mit Zeltweg, mit Kammern, mit anderen Gemeinden, waren wesentlich unter dieser Grenze. Jetzt ist es nach wie vor so und es ist auch grundsätzlich zu kritisieren, dass Kontrollrechte vom „good will“ der Regierung abhängig sind. Es kann nur eine größere Partei mit einem Viertel der Abgeordneten in diesem Haus eine Rechnungshofprüfung beantragen oder dies auf Vorschlag eines Landesregierungsmitgliedes passieren oder auf Grund der Mehrheit des Landtages. Das ist aus unserer Sicht eine Kontrollschwäche, weil die Opposition nicht die Möglichkeit hat, eigenständig den Rechnungshof in einer begrenzten Anzahl zu beauftragen. Ich darf nur abschließend sagen, wir werden in dieser Hinsicht noch mehrere Initiativen hier im Landtag ergreifen. Ich hoffe, dass hier bei den Regierungsparteien in diese Richtung auch Bewegung entsteht um für die Zukunft auch im Kontrollbereich parallel zur Budgetkonsolidierung, die ein wesentliches Thema sein wird, diese Rechte zu stärken. Danke für die Aufmerksamkeit (*Beifall bei den Grünen und KPÖ – 10.30 Uhr*)

Präsident Ing. Wegscheider: Ich danke dem Herrn Abgeordneten. Es liegt mir eine weitere Wortmeldung vor, die ich jetzt nicht in das System übernehmen kann. Herr Dr. Murgg, bitte.

LTAbg. Dr. Murgg (10.31 Uhr): Danke Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich darf mich auch kurz fassen. Eines wird der KPÖ in der kommenden Gesetzgebungsperiode ebenso wichtig sein wie den Grünen und ich kann jetzt schon versprechen, als Obmann des Kontrollausschusses werde ich alle meine Möglichkeiten in diesem Sinne einsetzen. Nämlich, dass wir vielleicht doch noch dazu kommen, dass der Landesrechnungshof tatsächlich alle steirischen Gemeinden prüfen kann, wenn ein Verdacht auf Unregelmäßigkeiten vorliegt. Und selbstverständlich auch, wie Sie es, Herr Kollege Schönleitner, schon ausgeführt haben, dass Fraktionen, die Klubstatus haben, von sich aus zumindest einmal im Jahr, die Forderung von Ihnen ist ohnehin sehr großzügig ausgelegt, zu mindestens einmal im Jahr von sich aus eine Prüfung eines Themas durch den Landesrechnungshof beantragen können. Denn schauen wir uns einmal an, wie das derzeit geregelt ist. Die sogenannten Minderheitenrechte des Landtages verkehren sich in dieser Sache in das Gegenteil. 25 oder ein Viertel der Abgeordneten können eine Prüfung einer Materie durch den Landesrechnungshof beantragen. Wenn man sich einmal ansieht, wie der Landtag derzeit

zusammengesetzt ist und in der Vergangenheit zusammengesetzt war, dann ist es so, dass im Wesentlichen ÖVP oder SPÖ, als die Regierungsfractionen, so eine Prüfung beantragen können und derzeit die gesamte Opposition zusammen das nicht einmal könnte. Und wohin führt das oder hat das in der Vergangenheit geführt, diese 25 % Klausel? Da hat die ÖVP eingebracht, dass man das Bfi prüft und fünf Minuten später ist halt beim Landesrechnungshof eingegangen, dass man halt die Wirtschaftskammer prüft. Oder man prüft halt, ich weiß nicht, eine Materie, wann die Spitäler von der SPÖ verwaltet werden, irgendein Spital oder die KAGes. Und zwei Minuten später kommt dann das Revanchefoul, dass man Auersbach prüft. Das haben wir alles gehabt, so ist es in der Vergangenheit abgelaufen und das widerspricht eigentlich dem Geist dieses Landesverfassungsgesetzes bezüglich des Landesrechnungshofes. Der Ausschuss aus sich heraus, der Kontrollausschuss nämlich, kann auch nur auf Antrag eines Regierungsmitgliedes eine Prüfung beantragen. Regierungsmitglieder sind, derzeit gibt es eines von der FPÖ, aber im Großen und Ganzen auch, so war es in der Vergangenheit, so ist es jetzt, von der SPÖ und der ÖVP gestellt. Also, auch hier ist von Minderheitenrechten nichts zu sehen. Deswegen glaube ich, wir müssen in der kommenden Gesetzgebungsperiode bei dieser Materie dranbleiben. Das ist dringend novellierungsbedürftig, dieses Gesetz, und ich hoffe wirklich, also mein Appell an SPÖ und ÖVP, dass sie sich hier nicht hinter ihren Mehrheiten verschanzen und sozusagen gegeneinander durch ihre Mehrheitenanträge die Opposition nach einer wirklichen Kontrollmöglichkeit abblocken. Danke (*Beifall bei der KPÖ und den Grünen – 10.34 Uhr*).

Präsident Ing. Wegscheider Eine weitere Wortmeldung liegt mir von Klubobmann Christopher Drexler zu diesem Tagesordnungspunkt vor.

LTabg. Mag. Drexler (10.35 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Regierungsmitglieder, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf eine Vorbemerkung machen. Wenn es heute darum geht, dass die Grünen einen Antrag gestellt haben, dass jeder Klub das Recht haben soll, einen Prüfantrag beim Landesrechnungshof durchzusetzen, dann sieht man auch an diesem Antrag die ungeteilte Wertschätzung für das Kontrollinstrument Landesrechnungshof. Und etliche waren dabei, als wir vor einigen Monaten ein Jubiläum des Landesrechnungshofes gefeiert haben und meine sehr geehrte Damen und Herren, es ist damit auch schon ein Beweis, dass die Argumentation, insbesondere des Kollegen Murgg, auf tönernen Füßen steht. Wenn er sagt, die beiden größeren Regierungsparteien würden die Kontrolle im Land nicht ernst nehmen, würden sich Kontrollinstrumentarien verschließen. Mitnichten! Es hat weder die Grünen noch die Kommunisten gebraucht, um in der Steiermark als erstem österreichischen Bundesland einen Landesrechnungshof überhaupt einzuführen und damit die Kontrolle auf eine neue Qualitätsstufe zu heben, meine Damen und Herren (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*).

Dieser Rechnungshof scheint eine Erfolgsgeschichte zu sein. Sonst würde es nicht so ein Griss darum geben, wer aller sich an ihn wenden kann. Das ist die erste Vorbemerkung. Nun, meine Damen und Herren, warum lehnen wir diesen Antrag ab? Ich darf Ihnen sagen, ich wahr schon ein wenig verwundert, das wir bereits nach dem ersten Ausschusdienstag, vergangene Woche, ein gehöriges Rumoren innerhalb der kleinen Fraktionen vernehmen konnten und, dass sich insbesondere die ansonsten von mir außerordentlich geschätzte Klubobfrau Lechner-Sonnek dazu verstiegen hat zu erklären, die Demokratie in der Steiermark sei in Gefahr und zwar deswegen, weil einzelne Verhandlungsstücke in den Ausschüssen von einem Ausschuss in den anderen verwiesen wurden, um sie dann in einen Unterausschuss zu schicken und sie einer soliden Beratung zu unterziehen. Ich halte es schon für bemerkenswert, dass man, ehe noch ein einziges Verhandlungsstück in einem Unterausschuss verhandelt worden ist, bereits apodiktisch erklärt, SPÖ und ÖVP wollten die Diskussion verweigern, wollte wesentliche Anträge schubladisieren und dergleichen mehr. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich halte es auch für bemerkenswert, wenn man angesichts solcher geschäftsordnungstechnischer Kleinkrämereien davon spricht, die Demokratie wäre in Gefahr. Das erscheint mir, gelinde gesagt, ein wenig überzogen. Insofern wundert es mich nicht weiter, dass auch die Ablehnung dieses Antrages sofort in demokratiepolitischer Hinsicht überhöht wird. Meine sehr verehrten Damen und Herren, bleiben wir bei den Fakten. Die Steirische Landesverfassung und die Geschäftsordnung dieses Hauses sind, meines Erachtens, durchaus großzügig was die Minderheitsrechte betrifft und was ein verantwortungsvolles Umgehen von kleinen und größeren Fraktionen mit und untereinander betrifft. Wir waren ziemlich die Ersten in Österreich, die die Klubstärke auf zwei Abgeordnete heruntergesetzt haben. Sie wissen möglicherweise, dass man in Niederösterreich heute noch vier Abgeordnete braucht. In Kärnten, wo es insgesamt nur 36 Abgeordnete gibt, ebenso vier Abgeordnete braucht um Klubstärke zu erreichen. In Vorarlberg etwa drei. Sie wissen möglicherweise, dass Dringliche Anfragen, die wir am Beginn der letzten Legislaturperiode auch bereits zu einem Recht für nur zwei Abgeordnete gemacht haben (*LTAbg. Lechner-Sonnek: „Auf meinen Antrag hin. Ich habe es ausverhandelt. Euch ist es nicht eingefallen!“*) Also das halte ich für besonders bemerkenswert. Das halte ich wirklich für besonders bemerkenswert, weil ich mich an die damalige Entscheidungsfindung noch sehr gut erinnern kann und ich mich erinnern kann, dass wir noch ohne Reformpartnerschaft, der Kollege Kröpfl und ich, am Beginn der letzten Legislaturperiode im einen Vier-Augen-Gespräch festgehalten haben, dass das durchaus eine Geschichte wäre, die man tun kann. Dass das die Grünen wollten, verwundert nicht weiter, weil sie sich in der Regel in der Größenordnung von zwei Abgeordneten plus/minus eins in diesem Haus bewegen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Insofern ist ja dieser Ideenreichtum ja aus persönlicher Betroffenheit durchaus verständlich. Aber Tatsache ist es, dass wir am Beginn der letzten Legislaturperiode dieses Minderheitenrecht fixiert haben, meine Damen und Herren. Ich darf Ihnen

nur sagen, in Wien braucht man sechs Abgeordnete. Gut kann man sagen, die sind insgesamt 100. In Niederösterreich ein Viertel der Abgeordneten für die Dringliche Anfrage. In Tirol, im freien Land Tirol, braucht man acht Abgeordnete um eine Dringliche Anfrage zu stellen und dergleichen mehr. Wissen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann lasse ich mir ungern vorwerfen, dass wir hier im Steiermärkischen Landtag die Minderheitenrechte mit Füßen treten. Mitnichten, meine Damen und Herren, es gibt Bestimmungen bezüglich die Anrufung des Landesrechnungshofes, die vom historischen Verfassungsgesetzgeber ja nicht aus Jux und Tollerei hineingeschrieben worden sind. Der Landtag kann beschließen, dass der Landesrechnungshof etwas prüfen soll, klar. Aber auch ein Viertel der Abgeordneten kann eine solche Landesrechnungshofprüfung veranlassen. Und, meine Damen und Herren, wenn der Kollege Murgg beklagt hat, dass in der vergangenen Periode gelegentlich er den Eindruck hatte – muss einmal schauen wo er sitzt, sind ja neu am linken Rand; da ist er – dass er beklagt hat, dass da sozusagen Revanchefouls stattgefunden hätten, die SPÖ hat das beantragt, dann hat die ÖVP jenes beantragt - ja, wenn das beklagt wird, ist das ein treffliches Argument dafür, dass wir nicht an einzelnen Fraktionen das Recht festmachen den Landesrechnungshof zu beauftragen, sondern an einem Quorum aus der Mitte des Landtages, ein Viertel der Abgeordneten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist nun einmal so, dass es jeder wahlwerbenden Gruppe unbenommen ist, ausreichend viele Mandate zu machen, dass man so ein Viertelquorum erreicht. Ist Ihnen unbenommen. Aber aus der bloßen Tatsache, dass Sie nur zwei oder drei Mandate haben abzuleiten, dass Sie ein höheres moralisches Recht hätten, Prüfungsanträge zu stellen, erscheint mir ein wenig verwegen. Insofern heißt es, ein Viertel der Abgeordneten, da muss man halt schauen, da muss man halt sprechen, da muss man halt insgesamt 14 Abgeordnete zusammenbringen und es nicht einfach an zwei oder drei festzumachen und genau genommen an der Klubstärke festzumachen, weil dann könnte ich den Verdacht haben, Herr Kollege Murgg, dass es Ihnen nur darum geht, parteipolitische KPÖ-Prüfungsanträge sozusagen zu stellen. Weil das ist genau das, was Sie den anderen Parteien vorwerfen. Die ÖVP hat ja nicht aus Interesse an der Kontrolle Anträge gestellt, sondern nur um der SPÖ eines auszuwischen. Die SPÖ hat natürlich nicht aus Interesse an der Kontrolle Anträge gestellt, sondern nur um der ÖVP eines auszuwischen. Da gibt es ein Sprichwort: „Der Schelm ist wie er denkt“. Könnte man hier möglicherweise an dieser Stelle anmerken. Der langen Rede kurzer Sinn, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden dieses Ansinnen ablehnen, d.h. wir werden ablehnenden Ausschussbericht beschließen. Ich darf Ihnen nur eines sagen, ich bitte Sie einfach darum, ein bisschen Fairness in diese Debatte zu bringen und ein bisschen Fairness in das landesparlamentarische Geschehen zu bringen. Wenn Sie nach einer Ausschussrunde sage „die Demokratie ist in Gefahr“, wenn Sie etwas, was in der letzten Periode Dutzendfälle waren, dass nämlich Verhandlungsstücke in Unterausschüsse oder zur Stellungnahme geschickt wurden, plötzlich als Erbeben der Grundfesten der steirischen Demokratie diagnostizieren,

dann bitte ich Sie einfach hier um ein bisschen mehr Realismus in der Beurteilung. Tun Sie nicht so, als hätten wir in der Steiermark ein minderheitenfeindliches Regime in unserer Verfassung oder in unserer Geschäftsordnung. Ich habe Ihnen Beispiele genannt, dass wir erheblich minderheitenfreundlicher sind als etliche andere Bundesländer und ziehen Sie mir nicht den Landesrechnungshof in diese parteipolitisch motivierten Scharmützel hinein. Wenn man Ihnen zuhört, könnte man nämlich den Eindruck haben, dass Sie mit Ihren Wortmeldungen in letzter Konsequenz das kontrollorische Wirken des Landesrechnungshofes schmälern wollen, als wäre er nur ein Büttel der großen Regierungsparteien, auf deren Antrag er von Zeit zu Zeit tätig wird. Das Gegenteil ist der Fall und das wissen Sie, meine Damen und Herren, das Gegenteil ist der Fall. Der Landesrechnungshof leistet wertvollste Arbeit und die Beispiele sind nicht zahlreich, wo ein Ansinnen auf Prüftätigkeit des Landesrechnungshofes ins Leere gegangen wäre. Ein Beispiel ist, glaube ich, in der Debatte genannt worden. Ich kann mich gar nicht so genau daran erinnern. In aller Regel wird der Landesrechnungshof von sich aus tätig, und das ist gut so, und wenn es ausreichend Debatten über das eine oder andere Thema in diesem Land gegeben hat, hat sich die Mehrheit des Hauses noch nie verschlossen, den Landesrechnungshof zu einer Prüfung zu bitten. Also, meine Damen und Herren, gemacht, gemacht in ihrer Kritik an der Reformpartnerschaft. Genau genommen ist hier, glaube ich, im Zusammenhang mit Kontrolle in demokratischen Minderheitenrechten, die notwendig sind, in diesem Land es zum Besten bestellt. Herzlichen Dank (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.46 Uhr*)

Präsident Ing. Wegscheider Es liegt mir eine weitere Wortmeldung durch Herrn LTAbsg. Schönleitner vor.

LTAbsg. Schönleitner (*10.47 Uhr*): Danke Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Klubobmann Christopher Drexler!

Ich muss mich schon einmal melden, weil jetzt hier so zu tun als ob ihr immer alles zugelassen hättet und ob ihr die Wahrer, überhaupt die wahren Wahrer der Demokratie in diesem Land gewesen wärt, das ist nicht der Fall. Ich gehe noch einmal auf das ein, auf diesen neuen Stil, den ihr unlängst in den Ausschüssen an den Tag gelegt habt. Natürlich ist es eine Schwächung der Demokratie, das ist doch ganz klar, wenn Anträge nicht mehr an die zuständigen Fachausschüsse gehen, sondern nur mehr rein finanziell bedacht werden und letztendlich geht es nur um eine Verzögerung, um möglichst dicht zu machen und keine breite fachliche Diskussion zuzulassen, dann ist es selbstverständlich auch eine Schwächung der Demokratie. Das haben nicht nur wir Grünen so empfunden, das hat auch die FPÖ so empfunden, das hat die KPÖ so empfunden und das muss auch gesagt sein, das war bisher nicht Stil des Landtages und Stil dieses Hauses, das ist ein Ergebnis der vermeintlichen Reformpartnerschaft, wo es halt um das Zudecken geht. Das sei vorweg geschickt. Vielleicht noch eines zum

Landesrechnungshof, Herr Klubobmann Drexler. Der Landesrechnungshof, das wisst ihr ganz genau, da ist es um große Reformen gegangen in der letzten Periode, die aber nicht von den Regierungsparteien ausgegangen sind. Es waren speziell die Grünen, es war mein Vorgänger Peter Hagenauer, es war in der Folge ich, die zum Beispiel dafür Sorge getragen haben, dass der Landesrechnungshof überhaupt Unabhängigkeit, zum Beispiel im Personalbereich, bekommt. Wir waren es, die den Druck dafür gemacht haben, und nicht die Regierungsparteien, dass Rohberichte nunmehr den Ausschussmitgliedern zugehen. Also so zu tun, als ob ihr die gewesen wäret und eigentlich immer die demokratischen Reformen vorangebracht hättet, das ist nicht der Fall. Dann noch ein paar Erinnerungen. Wir haben zum Beispiel beantragt - um ein paar konkrete Dinge zu sagen - auf Grund der Spekulationslust des Hartberger Bürgermeisters haben wir zum Beispiel beantragt - und dass Gleiche war im Fall Trieben auf der SPÖ-Seite - nur die Gemeindeaufsicht prüfen zu lassen vom Landesrechnungshof. Das wurde gemeinsam von den Regierungsparteien entsorgt. Das war nicht möglich. Dann noch der Hinweis darauf, geschätzter Klubobmann Drexler, dass der Landesrechnungshof ja ohnehin von sich aus prüfen könnte, so stimmt das ja nicht. Es ist doch die Diskussion, die wir in den letzten Monaten und Wochen österreichweit und speziell auch in der Steiermark haben, dass eben unser Landesrechnungshof die Prüfung der Gebarung von Gemeinden nicht automatisch von sich aus durchführen kann. Das ist ein riesiges Problem in der Kontrolle. Das geht immer nur in Richtung Gemeindeaufsicht, (*LTA*bg. Mag. Drexler: „Das hat mit Ihrem Antrag schon gar nichts zu tun. Das hat mit ihrem Antrag nichts zu tun. Aber schon gar nichts!“) in Richtung Regierung und er kann es nicht, Herr Klubobmann. Darum ist es, glaube ich, Aufgabe dieses Landtages, nicht deswegen, weil es uns eingefallen ist, sondern deswegen, weil wir in der Steiermark ganz, ganz viele Fälle gehabt haben, wo Pleitegemeinden waren, wo desaströse finanzielle Verhältnisse geherrscht haben, dass der Landesrechnungshof in Zukunft von sich aus prüfen kann. Es wäre auch auf Grund dieser Erfahrung notwendig und richtig gewesen, den Minderheiten in diesem Haus dieses Recht einzuräumen, das wäre ja keine Inflation an Prüfungen gewesen, so wie es jetzt wieder dargestellt wurde. Das wäre die Möglichkeit gewesen, eine begrenzte Anzahl, nämlich einmal im Jahr, dazu zu nutzen, um die Qualität der Kontrolle zu heben. Aber wir nehmen zur Kenntnis, das wollen die Regierungsparteien nicht und es bleibt der Vorwurf meinerseits an diese vermeintliche Reformpartnerschaft, das es letztendlich nicht um eine Transparenz geht in diesem Land und nicht um einen Ausbau der Kontrollrechte, sondern um gemeinsam die Dinge unter der Decke zu lassen. Das ist, glaube ich, das, was wir aus dieser Debatte jetzt gelernt haben. ÖVP und SPÖ können ja beweisen, wie es in Zukunft sein wird, wenn wir zum Beispiel einen Antrag einbringen in die Richtung, dass der Landesrechnungshof von sich aus Kommunen prüfen soll können. Dann könnt ihr beweisen, wo ihr steht. Wenn ihr wieder sagt, wir sind dagegen, dann ist das, glaube ich, ein deutliches Signal. Euch

geht es nicht um Kontrolle, nicht um Budgetsicherheit, sondern eher um das gemeinsame Zudecken.
Danke (*Beifall bei den Grünen und der KPÖ – 10.51 Uhr*)

Präsident Ing. Wegscheider Als nächste Wortmeldung liegt mir eine von Dr. Werner Murgg vor.

LTAbg. Dr. Murgg (*10.51 Uhr*): Danke Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Herr Klubobmann Drexler!

Ich habe Ihren Ausführungen ausführlich zugehört, aber ich muss sagen, Sie haben das Thema verfehlt. Wir debattieren hier heute nicht um Minderheitenrechte generell. Niemand von der KPÖ oder von den Grünen, möglicherweise wird das für die FPÖ genauso gelten, weil sie die Opposition gemeinsam, sozusagen, in Ihrer Wortmeldung in das Boot geholt haben, dass der Landtag nicht verteidigungswerte Minderheitenrechte hätte. Niemand von uns hat behauptet oder hat den Landesrechnungshof in seiner Tätigkeit in Frage gestellt, dass ein Büttel, wie Sie es gesagt haben, gewisser Fraktionen im Landtag wäre, das ich zu einem Büttel gemacht hätte. Uns geht es einzig und allein um die Frage oder um die Forderung, dass eine, auch kleine Fraktion des Landtages, zumindest einmal im Jahr das Recht erhalten sollte, einen Antrag an den Rechnungshof, den Rechnungshof zu beauftragen, diese oder jene Materie zu prüfen. Und Hand aufs Herz, lieber Christopher Drexler, der Landtag setzt sich nun einmal aus Fraktionen zusammen und nicht aus Abgeordneten, die sozusagen frei von einem politischen Hintergrund hier zusammenkommen und da können halt ein Viertel, eine Minderheit sowieso, einen Antrag stellen, so wie Sie das gehabt haben. Es gibt in diesem Haus nun einmal Fraktionen und manche Fraktionen haben halt dieses Viertel nicht. Gut kann man sagen, seid selber schuld, müsst halt besser Wahlkämpfen, dann habt ihr vielleicht auch 25 Prozent. Aber es wird immer Fraktionen geben, die weniger als 25 Prozent haben und ich behaupte, das ist gut so, weil das macht nämlich die Lebendigkeit und die Pluralität des Landesparlaments aus. Ich sage, auch diese Fraktionen sollen das Recht haben, einmal im Jahr zumindest so einen Antrag zu stellen, ohne Ihnen gleich unterstellen zu wollen, dass sie hier quasi parteipolitisch etwas prüfen wollen. Weil wir gerade bei der Parteipolitik sind. Ich war jetzt fünf Jahre in diesem Haus, jetzt das sechste Jahr, aber noch einmal Hand aufs Herz, wollen Sie mir ernstlich sagen, es hätte einen Herberstein-Untersuchungsausschuss beispielsweise gegeben, wenn nicht gleichzeitig ein KAGes-Untersuchungsausschuss getagt hätte. Oder *vice versa*, das ist ja Mumpitz. Also, wir wissen genau, was sich in einem politischen Gremium wie in einem Landesparlament abspielt. Da gibt es einmal eine Reformpartnerschaft, bin gespannt, wie lange die halten wird. Dann gibt es einmal keine Reformpartnerschaft, sondern dann wird vom derzeit amtierenden Landeshauptmann gesprochen, das kann auch wieder sehr bald kommen und in diesem politischen Wechselspiel bewegen wir uns. Und in diesem politischen Wechselspiel werden Anträge gestellt. Noch einmal, da haben auch kleine

Fraktionen, meiner Meinung nach, meiner bescheidenen Meinung nach, das Recht zu haben, so eine Prüfung des Landesrechnungshofes zu beauftragen. Also, Sie haben gesagt, gut, schaut, dass ihr selber einmal 25 % bekommt. Vielleicht werden Sie selber einmal die Erfahrung machen, dass es gut wäre, wenn auch eine Fraktion unter 25 % so einen Antrag stellen könnte. Wenn Sie mit Ihrer Reformpartnerschaft weiter machen und das Land kaputtsparen, werden Sie vielleicht bald dort angelangt sein. *(Beifall bei der KPÖ und den Grünen – 10.55 Uhr)*

Präsident Ing. Wegscheider Als nächste Wortmeldung liegt die von Dr. Mayer der FPÖ vor.

LTabg. Mag. Dr. Mayer *(10.55 Uhr)*: Hohes Präsidium, werte Kollegen, geschätzte Zuhörer!

Lassen Sie mich einmal das ausklammern, das Thema, worum es eigentlich geht, nämlich die Prüfungskompetenz für den Landesrechnungshof, der auch unbestritten in seiner fachlichen Kompetenz ist, sondern lassen Sie mich auf das von Herrn Christopher Drexler, dem vermeintlichen Sprecher dieser Reformpartnerschaft, die ich so nicht erkennen kann, auf das Thema eingehen, das er heute auf das Tableau gebracht hat, das Thema, die Fachausschüsse. Wir haben dazu am Dienstag eine gemeinsame Pressekonferenz gehabt. Es ist auch schon bisschen angeklungen heute von den anderen Oppositionsparteien. Wir haben da nicht ganz umsonst Zeter und Mordio geschrien und das, glaube ich, weißt du ganz, ganz gut auch, denn es gibt im Steiermärkischen Landtag, und das gibt es in jedem Parlament, das Prinzip der Fachausschüsse. Es gibt, und hier haben wir 15 im Haus, das Prinzip, dass Dinge, die fachlich in einen Ausschuss gehören, auch dort einmal zu behandeln sind. Was ihr aber vorhabt, ist auf der anderen Seite etwas, dass man sagt, alles was Budgetbezug hat, soll sofort in den Finanzunterausschuss kommen. Dagegen sprechen wir uns ganz vehement aus. Denn es ist ein Grundprinzip, ein demokratisches Grundprinzip innerhalb eines jeden Parlamentes. Wir haben auch einen Vorschlag zur Güte eingebracht, wir haben kurz darüber gesprochen. Wir haben gesagt, machen wir es doch so, wie es im Europäischen Parlament auch der Fall ist, dass es einen Ausschuss gibt, der federführend zuständig ist, das ist im Normalfall immer der Fachausschuss, und dass dann eine Anhörung, von mir aus, des Finanzausschusses stattfinden kann. Da habe ich bis heute noch nichts gehört. Scheinbar soll die Praxis so weitergehen wie bisher geplant und das, kann ich nur sagen, wird es mit uns nicht geben. Da werdet ihr die Kraft der vereinten Opposition zu spüren bekommen, denn das widerspricht einem jeden parlamentarischen Prinzip. *(Beifall bei der FPÖ und KPÖ – 10.57 Uhr)*

Präsident Ing. Wegscheider Als nächste Wortmeldung Herr Klubobmann Kröpfl von der SPÖ.

LTabg. Kröpfl *(10.57 Uhr)*: Herr Präsident, verehrte Damen und Herren auf der Regierungsbank, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich verstehe natürlich die Haltung der Oppositionsparteien. Ich sage ganz bewusst Oppositionsparteien, weil so eine Koalition der Opposition hat es noch nicht gegeben. Da haben wir ja vorher darüber gestritten, wer wo sitzen darf oder wer neben wem sitzen will. Da war ich schon überrascht, dass es doch diese vereinte Opposition gibt im Landtag Steiermark. Aber, wenn heute hier so getan wird, als ob wir die Minderheitenrechte nicht akzeptieren, also dieser Landtag Steiermark nicht minderheitenfreundlich wäre, da kann ich dem Christopher Drexler beipflichten. Er hat genau aufgelistet wie freundlich wir zu den kleinen Fraktionen in diesem Hause sind. Sehr freundlich. Wir haben sehr viele Möglichkeiten den Oppositionsparteien, den kleineren Fraktionen eingeräumt in letzter Zeit, die es in anderen Landtagen nicht gibt. Wenn sich jemand hierher stellt und so tut, als ob jetzt die Kontrolle ausgeschaltet wird, weil wir diesem Antrag nicht zustimmen, dann darf ich Ihnen nur eines sagen, dieses Haus hat sich immer so verstanden, dass, wenn es wirklich dringende Anliegen gegeben hat, wenn es berechtigte Anliegen gegeben hat zu einer Prüfung, sodass der Rechnungshof eingeschaltet wurde, dann ist in diesem Haus immer der Beschluss gefasst worden, dass diese Prüfung stattzufinden hat. So werden wir es auch weiterhin halten. Eines jetzt noch abschließend, weil ja die Demokratie in Gefahr ist, weil wir bei dem letzten Ausschuss eine andere Praxis einmal angewendet haben, die sich nicht wesentlich von dem unterscheidet, was wir vorher in diesem Hause gemacht haben, zumindest wir Dinge einem Unterausschuss zugewiesen haben. Wir haben uns diesmal auch dazu aufgefordert, weil wir eben ein Budget zu sanieren haben, weil wir eben vor großen Herausforderungen stehen, dass wir Anträge, die sehr budgetrelevant sind, einem Ausschuss zuweisen, um das dort in diesem Ausschuss zu beraten. Das heißt doch nicht, dass, wenn ein Sozialthema auf der Debatte steht, das sofort in den Ausschuss für Finanzen verwiesen werden wird, sondern wir werden natürlich die Fachausschüsse nützen, um Dinge vorzubereiten. Aber es muss uns schon unbenommen sein, dass wir, wenn wir über Themen diskutieren, die budgetrelevant sind, das auch in einem Budgetausschuss bearbeiten. Ich sehe die Demokratie in der Steiermark nicht in Gefahr, sondern ich sehe viel mehr eine Möglichkeit, dass wir hier auf einem neuen Weg sind und diesen neuen Weg werden wir bestreiten. Ich lade die Oppositionsparteien ein, nicht von Haus aus Opposition zu betreiben, sondern konstruktiv an den Problemen, an der Lösung der Probleme, die wir in der Steiermark haben, auch mitzuarbeiten. Danke (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.00 Uhr*).

Präsident Ing. Wegscheider Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen nun zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zu TOP 2 die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die Mehrheit. Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

3. Bericht des Ausschusses für Gesundheit über den Antrag, Einl.Zahl 59/1 betreffend Richtlinien für gesunde Schulbuffets.

Berichterstatter ist Herr LTAbg. Wolfgang Böhmer.

LTAbg. Böhmer (11.01 Uhr): Danke Herr Präsident!

Ich berichte zum Stück mit der Einl. Zahl 59/3, Schriftlicher Bericht Gesundheit. Richtlinien für gesunde Schulbuffets.

Der Ausschuss „Gesundheit“ hat in seiner Sitzung vom 16.11.2010 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss „Gesundheit“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert

1. gemeinsam mit den ErnährungsexpertInnen der Fachabteilung für das Gesundheitswesen sowie der FH Joanneum, Studiengang Diätologie, eine Angebotsliste für Schulbuffets nach ernährungsmedizinischen Richtlinien zusammenzustellen (dabei soll auf ein gesundes, aber auch attraktives und preiswertes Angebot geachtet werden; Angebote aus heimischer Produktion sind so weit als möglich zu bevorzugen) und
2. dafür Sorge zu tragen, dass der Landesschulrat für Steiermark diese Richtlinien in seine Vergabepaxis in Bezug auf Schulbuffets übernimmt.

Ich bitte um Annahme (11.02 Uhr).

Präsident Ing. Wegscheider Als Nächste am Wort ist die Frau Abgeordnete Kolar.

LTAbg. Kolar (11.03 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, werte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren hier im Zuschauerraum!

Ich denke, dieser Tagesordnungspunkt ist doch ein Punkt heute bei dieser Tagesordnung, den wir alle gemeinsam mittragen werden. Denn es geht immerhin um die Gesundheit, im Speziellen um die gesunde Ernährung unserer Jüngsten und Jugendlichen. Es geht um Richtlinien für ein gesundes Schulbuffet. Dieser Antrag ist aus einer Situation in der Obersteiermark West heraus entstanden. Wir haben von Seiten des EU-Regionalmanagements ein EU-Projekt, gestartet, das nennt sich „Genial-Regional Murtal“ und in diesem Projekt ist unter anderem auch drinnen, dass man hier an Schulen das Bewusstsein für die Lebensmittel in der Region bei den Schülerinnen und Schülern stärkt, auch bei den Kolleginnen und Kollegen in den Schulen und, dass wir eben hier auch einen Ideenwettbewerb

gestartet haben. Aber, wir haben irgendwann einmal feststellen müssen, dass wir an Grenzen insofern stoßen, wenn wir auf der einen Seite hier so ein Projekt durchführen, auf der anderen Seite hier teilweise, nicht in allen Schulen, aber doch in sehr vielen größeren Schulen, Schulbuffetbetreiber am Werk sind, die nicht bereit sind, auch nur einen Teil anzunehmen, nämlich in eine Richtung gesunde Ernährung. Bei der Obersteiermark West, bestehend aus den drei Bezirken Judenburg, Knittelfeld und Murau, ist lobenswert zu erwähnen der Bezirk Murau. Da gibt es wirklich Nahversorger, sehr viele Nahversorger, die mit den Kindern gemeinsam an den Schulen die gesunde Ernährung durchsetzen und bearbeiten, aber auch ihre Nahrungsmittel vor Ort in den Schulen anbieten. Je weiter wir natürlich in den urbanen Raum kommen, desto schwieriger wird es, weil hier, wie gesagt, größere Betreiber, die in erster Linie schauen, dass ihre Kasse am Abend oder am Nachmittag stimmt, am Werk sind, wie eingangs schon erwähnt. Es ist uns, wie gesagt, ein großes Anliegen, den Schülerinnen und Schülern die richtige und gesunde Ernährung nahe zu bringen. Nahrungsaufnahme bedeutet nicht nur abbeißen und kauen und hinunterschlucken, denn beim Essen sind fast alle Sinne beteiligt, wie Sie wissen. Zum Beispiel das Sehen, das Riechen, das Fühlen und das Schmecken. Ich denke mir, Sie bekommen schon jetzt einen Hunger, wenn ich darüber spreche. Viele Kinder und Jugendliche haben schon Ernährungsprobleme. Geltende Schönheitsideale und stark nachlassende Ernährungserziehung vor allem im Elternhaus, machen die Gesundheitserziehung in der Schule unumgänglich. Es gibt sehr, sehr viele Schulen, die auch diesen Schwerpunkt gesunde Ernährung für Jugendliche und Kinder haben und hier kommt es eben zu Diskrepanzen mit diesen Schulbuffets. Die Kinder heute wissen meist gar nicht mehr, wie gut und schmackhaft Essen sein kann. Der Leberkäse, die Schnitzelsemmel, der Toast, der Burger, die Pommes und natürlich darf auch das Cola nicht fehlen. Zu diesen Nahrungsmitteln greifen natürlich die Kinder als erstes und wir möchten natürlich, dass hier doch Vollkornprodukte und Obst in erster Linie auch angeboten werden und teilweise Lebensmittel von der Kasse der Betreiber herunter gestrichen werden können. Da die Kinder sehr viele Stunden in der Schule mit Lernen und Spielen und körperlicher Betätigung verbringen und somit sehr viel Energie verbraucht wird, ist es umso wichtiger, auf eine ausgewogene Ernährung zu achten, um den Energieverlust dem Körper wieder zuzuführen. Die Forderung muss daher lauten: Klare Vorgaben für die Betreiber. Das Angebot im Schulbuffet muss ernährungsphysiologisch optimiert werden. Betreiber von Buffets brauchen ganz klare Vorgaben was angeboten werden muss, soll, darf und was nicht angeboten werden soll. Die Angebotsstandards müssen eingehalten werden und sollen und das ist auch ein wichtiger Punkt, wesentliche Auswahlkriterien für eine Pachtvergabe oder eine Vertragsverlängerung sein. Es sollten hier auch regelmäßig Kontrollen durchgeführt werden. Das mit den Kontrollen ist natürlich sehr schwierig, nachdem ich vom Beruf auch Lehrerin bin, weiß ich, dass es in Wahrheit ganz ein einfacher Weg hier wäre, denn es kaufen dort beim Schulbuffets auch viele Kolleginnen und Kollegen, die bedacht darauf sind, dass hier eine gesunde Ernährung den Kindern zugeführt wird.

Viele Lehrer lenken auch ein. Wenn die dort sehen, so gut kenne ich meine Kolleginnen und Kollegen, dass jetzt zum Beispiel wieder – will jetzt nicht unbedingt ein Getränkeprodukt immer wieder vorführen, aber Sie wissen was ich meine - wird das natürlich sofort gesagt und damit kommt man nicht durch. Man müsste nicht unbedingt regelmäßig jemand hinschicken und sagen, ist dieses Angebot so wie es empfohlen wird, wird es auch eingehalten. Das Trinkverhalten ist natürlich auch ein wichtiges Thema. Diverse Mineralwasser, gespritzte Säfte und zuckerreduzierte Getränke sollen auch angeboten werden. Um den Kindern den nötigen Zuckeranteil zu ermöglichen, sollten diverse Müsliriegel sowie zuckerreduzierte Süßwaren im Angebot vorliegen. Wünschenswert wäre es natürlich auch, wenn ein geschultes, kompetentes und schülerfreundliches Verkaufspersonal vor Ort wäre. Weiters muss an einem gesunden Schulbuffet immer wieder gearbeitet werden und Abwechslung in ein solches Schulbuffet gebracht werden, denn sonst wird es langweilig und einfältig, denn auch wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren, wollen nicht jeden Tag dasselbe Mittagessen am Tisch stehen haben. Alles in allem, denke ich mir, das ist wirklich ein zukunftsweisender Antrag und ich würde mir sehr wünschen, dass es hier einen Warenkorb zur Empfehlung gibt für gesunde Schulbuffets. Vor allem für eine gesunde Ernährung unserer Jüngsten und Jugendlichen. In diesem Sinne bitte ich um ihre Zustimmung. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit (*Beifall bei der SPÖ – 11.10 Uhr*)

Präsident Ing. Wegscheider Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Angelika Neuhold.

LTabg. Neuhold (11.10 Uhr): Wertes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wertees Publikum, das Interesse zeigt an den Handhabungen des Landtages!

Ich grüße Sie herzlichst und freue mich riesig, dass ich heute meine erste Wortmeldung zu meinem Lieblingsthema Gesundheit vorbringen darf. Als Diätologin begrüße ich den Gesetzesantrag enorm, da ich bereits in meiner Praxis Erfahrung gemacht habe, die genau diese Problematik aufzeigen, wie meine Vorrednerin schon eindrucksvoll und sehr appetitanregend geschildert hat. Trotzdem möchte ich gerne drei Aspekte, von denen ich überzeugt bin, dass sie die Nachhaltigkeit des Gesetzes fördern, kurz vorbringen. Dazu drei Schlagwörter: Brainfood, Bildmarke und Bedarfsermittlung. Brainfood, das Schlagwort kommt beziehungsweise auf den Begriff gesundes Schulbuffet. Ich glaube, es wäre wichtig in diesem Zusammenhang zu überlegen, warum die zahlreichen Projekte, die es bereits in den Schulen gibt, beziehungsweise auf Gesundheitsförderung und Bewusstseinsförderung zum Thema Gesundheit nicht in der Art fruchten, wie wir Experten es uns vorstellen. Darum glaube ich, wäre der Begriff Brainfood hier genau der Begriff, den wir die ganze Zeit schon suchen. Er formuliert nämlich, welchen Nutzen dieses gesunde Schulbuffet haben sollte. Nämlich, dass auf Grund der

Nährstoffzusammensetzung die Konzentration, die mentale Leistungsfähigkeit und daraus auch die starken Müdigkeitsanfälle am Vormittag und Nachmittag, genauso wie spontane Aggressionen vormittags und nachmittags zu regulieren sind. Es gibt, in Ihrem Antrag formuliert, dass ernährungsbedingte Krankheiten erst im Erwachsenenalter klinisch relevant sind. Das stimmt bedingt, wenn man an Diabetes, Herz- Kreislauferkrankungen denkt. Ich glaube aber, dass wir die Jugendlichen dazu animieren könnten, wenn wir Ihnen diese Nebenwirkungen der Fehlernährung mit den richtigen Begriffen vorleben und darum glaube ich, dass Brainfood eben Kopfschmerzen, Konzentrationsförderungen, Leistungssteigerungen etc. in Folge hat, für sie griffbereiter wäre und dadurch auch etwas attraktiver.

Der zweite Punkt, den ich heute anbringen möchte, ist der Begriff Bildmarke, die DGE, die Deutsche Gesellschaft für Ernährung und die ÖGE, die Österreichische Gesellschaft für Ernährung sowie der Dachverband, wo sich Österreich, Schweiz und Deutschland zusammengeschlossen haben und vor Jahren Gütesiegel entworfen haben. Es gibt zurzeit in Österreich vier gültige Gütesiegel, AMA, ÖGE, AMA-Bio und ÖKA. Diese Gütesiegel analysieren die Ernährungsrichtlinien sehr konkret und die sind auch abgestimmt auf Zielgruppen. Daher schlage ich vor, dass bei der Vergabe der Schulbuffets dieses Qualitätskriterium oder dieses Qualitätssiegel der Österreichischen Gesellschaft für Ernährung endlich diese Wirkung zeigt, wie es auch gedacht ist. Sprich, dass wir, wenn wir dem Schullandesrat diese Aufgabe jetzt mitteilen lassen, ein tolles Auswahlverfahren an Lebensmittel zusammenzustellen, bei der Vergabe dieses Kriterium als Basis gibt und da haben wir diese Bedenken, wie sie meine Vorrednerin richtigerweise angeführt hat, dass es zu einfältigen Buffets kommt, dass möglicherweise der Preis nicht passt oder die Einseitigkeit gegeben ist. Mit diesem Qualitätskriterium, mit diesem Qualitätssiegel der ÖGE haben wir automatisch diese Bedenken ausgeräumt, da es durch die ÖGE jährliche Kontrollen gibt und der Schulbuffetbetreiber dadurch auch angehalten wird, diese Kriterien zu erfüllen.

Der dritte Punkt, denn ich Ihnen näherbringen möchte ist der, der mir als Diätologin und Unternehmerin am meisten am Herzen liegt. Das ist der Begriff Bedarf wecken, der ganz konkret mit dem Thema Nachhaltigkeit zu tun hat. Ich glaube, wenn wir hier heute im Landtag einstimmig ein Gesetz bestimmen, das aufzeigen soll, dass uns die Gesundheit unserer Jugend und unserer Kinder wichtig ist, müssen auch wir dafür sorgen, dass dieses Gesetz nachhaltig umgesetzt wird. Darum sehe ich es als weitere Verantwortung von uns an, dass wir uns überlegen, wie wir den Bedarf wecken können, bei Lehrern, Schülern, Kindern und Eltern. Die Kinder sind enorm aufgeklärt. Sie haben heute schon gehört von meiner Vorrednerin. Es scheitert nicht an den Projekten, die in den Schulen stattfinden. Es scheitert nicht an Fachwissen des Lehrpersonals. Es scheitert daran, meiner Meinung nach, dass die Kinder, Jugendlichen, auch die Eltern, den Nutzen der gesunden Ernährung nicht greifbar wahrnehmen. Darum, glaube ich, ist das Wort Gesundheit in diesem Zusammenhang genau

das Wort, das von Nachhaltigkeit abhängt. Wir müssen, oder ich glaube es ist Notwendigkeit, dem Wort, den Begriff Gesundheit aus diesem Gesetz nicht rauszunehmen, aber vielleicht noch detaillierter anzuführen, weil Gesundheit interessiert Jugendliche nicht. Gesundheit interessiert Kinder absolut gar nicht. Darum glaube ich, dürfen wir nicht mit Gesundheit argumentieren, sondern mit Nutzen, der in der Sekunde, an dem Tag, an dem Vormittag, an dem Nachmittag für die Kinder greifbar ist. Das ist sicher nicht der Begriff „das gesunde Schulbuffet“. Bedarf wecken löst auch ein weiteres Problem aus, auf das wir uns gefasst werden machen müssen und das ist das Problem der Schulbetreiber. Es sind Unternehmer, das sind Tatsachen. Unternehmer müssen am Ende des Tages einen positiven Betrag unterm Strich rauskommen sehen, oder sie müssen es zumindest erhoffen. Ich habe auch Projekte in Schulen gemacht. Die Schulbetreiber werden teilweise sehr offen. Nur sie wussten, schreiben sie gesundes Müsliweckerl oder gesunder Müsliriegel, kauft es niemand. Darum müssen wir auch ein klein wenig an diese Unternehmer, mit denen wir kooperieren können, herantreten und gemeinsam einen Weg finden, wie wir das gesunde Essen, das gesunde Schulbuffet umdefinieren, einen anderen Namen geben und dadurch attraktiver machen können. Ich finde, diese drei Wörter, Brainfood, Bildmarke und Bedarfsermittlung gehören heute andiskutiert oder in der Umsetzung der Gesetzeslage nicht nur mit eingeschlossen, sondern sie sollen die Grundlage sein, wenn es um diese Umsetzung der Gesetzeslage geht.

Abschließend möchte ich sagen, da wir heute gemeinsam über die gesunde Zukunft reden oder die gemeinsamen Rahmenbedingungen schaffen werden, die die gesunde Zukunft unserer Kinder und unserer Jugendlichen voraussetzt oder gewährleistet, möchte ich, bevor ich mich für die Aufmerksamkeit bedanke, Ihnen allen drei Fragen stellen. In diesem Gesetz wird es darum gehen, dass die Jugendlichen genug Flüssigkeit zu sich nehmen. In diesem Gesetz wird es darum gehen, dass die Jugendlichen genug Ballaststoffe aufnehmen, Vitamine etc. und Omega3-Fettsäuren, um ihre Konzentrationsfähigkeit, um ihre mentale Leistungsfähigkeit, um die Müdigkeit und teilweise die spontanen Aggressionen, die im Alltag auftreten, vermeiden zu können. Darum frage ich Sie heute, haben Sie heute oder gestern genug alkoholfreie, zuckerfreie Flüssigkeit zu sich genommen? Haben Sie heute oder gestern bei drei Mahlzeiten, die ihre Gehirnleistung optimieren, genügend Ballaststoffe zu sich genommen? Und haben wir hier heute vor, ab heute oder haben Sie bis heute die Lebensmittel als Mittel zum Leben gesehen?

Ich freue mich außerordentlich, dass wir gemeinsam heute diesen sehr wichtigen Gesetzesbeschluss gemeinsam beschließen und sage heute schon danke für eine nachhaltige, sinnvolle und zielorientierte Umsetzung dieses Gesetzesvorschlags. Danke für ihre Aufmerksamkeit (*Beifall bei der ÖVP, SPÖ, Grüne und KPÖ – 11.19 Uhr*)

Präsident Ing. Wegscheider Meine geschätzten Damen und Herren Abgeordnete! Erlauben Sie mir zuerst der Frau Abgeordneten Neuhold recht herzlich zu ihrer ersten Rede hier im Hohen Haus zu gratulieren. Ich freue mich natürlich, dass diese Rede ihrem Lieblingsthema gewidmet war und ich gratuliere auch zum Vortrag und zum Inhaltlichen. Herzlichen Glückwunsch und Gratulation (*Beifall bei der ÖVP, SPÖ und Grüne*).

Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich komme dadurch zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zum TOP 3 die Zustimmung geben, ersuche ich um Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle einstimmige Annahme fest.

Meine geschätzten Damen und Herren, wir kommen zu

Tagesordnungspunkt

4. Bericht des Ausschusses für Gesundheit über den Antrag, Einl.Zahl 65/1, betreffend mobile Betreuung statt neue Pflegeheime.

Berichterstatterin ist Frau LTAbg. Ingrid Lechner-Sonnek. Ich bitte um die Berichterstattung.

LTAbg. Lechner-Sonnek (11.21 Uhr): Bericht des Ausschusses „Gesundheit“, mobile Betreuung statt neue Pflegeheime.

Der Ausschuss „Gesundheit“ hat in seiner Sitzung vom 16.11.2010 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss „Gesundheit“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert,

1. den einstimmigen Beschluss des Landtages vom April 2010 „Zukunft der Pflege in der Steiermark“ rasch umzusetzen.
2. Insbesondere das darin geforderte umfassende Gesamtkonzept des Landes für den Bereich Pflege umgehend zu erarbeiten und dem Landtag vorzulegen und
3. dabei zeitgemäße, mobile und flexible Betreuungsformen in den Mittelpunkt zu stellen. (*11.21 Uhr*)

Präsident Ing. Wegscheider Als Nächstes liegt mir gleich die Wortmeldung der Berichterstatterin vor.

LTAbg. Lechner-Sonnek (11.22 Uhr): Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses und sehr geehrte Damen und Herren im Zuschauerraum!

Wir haben hier heute eine Beratung zum Thema Pflege, wo wir anknüpfen an eine Diskussion, die schon im Frühjahr im letzten Landtag stattgefunden hat. Es gibt auch einen Beschluss und zwar geht es dorthin, dass wir von den Grünen aus gefordert haben, im Bereich der Pflege muss es ein Gesamtkonzept für die Steiermark geben. Das was jetzt aufgebaut ist im Bereich der Pflege, ist von hoher Zufälligkeit geprägt und Sie brauchen nur an einem einzigen Tag in der Woche Tageszeitungen aufzuschlagen und Sie sehen sich mit Sicherheit mit dem Thema Pflege konfrontiert. Das müssen dann nicht immer Missstände sein, gibt es natürlich auch manchmal, aber eines wird in jeder Berichterstattung, in jedem Artikel angesprochen und zwar sind das die horrenden Kosten und die Sorge, dass wir mit diesen Kosten noch zurechtkommen werden, zumal die Gesellschaft ja überaltert, also der Anteil der älteren Menschen überproportional zunimmt. Wir haben diesen Antrag im Frühjahr gestellt und ich möchte mit diesem Antrag auch jetzt dafür sorgen, dass endlich dieses Konzept auch erstellt wird, weil wir finden, dass wir das nicht mehr so dahin wabbern lassen können. Dass man nicht einfach sagen kann, ja wird schon irgendjemand irgendetwas machen und zur gleichen Zeit beklagt man, dass das alles soviel kostet. Das Land hat eine große Steuerungsverantwortung in diesem Bereich, auch wenn die Gemeinden in der Pflicht sind und der Bund über das Pflegegeld. Aber wenn das Land nicht herausfindet, was möchten wir, in welche Richtung die Sache mit der Pflege gehen soll, ja dann kann man sich nicht, da darf man sich nicht wundern, dass der Bereich viel kostet und zur gleichen Zeit nicht alle zufrieden stellt, die auf Leistungen in diesem Bereich angewiesen sind. D.h., erste Forderung, die durch diesen Beschluss der heute erfolgen wird, erhoben wird, dieses Gesamtkonzept soll erarbeitet werden. Ich sage es gleich dazu, steht nicht im Antrag, aber ich erwarte mir, dass so ein Konzept innerhalb von zwei bis drei Monaten steht. Das kann nicht so schwer sein. Sollte es ein Problem geben, ich helfe gerne aus. Kann mir sehr gut vorstellen, wie das aussieht.

Das Zweite: Es ist eine ganz wichtige Sache, wie soll ich sagen, herausgehoben worden, die wir in unserem Antrag eigentlich drinnen hatten. Und zwar haben wir gefordert, dass bis zu dem Zeitpunkt, wo das Konzept vorliegt, und noch einmal gesagt, es kann höchstens zwei bis drei Monate dauern, dass keine neuen Pflegeheime bewilligt werden. Die rechtliche Form oder die einwandfreie Form wäre sozusagen ein Moratorium. Wir beschließen einfach keine neuen Heime, weil wir noch nicht wissen, ob sie in unser Gesamtkonzept passen. Jetzt ist so die allgemeine Meinung von Personen, die sich nicht viel mit dem Bereich befassen, ja wir haben immer mehr ältere Menschen und dadurch brauchen wir sowieso immer mehr Heime. Ich widerspreche dem ganz energisch. Wir haben erstens einmal und das sagt auch eine Studie, die noch nicht veröffentlicht ist vom Bund her, genug Heime in der Steiermark, wie überhaupt genug Heime in Österreich für den derzeitigen Bedarf existieren und zum

Zweiten möchte ich darauf hinweisen, dass die Heimversorgung die teuerste Versorgung ist und dazu führt, dass die Budgets über Gebühr belastet sind. Wenn wir das jetzt so weiterlaufen lassen wie bisher, wir haben das ausgerechnet, wird allein der Zuwachs der Personen, die über 65 sind, anteilmäßig gerechnet, wer jetzt in den Heimen ist, an die 60 Millionen Euro Mehrkosten für Länder und Gemeinden zusammen betragen. Wenn man aber einen anderen Weg beschreitet und sagt, man baut die wesentlich kostengünstigeren mobilen Dienste aus, dann kostet der gleiche Zuwachs in der gleichen Zeit acht Millionen der öffentlichen Hand. Wenn Sie, meine Damen und Herren, im Landtag jetzt sagen, das ist egal, 60 Millionen oder 8 Millionen, das ist völlig wurscht, ok. dann beschließen Sie das so. Ich finde das ist fahrlässig. Wir haben erstens einmal ganz gewaltige budgetäre Probleme und auch inhaltlich. Ich würde das für fahrlässig empfinden, weil die mobilen Dienste und verschiedene andere Formen wie Tagesbetreuung, betreutes Wohnen notwendige Lückenstütze sind dafür, dass die Menschen lange zu Hause leben können. Wenn ich Sie jetzt fragen würde, wer von Ihnen geht davon aus, dass er im Alter, wenn er Unterstützung braucht, in ein Heim geht, gehe ich Wetten in jeder Höhe ein, dass keine Hand in die Höhe gehen wird. Niemand von uns steht sich das als seine Zukunft vor. Trotzdem werden aber eigentlich Heime gebaut. Da muss ich die Politik schon fragen, ob sie irgendwie in Kontakt ist mit den Wünschen der Bevölkerung, erstens. Zweitens weiß man auch, wenn man sich ein bisschen mit dem Thema befasst, dass sich 80, 85 % eher 85 % der Menschen die Unterstützung und Pflege brauchen, zu Hause gepflegt und betreut werden. Was tut man für die Familien, für die Familiensysteme der Angehörigen, damit das möglichst lange möglich ist. Denn das, meine Damen und Herren, ist die überhaupt sparsamste Form für die öffentliche Hand und oft auch die Form, die von den Betroffenen am ehesten gewünscht wird. Ich sage Ihnen, eigentlich gar nichts. Man tut eigentlich von Landesseite her gar nichts. Was gibt es an Unterstützungen für die betreuenden Angehörigen? Eigentlich nur die mobilen Dienste, dass jemand ins Haus kommt, sei es eine Diplomkrankenschwester oder sei es eine Heimhilfe, die den Angehörigen hilft, die Ihnen zeigt, wie man das eine oder andere macht, was ja auch wirklich schwer ist und die die Möglichkeit bietet, dass man sich einmal ausredet und dass man wieder zu einer guten Basis zur Weiterarbeit findet. Sonst gibt es gar nichts. Es gibt keine familienentlastenden Dienste, es gibt keine weiteren Unterstützungsdienste. Wenn Sie einen pflegebedürftigen Angehörigen haben, dann muss jemand von den Erwachsenen, wenn die Person in ihrem Haushalt lebt, wahrscheinlich auf Berufstätigkeit verzichten, weil es sonst nicht geht. Was das für die betroffene Person heißt, können Sie sich vorstellen. Stichwort Pensionszeiten, Stichwort Karriere, kann man sich alles schenken. Ist es das, was im Steirischen Landtag zur Kenntnis genommen wird? Ja ist halt so. Ja, meine Damen und Herren, wenn man nicht zur Kenntnis nehmen will, dass es so ist, oder wenn es nicht so sein soll, dann muss man was dagegen tun. Da muss man die mobilen Dienste ausbauen und die Tagesbetreuungseinrichtungen, wo ein pflegebedürftiger Angehöriger gut betreut tagsüber sein kann,

um am Abend wieder im Kreis der Familie sein zu können. Das liegt alles auf der Hand. Was passiert aber stattdessen? Es wird ein Heim nach dem anderen gebaut. Ich sage Ihnen, ich lebe im Bezirk Weiz. Im Norden des Bezirkes Weiz wurde ein Pflegeheim vor einigen Monaten bewilligt, obwohl der Sozialhilfeverband dringend die Landesregierung aufgefordert hat, diese Bewilligung nicht zu erteilen, weil rund um dieses neue Pflegeheim etliche Heime existieren, die jetzt noch nicht voll sind. Dringend hat er das Land aufgefordert, bewilligen Sie das nicht, der Bedarf ist nicht gegeben. Das Heim wurde trotzdem bewilligt und das ist nicht der einzige Fall. Was passiert mit solchen Heimen? Die werden natürlich voll. Warum? Weil die Besitzer akquirieren und sagen, kommen Sie doch ins Heim, kostet praktisch gar nichts, schönes Zimmer, Essen, Pi-Pa-Po. Menschen lassen sich dann natürlich verführen, warum? Weil es auch sonst nichts gibt. Das ist so schwarz und weiß. Entweder ich komme zu Hause zur Gänze alleine zurecht, vor allem in den Regionen draußen ist das oft der Fall, oder ich gehe eben in das Heim. Weil es dazwischen nichts gibt. Ist es unser Interesse, dass die Menschen in das Heim gehen? Ich sage Ihnen, was ein Heimplatz im Monat der öffentliche Hand kostet. Im Schnitt 1.250 Euro. Wissen Sie, was die Betreuung einer Person mobil, der öffentliche Hand in einem Monat kostet? 170 Euro. Und wenn Sie jetzt noch sagen, dass ist uns egal, dann sage ich, Sie sind fahrlässig. Es geht einfach nicht so. Wir haben in der Steiermark 195 Heime. 41 davon sind öffentlich, 39 sind privat aber gemeinnützig und 115 sind privat und gewinnorientiert. Ich kann jetzt einem Heimbetreiber, der gewinnorientiert ist, nicht einmal schlecht anschreiben, dass er Gewinn lukriert. dass er gut davon lebt, von seinen Einnahmen, wenn die öffentliche Hand so bereitwillig zahlt. Jeder der ein Heim eröffnet und die Bewilligung bekommt, darf verrechnen. Das kann doch nicht mehr die öffentliche Hand entscheiden, ob sie zahlt oder nicht. Das ist doch ein System, das ist völlig unhaltbar, meine Damen und Herren. Aus diesem Grund wollten wir bewirken, dass ein paar Monate lang keine Bewilligung erteilt wird, bevor wir nicht in einem Gesamtkonzept sehen, wo es noch Heime braucht und wo es sicher keine mehr braucht. Dazu würde auch gehören, dass man sagt, wie bauen wir jetzt die anderen Formen aus, die wesentlich kostengünstiger sind. Ein Fachmann hat mir bestätigt, der Faktor ist 1:8. Für die Kosten die anfallen, wenn eine Person betreut in einem Pflegeheim ist, können bis zu acht Personen mobil betreut werden. Das muss uns doch etwas sagen, meine Damen und Herren. Was völlig fehlt ist, der Bedarf wird nicht überprüft oder ist nicht Grundlage der Entscheidung und was im Übrigen auch fehlt in manchen Bezirken ist, dass nicht überprüft wird, ob die Person, die in ein Heim will, das auch wirklich braucht. Es gibt eine sogenannte Pflege- und Heimbedürftigkeitsüberprüfung und ich kann Ihnen wirklich sagen, ich habe mich erkundigt, ich war heuer im Sommer viel unterwegs, in manchen Bezirken wird die überhaupt nicht durchgeführt. Weil wir keine Leute dafür haben, heißt es. Da wird sozusagen die Tür weit aufgehalten, jeder der möchte kann hineingehen. Es fallen dann Kosten, jeden Monat im Schnitt 1.250 Euro nur für die öffentliche Hand an. Ich rechne nicht die Person mit und wir nehmen das alle zur Kenntnis und

sagen, offensichtlich der Landtag, weiter so. Wir Grünen sagen, nicht weiter so. Das muss ein Stopp sein, der sich daraus ergibt. Es kann doch sein, dass wir ein paar Monate keine neuen Heime bewilligen, bevor wir nicht wissen, wo wir sie brauchen. Das ist einmal das Erste. Das Zweite, wir haben heute noch eine Debatte zum Regress. Ich muss aber in diesem Zusammenhang noch kurz darauf eingehen. Was mich wahnsinnig stört ist, dass es immer so hingestellt wird, dass alle Leute oder viele Leute, die in ein Heim gehen, von Angehörigen dort hinein verschoben werden, die sich nichts denken und die sich sozusagen von ihren Pflichten befreien wollen. Ist es Ihnen bekannt, dass jemand, der in ein Pflegeheim geht, was drauflegen muss oder sonst die Sozialhilfe in Anspruch nehmen kann. Dass diese Person zuerst ihren Besitz abbauen muss, also ihre Sparbücher abbauen muss und dass dann, wenn ein Immobilienbesitz besteht, die öffentliche Hand ein Recht darauf erwirbt, diesen Immobilienbesitz auch zu besitzen bzw. nach der Auflösung, nach einer Verlassenschaft den Anteil zu bekommen, der angefallen ist an Kosten? Ist Ihnen das bekannt? Wie kann man da noch sagen, das ist völlig wurscht für die Familien, das ist völlig egal, ob jemand im Pflegeheim ist oder nicht. Das stimmt nämlich überhaupt nicht. Ich sage Ihnen noch etwas, dass sehr viele Menschen, sehr viele Angehörigen, sehr viel Angst haben, dass sie ihre Wohnung verlassen müssen, die sie gemeinsam besitzen mit Jemandem, der in ein Pflegeheim gehen hat müssen, oder dass sie ihr Haus verkaufen müssen, weil die Betreuung sonst nicht gewährleistet sein könnte. Es gibt überhaupt keine Information in den Heimen für diese Personen, die werden ziemlich allein gelassen. Auch hier besteht großer Handlungsbedarf. Ich bringe deswegen und ich freue mich, dass Sie offensichtlich die ersten drei Punkte unseres Antrag unterstützen werden, weil ich noch immer daran glaube, dass Sie vielleicht nicht gesehen haben, was da für eine Tragweite hat mit den Heimbewilligungen, mit denen, die völlig uferlos passieren, einen Entschließungsantrag ein, der auch zu diesem Punkt noch einmal Position bezieht.

Die Grünen stellen den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. den Regress im Bereich der Pflege nicht wieder einzuführen.
2. Stattdessen die im Vergleich zu einem Pflegeheimplatz achtmal billigere mobile Betreuung massiv auszubauen und
3. bis zum Beschluss eines Gesamtkonzeptes für den Bereich Pflege im Wege eines Moratoriums möglichst keine Bewilligungen für neu geplante Pflegeheime zu erteilen.

Ich ersuche Sie wirklich auch hier in die Verantwortung zu gehen, die wir alle gemeinsam für das Landesbudget haben, dass ist nämlich sehr budgetrelevant und bitte Sie um Annahme unseres Entschließungsantrages. Danke (*Beifall bei den Grünen – 11.35 Uhr*)

Präsident Ing. Wegscheider Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Klaus Zenz.

LTabg. Zenz (11.35 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Der Antrag der Grünen, der uns hier vorliegt, ist ein Antrag der durchaus eine genaue Betrachtung verdient. Ich denke mir, wir haben auch in der letzten Periode, und das wird auch in Zukunft sein, viel zu diesem Bereich Pflege zu diskutieren. Ich denke mir, dass es hier auch zu sagen ist, dass wir viele, viele Punkte, die die Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek dargebracht hat, unterstützen. Dieser Antrag, der passiert auf einen gemeinsamen Landtagsbeschluss, „Zukunft der Pflege“ war dieser Titel, der gemeinsam in diesem Haus einstimmig beschlossen wurde, hat ja auch die Zustimmung aller Fraktionen in diesem Haus gefunden. Darüber, dass der Ausbau der mobilen Pflege und die mobile Pflege unbedingt ein notwendiger Bestandteil in Zukunft sein wird und jetzt schon ist, um die Herausforderung im Bereich der Pflege zu erfüllen, darüber gibt es ja auch keine Diskussion. Ich denke mir, auch in diesem Punkt geben wir Ihnen vollkommen recht, dass es ein Gesamtkonzept geben muss, in dem sich alle Gruppen einbetten können. In dem wir wissen, in welchem Bereich wir ausbauen müssen und in welchen Bereichen wir vielleicht auch Leistungen zurücknehmen können. Dass es notwendig ist, hier mobile, flexible Betreuungsformen zu finden, darüber denke ich, besteht auch in diesem Hause und auch heute, das sagt ja auch schon der Beschluss im Ausschuss der Einstimmigkeit. Worüber wir anderer Meinung sind und ich denke, das kann man auch durchaus diskutieren, ist und Sie bringen das in Ihrem Entschließungsantrag wieder so ein, dass wir nicht glauben, dass es ein Gegeneinander der mobilen Pflege und der stationären Pflege gibt. Ich weiß, es gibt viele Studien und ich kenne auch Ihre Kompetenz in diesem Bereich. Sie wissen, dass es vor allen Dingen in einem Bereich - nicht nur die Zahl der zu Pflegenden massiv steigen wird, es wird vor allen Dingen eine Gruppe ganz massiv steigen, und zwar jene Gruppe, die einen sehr besonders hohen Pflegebedarf hat. Also ich glaube nicht, dass es ein richtiger Weg ist hier zu sagen, wie auch in ihrem Entschließungsantrag, die Fakten werden schon stimmen, dass ein Pflegeheimplatz ungefähr acht mobile abdecken würde. Aber ein Gegeneinander finde ich nicht als den richtigen Weg. Ich denke mir, es wird notwendig sein, verschiedene Dienstleistungen anzubieten und hier zu sagen, wir würden uns, wenn wir Pflegeheime zusperren oder Pflegeheime nicht bewilligen, einfach das ersparen und könnten sozusagen das ganze Problem damit lösen, das ist, glaube ich, ein falscher Ansatz. Ich glaube nicht, dass wir in diesem Zusammenhang einfach sagen können, die Stationärleistungen brauchen wir nicht mehr - wir werden sie brauchen, ganz eindeutig – und wir brauchen nur mobile Dienste ausbauen und lösen damit auch das finanzielle Problem. Wir sprechen hier die Wiedereinführung des Regresses an. Denke mir, da wird es viel zu diskutieren geben. Aber das ist nicht die Lösung und ich kann Ihnen garantieren, dass wir Sand in die Augen der Menschen streuen, wenn wir hier sagen, wir brauchen nur mobile Dienste aufbauen und damit würde die Pflege gesichert sein. Deshalb werden wir als SPÖ

Ihrem Antrag sehr gerne zustimmen, aber den Entschließungsantrag, den Sie eingebracht haben, nicht unsere Zustimmung geben. Danke (*Beifall bei der SPÖ – 11.39 Uhr*)

Präsident Ing. Wegscheider Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Barbara Riener.

LTAbg. Riener (*11.39 Uhr*): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuschauer!

Der Selbständige Antrag von den Grünen, mobile Betreuung statt neue Pflegeheime, wie Kollege Zenz gesagt hat, ist durchaus ein sehr wichtiger und ein Antrag, den man genau betrachten muss. Ich kann auch in vielen Punkten der Klubobfrau, Kollegin Lechner-Sonnek, gut folgen und auch zustimmen. Was aber für mich nicht in Frage kommt, ist eine Maßnahme gegen die andere auszuspielen. In keinem der Sozialbereiche. Weder in der Jugendwohlfahrt, noch im Behindertenbereich, noch im Pflegebereich. Es muss ein sowohl als auch geben. Aber, und ich bin davon überzeugt, dass es viele Pflegeheime bereits gibt, die eine gewisse Belastung oder Auslastung ist das richtige Wort, die Auslastung brauchen. Natürlich wird ein Bedarf dadurch erzeugt. Ein teurer Bedarf. Deswegen müssen wir sehr genau hinschauen, wohin wir steuern. Dieses Hohe Haus hat auch die Aufgabe mit Gesetzen zu steuern, da gehe ich ganz konform. Aber geben Sie unserer Frau Landesrätin die Chance ein Gesamtkonzept auf den Tisch zu legen. Sie haben zwei bis drei Monate gesagt. Ich möchte mich da nicht hundertprozentig festlegen, weil es gilt auch noch den budgetären Ansatz da herauszuschälen. Das ist momentan ja alles ineinander verquickt. Frau Landesrätin Kristina Edlinger-Ploder wird eben die Notwendigkeit haben, nicht nur ein Gesamtkonzept auf den Tisch zu legen, sondern auch die Kostenfolgen zu berücksichtigen, damit wir gut beschließen können. Einige Überlegungen zu Ihrem Antrag, die ich gerne unterstützen möchte: Ich bin davon überzeugt, dass ältere Menschen so lange wie möglich zu Hause bleiben wollen. Es ist sehr oft der Druck der Angehörigen mit Aussagen wie: „Ich habe ja keine Zeit für dich, ich kann dich ja nicht betreuen, du kannst nur in ein Pflegeheim.“ Es ist nicht so, dass der Betroffene sagt: „Ich will freiwillig hinein.“ Er drückt es dann notgedrungen mit der Anmeldung und der Unterschrift aus. Denn es ist der Druck der Familie da. Das habe ich als Sozialarbeiterin sehr oft erlebt. Was sich vorher in der Familie abspielt, bevor eine Unterbringung möglich gemacht wird. In diesem Zusammenhang möchte ich aber auch billigere ambulante Maßnahmen und da sollten wir auch hinschauen, dass die einzelnen Maßnahmen wie Zahnräder ineinander gehen, aber auch mit Transparenz der Bevölkerung zur Verfügung stehen. Insofern unterstütze ich auch die Datenbank, zur Unterstützung für die Bevölkerung, dass sie wissen, wo kann ich was machen. Da kommt zum Beispiel das betreute Wohnen, dass viel, viel günstiger ist für den öffentlichen Haushalt, für mich in Frage. Wenn ich zum Beispiel selber in einer Wohnung bin und die Wohnung wird mir zu groß, weil die Kinder draußen sind, weil der Mann vielleicht verstorben ist und

ich kann mir die Wohnung nicht mehr leisten, ist da der richtige Zeitpunkt zu überlegen, gehe ich in eine andere Wohnung, in ein sogenanntes betreutes Wohnen. Ich bin noch relativ fit beieinander, brauche eigentlich noch nicht wirklich eine Unterstützung. Wechsle ich in eine Wohnung des betreuten Wohnens, kann ich dort dann sukzessive mit immer kleineren Unterstützungen angefangen, bis hin zur Mehrbetreuung in dieser Umgebung bleiben. Die Daten, zum Beispiel von der Diakonie, die evaluieren sehr genau, zeigen uns, dass in einem hohen Prozentsatz die Menschen dort auch bis zum Tode verbleiben. D.h. es kommt nicht noch eine Station dazu, Pflegeheim. Es wäre sozusagen für die Betroffenen sehr günstig im Sinne von menschlich, weil man nicht noch einmal wo anders hin muss und gleichzeitig habe ich aber die Betreuung gesichert. Und der dritte Effekt ist, dass es kostengünstiger ist für die öffentliche Hand. Auf etwas möchte ich noch hinweisen, was zu wenig auch in der Öffentlichkeit durchaus bekannt ist und das wird durchaus vom Bund unterstützt - die bis zu 24-Stunden-Betreuung. Da ist auch zu überlegen, inwieweit das Land, das eventuell auch bevorzugt unterstützen könnte, um diese Betreuung zu Hause zu ermöglichen und da bin ich nicht ganz bei Ihnen, Frau Kollegin Lechner-Sonnek. Es besteht ja die Möglichkeit, wenn Pflegestufe drei bzw. ab der Pflegestufe vier zur Gänze Pensionszeiten anzusammeln, wenn ich bei der Pflege eines Angehörigen zu Hause bleibe. Man muss den Angehörigen sagen, wenn sie das über dieses Modell der personenbezogene Betreuung machen, dann muss ich auch eine entsprechende Ausbildung haben, ist schon klar. Aber wenn dieses Modell gewählt wird, sind das auf jeden Fall Versicherungszeiten. Wenn man jemanden anstellt über die personenbezogene Betreuung sind es Versicherungszeiten für die Personen, die betreuen und wenn ich als Angehörige das mache, habe ich auch in der Pflege ab der Stufe drei 50 Prozent und ab der Stufe vier 100 Prozent, die für die betreuenden Angehörigen wirksam werden als Zeiten, als Ersatzzeiten. Das muss man auch berücksichtigen. Das wissen oft die Leute nicht. Ein großes Ja zum Gesamtkonzept, ein großes Ja zur flexiblen Betreuung und mobilen Betreuung im Vorfeld. Aber wo ich nicht mit kann ist beim Punkt 4, wenn es heißt, kein Pflegeheim mehr. Es kann eine Situation in einer Region entstehen, wo man sagt, ok. da müssen wir. Aber ich vertraue darauf, dass die Frau Landesrätin – und bitte vertrauen auch Sie – in der Lage ist, sehr wohl rechtzeitig ein Gesamtkonzept auf den Tisch zu legen, dass wir ausführlich darüber debattieren können. Wir müssen auch in dem Gesamtkonzept debattieren über primär, sekundär und der tertiär Vorsorge im Pflegebereich, dass nicht immer zwischen Gesundheitsaspekt und Pflegeaspekt hin und her geschoben wird. Dass nicht ein älterer Mensch, der in einer Krankenbehandlung ist, keiner Rehabilitation zugeführt wird, sondern es heißt, dass ist der Bereich der Pflege. Es gibt auch Krankenrehabilitation über 60. Es ist meines Erachtens auch deswegen sehr sinnvoll, dass Gesundheit und Pflege in einem Ressort sind, weil man das gemeinsam berücksichtigen kann. Und eben dieses Vertrauen bitte ich, liebe Kolleginnen und Kollegen, unserer Frau Landesrätin entgegenzubringen, dass sie zu gegebener Zeit – und ich glaube - das wird sehr rasch sein, ein Gesamtkonzept auf den

Tisch legt, dass wir das dann anständig debattieren in Hinblick auf Erfolgskriterien, der Inhalt, die Kosten und welche Effekte wir dazu erzielen. Danke (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.47 Uhr*)

Präsident Ing. Wegscheider Als Nächster zu Wort gemeldete, ist der Abgeordnete Dr. Murgg.

LTAbg. Dr. Murgg (*11.47 Uhr*): Herr Präsident, liebe Mitglieder der Landesregierung, Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ganz kurz. Bin vollkommen mit den Grünen einverstanden. Wir als KPÖ sind vollkommen einverstanden. Gesamtkonzept sollte möglichst bald her und auch die mobilen Dienste ausbauen und stärken, mit größeren finanziellen Mittel versehen. Nur bei einem Punkt können wir nicht mit und deswegen waren wir auch im Ausschuss dafür, dass dieser vierte Punkt ihres ursprünglichen Antrages jetzt von dem abzustimmenden Antrag weggekommen ist. Nämlich, dass man ein Moratorium für Pflegeheime einführt. Warum? Es mag so sein, ich habe bei ihrem Beispiel genau aufgepasst, als Sie erzählt haben vom Norden des Bezirkes Weiz. Ich kann Ihnen zig andere Beispiele aufzählen. Beispielsweise aus Leoben, weiß ich aus der eigenen Erfahrung, wo man einige Monate Wartezeit in Kauf nehmen muss, manchmal mehr als ein halbes Jahr, um in ein Pflegeheim zu kommen, vor allem dann, wenn man beispielsweise ein Einzelzimmer haben will. Sie dürfen eines nicht vergessen, es mag richtig sein, wenn eine Person, die in Passail lebt und sagt, gehst halt ins Heim in zum Beispiel Gleisdorf, dass dort vielleicht sofort ein Platz wäre. Aber die Leute wollen ja möglichst in der Umgebung in ein Heim gehen, wo sie zu Hause waren auch noch wenn sie Bekannte, Verwandte haben, dort möglichst leicht besucht werden können. Ich darf Ihnen, geschätzte Frau Klubobfrau, nur um das auch ein bisschen in das tatsächliche Licht zu rücken, aus einer Studie – vielleicht kennen Sie das – einige Zahlen mitgeben. Das ist zwar nicht Steiermark spezifisch, sondern gesamtösterreichisch, aber ich nehme an, behaupte ich einmal, große Unterschiede wird es nicht geben, wie es nämlich mit den Menschen, die Pflegegeld beziehen, ausschaut. 65 Prozent der Pflegegeldbezieher werden ohnehin derzeit in den Familien betreut und ich behaupte unter großen Belastungen vor allem der Frauen in diesen Familien und da müsste man dringend um Besserung dieser Situation kämpfen. Viele würden dann mobil unterstützt werden können, aber bei vielen wird das nicht und unter großen Schwierigkeiten gehen. Von den 40 oder 45 Prozent, die dann im formellen Sektor, so heißt das, betreut werden, mobil oder stationär, sind 24 Prozent mobilbetreut und nur 17 Prozent leben in Alten- oder Pflegeheimen. Dass das das Teuerste ist und auch diese 17 Prozent dann das meiste Geld verschlingt, das wissen wir, mag in der Steiermark plus/minus einige Prozente anders sein. Ich gebe Ihnen recht und ich bin vollkommen bei Ihnen, dass man deswegen den mobilen Sektor stärken müsste. Aber ich behaupte, wir brauchen auch dringend immer noch, das mag von Region zu Region unterschiedlich sein, Pflegeheime. Pflegeheime, wo es selbstverständlich ist, ein Einbettzimmer zu

bekommen. Noch etwas möchte ich Ihnen sagen. Sie argumentieren hier immer mit Zahlen, wo Sie Studien zitieren, wo Sie sagen, ein mobiler Platz kostet eine Summe x und der stationäre kostet vier- oder fünf- oder zehnmal so viel. Wenn man jetzt alles mobil machen würde, alles wird ja nicht gehen, das behaupten natürlich auch Sie nicht, würde das sehr viel billiger werden. Das stimmt. Aber ich sage, es wird nicht so viel billiger wie Sie behaupten. Weil, wenn man nämlich Menschen, die fünf oder sechs haben, die hat man noch möglichst lange zu Hause, dann kostet diese mobile Betreuung wesentlich mehr, als die mobile Betreuung, die Sie möglicherweise hochrechnen, wo nämlich nur zwei oder drei oder Stufe eins Personen betreut werden. Langer Rede kurzer Sinn, wir werden heute noch eine längere Debatte führen und die Kollegin Klimt-Weithaler wird hier eine Dringliche Anfrage stellen. Wir werden Ihrem Entschließungsantrag zustimmen, selbstverständlich den Punkt, wo Sie sagen, der Regress muss wieder weg, dieses Begehren muss weg, dass der Regress fällt und auch das mit dem Ausbau der mobilen Pflege und Pflegekonzept. Wir können aber nicht dem Punkt drei zustimmen, wo Sie sagen, ein Moratorium in der Pflegeheimbewilligung. Deswegen beantrage ich eine punktuelle Abstimmung des Entschließungsantrages der Grünen. Danke (*Beifall bei der KPÖ – 11.52 Uhr*).

Präsident Ing. Wegscheider: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Siegfried Tromaier.

LTAbg. Tromaier (11.53 Uhr): Herr Präsident, Frau Landesrätin, Kolleginnen und Kollegen!

Mich hat die Diskussion über die Pflegeheime jetzt auf den Plan gerufen und auch die Wortmeldung vom Kollegen Murgg mit Einbettzimmern. Mir ist vor kurzem ein Fall vorgetragen worden. Ein Ehepaar, er ist 82 Jahre, sie ist 86 Jahre. Sie hat die Pflegestufe 6, er die Pflegestufe 1. Sie hat ins Heim müssen durch die Betreuung. Er war nicht mehr in der Lage, den Haushalt zu führen, obwohl er die Pflegestufe 1 bekommen hat. Da haben wir das Hauptproblem durch die Familienzusammenführung bekommen. Das ist der Punkt, den ich ansprechen möchte. Die Familienzusammenführung ist ein wichtiger Punkt für die Zukunft bei der Diskussion für die Pflegeheime. Wenn die Frau mit dem Alter allein in einem Zimmer ist oder auch zu zweit und er kann nicht bei ihr sein und auch nicht gemeinsam den Tag und die Nacht verbringen, dann wäre sie wahrscheinlich in naher Zukunft gestorben. Das ist ein sehr, sehr wichtiger Punkt, den man in dieser Diskussion nicht vergessen darf, dass man nicht nur über die Einbettzimmer spricht, sondern wir müssen schauen, dass wir Doppelzimmer bekommen. Ich habe dazu sieben Monate gebraucht, dass wir das geschafft haben, dass wir das Ehepaar in ein dementsprechendes Pflegeheim bringen konnten, da es sonst nirgends möglich war. Diesen Punkt – bitte – wirklich aufnehmen, denn wenn ein Ehepaar

60 Jahre verheiratet ist, kann man es wirklich nicht mehr in diesem Lebensalter trennen. Danke!
(Beifall bei der SPÖ – 11.55 Uhr)

Präsident Ing. Wegscheider: Meine Damen und Herren, es liegt mir keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zu TOP 4 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Sie haben den Antrag von Dr. Murgg gehört, es geht um eine punktuelle Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen betreffend Punkt 1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Punkt 1 mit Mehrheit abgelehnt.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen betreffend Punkt 2 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Wiederum mehrheitlich abgelehnt.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen betreffend Punkt 3 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dies wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Geschätzte Damen und Herren, bevor wir zu Tagesordnungspunkt 5 kommen, habe ich eine freudige Begrüßung zu machen: Ich begrüße die Schülerinnen und Schüler des Bundesgymnasiums Dreihackengasse unter der Leitung von Frau Mag. Barbara Dobesberger. Herzlich willkommen!
(Allgemeiner Beifall)

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt

5. Bericht des Ausschusses für Soziales über den Antrag, Einl.Zahl 61/1, der Abgeordneten Hannes Amesbauer und Mag. Dr. Georg Mayer betreffend Vereinheitlichung des Jugendschutzgesetzes.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Hannes Amesbauer. Ich erteile ihm das Wort.

LTAbg. Amesbauer (11.58 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, meine Damen und Herren!

Schriftlicher Bericht des Ausschusses Soziales. Betreff: Vereinheitlichung des Jugendschutzgesetzes.

Der Ausschuss „Soziales“ hat in seiner Sitzung vom 16.11.2010 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Bereits in den vergangenen Gesetzgebungsperioden war es ein allgemeines Anliegen der Landespolitik, zu einer österreichweiten Vereinheitlichung der Jugendschutzgesetze der einzelnen Bundesländer zu kommen. Das ist durch viele einstimmige Beschlüsse des Landtages Steiermark dokumentiert. Zuletzt war dieses Bestreben auch eines der Ergebnisse des sehr erfolgreich durchgeführten Jugendlandtages.

Der Ausschuss „Soziales“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, sich für eine österreichweite Vereinheitlichung der Jugendschutzgesetze einzusetzen. Danke.

Präsident Ing. Wegscheider: Ich bedanke mich und zu Wort gemeldet hat sich als Erster der Abgeordnete Maximilian Lercher, der ebenfalls heute seine „Jungferrede“ hält. Bitte um Aufmerksamkeit.

LTAbg. Lercher (11.59 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich glaube, es ist auch sehr treffend, dass die Schüler und Schülerinnen von der Dreihackengasse jetzt hier sind. Bezüglich „Jugendschutz“ kann ich nur beipflichten, es sind in den letzten Jahren einige Beschlüsse gefasst worden, wo die Bundesregierung aufgefordert wird, ein einheitliches Jugendschutzgesetz umzusetzen. Es ist ja auch nicht mehr tragbar. Wir haben zum Thema Tierschutz ein einheitlich bundesweites Gesetz zusammengebracht, aber auf Landesebene ist es noch nicht gelungen. Auch unsere Intention ist dahin, diese Petition wieder zu verfassen. Es ist natürlich richtig, den Bund aufzufordern, ein einheitliches Jugendschutzgesetz zu verfassen. Das kann aber nicht der letzte Schluss sein. Deswegen muss man auch weitergehen und natürlich auch steirische Lösungen anstreben. Da sind wir dabei, das wird auch verhandelt. Das ist glaube ich auch der richtige Zugang, was wichtig ist. Wir können diese Petition gerne noch einmal abstimmen. Da bin ich auch dafür, dass der Bund aufgefordert wird. Letztendlich wird es aber der Bedarf sein, dass wir auch eine steirische Lösung vorantreiben und dafür möchte ich natürlich auch eintreten. Danke! (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 12.00 Uhr*)

Präsident Majcen: Danke dem Kollegen Lercher für seine erste Rede, für die kurze Rede, Max Lercher, und übernehme den Vorsitz und muss sagen, dass man hiezu ein kleines Informatikstudium braucht. Ich bitte Sie, allfällig auftretende Probleme von vornherein zu entschuldigen und komme zum nächsten Redner. Gemeldet ist der Herr Kollege Amesbauer. Ich erteile ihm das Wort.

LTAbg. Amesbauer (12.01 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Vorweg, wir stimmen diesem Antrag natürlich zu. Als Freiheitliche waren es ja wir, die im letzten Ausschuss die Initiative ergriffen haben und einen Antrag eingebracht haben. Ich möchte nur kurz ausführen, was mich verwundert hat, wenn man da als junger idealistischer Abgeordneter das erste Mal bei einer Ausschusssitzung sitzt und wie das abläuft. Also die grundsätzlichen Vorgänge, wie mit Anträgen der Opposition umgegangen wird, ist ja schon besprochen worden, das kommt in einen anderen Ausschuss, das wird schubladiert, das wird vertagt. Die Erfahrung bei diesem Antrag ist interessant, weil inhaltlich geht es um die gleiche Sache. Es gibt nur kleine Unterschiede in der Formulierung. Meine Meinung ist, unser Antrag ist präziser formuliert als jener der SPÖ. Der Kollege Lercher hat ja vorher gesagt, man soll den Bund auffordern. Interessanterweise steht das im Antrag der SPÖ nicht drinnen. Herr Klubobmann Drexler, der ja leider jetzt nicht hier ist, hat mir im Ausschuss auch gesagt, inhaltlich wollen wir ja das Gleiche, nur wir haben das anders formuliert. Wir haben zum Beispiel in der Formulierung drinnen, dass man diese Petition an die Bundesregierung richten und auch in der Landeshauptleutekonferenz debattieren soll. Herr Klubobmann Drexler hat dann gesagt, dass das nichts bringt, weil, die Landeshauptleutekonferenz ist ja ohnehin nur ein loser Debattierklub ohne Wirkung. Das ist ein Zitat. Das ist zwar ein sehr interessanter Befund, über das können wir gerne einmal reden. nur ich glaube nicht, dass irgendein Jugendlicher im Sinne der Vereinheitlichung des Jugendschutzgesetzes von diesem Befund irgendetwas hat. Herr Landeshauptmann Voves hat jetzt auch kein Interesse an dieser Sache. Aber soweit ich weiß, ist ja morgen ein Zusammentreffen dieses „losen Debattierklubs“ und die Frau Jugendlandesrätin könnte ja den Herrn Landeshauptmann ersuchen, im Zuge der Landeshauptleutekonferenz diesen Beschluss, der heute gefasst wird, vorzubringen und seine Amtskollegen, die ja neun unterschiedliche Jugendschutzgesetze vertreten, dazu auffordern, gemeinsam eine Lösung zu finden. Weil ich denke schon, dass dieses Gremium Beratungen führen kann und wir brauchen ja ein einheitliches Jugendschutzgesetz. Natürlich eine steirische Lösung ist schon klar, aber in Wahrheit muss das eine österreichische Lösung sein, weil wir wollen ja ein Jugendschutzgesetz. Und man muss sich das vorstellen, dass im Jahr 2010 die Jugendlichen in den verschiedenen Bundesländern immer noch nicht gleich behandelt werden. Das beste Beispiel ist, ich bin aus dem Bezirk Mürzzuschlag, da gibt es eine Bar an der Landesgrenze am Semmering, der Kollege Zelisko kennt sie, und das ist zwischen Niederösterreich und Steiermark – er ist ja auch Mürzzuschlager – und ich kenne sie natürlich auch gut, das ist das beste Beispiel. Das ist

direkt an der Landesgrenze bitte, und da verkehren Steirer, Niederösterreicher und Jugendliche aus allen Bundesländern und da gibt es bitte immer wieder Probleme, dass es zwei verschiedene Jugendschutzgesetze gibt. Es geht ja nicht nur um die Ausgehzeiten, die nicht bundeseinheitlich gleich sind. Es sind ja viele Facetten. Wenn man sich zum Beispiel anschaut den Genuss hochprozentigen Alkohols, da haben wir auch in Wien andere Gesetze, als in der Steiermark. Da gibt es fast einen Alkoholtourismus, dass die Jugendlichen aus der Steiermark nach Wien fahren, sich das Hochprozentige kaufen und damit wieder in die Steiermark fahren. Das ist ja Mumpitz. Ich will das jetzt gar nicht wertend darstellen, sondern einfach nur die Ungleichbehandlung aufzeigen.

Das Tierschutzgesetz ist angesprochen worden. Das ist einheitlich, das hat der Kollege Lercher aus meinem Antrag gelesen. Das Tierschutzgesetz, es ist gut, dass es ein einheitliches gibt. Aber, bitte setzen wir uns doch gemeinsam dafür ein. Wir sind ja beide Obleute von Jugendorganisationen, ideologisch trennen uns natürlich Welten, aber das ist natürlich eine Sache, wo wir an einem Strang ziehen sollten. Bitte, setzen wir uns gemeinsam dafür ein. Wenn ihr sagt, und das war auch das Argument im Ausschuss, dass das bereits in der vorherigen Gesetzgebungsperiode beschlossen worden ist, dass das bereits unter der Landeshauptfrau Klasnic sogar noch beschlossen worden ist. Bitte, wieso ist nichts weitergegangen? Gerade die SPÖ braucht da immer wieder Beschlüsse. Wie viel Macht braucht ihr noch? Ihr habt den Landeshauptmann, ihr habt den Bundeskanzler, ihr habt den Bundespräsidenten, also wie viel Macht braucht ihr noch, dass wir ein einheitliches Jugendschutzgesetz zusammenbringen?

Wir stimmen dem Antrag zu, aber ich bitte, weil der Klubobmann Drexler ja von Fairness gesprochen hat, von der Opposition Fairness eingefordert hat, aber bitte auch Fairness walten zu lassen und Anträge nicht nur aus Prinzip zu ändern, nur weil sie von einer anderen Partei sind. Danke! (*Beifall von der FPÖ – 12.06 Uhr*)

Präsident Majcen: Danke dem Herrn Kollegen für seine Wortmeldung. Es hat sich der Herr Abgeordnete Lercher zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet. Ich erteile ihm hierfür das Wort.

LTabg. Lercher (12.06 Uhr): Herr Kollege Amesbauer!

Da muss ich jetzt schon ein bisschen eine Berichtigung einführen. Der Begründungstext ist nicht nur abgewiesen worden bzw. ihr Antrag, weil er inhaltlich gleich ist bzw. besser ausformuliert, er hat schon auch einige Defizite. Ich habe Ihnen ja angeboten, die Expertise der Bundesjugendvertretung zu schicken, damit wir uns da ein bisschen auf einer sachlicheren Ebene treffen können. Die Sache ist die, dass erstens in Ihrem Antrag angeführt wird, Stichwort „Ausgehzeiten in Vereinslokalen“, das ist ja überhaupt nicht das Thema. Es ist „allgemeine Ausgehzeiten“ einmal schon das Thema. Zweitens eine Zuweisung an die Landeshauptleutekonferenz, eine Landeshauptleutekonferenz hat keine

verfassungsmäßige... (LTAbg. Mag. Dr. Mayer: „*Sie hätten den Antrag richtig lesen sollen, nicht Zuordnung sondern Privatisierung.*“) Gut, dann hätte ich ihn richtig lesen sollen, passt schon. Gut! Die andere Frage ist das, wenn man von den Ausgehzeiten redet, dann haben wir schon gleiche Jugendschutzgesetze. Wien, Burgenland und Niederösterreich hat schon von sich aus angepasst. Das heißt, wenn Sie jetzt von der bundesweiten Regelung sprechen und die fordern wir ein, dann sind Sie genau die, die das wieder hinausschieben. Weil wenn Sie jetzt wieder reden, wenn Sie es sich anschauen, wie es im Ministerium verhandelt wird, wenn Sie die Expertise der Bundesjugendvertreter und der Ländervertreter dazu kennen würden zu dieser Expertise (LTAbg. Amesbauer: „*Das ist unser Antrag, steht in unserem Antrag drinnen.*“) Gut, ich schicke Ihnen das, dann kommen wir zusammen. Dann könnten Sie einmal die Sachlage verfolgen und dann täten Sie wissen, wenn Sie jetzt das auf diese Art und Weise einfahren, schieben Sie die Vereinheitlichung des Jugendschutzgesetzes in der Steiermark nur hinaus. (Beifall bei der SPÖ) Deswegen muss man heute hergehen und sagen, okay, machen wir diese Petition, machen wir diesen Antrag, da bin ich ja bei Ihnen. Aber da müssen wir auf zweiter Sachlage hergehen und sagen, okay, wenn man nicht so weit ist, werden wir aus in der Steiermark das vorantreiben, auch eine Angleichung, und dann tragen wir unseren Teil zur Vereinheitlichung bei, wenn der Bund nicht in der Lage ist. Aber jetzt das wieder auf den Bund abzuschieben, das haben wir wirklich schon in den vergangenen Jahren getan. Dazu bin ich nicht mehr bereit, weil ich sage auch, Ausgehzeiten ab 16 für alle Jugendlichen auch in der Steiermark, eine Angleichung, wenn es der Bund nicht schafft, dann tun wir selbst agieren. Aber was Sie da jetzt gerade geredet haben, ist einfach nur ein Hinausschieben auf den Bund und das ist meiner Meinung nach nicht zielführend. Danke! (Beifall bei der SPÖ – 12.09 Uhr)

Präsident Majcen: Danke für diese Wortmeldung, für diese Berichtigung. Es hat sich als Nächster Herr Abgeordnete Bernhard Ederer zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

LTAbg. Ederer (12.09 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Mitglieder der Landesregierung! Es ist für mich heute hier nicht die erste Rede, aber die erste Rede in der neuen Periode. Wir haben uns neu zusammengesetzt, wo ich Recht geben muss, die Themen haben sich teilweise nicht geändert. Das ist ein Thema, das uns schon über Jahre beschäftigt. Aber ich denke, die zahlreichen Initiativen, die ausgegangen sind von allen Fraktionen, was uns verbindet, was uns gemeinsam verbindet ist, dass wir das Beste für unsere Kinder und die Jugendlichen wollen, denn sie sind unsere Zukunft und es sind keine schönen Worte an einem Sonntag. Aber es geht eben teilweise nicht so einfach, weil das Beispiel mit den Ausgehzeiten – ja, da können wir uns natürlich relativ rasch einigen, weil da kennt ja ein jeder diese Beispiele. Ich komme aus der Oststeiermark, da haben wir die ähnliche Situation. Wenn jetzt aus dem Raum Hartberg, wo ein Abgeordnetenkollege von dir auch herkommt, ins

Burgenland fährt, hat er eine andere Ausgehzeit und es könnte sogar sein, wenn er dann um zwei, halb drei, drei heimfährt, dass er bestraft wird. Fährt er nach fünf heim, ist das nicht mehr der Fall. Aber hier hätten wir uns natürlich rasch schon einigen können, wenn es um die Ausgehzeiten geht. Aber es geht ja um andere Dinge, wie zum Beispiel Alkohol. Das wurde hier so einfach angesprochen, ja die haben halt – was weiß ich nach oben dürfen sie den stärksten trinken und das müssen wir halt auch einführen, wenn sonst nichts weitergeht, so habe ich das verstanden. (*LTA*bg. *Amesbauer*: „Dann setzt es um!“) Ja, sicher. Das könnte ich unterstellen. Dann müsste man überhaupt in eine andere Richtung gehen, dass zum Beispiel für unter 18-jährige eine Grenze gilt von 0,5 Promille, weil in der Atemluft, weil da könnte man dementsprechend das auch gleich kontrollieren und weg vom Direktalkoholgehalt in den Getränken. Es wird zu einer Umsetzung kommen. Da können Sie sich darauf verlassen. Es sollen die gleichen Rechte für alle Jugendlichen gelten über die Bundesländer hinweg. Der Antrag noch vor der Sommerpause, 17. Juni, Landtagssitzung, von uns mit den einheitlichen Ausgehzeiten wäre ein Schritt gewesen. Aber es bedarf eben noch einer umfassenden Diskussion. Und an diesen Details wird jetzt wirklich ernsthaft gearbeitet, mit Nachdruck gearbeitet. Das ist eine reine populistische Maßnahme, wenn man jetzt hier – wahrscheinlich haben Sie sich nur die Anträge in der letzten Periode angeschaut und haben halt, dass Sie ein Thema haben, heute noch das eingebracht. Dieser Abänderungsantrag, der vorliegt, das reicht aus, wenn wir das heute noch einmal beschließen und die Landeshauptleutekonferenz, wenn Sie das so scharf ansprechen, dass der Klubobmann gesagt hat, dass die keinen Beschluss herbeiführen können, die können eben nicht die Gesetze beschließen. Und Beratungen, wenn wir ohnehin – wir haben die Parlamente, wir haben den Nationalrat, wir haben die Landesparlamente, und hier wird das jetzt sachlich und fachlich und in Ruhe bearbeitet und da nutzt es mir nichts, wenn dort zusätzlich noch Beratungen durchgeführt werden. Für das sind wir da und in diesen Gremien wird das dementsprechend auch aufgearbeitet. Das hier, was Sie heute gemacht haben, ist auch nur reiner Populismus und so kommen wir auch nicht weiter vom Fleck, weil dann werden wir uns in fünf Jahren auch noch über dieses Thema unterhalten. Danke! (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.12 Uhr*).

Präsident Majcen: Danke dem Herrn Abgeordneten Ederer. Zu Wort gemeldet hat sich in weiterer Folge die Frau Abgeordnete Klimt-Weithaler und ich erteile ihr das Wort.

LTAbg. **Klimt-Weithaler** (*12.13 Uhr*): Geschätzter Herr Präsident, sehr geehrte Landesrätin, sehr geehrter Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer und Zuhörerinnen im Publikum!

Ich melde mich hier in meiner Funktion als Generationensprecherin der KPÖ zu Wort, wo ich ja auch für die Jugend sprechen darf und ich werde Sie hier mit keinen Details aufhalten, was jetzt in dem

einen Antrag drinnen gestanden ist und was in dem anderen Antrag drinnen gestanden ist. Ich möchte Ihnen mitteilen, dass die KPÖ diesem Abänderungsantrag zustimmen wird, weil es um die Sache geht und weil wir hier die letzten fünf Jahre immer fair gewesen sind und nicht darauf geschaut haben, von wem ein Antrag kommt, wenn er eine gute Sache beinhaltet. Das haben wir auch künftig vor.

Am Dienstag beim Ausschusstag hatte ich aber schon den Eindruck, dass vor allem die SPÖ, aber auch die ÖVP ein wenig ein Problem damit haben, dass gerade der erste Antrag der FPÖ im Landtag einer ist, der die große Gruppe der Jugendlichen im Weitesten beinhaltet, dass sie sich nämlich herstellen und sagen, warum geht denn da nichts weiter? Diese Frage ist berechtigt. Warum ist denn da nicht weitergegangen? (*Beifall bei der KPÖ*) Hier möchte ich auch eine tatsächliche Berichtigung im Sinne einer Aufklärung an den Herrn Kollegen Lercher geben. Fünf Jahre lang hat es einen SPÖ-Landeshauptmann gegeben, gibt es immer noch, fünf Jahre lang hat man sich mit dieser Thematik hier im Landtag auseinandergesetzt. Es hat zwei Jugendlandtage in dieser Zeit gegeben, bei beiden war ich anwesend. Es ist aus beiden Jugendlandtagen hervorgegangen, dass es ein großer Wunsch der Jugendlichen ist, das wissen wir alle mittlerweile, und wir haben dann versucht, nach dem letzten Jugendlandtag eine Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen, die sich wirklich dezidiert damit auseinandersetzt. Wir haben alle GenerationensprecherInnen, JugendsprecherInnen aller der hier im Landtag vertretenen Fraktionen zusammengeholt und gesagt, machen wir doch einen Vierparteiantrag und versuchen wir, dass wir das jetzt so schnell wie möglich über die Bühne bekommen. Das war nicht so einfach, wie Sie sich das jetzt vielleicht vorstellen, aber es ist uns gelungen. Es hat diesen Vierparteiantrag gegeben. Als Antwort vom Bund kam dann die Mitteilung, es gibt eine Arbeitsgruppe, die im Bund installiert ist und die wird uns laufend berichten und die wird uns mitteilen, wie weit die Sache „Vereinheitlichung des Jugendschutzgesetzes“ in Österreich vorangeschritten ist. Damit war ich als eine dieser Abgeordneten eigentlich sehr zufrieden, weil ich das Gefühl hatte, jetzt haben wir das alle gemeinsam unter einen Hut gebracht. Jeder hat sagen dürfen, dass es auch ein Stück von seiner Fraktion ist und damit wird es wohl über die Bühne gehen, weil schließlich und endlich wird es den Jugendlichen, die das wollen, sehr wurscht sein, welche Partei das letztendlich zusammenbringt. So, was ist passiert? Gar nichts ist passiert. Wir haben weder laufend Berichte erhalten, noch konnte uns irgendjemand sagen – und das finde ich jetzt besonders interessant – auf mein Nachfragen hin, wie weit denn jetzt diese Arbeitsgruppe eigentlich sei, wer denn da jetzt eigentlich drinnen sitzt, und was die nächsten Schritte dieser Arbeitsgruppe im Bund sein werden. Hat keiner gewusst, hat niemand von der SPÖ gewusst, hat niemand von der ÖVP gewusst. So, also halten Sie Ihre Aufregung im Zaum. Wir werden uns bemühen, wir werden diesem Antrag zustimmen. Sie haben Ihre Leute dort im Bund sitzen, intervenieren Sie dort und hoffen wir gemeinsam auf eine rasche Lösung. Weil ich glaube nämlich, dass auch die Menschen, die hinten im Publikum sitzen,

gerne hätten, dass was passiert und dass es nicht darum geht, welcher Antrag hat denn welches Mascherl.

Einen Satz muss ich jetzt zum Bernhard Ederer sagen: Also, dass die ÖVP so ganz kurz vor der Wahl darauf gekommen ist, dass man zumindest das mit den Ausgehzeiten vorab beschließen könnte, das möge ich jetzt auch einmal als Populismus hinstellen. Wir haben vor der Wahl einen Antrag der ÖVP am Tisch gehabt, wo wir gesagt haben, das mit dem Vereinheitlichen ist uns noch nicht gelungen, tun wir wenigstens das mit den Ausgehzeiten. Ob das so ganz im Sinne einer Vereinheitlichung war oder ob man da nicht auch vor der Wahl ein bisschen gut bei den Jugendlichen dastehen wollte, sei jetzt einmal dahingestellt. Aber wie gesagt, schauen wir, dass wir es zustande bringen. Die KPÖ wird diesem Abänderungsantrag zustimmen der Sache willen. Danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall bei der KPÖ und FPÖ – 12.17 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke der Frau Kollegin Klimt-Weithaler. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Landesrätin Grossmann. Ich erteile ihr das Wort.

Landesrätin Mag. Grossmann (12.18 Uhr): Danke, Herr Präsident, Herr Landesrat, werte Abgeordnete, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin zwar erst seit knapp einem Monat in der Landesregierung für den Jugendschutz zuständig, aber die Harmonisierung, die Gleichstellung der Jugendschutzbestimmungen in ganz Österreich beschäftigt mich schon länger. Auch in meiner vorherigen Funktion als Nationalrätin in der Funktion als Kinder- und Jugendsprecherin im Nationalrat war ich mit diesem Thema befasst, wenn auch funktionsbedingt als Bundespolitikerin aus einer anderen Perspektive. Und schon vor sechs, sieben Jahren habe ich erlebt, wie verhärtet die Länderfronten sind, weil es liegt eben nicht nur an einem Landeshauptmann, an einem Bundeskanzler, es liegt halt an neun Landeshauptleuten und neun Landtagen, dass sich hier etwas bewegt. Wie gesagt, die Fronten sind mehr als verhärtet. Ich habe das aus eigener Erfahrung wahrgenommen. Alle wollen harmonisieren in allen Bundesländern. Ich bin durch die Bundesländer getingelt, habe mit den Landtagsabgeordneten Gespräche geführt, alle wollen harmonisieren, aber jeweils auf dem eigenen Niveau. Also jeweils die anderen sollen sich angleichen und sollen sich anpassen. Wien, Niederösterreich, Burgenland, das wurde bereits erwähnt, haben sich zu einer Annäherung, nicht unbedingt zu einer 100%igen Gleichhaltung, aber doch zu einer Annäherung durchgerungen mit der Konsequenz, dass in diesem Bundesländern ab 16 praktisch alles frei ist, Ausgehzeiten, aber auch eben der Ausschank von alkoholischen Getränken, auch von stärkeren alkoholischen Getränken und auch von Alkopops, die – wie Sie wissen – ja für die Jugend besonders verführerisch und auch verhängnisvoll sind. Das heißt, es geht natürlich hier auch um gravierende inhaltliche Fragen. Natürlich wäre es der einfachste Weg jetzt für uns als Steiermark, einfach den

harmonisierten Bestimmungen der ostösterreichischen Länder beizutreten. Das ist eine Variante, sicherlich ein gangbarer Weg. Aber da möchte ich schon eingehend natürlich auch die inhaltlichen Konsequenzen diskutieren, ob wir das auch wirklich wollen, die absolute Freigabe eben aller auch hochprozentigen alkoholischen Getränke. Das möchte ich mit unseren Abgeordneten, mit unseren Jugendsprecherinnen und Jugendsprechern im Landtag eingehend diskutieren, weil die Vereinheitlichung ist ein Wert, das ist ein wichtiger Wert, der mir wirklich sehr am Herzen liegt, aber ein hohes Schutzniveau ist ein anderer Wert. Hier gilt es eben auf Grund dieser verhärteten Fronten auch eine Abwägung vorzunehmen und das möchte ich mit Ihnen gemeinsam auch möglichst rasch tun. Es wurden ja bereits Einladungen ausgesprochen an die Jugendsprecherinnen aller Fraktionen, sich darüber eingehend den Kopf zu zerbrechen, ob wir – wie gesagt – diese kurzfristige Lösung angehen, ob wir auf eine längerfristige Lösung warten, gewartet wie gesagt wurde von mehreren Abgeordneten, eigentlich von allen, gewartet haben wir eigentlich schon mehr als genug, aber ich möchte hier auch die inhaltliche Komponente, die inhaltlichen Konsequenzen nicht außer acht lassen. Diese Entscheidung ist von erheblicher Tragweite für unsere Jugend. Die sollten wir nicht leichtfertig treffen, um einen raschen Erfolg zu erzielen. Es geht um das Ergebnis. Insofern freue ich mich schon auf anregende und konstruktive Gespräche mit Ihnen. Vielen Dank! (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 12.22 Uhr*)

Präsident Majcen: Danke der Frau Landesrätin für ihre Ausführungen. Nahezu ihres Rederechtes beraubt ist durch eine systemimmanente kleine Krankheit die Frau Ing. Sabine Jungwirth. Ich erteile ihr das Wort.

LTAbg. Ing. Jungwirth (12.23 Uhr): Danke, dass ich doch noch zu Wort kommen darf. Wir Grünen wollen vorweg einmal sagen, wir stehen natürlich auch zu einer modernen und bundesweit einheitlichen Regelung des Jugendschutzgesetzes und unterstützen das grundsätzlich. Wir möchten aber trotzdem bzw. ich möchte trotzdem einige Worte dazu sagen. Und zwar möchte ich in erster Linie auf das Beispiel des Kollegen Amesbauer noch einmal eingehen, der von der Situation der Jugendlichen an der Bundesländergrenze gesprochen hat. Um es noch deutlicher zu sagen, man braucht sich zum Beispiel nur vorstellen, wie es Jugendlichen, 15-jährigen Jugendlichen genau genommen geht, die beispielsweise am Semmering wohnen, wenn die nach dem Snowboarden noch zum Apreski gehen wollen, dann müssen sie sich ständig fragen, sind sie jetzt in Niederösterreich oder sind sie in der Steiermark, denn in Niederösterreich müssten sie erst um 1:00 Uhr nach Hause gehen, während in der Steiermark bereits um 23:00 Uhr. Da zeigt sich einfach ganz deutlich, wie die Auswüchse des Föderalismus in unserem Staat passieren. Eines ist schon klar, der Föderalismus ist für die Jugendlichen einfach nicht zu gebrauchen in diesem Zusammenhang. In der jugendlichen

Alltagsrealität zählt nämlich keine Landesgrenze sondern Mobilität und Freiheit. Das sind die Dinge, die die Jugendlichen interessieren. Und es braucht zum Schutz der Jugendlichen aber ein österreichweit einheitliches Bundesgesetz aus unserer Sicht, das transparent ist. Ich möchte in dem Zusammenhang auch der Frau Landesrätin Mag. Grossmann danken, dass sie die Problematik mit dem Schutzniveau angesprochen hat, denn aus unserer Sicht sollten im Jugendschutzgesetz mehrere Dinge geregelt sein. Es geht nicht nur um die Ausgehzeiten, sondern es geht auch um den Schutz der jungen Menschen vor Nikotin und Alkohol, es geht um den Schutz der jungen Menschen vor Drogenkonsum und es geht um den Schutz der jungen Menschen vor dem Glücksspiel. Hier zeigt sich, dass Prävention nämlich auch wesentlich wäre. Es geht nicht nur um gesetzliche Regelungen im Jugendschutzgesetz, sondern auch um die Prävention. In der Prävention sind Maßnahmen zu setzen und zwar in Bezug auf Aufklärung und Sensibilisierung der Jugendlichen. Der Grüne Weg zum Schutz aller Jugendlichen und Kinder in Österreich wäre die Abschaffung des föderalen Systems für eine bundesweite Gesetzgebung zum Schutz aller Jugendlichen in Österreich, ein transparentes Jugendschutzbundesgesetz zur Gleichstellung aller Jugendlichen Österreichs, eine Eindämmung des Tabak- und Alkoholkonsums, ein Rauchverbot in allen Lokalen zum Schutze junger Menschen, der Stopp des Glücksspielwahnsinns und ein generelles Werbeverbot der Glücksspielanbieter, Casinos und Internet-Wettbüros. Wien, Niederösterreich und Burgenland haben zumindest im Bereich der Ausgehzeiten und in den Bereichen, die derzeit im Jugendschutzgesetz geregelt sind, schon eine Vereinheitlichung zustande gebracht. Jetzt ist es an der steirischen Landespolitik zu zeigen, dass wir hier auch Verantwortung übernehmen und uns mit den anderen Bundesländern einigen können. Und dennoch – ich möchte darauf hinweisen – wir werden in Zukunft die Debatte sicherlich noch ausweiten müssen in die anderen Bereiche, die die Jugendlichen betreffen und wo diese Schutzmaßnahmen notwendig sind, die ich eben aufgezählt habe. Danke! *(Beifall bei den Grünen und der FPÖ – 12.26 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke, Frau Abgeordnete, für Ihre Wortmeldung. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesrat Krusche. Sie wissen, bei diesem Tagesordnungspunkt gibt es auch ein Rederecht für Mitglieder des Bundesrates. Ich erteile ihm das Wort.

Bundesrat Krusche *(12.27 Uhr):* Hohes Präsidium, meine Damen und Herren!

Nicht nur für mich eine Premiere, sondern auch für das System, wie ich gehört habe. Dieser Tanz um das Goldene Kalb, der hier von Rot und Schwarz fabriziert wird, ist zwar recht interessant, aber in Anbetracht jugendlicher Zuhörer und Zuseher eigentlich beschämend. Ich kann mich des Eindrucks nicht ganz verwehren, dass dieses Thema, das eigentlich so wichtig ist und nur ein Ziel im Mittelpunkt haben sollte, nämlich den Schutz unserer Jugend, hier zu einem machtpolitischen Spielball zwischen

den Ländern wird. Ich bin gespannt, ob die Landeshauptleutekonferenz und die Landeshauptleute wirklich so wenig zu reden haben wie Sie, Herr Klubobmann, es ja in dem Ausschuss gesagt haben, spätestens in der Diskussion um die Kompetenzen bei den Schulen wird man das ja wahrscheinlich feststellen. Ich kann hier als Bundesrat nur eines sagen, dass ich mich als freiheitlicher Bundesrat in meiner Fraktion dafür einsetzen werden und stark machen werde, dass es hier zu einem einheitlichen, bundesweit einheitlichen Gesetz und zwar ausschließlich unter Berücksichtigung der Interessen des Schutzes der Jugend, kommen wird. Wir haben das ja bereits auch unter Federführung übrigens eines steirischen Nationalrates beim Tierschutzgesetz seinerzeit zusammengebracht und was für die „Schweindln“ geschaffen wurde, sollten wir für die Jugend in unserem Land und in ganz Österreich erst recht zusammenbringen. Danke! *(Beifall bei der FPÖ – 12.28 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke für diesen Beitrag. Damit ist die Rednerliste zu diesem Tagesordnungspunkt erschöpft. Es liegt keine weitere Wortmeldung vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest und komme damit zum Tagesordnungspunkt

6. Bericht des Ausschusses für Umwelt über den Antrag, Einl.Zahl 46/1, der Abgeordneten Lambert Schönleitner, Ing. Sabine Jungwirth und Ingrid Lechner-Sonnek betreffend Erlassung eines neuen Naturschutzgesetzes.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Lambert Schönleitner. Ich erteile ihm das Wort.

LTAbg. Schönleitner *(12.30 Uhr):* Danke, Herr Präsident!

Ich bringe den Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Umwelt in Bezug auf die Erlassung eines neuen Naturschutzgesetzes.

Der Ausschuss „Umwelt“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag Steiermark unter Berücksichtigung der seitens der Fachabteilung 13C bereits geleisteten Vorarbeiten den Entwurf eines neuen, modernen Naturschutzgesetzes vorzulegen. *(12.30 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke für den Bericht und zu Wort gemeldet hat sich wiederum der Herr Abgeordnete Schönleitner. Ich erteile ihm zu seinen Ausführungen das Wort.

LTabg. Schönleitner (12.30 Uhr): Danke, Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich möchte mich nur ganz kurz zu diesem Tagesordnungspunkt melden, möchte aber trotzdem einen kurzen Rückblick noch in die vergangene Periode machen, weil an und für sich ja ein Entwurf ursprünglich vorgelegen ist über ein steiermärkisches Naturschutzgesetz, der aus unserer Sicht auch in vielen Punkten in die richtige Richtung gegangen ist. Aber es auch so war, dass dieser Entwurf dann letztendlich nicht fertig diskutiert wurde und überhaupt nicht in Auflage gegangen ist. Wir haben deshalb jetzt noch einmal die Initiative ergriffen, am Beginn dieser Periode, um dieses wichtige Vorhaben, nämlich ein neues steirisches Naturschutzgesetz zu erlassen, in Angriff zu nehmen. Natürlich ist auch für uns klar, das war ja das Begehren der beiden Regierungsparteien, dass die bisherigen Stellungnahmen, die es gegeben hat und die bisherigen Beiträge in Bezug auf den seinerzeitigen Entwurf in dieses neue Gesetz einfließen sollen. Wir sagen aber schon auch dazu, es ist uns wichtig, auch in Anbetracht dessen, was wir an Erfahrung beim Raumordnungsgesetz gemacht haben, dass das Gesetz wirklich ein Fortschritt und kein Rückschritt wird. Und aus diesem Grund haben wir heute noch einmal diesen Entschließungsantrag vorbereitet, den wir hier einbringen, der eigentlich unserem ursprünglichen selbständigen Antrag entspricht, wo es darum geht, auf die neuen Herausforderungen im Naturschutz einzugehen. Es ist natürlich auch für uns Grüne völlig klar, dass Naturschutz nicht isoliert, rein hoheitlich passieren kann, wenn Naturschutz funktioniert und wenn er gut funktioniert, dann bezieht er im Speziellen natürlich die Bevölkerung ein. Ich schaue den Odo Wöhry an, wir haben ja unendliche Debatten im Ennstal geführt über Natura 2000, andere Dinge, die uns immer wieder betroffen haben. Es wird nur erfolgreich sein können, wenn die Bevölkerung, die was einbringen soll, in dem Fall sind es natürlich vorwiegend auch Landwirte – Karl Lackner ist neuer Agrarsprecher der ÖVP, schaut ganz ernst, weil er weiß, um was es geht – wir haben die Niederen Tauern erlebt und andere Debatten, so sehen wir das auch so. Wir sagen aber auch dazu, es kann nicht sein, dass ein neues Naturschutzgesetz letztendlich wieder keinen Fortschritt bringt. Es geht massiv um den Gewässerschutz, es geht um die Biotopkartierung in einem neuen Naturschutzgesetz und es geht im Speziellen natürlich vor allem darum, auch die neuen europarechtlichen Bestimmungen besser als bisher in dieses Naturschutzgesetz zu implementieren. Ich denke, wenn man den steirischen Tourismusbericht liest, ich verweise immer wieder darauf, wie wichtig es für Menschen ist, wenn sie zu uns kommen, wie intakt die Umwelt ist, wie wichtig es ist, wie einzigartig die Landschaft ist und wie ausschlaggebend es ist, dass Menschen zu uns auf Urlaub kommen, dann ist es ein wichtiges Vorhaben, hier langfristig eine Absicherung zu treffen. Wir wissen, dass auch derzeit – ich gehe vielleicht auf ein paar aktuelle Dinge ein – in der Steiermark massive Ausbaumaßnahmen im Bereich des Schitourismus gesetzt werden. Wir haben uns als Grüne nicht dagegen gewehrt. Wir haben aber auch gesagt, irgendwann muss man wahrscheinlich hinschauen, wo ist die Grenze, wo geht man zu

weit und wo wird eigentlich das Wichtigste für einen intakten Tourismus, nämlich die Landschaft so weit ausgehöhlt, dass die Menschen die Qualität nicht mehr erkennen können. Es ist aber auch klar, und das sei der letzte Punkt, an den ich hier, bevor ich den Entschließungsantrag einbringe, erinnern möchte, dass es, wenn man Vertragsnaturschutz will, also die Grundbesitzer entschädigen will, auch Einnahmen braucht. Dazu sind wir Grüne immer seit Jahren gestanden. Wir haben ja mehrmals im Landtag Anträge gestellt auf Einrichtung einer so genannten Naturnutzungsabgabe bzw. den Schotterschilling, wie er früher bezeichnet wurde, denn es wird nicht gehen, den Grundbesitzern etwas abzuverlangen und ihnen nichts für diese wichtige Leistung, die sie bringen, zu geben. Mein Wunsch wäre, dass wir sehr offen in diese Verhandlungen zu einem neuen Naturschutzgesetz gehen und dass am Ende mehr herauschaut als letztendlich der gegenseitige Vorwurf – entweder Wirtschaft oder Naturschutz. Es geht letztendlich darum, beides gegenseitig zu stützen, die Synergien zu erkennen und die Qualität bei einer intakten Naturlandschaft auch in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung abzusichern.

Ich bringe daher den grünen Entschließungsantrag zu diesem Tagesordnungspunkt ein:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in einem im Landtag einzubringenden Entwurf über ein neues Naturschutzgesetz folgende Punkte aufzunehmen:

Aufwertung der rechtlichen Stellung von BürgerInnen und Gemeinden im Naturschutz

Verstärkter Gewässerschutz

Automatischer Schutz von FFH Lebensräumen

Konkrete Standards für Interessensabwägungen

Solitär-Baumschutz in Siedlungsgebieten

Verbot für Motorsport in Schutzgebieten

Integration einer Naturentnahmeabgabe in das Naturschutzgesetz

Höhere Strafen bei Verstößen gegen das Naturschutzgesetz

Ich ersuche um Annahme dieses Entschließungsantrages. Danke! (*Beifall bei den Grünen – 12.35 Uhr*)

Präsident Majcen: Ich danke dem Herrn Abgeordneten Schönleitner für seine Ausführungen. Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kaufmann. Ich erteile ihr das Wort.

LTabg. Kaufmann (12.36 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn ich meinem Vorredner so zugehört habe, dann scheint es, als wäre es nur für euch wichtig, dass es ein neues Naturschutzgesetz gibt. Der Satz, den du so nebenbei gesagt hast, „es hat ja bereits Versuche gegeben für ein neues Naturschutzgesetz“, ist mir auch zu wenig. Natürlich ist es auch in

unserem Interesse, ein neues, ein modernes Naturschutzgesetz für die Steiermark zu haben und daher hat ja auch in der letzten Periode, in der vergangenen Periode, die Fachabteilung 13 im Juli 2008 bereits einen Behördenentwurf vorgestellt. Warum es nicht dazu gekommen ist, darf ich vielleicht kurz beschreiben. Dieser Entwurf wurde dann an die EGOs und an die verschiedenen Interessensvertretungen zur Stellungnahme ausgesandt. Natürlich kam es bei so einem umfassenden und zukunftsweisenden Gesetz zu zahlreichen unterschiedlichsten Einwendungen. Diese durchliefen dann wieder eine umfangreiche Diskussion und einen Beratungsprozess, sodass der für die offizielle Begutachtung vorgesehene Gesetzestext erst Ende 2009 fertiggestellt werden konnte. Ja, und dann kam es wieder zu unterschiedlichen Positionen der politischen Parteien, unter anderem auch von Ihrer Seite, Interessensvertretungen und den NGOs so wie der langen Zeitdauer, die von der Begutachtung bis zum Beschluss eines sehr kontroversen Gesetzesentwurfs verging, und daher war eine Beschlussfassung in der XV. Gesetzgebungsperiode nicht möglich. An Hand des von mir beschriebenen Ablaufs, den ein Gesetz vom Entwurf bis zum Beschluss durchmacht, sieht man, wie viel Zeit notwendig ist, bis ein Gesetz das Licht des Landtags erblickt. Wie viel Arbeit dahinter steckt, wissen wohl die Mitarbeiter der Fachabteilung 13C am besten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Mitarbeiter der Fachabteilung 13C haben eine gute Arbeit geleistet. Dieses von mir beschriebene Naturschutzgesetz aus der letzten Periode ist ein gutes Gesetz, das auch manchen Forderungen, die die Grünen in ihrem Antrag stellen, entspricht. Nur meine Betonung geht auf „manchen“, natürlich nicht auf allen, denn die Forderungen, die die Grünen hier stellen, sind zu detailliert und zu restriktiv. Wir wollen mit unserem Antrag, dass die Arbeit der Fachabteilung 13 im neuen Naturschutzgesetz berücksichtigt wird und die Landesregierung das neue Gesetz dann vorlegt, über das wir natürlich dann diskutieren können. Nur, wir wollen ein Naturschutzgesetz, das die Umwelt mit all ihren Pflanzen und Tieren, die darin wachsen und leben, schützt. Wir wollen aber auch, dass die Menschen, die dort leben, wirtschaften, arbeiten und sich wohlfühlen können. Die Grünen vergessen, scheint mir, manchmal darauf, dass auch der Mensch ein Teil der Natur ist und mit ihr aber auch von ihr leben muss. Wir können nicht, so wie Sie es sich vorstellen, die ganze Steiermark zu einem einzigen Nationalpark machen. Da verstehe ich euch Grüne oft nicht, die auf der einen Seite gegen die – jetzt nehme ich nur irgendjemand her – die Meyr-Melnhofs in unserem Lande sind, die vor ihren Wäldern Verbotsschilder haben und aufstellen, wenn dieselben Grünen dann ein Naturschutzgesetz machen wollen, das vor der gesamten Natur ein Verbotsschild aufstellt, wo darauf steht „Betreten für Menschen verboten“. Das wollen wir nicht und wir werden dem Entschließungsantrag der Grünen, der in seiner Detailliertheit genau das bewirken würde, was ich vorher beschrieben haben, ablehnen. Danke für die Aufmerksamkeit! (*Beifall bei der SPÖ – 12.40 Uhr*)

Präsident Majcen: Danke, Frau Abgeordnete Kaufmann. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete DI. Odo Wöhry. Ich erteile es ihm.

LTabg. DI Wöhry (12.40 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren im Zuschauerraum!

Es haben die ÖVP und die SPÖ einen Antrag eingebracht, der die Landesregierung auffordert, ein neues Naturschutzgesetz vorzulegen. Das bestehende Naturschutzgesetz entspricht – und da sind sich alle Fraktionen glaube ich einig – nicht mehr dem Stand der Zeit und es bedingt eigentlich die komplexe Nutzung unserer Natur, dass wir in diesem neuen Naturschutzgesetz entsprechende Regelungen treffen. Man darf aber nicht vergessen bei allem notwendigen Naturschutz, dass die Unterschutzstellungen natürlich ein massiver Eingriff in Eigentum ist und dass die Unterschutzstellungen natürlich auch massive Beschränkungen nach sich ziehen. Der Herr Kollege Schönleitner hat gemeint, wir brauchen ein fortschrittliches Naturschutzgesetz. Es ist immer eine gefährliche Drohung, wenn der Herr Kollege Schönleitner von fortschrittlich redet und in Wahrheit restriktiv meint, ein fortschrittliches Naturschutzgesetz – und das sind Kriterien allgemeiner Natur, die man an jedes Gesetz stellen kann – ist, dass es im Wesentlichen klar und knapp ist, dass kein unnötiger Verwaltungsaufwand produziert wird und dass es praktikabel und vollziehbar ist. Wenn ich mir die Kriterien der Grünen bei diesem Entschließungsantrag anschau, dann muss ich sagen, sind wir sehr weit weg von einem fortschrittlichen Gesetz, sondern es ist eigentlich eine Ansammlung von Restriktionen, die nichts anderes zum Ziel haben, als den Naturschutz zu wiederholtem Male zu missbrauchen. Wenn ich sage, zu missbrauchen, dann braucht man sich nur die einzelnen Kriterien anschauen. In Wahrheit wären die Forderungen der Grünen nichts anderes, als dass man das Naturschutzgesetz zu einem Infrastrukturverhinderungsgesetz macht, als dass man das Naturschutzgesetz zu einem Energiegewinnungsverhinderungsgesetz macht und dass man das Naturschutzgesetz zu einem Rohstoffgewinnungsverhinderungsgesetz verkommen lässt. Das ist nicht das Ziel jener Parteien, die Verantwortung für dieses Land tragen, sondern unser Ziel ist es, nach Maßgabe der Möglichkeiten die schutzwürdigen Landschaftsteile, Biotop entsprechend zu schützen, aber gleichzeitig wirtschaftliche und regionale Entwicklung zuzulassen und nicht alles von vornherein zu verhindern. Es ist letztendlich für mich immer wieder verwirrend, dass jene Partei, die Grüne Partei, sich immer wieder die Natur und den Naturschutz auf ihre Fahnen heftet, mit derartigen Anträgen, Entschließungsanträgen in diesem Fall, dem Naturschutz eigentlich sehr schadet, weil durch diese überzogenen Positionen natürlich bei der Bevölkerung Ängste und Sorgen geweckt werden, die letztendlich es unmöglich machen, im konsensualen Weg oft Unterschutzstellungen zustande zu bringen. Das ist eigentlich das, was mich ein bisschen wundert, weil man – wie gesagt – es gelernt hat, gut gelernt hat von Seiten der Grünen, den Naturschutz für ihre Zwecke zu missbrauchen. Auf Grund

der angeführten restriktiven Kriterien der Grünen werden wir diesem Entschließungsantrag nicht zustimmen, wenn gleich ich für meine Fraktion sagen kann, dass wir schon sehr gespannt sind auf die Regierungsvorlage für das neue Naturschutzgesetz und dass wir in diesem Zusammenhang auf ehrliche und offene Verhandlungen hoffen. Ehrlich und offen dahingehend, dass wirklich der Schutz der Natur im Mittelpunkt steht und nicht die Verhinderung von wichtigen Projekten. Danke! *(Beifall bei der ÖVP – 12.44 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke dem Herrn Abgeordneten Wöhry für seine Ausführungen. Es hat sich zu Wort gemeldet Herr Landesrat Kurzmann und ich möchte ihm das Wort erteilen.

Landesrat Dr. Kurzmann *(12.44 Uhr):* Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Bitte um Verständnis, wenn ich nicht auf die Diskussionen der Vergangenheit in diesem Haus zurückgreife. Ich möchte nur einiges zur weiteren Vorgangsweise sagen. Das Naturschutzgesetz, das neue, ist in Ausarbeitung. Es ist, wie mir mitgeteilt wurde, fast fertig. Wir haben die Absicht, am Beginn nächsten Jahres, möglicherweise schon im Februar in die Begutachtungsphase zu gehen und danach wird es dann in Form einer Regierungsvorlage hier im Landtag zu beschließen sein. Danke! *(Beifall bei der FPÖ – 12.45 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke, Herr Landesrat, für diese kurze Mitteilung. Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Sollte das der Fall sein, dann bitte ich schnell um ein Zeichen. Das ist nicht der Fall.

Ich komme daher zur Abstimmung und ersuche alle Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu TOP 6 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenstimmen.

Damit stelle ich die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen betreffend Kriterien für ein neues Naturschutzgesetz ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Entschließungsantrag hat nicht die Mehrheit gefunden gegen die Stimmen der ÖVP, der FPÖ und der SPÖ. Danke!

Ich komme daher zu Tagesordnungspunkt

7. Bericht des Ausschusses für Umwelt über den Antrag, Einl.Zahl 49/1, der Abgeordneten Ingrid Lechner-Sonnek, Ing. Sabine Jungwirth und Lambert Schönleitner betreffend Gerbereideponie Schmidt.

Berichterstatter ist wiederum Herr LTAbg. Lambert Schönleitner und ich erteile ihm das Wort.

LTAbg. Schönleitner (12.46 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Ich bringe den Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Umwelt. Betreff: Gerbereideponie Schmidt.

Der Ausschuss „Umwelt“ hat in seiner Sitzung vom 15.11.2010 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss „Umwelt“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem dringenden Ersuchen heranzutreten, die Finanzierung der Sanierung der Gerbereideponie Schmidt ST 19 auf Grund der Gefährdung der Bevölkerung umgehend sicherzustellen und zu veranlassen. (12.47 Uhr)

Präsident Majcen: Danke für den Bericht. Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek.

LTAbg. Lechner-Sonnek (12.47 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Damen und Herren des Hohen Hauses, sehr geehrte Zuschauer und Zuschauerinnen!

Die Gewerbeponie Schmidt ist eine Altlast sprichwörtlich gesehen. Es gibt noch einige solcher Altlasten vermutlich im gesamten Bundesgebiet und diese, um die es heute geht, gibt es in der Oststeiermark. Die Firma Schmidt betreibt schon seit langem eine Gerberei bzw. Nachfolgefirmen, die sich mit der Bearbeitung von Leder beschäftigen und die Firma Schmidt hat vor vielen Jahren, in den 50er, 60er Jahre ihre Abfälle deponiert in einer Art und Weise, die damals vollkommen dem Rechtsstand entsprochen hat. Das muss man einmal einleitend sagen. Also, da geht es nicht um etwas, dass eine Firma was getan hätte, was sie nicht darf, sondern das war Stand der Technik praktisch damals. In der Zwischenzeit ist das Wissen darüber, was der Umwelt Schaden zufügt und dadurch auch die menschliche Gesundheit gefährdet, natürlich weiter entwickelt worden, das hat sich auch in den Rechtsentscheidungen niedergeschlagen. Das heißt, solche Deponien, wie sie damals errichtet wurden, dürfen heute nicht mehr errichtet werden. Das war zwischen 1965 und 1977, das war die Zeit, wo diese Deponie befüllt wurde, geschehen ist, wird heute so nicht mehr gemacht. Jetzt war natürlich die Situation die, dass man auch durch die Untersuchung von Grundwasserströmen gesehen hat, dass diese Deponie, die ja wie gesagt in keiner Weise irgendwie abgedichtet wurde oder baulich irgendwie so ausgestaltet wurde, dass das, was da drinnen ist, sich nicht auswirkt auf die Umwelt, dass diese

Deponie massive Auswirkungen hat auf das Grundwasser. Wie Sie wissen, ist das Grundwasser eine ganz heikle und eine ganz lebenswichtige Sache, nämlich dass das Grundwasser auch in der Qualität existiert, dass wir alle keine Sorgen zu haben brauchen, wenn in diesem Bereich dort jemand einen Hausbrunnen hat, also direkt aus dem Grundwasser entnimmt oder auch, wenn es um die öffentliche Wasserversorgung geht. Der Punkt ist aber, dass man im Laufe der letzten Jahre draufgekommen ist, dass die Schadstoffe, die dort enthalten sind, in manchen Bereichen das 100fache der Grenzwerte ausweisen. Das heißt, sie sind wesentlich gesundheitsschädlicher als das derzeit gestattet und erlaubt ist. Diese Situation, wie kann man diese Altlast jetzt sanieren und im Speziellen, wer ist dafür zuständig, gibt es schon seit Jahren. In Wahrheit kenne ich die Sache als Politikerin, als regionale oder Gemeindepolitikerin und Landespolitikerin schon gut 20 Jahre, so lange geht es schon dahin. Das klingt natürlich vielleicht ein bisschen komisch, aber es ist so, dass die Firma Schmidt, die damals die Deponie betrieben hat, sich in der Zwischenzeit auch entwickelt und verändert hat, und dadurch die Frage aufgetreten ist, wer ist der Rechtsnachfolger dieser Firma, die damals diese Deponie errichtet hat. Dieser Rechtsfolger hat die Aufgabe, unterstützt durch Land und Bund, nämlich durch finanzielle Mittel auch dazu beizutragen, dass diese Altlast saniert wird. Ich kann Ihnen als Person, die in dieser Region lebt, sagen, man sieht auch, dass in dieser Deponie irgendwelche Dinge vor sich gehen bzw. dass das, was dort deponiert wurde, nicht immer gleich bleibt, indem die Straße, die über diesen Deponiebereich führt, jedes Jahr einsinkt. Es gibt jetzt so Thesenkritik, es wird natürlich immer drüber asphaltiert, wie dick dort der Asphalt schon ist, die Schätzungen sind ungefähr bei zehn Meter wenn nicht mehr. Das heißt, man sieht, es gibt immer weiter nach, es ist auch aus diesem Grund eine unhaltbare Situation. Lange Zeit ist eben die Sanierung jetzt nicht ins Rollen gekommen, weil nicht klar war, wer ist die Firma, die jetzt dafür zuständig ist. Wir machen jetzt mit diesem Antrag einen Vorschlag, der sicherstellt, dass, obwohl die rechtliche Situation ungeklärt ist, die Verantwortung für die Umweltsituation in die Hand genommen wird, denn der Bund und auch das Land, die haben eine übergeordnete Verantwortung in dieser Sache. Man kann sich nicht darauf zurückziehen und sagen, ich weiß ja nicht, wer da zuständig ist und zur Kenntnis nehmen, dass tagtäglich das Grundwasser verunreinigt wird und zwar in einer Intensität, die dazu schon vor Jahren geführt hat, dass die Brunnen, die in diesem Bereich sind, samt und sonders gesperrt wurden. Das heißt, es gibt auch einen deutlich nachvollziehbaren Schaden. Deswegen machen wir jetzt den Vorschlag, dass der Bund, der in jedem Fall dafür auch zuständig ist und in jedem Fall auch Mittel aus dem Altlastensanierungsfonds beizusteuern auch bereit ist – schon etliche Male deponiert worden ist – dass dieser Bund im Endeffekt die Vorfinanzierung übernimmt, damit die Sanierung sofort in die Wege leitet. Sollte es dann zu einer Entscheidung kommen, dass die Firma Wollsdorf Leder zum Beispiel der Rechtsnachfolger der Firma Schmidt ist, dass man dann miteinander ausmacht, was ist der finanzielle Anteil, den diese rechtsnachfolgende Firma tragen soll. Ich freue mich sehr, möchte ich gleich sagen, dass dieser Antrag

die Unterstützung der Parteien gefunden hat. Das ist in der Region sehr wichtig, das wird sehr wertgeschätzt, dass man hier nicht wegschaut. Auch der Landtag Steiermark sagt ja, das ist ein echtes Umweltproblem und das muss behoben werden ungeachtet dessen, wer jetzt die Rechtsnachfolge hat. Deswegen unser Antrag, dass der Landtag aufgefordert wird, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, die Finanzierung der Sanierung Schmidt umgehend sicherzustellen und zu veranlassen.

Ich danke noch einmal für Ihre Zustimmung. Ich bin mir sicher, dass das ein wichtiger Schritt ist und man in der Region Weiz hoffen darf, dass es bald mit dem Grundwasser eine bessere Situation geben wird als es bisher der Fall ist. Danke schön! *(Beifall bei den Grünen – 12.54 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke für diese Wortmeldung. In weitere Folge hat sich zu diesem Tagesordnungspunkt der Herr Landesrat Kurzmann zu Wort gemeldet. Ich möchte ihm das Wort erteilen.

Landesrat Dr. Kurzmann (12.54 Uhr): Frau Abgeordnete!

In der letzten Landtagssitzung haben wir schon festgestellt, dass eine sachliche Zuständigkeit des Steiermärkischen Landtages dafür nicht gegeben ist. Ich habe Ihnen aber damals versprochen, Sie bei diesem Anliegen zu unterstützen, das war mir wichtig. Der entsprechende Brief, das entsprechende Schreiben, Frau Abgeordnete, ist bereits an den Herrn Bundesminister unterwegs und wir können Ihnen gerne eine Kopie davon zur Verfügung stellen. *(Beifall bei der FPÖ – 12.54 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke, Herr Landesrat Kurzmann. Wiederum ist jemand nahezu sozusagen vom System beraubt worden. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Tromaier das Wort. Es wird einen Moment dauern.

LTAbg. Tromaier (12.55 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat!

Danke für die Worterteilung. Ich habe mich aber rechtzeitig vorher zu Wort gemeldet. Ich möchte noch ein paar Punkte schon dazu anmerken, da es ja das Thema momentan in der Region ist und wie vorher schon gesagt, alle Parteien werden hier zustimmen. Es ist richtig, dass sich die Straße gerade in der Weizer Umfahrung laufend bewegt. Das heißt, nach unten weg gibt die Straße nach und es sind immer sehr große Kosten angefallen, um diese Straße zu sanieren. Deswegen allein ist es schon der wichtige Grund, dass man das wirklich behebt, dass man sich auch diese Kosten ersparen kann. Was mir aber wirklich ein Rätsel ist, dass die Rechtsnachfolge – immerhin dauert dieser Prozess schon 13 Jahre lang – noch immer nicht gefunden werden konnte, da ja der Eigentümer noch immer die Firma oder die Familie Schmidt ist, immer noch die gleiche. Das können wir auch nicht so zur Kenntnis

nehmen, dass wir 13 Jahre brauchen, um eine Rechtsnachfolge zu bekommen. Bezüglich der Finanzierung dieser Deponie, dieser Entsorgung der Deponie und der Aufforderung des Bundes, wäre natürlich gut gewesen, wenn wir eine Kostenschätzung gehabt hätten, was für Kosten kommen auf den Bund zu? Was für Kosten müsste eventuell die Stadt Weiz oder auch das Land tragen? Es wäre natürlich gut gewesen, wenn diese Kostenschätzung vorher von dir, Ingrid, erhoben worden wäre. Aber trotzdem wie gesagt am Beginn, wir werden zustimmen, weil das eine gute Sache ist. Danke!
(Beifall bei der SPÖ – 12.57 Uhr)

Präsident Majcen: Danke! Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Bernhard Ederer. Ich erteile ihm das Wort.

LTAbg. Ederer (12.57 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörerinnen!

Die Technik funktioniert und man erbt ja viele Altlasten und sowie der Stand der Technik und der Stand des Rechtes damals war in den 60er Jahren, so wurde eben auch deponiert. Zum Glück haben sich diese Branchen enorm weiterentwickelt und wäre das heute auszuschließen. Das nutzt uns natürlich nichts, wenn Gefährdungen da sind, kann man sich natürlich auch nicht auf ewige Zeiten darauf verlassen, dass Rechtsstände geklärt werden und deshalb unterstützen wir von der Volkspartei natürlich heute auch diesen Antrag, dass gemeinsam eine Anstrengung unternommen wird und jedwede Gefährdung auch für die Region und das Wasser ausgeschlossen werden kann. Das muss unser Ziel sein und deshalb stimmen wir diesem Antrag auch zu. *(Beifall bei der ÖVP – 12.58 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke, Herr Abgeordneter. Meine Damen und Herren, es liegt keine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt vor.

Ich ersuche alle Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu diesem Tagesordnungspunkt 7 die Zustimmung erteilen, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe. Damit stelle ich die einstimmige Annahme fest und komme bereits zum Tagesordnungspunkt

8. Bericht des Ausschusses für Finanzen über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 73/1, betreffend Haftungsübernahme für die „Team Styria Werkstätten GmbH“.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Johannes Schwarz. Ich erteile ihm das Wort.

LTAbg. Schwarz (12.59 Uhr): Der Ausschuss „Finanzen“ hat in seiner Sitzung vom 16.11.2010 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss „Finanzen“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Haftungsübernahme zugunsten des Ausgleichstaxfonds für die „Team Styria Werkstätten GmbH“ im Höchstausmaß von 500.000 Euro wird genehmigt.

Ich ersuche um Zustimmung. (12.59 Uhr)

Präsident Majcen: Danke für den Bericht. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ewald Persch. Ich erteile ihm das Wort.

LTAbg. Persch (13.00 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, keine Regierungsmitglieder, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher!

Ich möchte Sie ganz kurz rund gut 30 Jahre zurückführen so in die Mitte der 70er Jahre. Stellen Sie sich vor, ein Bautischler, sehr angesehen, höchst qualifiziert, verletzt sich bei einem Arbeitsunfall schwer und schneidet sich einen Teil der Finger bzw. der Hände mit der Kreissäge weg. Passiert im Tischlergewerbe fast, sage ich leider, alltäglich. Gott sei Dank sind die Schutzeinrichtungen heutzutage schon etwas besser. Nach langer Krankenstandzeit, Rehabilitation, will er zurück auf den Arbeitsplatz, sieht, er kann nirgends genommen werden, denn durch seine schwere Verletzung hat er keinerlei Chancen, wieder in seinen angestammten Beruf zurückkehren zu können. Die Folge daraus, viele Monate, teilweise Jahre Arbeitslosigkeit, mit viel Glück vielleicht eine mühselige Umschulung in irgendeinen Bürojob, den er sich eigentlich nicht wünscht, den er gar nicht mag, weil er es gewohnt ist, außerhalb zu arbeiten und teilweise auch schwer zu arbeiten. Dann hatten wir das große Glück, es kam das Jahr 1980 und der Bund hat sich entschlossen, die so genannten „geschützten Werkstätten“, heute in der Steiermark „Teams Styria“ zu gründen und Menschen mit Behinderungen eine Chance zu geben, nämlich Menschen mit Behinderungen, die an sich fachlich höchst qualifiziert sind, aber an Hand ihrer Behinderung diese jeweilige bestimmte Tätigkeit, die sie gelernt haben, nicht mehr ausführen können. Dies hat „Team Styria“ möglich gemacht und deshalb gibt es den Tagesordnungspunkt 8 heute auf unserer Tagesordnung, weil dieses „Team Styria“ Hilfe von uns bedarf. Ich darf vielleicht als ehemaliger Mitarbeiter von „Team Styria“ auch ein bisschen die Historie Revue passieren lassen, denn ich denke mir, das ist die größte Behinderteneinrichtung in der Steiermark und ein jeder von uns sollte zumindest in Grundzügen wissen, wie diese entstanden ist bzw. was macht „Team Styria“ heute.

1980 – wie gesagt – wurde der erste Standort in der Steiermark in Graz gegründet. 1986, sehr glücklich, muss ich sagen, kam der Standort Kapfenberg dazu, 1992 wurde eine tolle Schulungseinrichtung in Graz gegründet, also zu dem Produktionsbetrieb anschließend. 1993 gab es

die Eröffnung des Standortes Spielberg und abschließend – und somit kann man fast von einer vollkommenen Abdeckung in der Steiermark sprechen – im Jahre 1996 wurde der Standort in Trieben eröffnet. Das hat natürlich auch Probleme mit sich gebracht, denn in den Jahren 1980 waren rund 25 % der behinderten Menschen in dieser Zeit arbeitslos. Das heißt, wir mussten relativ stark expandieren, um möglichst dieses Leid irgendwie in der Steiermark abzufedern. Das brachte aber auch mit sich, dass das schnelle Wachstum natürlich dazu führte, dass es schwierig war, hier dementsprechend einen finanziellen Grundstock für „Team Styria“ zu schaffen. Noch dazu kam, dass rund um das Jahr 2000, also zwischen 1998 und 2002 der Holzmarkt immens einbrach und der Standort in Spielberg dementsprechend zurückgefahren werden musste und natürlich dort große finanzielle Probleme entstanden.

Nach zweijährigem Kampf in den Jahren 2005 und 2006 ist es gelungen, gemeinsam mit dem Land Steiermark und mit dem zuständigen Ministerium in Wien ein Generalsanierungskonzept zu kreieren. In „Team Styria“, in die vier Standorte, wurden rund 13 Millionen Euro investiert. Das war gut so, denn ab diesem Zeitpunkt kann man davon sprechen, dass eigentlich „Team Styria“ von sich aus lebensfähig ist. Ich sage Ihnen zwei Beispiele dazu, der Jahresabschluss 2007 brachte ein Plus von 436.000 Euro, das Jahr 2008 – obwohl hier schon langsam die Wirtschaftskrise begonnen hat – gab noch ein Rekordplus von rund 532.000 Euro. Jetzt werden Sie sich fragen, ja wenn es soviel Plus gibt, warum braucht jetzt „Team Styria“ Hilfe? Ich darf Ihnen dazu sagen, dass bis Ende 2006 ein Minus, ein Verlust zu Buche stand von rund 858.000 Euro. In dieser kurzen Zeit, 2007 und 2008, wo wir auch einen neuen Geschäftsführer bekommen haben, der seine Arbeit – muss ich sagen – hervorragend macht, haben wir das Finanzminus von 858.000 Euro auf ein Plus von 109.000 Euro gedrückt. Ich denke mir, das war zu dieser Zeit wirklich schon sensationell. Gleichzeitig haben wir den Mitarbeiterstand von 300 auf 350 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhöht und das bei einem Behindertenanteil von über 75 %. Ich denke mir, das war wirklich eine Erfolgsgeschichte, aber wie es so im Leben ist und vor allem im Wirtschaftsleben, nach den vielen Hochs kommt ein Tief, und es erwischte natürlich „Team Styria“ eine schwere Wirtschaftskrise. Für das Jahr 2009 wurden in der ersten Phase schon ein Minus von rund einer Million Euro prognostiziert, aber dank unserer – muss ich sagen – sehr umsichtigen Führung ist es gelungen.... *(Präsident Majcen: Meine Damen und Herren, ich bitte um Aufmerksamkeit, es ist der Herr Abgeordnete Persch am Wort. Ich bitte, die netten Gespräche ein bisschen zu reduzieren.)* Danke, Herr Präsident, Behinderte sind vielleicht nicht so wichtig bei uns. Im Jahr 2009 ist es dann trotz sehr, sehr negativer Prognosen gelungen, den prognostizierten Abgang von rund einer Million Euro auf ziemlich genau einem Minus von 106.000 Euro zu drücken. Was wurde gemacht dafür? Rund 130 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden in Kurzarbeit geschickt, ich möchte aber auch betonen, bei 95 %igem Lohnausgleich. Also bei fast 100 %igem Lohnausgleich wurde Kurzarbeit eingeführt. Es wurden die Akquisitionstätigkeiten im

Metallbereich, wo heute schon ein bisschen ein Manko besteht, stark investiert und wir hatten ein großes Glück, dass vorher schon viele Anstrengungen im Holzbereich passiert sind und daher unsere Holzmanufaktur auf besten Beinen steht. Also wie gesagt, es wurde das Minus im Jahr 2009 auf ein Minus von 106.000 Euro gedrückt.

Was aber das Problem ist, und darum bitte ich Sie eben, diese Haftungszusage über 500.000 Euro zu unterstützen, dass das „Team Styria“ durch diese Wirrnisse keinerlei Liquidität besitzt. Das heißt, „Team Styria“ lebt von den Überziehungsrahmen bei den Banken, Beispiel 2009 musste „Team Styria“ allein an Zinsen über 100.000 Euro bezahlen und ich denke mir, das wäre besser in die Behinderten investiert worden. Daher, sehr geehrte Damen und Herren, bitte ich Sie, wenn ich den Bund betrachte, muss ich sagen, das Bundesministerium unter der Führung von Minister Rudolf Hundstorfer hat uns da sehr, sehr unterstützt und wird über den ATF-Fonds eine Million Euro für „Team Styria“ zur Verfügung stellen. Und die Arbeit des Landtags wäre es, eine Haftungszusage über die Hälfte, rund 500.000 Euro, zuzusagen. Ich glaube, wir können das relativ locker machen, denn ich darf Ihnen berichten, dass das vorläufige Ergebnis für das Jahr 2010 ein Plus von 350.000 Euro betragen wird, Tendenz weiterhin positiv. Ich denke mir, mit dieser Haftungsübernahme garantieren wir unseren wichtigsten Behindertenbetrieben in der Steiermark eine tolle Zukunft und ich denke mir, es geht hier um rund 300 behinderte Menschen, die zwischen 30 und 90 % Behinderung haben. Ich glaube, die verdienen sich eine Chance in der Zukunft. Daher bitte ich Sie sehr, sehr herzlich um Ihre Zustimmung. Ich danke! *(Beifall bei der SPÖ – 13.08 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke, Herr Abgeordneter, für diese Wortmeldung. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Franz Schleich. Ich möchte ihm das Wort erteilen.

LTabg. Schleich (13.09 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, Regierungsmitglieder, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich darf an meinen Vorredner anschließen, dem Kollegen Persch. Er hat hier sehr ausführlich und sehr ins Detail gehend das „Team Styria“ vorgestellt. Er ist ja ein Insider und kennt diese Organisation wirklich wie seine Heimat. Aber wenn man hier nicht genau Bescheid weiß, dann ist es glaube ich auch wichtig, dies in dieser Form darzustellen. Denn immerhin 370 Menschen arbeiten in der „Team Styria“, davon sind 72 bis 73 % benachteiligte Menschen, behinderte Menschen. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt, weil gerade diese Menschen in unserer Gesellschaft Arbeit brauchen. Wenn man die Zahlen gehört hat und weiß, wie stellt sich das „Team Styria“ zusammen, 1980 gegründet, dort Mitglied der Gesellschaft der Kriegsofferbehindertenverband, Zivilinvalidenverband, Jugend am Werk, dann die Kammer für gewerbliche Wirtschaft und das BFI, gemeinsam stehen hier dahinter, um für Menschen mit Benachteiligung diese Arbeitsplätze schaffen zu können. In den Jahren von 1980

seit der Gründung gab es natürlich immer ein Auf und Ab, aber gerade die letzten Jahre waren sehr, sehr erfolgreich wie mein Kollege vorher schon gesagt hat, außer im vorigen Jahr 2009, da hat natürlich die Krise gerade in diesen Unternehmen voll eingeschlagen, weil hier natürlich die Metallbranche besonders stark betroffen war. Aber hier muss man auch dem Geschäftsführer und seinem Team wirklich sagen, Hochachtung und auch danke, denn sie haben dies hervorragend gemeistert. Sie haben vorher schon gehört, mit relativ kurzer Kurzarbeit und mit wenig Abschlagen. Nachdem ich dort als Präsident des Landesverbandes Kriegsopferbehindertenverband der Steiermark natürlich hier in dieser Generalversammlung dabei sein darf, wo natürlich auch das AMS dabei ist, das Land Steiermark, das Bundesministerium und das Bundessozialamt hier mit dabei sind, um hier natürlich genau abzufedern und auch zu schauen, in welche Richtung geht die Entwicklung und auch die Investitionen. Gerade die Investitionen sind sehr, sehr entscheidend, denn wenn so ein Unternehmen, das ja sehr viel Technik macht, nicht technisch dementsprechend eingerichtet ist, dann kann man die Probleme schon voraussehen. Deshalb sind diese Investitionen, meine sehr verehrten Damen und Herren, von sehr wichtiger Bedeutung. Vor allem diese eine Million Euro für die Liquidität, aber natürlich die Haftung des Landes, dann würden diese Kredite, die ja im Rahmen von den Banken abgenommen sind, Kontokorrentrahmen, anders bedient werden können. Dann wäre allein vom vorigen Jahr, wo man immerhin bedenkt, es waren 106 Millionen Euro, die ja eigentlich für Zinsen verwendet wurden vom Gewinn, dann könnte man dies schon in Investitionen geben, und dieser Betrieb hätte eine so wichtige Zukunft für unser Land und für unsere Steiermark. Denn ich glaube, gerade die behinderten Menschen, die hier von der Wirtschaft und von den Sozialpartnern getragen werden und von den Organisationen, die sich eben für Behinderte einsetzen, dass die hier in Zukunft einer sicheren Zukunft entgegengehen können und natürlich für alle, die sich hier bemühen, dies auch abgesichert wird. Deshalb bitte ich um Unterstützung dieses Antrages und danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 13.12 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke, Herr Abgeordneter Schleich.

Es liegt mir zu diesem Tagesordnungspunkt keine weitere Wortmeldung vor. Das scheint sich zu bestätigen.

Daher bitte ich alle Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu diesem Tagesordnungspunkt 8 die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle keine Gegenstimmen fest. Das ist also die einstimmige Annahme. Ich danke dafür.

Meine Damen und Herren, zwischendurch möchte ich einen Fehler in der Begrüßung einer Schülergruppe berichtigen. Ich begrüße die Schülerinnen und Schüler des Bundesgymnasiums

Dreischützengasse (*Allgemeiner Beifall*) und insbesondere die Begleiterin, die Frau Mag. Prof. Astrid Grinschgl und die Frau Prof. Mag. Hirschmann (*Allgemeiner Beifall*).

Danke für Ihre Geduld und für die Bereitschaft, diesen kleinen Fehler zu verzeihen, der am Beginn der Begrüßung entstanden ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben damit die ordentliche Tagesordnung dieser Landtagssitzung erledigt und ich komme zur Behandlung der Dringlichen Anfragen.

Eingebracht wurde am Donnerstag, dem 18. November, um 12.02 Uhr, eine Dringliche Anfrage der Abgeordneten der Grünen betreffend „Auswirkungen des Belastungspaketes der SPÖ-ÖVP-Bundesregierung auf die Steiermark“ an Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves.

Ich erteile Frau Klubobfrau Ingrid Lechner-Sonnek das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für diese Begründung eine Redezeit von 20 Minuten gilt.

Frau Klubobfrau, Sie sind am Wort.

LTabg. Lechner-Sonnek (13.15 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, Herr Landesrat, werte Mitglieder des Landtages, sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer!

Es ist nicht alltäglich, was wir in der letzten Zeit erlebt und gesehen haben, wenn man die Zeitung aufschlägt, wenn man ins Fernsehen schaut, vielleicht sogar wenn man in der Stadt unterwegs ist. Es ist nicht alltäglich, dass es große Proteste gibt, dass es Demonstrationen in unseren Straßen gibt und das nicht als einmalige Situation, sondern über Wochen und sogar Monate hinweg. Es ist nicht alltäglich, dass sich zu den Studierenden bei diesen Demonstrationen auch die Rektoren und Rektorinnen potentiell dazu gesellen. Das ist nicht selbstverständlich. Es ist auch nicht alltäglich, dass sich damit Interessengruppen, wie zum Beispiel die Arbeiterkammer solidarisieren. Es ist nicht alltäglich, dass Menschen, die von einem Pflegebedarf betroffen sind bzw. die selbst im Pflegebereich tätig sind, auf die Straße gehen um zu artikulieren, dass sie sich ganz, ganz große Sorgen machen und dass sie sehr bedrückt sind mit dem Ausblick auf das, was die Bundesregierung uns in Aussicht stellt: Massive Kürzungen im Pflegebereich, massive Kürzungen im Bildungsbereich, massive Kürzungen im Forschungsbereich. Das, was die Bundesregierung hier vorstellt, nachdem sie uns – ich möchte es einmal sehr freundlich sagen – über Monate hinweg neugierig gemacht hat auf dieses sensationelle Budget, Sie wissen ja, es müsste eigentlich schon lange vorliegen, aber man hat uns gesagt, man braucht besondere Vorarbeiten, man will es besonders genau machen, man braucht ganz genaue Daten, um auf dieser Grundlage ein Budget schnüren zu können. Das, was aber die Bundesregierung vorgelegt hat, meine Damen und Herren, ist verantwortungslos gegenüber der Zukunft und mit Sicherheit ein kleiner Wurf im Verhältnis zu dem, was durch eine gute Budgetpolitik und gute Politik

insgesamt machbar wäre. Aber dieser kleine Wurf führt zu einem großen Schaden. Wenn ich zusammenfassend sage, das ist ein ganz großes Problem oder ein großer Fehler. So etwas muss einem einmal passieren, dass man ziemlich viel kaputt macht und damit aber wenig gute Effekte erzeugt. Diese Bundesregierung hat in Aussicht gestellt, dass sie die Verhältnisse wieder ins rechte Lot bringen wird. Sie hat zumindest verbal zur Kenntnis genommen, dass Österreich ein Land ist, in dem es den besonders Reichen besonders gut geht und in dem das Einkommen immer weiter auseinanderklafft. Nicht nur zwischen Frauen und Männern, sondern auch zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Sie hat zu erkennen gegeben wenigstens in Ansätzen, dass sie das jetzt einmal wahrgenommen hat. Und diese Bundesregierung hat in Aussicht gestellt, und es betrifft jetzt beide, also die SPÖ und die ÖVP, Kanzler Faymann aber auch Vizekanzler Pröll, dass sie hier so eingreifen wollen, dass mehr Gerechtigkeit herrscht. Dass wir einen guten Weg in die Zukunft haben ist gleich, dass die Politik des Bundes dafür sorgen wird, dass es der Bevölkerung gut gehen wird und dass auch die finanzielle Substanz dafür da ist, die notwendigen Unterstützungsleistungen oder auch die notwendigen Investitionen in dem Bereich Bildung zu tätigen. Also, wenn man diese ersten Auskünfte über das, was das Budget beinhalten soll, sich einmal genauer anschaut, dann muss man sagen, das ist mit Sicherheit nicht geglückt. Von zunehmender Gerechtigkeit kann absolut nicht die Rede sein, ganz im Gegenteil, die Schieflage wird dramatisch verschärft. Wenn bei den Familien gespart wird, wenn bei der Bildung gespart wird, wenn in der Pflege gespart wird und im Übrigen in diesem Zusammenhang ist der Begriff Sparen eigentlich der falsche, man müsste klarer sagen, wenn dort überall gekürzt wird, dann trifft es mit Sicherheit Gruppen in der Bevölkerung, die ganz besonders darauf angewiesen sind, dass die Gesellschaft unterstützend existiert und dass sie in einer persönlichen Notlage, ob das jetzt Alter ist oder ob das die Abhängigkeit von Kindern davon ist, dass es ein Bildungssystem gibt, dass man in dieser Notlage diese Unterstützung oder in spezieller Lebenssituation die allgemeine Unterstützung offensichtlich nicht kriegt. Das liegt jetzt einmal auf der Hand, dass daran nicht gedacht ist. Zur gleichen Zeit sind die Reichen nicht wirklich entscheidend belastet worden. Wir haben in der Begründung zu unserem Antrag auch einige Maßnahmen angeführt, wo wir meinen, da hätte man wesentlich entschiedener hingreifen können. Ich sage nur das Stichwort „Stiftungen“. Da hat es eine Miniänderung gegeben. Die ändert aber nichts daran, dass Stiftungen noch immer eine sehr privilegierte Zone sind, was die Steuerbelastung betrifft. Es ist vollkommen klar und das fordern all jene, die auf die Straße gehen, auch Menschen, die es nicht gewohnt sind, mit einem Transparent in der Hand skandierend zu marschieren, dass manche Dinge, viele Dinge, dieses Belastungspaketes zurückgenommen werden müssen. Es muss zu einer Rücknahme der Verschlechterung im Bereich der Familienhilfe kommen, das liegt auf der Hand. Es muss zu einer Rücknahme der angekündigten Kürzungen im Bereich der Pflege kommen, dass Pflegestufe 1 und 2 jetzt weniger unterstützt werden sollen bzw. der Zugang erschwert werden soll, das zeigt die Denke

dieser Bundesregierung. Man hat hier ein großes System, in diesem System haben sich etliche auch sehr gut eingerichtet, auch jene, die gute Geschäfte damit machen, auch jene, die ihre parteipolitisch motivierte Postenvergabe gerne über die Bühne gehen lassen usw. und so fort, in denen Lobbys auch gute Erfolge in ihrem eigenen Interesse oder der Gruppen eingeheimst haben, die sie vertreten. Weil man das System in Wahrheit irgendwie nicht mehr im Griff hat und weil man vielleicht auch nicht mehr den Durchblick hat oder nicht haben will, macht man eines, man sagt, okay, das System soll so bleiben wie es ist, es kostet aber insgesamt zu viel, also erschweren wir den Zugang. Ja, und wen trifft es? Es trifft jene, die das System brauchen, ob es das Pflegesystem ist, das Bildungssystem. Was ist das für eine wahnwitzige Vorgangsweise? Dinge im wesentlichen im Kern so zu belassen wie sie sind, obwohl man sieht, dass sie sehr fehleranfällig sind, dass sie unheimlich viel Geld kosten, im Übrigen samt und sonders unglaubliche Verwaltungssummen verschlingen und dass man sagt, aber ich greife das nicht an, sondern ich schaue, dass weniger das in Anspruch nehmen, dann kostet es auch weniger. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen, was das für ein Ansatz ist. Was hier schon seit Jahren unter den Tisch gefallen ist, das liegt auch auf der Hand. Es denkt eigentlich niemand mehr offensichtlich darüber nach, dass dieses Pflegesystem, das Bildungssystem, das System der Universitäten für die Menschen gemacht worden ist, die Pflege brauchen, die Bildung brauchen, die studieren wollen. Es ist in unser aller Interesse, dass es Menschen gibt, die studieren wollen, die eine gute Bildung und Ausbildung bekommen. Mir ist es nicht egal, dass ein Fünftel der 15-jährigen, die die Schule verlassen, nicht sinnerfassend lesen kann. Das ist in Wahrheit eine Fahrkarte ins Nirgendwo. Zeigen Sie mir einmal diese Berufslaufbahn, die möglich ist, wenn Sie nicht lesen können, wenn Sie nicht verstehen, was auf einer Tafel steht oder in einer Gebrauchsanweisung oder in einem Dienstvertrag. Hier wird es nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern hier werden offensichtlich auch Verschlechterungen in Kauf genommen dafür, dass man im Wesentlichen so bleiben kann wie man ist und dafür, dass man im Wesentlichen alles so geregelt lässt, was einem wichtig ist. Die Frage, ob die Bundesregierung nicht anders kann, weil sie es nicht versteht oder ob sie nicht anders will, ist in Wahrheit nur eine Frage zwischen zwei Übeln, die fast gleich groß sind. Also, wenn eine Bundesregierung nicht mehr in der Lage ist, ein System ständig so weiter zu entwickeln, dass es der Bevölkerung dient oder wenn sie gar nicht mehr interessiert ist, das zu tun, weil es ihr offensichtlich in der jetzigen Form noch immer gut geht mit ihren parteipolitischen Interessen, dann ist beides unglaublich schlimm. Das kann man, denke ich, mit Sicherheit feststellen.

Herr Landeshauptmann, ich habe heute einem Artikel, einem Interview der Kleinen Zeitung entnommen, dass Sie gesagt haben, die Anfrage, die die Grünen heute an Sie stellen, müsste man eigentlich an den Bundeskanzler stellen. Keine Sorge, die Bundesgrünen machen das eh in jeder sich bietenden Gelegenheit. Aber ich finde, man kann und muss diese Anfrage auch an Sie stellen. Sie sind der Landeshauptmann der Steiermark, Sie sind der Chef der Regierung. Diese Regierung arbeitet

derzeit an einem Budget, das erst im März oder April vorliegen wird. Was ich so merke ist, dass Sie bzw. die Personen, die daran arbeiten oder auch die Vertreter/Vertreterinnen der großen Parteien, sich im Moment unglaublich zurückhalten mit Aussagen, wie Sie denken, wo Sie hindenken, was Sie sich selber für Fragen stellen bzw. was Sie sich für Ziele setzen so im Großen, also, wo geht die Reise eigentlich hin für die Steiermark. Sie halten sich sehr zurück, die anderen Regierungsmitglieder halten sich zurück, auch die Mitglieder der beiden Parteien ÖVP und SPÖ im Landtag halten sich mit solchen Aussagen zurück. Das gipfelt dann auch in solchen Situationen wie gestern Abend, wo die Ärztekammer zu einer Versammlung oder zu einer Veranstaltung einlädt mit einem hochkarätigen Referenten aus der Schweiz. Frage: Wie schaut es aus mit der Zukunft der steirischen Spitäler? Und SPÖ und ÖVP entsenden keinen Vertreter, keine Vertreterin. Die zwei kleinsten Parteien im Landtag, die KPÖ und die Grünen haben es geschafft, obwohl wir nur jeweils zwei oder drei Abgeordnete sind, dort jemanden hinschicken, der Rede und Antwort gestanden ist. Die zwei großen Parteien, die jeweils – soviel ich weiß – über 22 oder 23 Abgeordnete verfügen, haben es nicht geschafft, also mir kann das niemand erzählen, dass das Management technisch nicht lösbar ist. Ganz offensichtlich war für die dort Anwesenden, dass keine Antwort von Seiten der Regierungsparteien auf brennende Fragen gegeben wurde in der Situation. Ich denke, all das ist Grund genug, Ihnen heute die folgenden Fragen zu stellen:

1. Welche Auswirkungen hat das Belastungspaket der Bundesregierung auf die Steiermark im Allgemeinen?
2. Welche Auswirkungen hat es konkret auf
 - a) den steirischen Bildungsstandort
 - b) den steirischen universitären und außeruniversitären Forschungsstandort
 - c) die sozialen Folgekosten für das Land Steiermark auf Grund der einseitigen Belastung von Familien mit Studierenden und pflegebedürftigen?
3. Welche Maßnahmen werden Sie als Landeshauptmann ergreifen, um das zukunftsfeindliche und sozial höchst ungerechte Belastungspaket der Bundesregierung zu verhindern?
4. Welche der grünen Budgetsanierungsvorschläge, die im Begründungstext angeführt sind, finden Ihre Unterstützung?

Ich ersuche um Antwort. *(Beifall bei den Grünen – 13.27 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke, Frau Klubobfrau, für die Begründung und ich möchte dem Herrn Landeshauptmann zur Beantwortung das Wort erteilen.

Landeshauptmann Mag. Voves (13.27 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek, sehr geehrte Frau Ing. Jungwirth, geschätzte Damen und Herren, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

SPÖ und ÖVP haben sich in der Steiermark zu einer Reformpartnerschaft bekannt, weil es darum geht, die Steiermark zukunftsfähig zu halten und nächsten Generationen wieder mehr Spielraum zu geben, aktiv ihre Zukunft gestalten zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die steirische Politik, der Landtag Steiermark, die steirische Landesregierung stehen vor den größten Herausforderungen, wie ich meine, der letzten Jahrzehnte. Wir haben zugelassen, dass wir einige Zeit über unsere Verhältnisse, über unsere budgetären Möglichkeiten gelebt haben. Ja, wir haben einiges zu korrigieren, müssen aber zugleich wichtige Zukunftsfelder forcieren. Sie können davon ausgehen, dass ich großes Verständnis dafür haben werde, wenn die Oppositionsparteien im Landtag Steiermark das Instrument der Dringlichen Anfrage auch entsprechend einsetzen, sobald die Maßnahmen der steirischen Landesregierung zu Budgetkonsolidierungen ab 2011 vorliegen. Heute aber, sehr geehrte Damen und Herren der Grünen, wird dieses parlamentarische Instrument auf steirischer Ebene von Ihnen überstrapaziert. Ich habe volles Verständnis, wenn die Grünen im Nationalrat eine derartige Dringliche Anfrage an die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung stellen, denn die Österreichische Bundesregierung ist auch der richtige Adressat für Ihre Feststellungen und Ihre Kritik. Ich als Vorsitzender der Steiermärkischen Landesregierung bin es nicht, auch wenn Sie versuchen, einen Konnex zur Steiermark herzustellen. Dazu kommt, dass Sie von mir Antworten zu konkreten Auswirkungen erwarten, obwohl Sie wissen, dass die Bundesregierung zu einigen Themen des so genannten „Loipersdorf-Paketes“ mit den entsprechenden Interessensvertretungen noch Gespräche führt und daher noch keine endgültigen Entscheidungen vorliegen.

Bevor ich zur Beantwortung der Fragen komme, möchte ich, meine sehr geehrten Damen und Herren, noch festhalten, dass wir uns, wenn die Tagesordnung und der zeitliche Ablauf von Landtagssitzungen zunehmend von Bundesthemen beherrscht werden, nicht wundern dürfen, wenn von Medienvertreterinnen und –vertretern sowie von der Bevölkerung bestimmte Fragen gestellt werden.

Ihre Anfrage beantworte ich wie folgt:

Ad 1 und 2:

Diese Fragen lassen sich erst abschließend beantworten, wenn die Beschlüsse zum Budget 2011 vorliegen und die jeweiligen Maßnahmen der Ressortministerinnen und Ressortminister im Detail bekannt sind.

Ad 3 und 4:

In meiner Funktion als Vorsitzender der steirischen Sozialdemokratie und als einer der stellvertretenden Vorsitzenden der österreichischen Sozialdemokratie nehme ich für mich in

Anspruch, dass ich insbesondere die Frage der Verteilungsgerechtigkeit, letztendlich erfolgreich, zum Thema gemacht habe und dies auch Niederschlag im so genannten „Loipersdorf-Paket“ gefunden hat. Ich gehe davon aus, dass die Bundesregierungsmitglieder der SPÖ dieses Thema auch in den Budgets 2012 und 2013 entsprechend weiter verfolgen werden. Ebenso habe ich in meinem Verständnis als Parteivorsitzender der Steiermark bei Bekanntwerden des Budgetpaketes festgehalten, dass ich mir mehr Reformen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und öffentliche Verwaltung gewünscht hätte und dies – wie Sie einer heutigen Tageszeitung entnehmen können – nach wie vor für sehr sinnvoll und notwendig halte, damit man sich damit unter Umständen einige noch in Diskussion befindliche Maßnahmen in den Bereichen Familie und Bildung im wahrsten Sinne des Wortes ersparen hätte können.

Sehr geehrte Damen und Herren der Grünen, ich bin davon überzeugt, dass ich in meiner Funktion als Landesparteivorsitzender bei derartigen Überlegungen der Bundesregierung fraktionell mehr erreichen kann als in meiner Funktion als Landeshauptmann bzw. wir gemeinsam als Land Steiermark über diesbezügliche Resolutionen und Anträge an die Bundesregierung erreichen können. Im Übrigen glaube ich zu wissen, dass man in Oberösterreich seitens der grünen Fraktion keinen diesbezüglichen Antrag im Landtag in Oberösterreich behandelt hat.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 13.32 Uhr)*

Präsident Majcen: Ich danke dem Herrn Landeshauptmann für die Beantwortung dieser Anfrage und eröffne nunmehr die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage und weise auf § 68 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Landtages 2005 hin, wonach die Regierungsmitglieder sowie die HauptrednerInnen nicht länger als 20 Minuten und die DebattenrednerInnen nicht länger als zehn Minuten sprechen dürfen.

Es hat sich zu Wort gemeldet die Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek. Sie hat das Wort.

LTAbg. Lechner-Sonnek (13.33 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, werte Damen und Herren!

Ich möchte zuerst das aufgreifen, wo Sie gesagt haben, Herr Landeshauptmann, „wenn der Landtag zunehmend sich mit Bundesthemen befasst, dann darf man sich nicht wundern“ – ich weiß nicht, wie Sie es weiterformuliert haben – „so“, offensichtlich, dass manche Fragen gestellt werden. Ich nehme an, Sie spielen darauf an, dass die Frage gestellt wird, braucht ihr überhaupt noch neun Landtage usw. und so fort. Es erinnert natürlich auch sofort an Ihren legendären Sager, der ja auch im Profil zitiert worden ist, „von den Deppen, die da sitzen“. Ich muss schon sagen, die Verantwortung dafür, ob Landtage bzw. eine landespolitische Ebene oder ob es Bundesländer insgesamt gibt, auf die Häufigkeit der Dringlichen oder der Anträge zum Beispiel der Grünen in Sachen Bundesthemen zu

schieben, das ist schon ziemlich gewagt. Ich glaube schon und ich habe überhaupt kein Problem damit, dass die landespolitische Ebene auch immer wieder legitimieren muss, warum es sie gibt und warum es gescheit ist, dass es sie gibt. Da sind wir im Übrigen alle aufgerufen und ich werde das heute auch versuchen in meiner Antwort auf Ihre – sagen wir einmal – Antwort.

Sie haben gesagt, Herr Landeshauptmann, Sie können über die Auswirkungen noch nicht sprechen, weil die stehen noch nicht fest. Also gut! Im Millimeterbereich haben Sie natürlich recht. Wir wissen noch nicht, um wie viele Stunden mehr jemand pflegebedürftig sein muss, dass er die Pflegestufe 1 bekommt. Das werden auf jedem Fall mehr Stunden sein als bisher usw. und so fort, ich könnte das jetzt alles durchexerzieren in allen relevanten Bereichen. Wir wissen es noch nicht ganz genau, das stimmt. Aber Sie können uns mit Sicherheit nicht weismachen, dass die Bundesregierung das jetzt einmal gesagt hat und alles noch offen ist. Aber 100%ig nicht! Ganz bestimmt nicht, das glaubt doch niemand da herinnen, dass die Bundesregierung noch davon abgehen wird, in der Familienbeihilfe zu kürzen, bei der Pflege zu kürzen, im Bildungsbereich an den Universitäten zu kürzen. Was hindert Sie daran, uns zu sagen, was das in der Steiermark heißen würde? Dass es eine gewisse Spannbreite gibt, ob die Kürzungen im einen oder anderen Bereich ganz massiv ausfallen oder nur sehr massiv ausfallen, weil darunter wird es das nicht spielen. Also bitte schön, das würden Sie in Ihrer Antwort mit Sicherheit, wenn Sie sie geben hätten wollen, berücksichtigen können. Ich finde es nicht in Ordnung, wenn so eine Ankündigung von der Bundesregierung da ist, sie auf diese Art und Weise entweder nicht ernst zu nehmen oder hinunter zu spielen. Diese Ankündigung ist draußen. Die Bevölkerung versteht das, die demonstriert. Die weiß, dass man jetzt handeln muss und dass man nicht sagen kann, ich weiß die zweite Kommastelle noch nicht, wie viel Kürzung das in welchem Bereich ist. Bei allem Respekt, Herr Landeshauptmann, das ist eine schwache Antwort gewesen.

Sie haben gesagt, was Sie dazu beigetragen haben zum „Loipersdorf-Paket“, dass Sie darauf hingewiesen haben, dass es mehr Gerechtigkeit braucht. Bei allem Respekt, ich glaube auch, dass Sie das gemacht haben. Ich hätte jetzt aber an Ihrer Stelle nicht den Mut gehabt, das als eigene Leistung anzuführen. Weil entweder war die Forderung sehr – sagen wir einmal so – freundlich oder allgemein formuliert, dass sie nicht angekommen ist oder Sie sind einfach mit Ihrer Forderung oder Ihrem Wunsch nicht berücksichtigt worden. (*Landeshauptmann Mag. Voves: „1,2 Milliarden von der Einnahmenseite stammen woher?“*) Sagen Sie es mir! (*Landeshauptmann Mag. Voves: „Bankenabgabe, Stiftungsbesteuerung, das schieben Sie einfach weg.“*) Ja, okay. Nein, ich schiebe es nicht weg, Herr Landeshauptmann! Wenn Sie mir vorher gut zugehört haben, dann werden Sie auch gehört haben, dass ich gesagt habe, dass im Stiftungsbereich sehr wohl etwas passiert ist, dass das für mich aber viel zu wenig ist. Das ist auch legitim, denke ich. (*Landeshauptmann Mag. Voves: „Über das kann man diskutieren.“*) Ja, über das kann man diskutieren und das versuche ich ja gerade. Aber Sie antworten mir nicht, das ist mein Problem. Dann diskutiere ich halt allein weiter.

(Landeshauptmann Mag. Voves: „Entschieden wird es nicht hier.“) Entschieden wird es nicht hier, aber, Herr Landeshauptmann, entweder die Landeshauptleute sind so mächtig wie sie sich gerne präsentieren, in mancher Hinsicht sind sie es real, weil sie unglaublich viel blockieren können oder sie sind es nicht, aber probieren täte ich es schon. Als Landeshauptmann täte ich schon probieren und täte sagen, morgen zum Beispiel bei der Landeshauptleutekonferenz oder in Kontakt mit der Bundesebene, mit der Bundesebene, mit der Bundesregierung: „Hallo Leute, bei uns heißt das, was ihr da vorhabt, ein Kahlschlag im Bereich der Forschung für die Steiermark, ein Kahlschlag oder ganz große Probleme für die Universitäten, für die Studierenden“ usw. und so fort. Das würde ich schon machen. Also, ich setze auch voraus, dass Sie das weiter tun. Ich habe nur ein bisschen Sorgen. Sie haben gesagt, Sie haben eingefordert mehr Reformen im Bereich Bildung, Gesundheit und Verwaltung. Ich habe das Gefühl, im Bereich Verwaltung ist auch in Ihrem heutigen Interview angesprochen, da machen Sie eine Aussage, aber wenn ich gleichzeitig höre, dass Sie sagen, der Gratiskindergarten ist schon in Frage zu stellen, na ja, der Kindergarten gehört zum Bildungsbereich, meine Damen und Herren, das wissen wir. Wenn ich bei der ersten Stufe anfangen, dort, wo es zum Beispiel um den Spracherwerb geht und ich spreche jetzt nicht von Kindern, die eine andere Muttersprache als Deutsch haben, sondern ich spreche durchaus von Kindern, deren Muttersprache Deutsch ist und die nicht sprechen können, nicht richtig sprechen können, wenn sie in den Kindergarten kommen, die die soziale Einbindung und das lernen müssen, wie verhalte ich mich in einer Gruppe usw. und so fort. Das ist die erste Stufe. Wenn wir da versagen, meine Damen und Herren, dürfen wir uns nicht wundern, wenn in der Folge die Leute eben nicht sinnerfassend lesen können oder andere Probleme haben oder überhaupt mit dem Bereich Bildung nichts Positives assoziieren. Das heißt, das ist eine ganz zentrale Stellschraube in der Bildung, die Kinderbetreuung. Wir haben diese Gratislösung im Kinderbetreuungsbereich ja eingeführt, weil wir gesagt haben, anders kommt man an diese ungefähr 10 % der Familien, wo es wirklich intern schwierig ist und wo die Kinder nicht die Förderung bekommen, die Kinder brauchen, an die kommt man ja anders nicht heran. Wir haben das ja auf der Basis einer Überlegung gemacht, die durchaus bildungspolitisch war. Das heißt, es passt nicht zusammen. Oder wenn Sie sagen, das mit dem Pflegegeld, ja, das ist verständlich, das muss jetzt einfach sein, ja, wo ist dann im Bereich der Gesundheit jetzt die ganz große – wo sind die Reformen? Ich meine Reform, wenn ich den Begriff Reform höre, das atmet was positives Neues. Ja, das ist überhaupt ein Grundproblem, das ich konstatieren möchte.

Wann wird denn hier von Reformen gesprochen und wann gibt es hier große Weichenstellungen in der Steiermark und auf Bundesebene? Ich sage es Ihnen: Wenn das Geld knapp wird. Ist das nicht ein erschreckender Befund? Wo ist denn in guten Zeiten die Entwicklung des Gesundheitswesens stecken geblieben? Warum haben wir denn nicht in guten Zeiten die mobilen Dienste massiv ausgebaut? Dann bräuchten wir jetzt weniger Heime. Wenn Sie sagen: „Was hat das jetzt damit zu tun?“, dann sage ich

Ihnen, das ist ein zweites Problem, das in der politischen Arbeit, in den politischen Entscheidungen nicht erkannt wird, was das für eine Steuerung ist und was das für eine Steuer ist, das wir in der Hand haben. Wenn wir nicht erkennen können, was das für die Betroffenen, aber auch für die öffentlichen Haushalte heißt, dass man eine Laissez-faire-Haltung im Pflegebereich hat und sagt: „Soll jeder tun, wie er will“, dass dann die teuersten Leistungen sozusagen einen Aufschwung nehmen, aber wir alle dafür „blechen“ müssen – die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler? Da muss ich sagen, das ist entweder wenig Wissen oder wenig Verantwortung. Das klingt vielleicht für Sie sehr scharf, aber ich muss auch sagen, ich meine es so. Das ist ein Nichtsteuern im gesellschaftlichen Interesse, ein Nichtsteuern, ein Geschehen lassen. Das haben wir auch in anderen Bereichen. Wir haben es im Gesundheitsbereich. Bitteschön, wie oft habe ich in Festreden gehört, wir müssen die Prävention stärken. Es darf nicht immer nur um Krankheit gehen, es muss um Gesundheit gehen. Ja, super! Und wer hat was gemacht dafür? Wo ist denn die große Umsteuerung im System? Schon wieder reden wir über Spitäler, obwohl wir wissen, dass das eine Form ist, wo viel zu viele Leute bei uns hineingehen, sich viel zu lange dort aufhalten. Aber warum? Weil das restliche System, das eigentlich im Vorfeld gut existieren müsste, nicht ausgebaut ist – das im Übrigen auch wieder wesentlich weniger kosten würde und wesentlich mehr Lebenszufriedenheit bringen würde.

Oder Wirtschaftsförderung: Wie schaut bei uns die Wirtschaftsförderung aus? Es ist auch bei uns offensichtlich nicht möglich über Ressortgrenzen hinaus zu denken und eine Vorgangsweise zu finden, die die Steiermark als Wirtschaftsstandort total stärkt, die sicherstellt, dass eine Beschäftigung auf hohem Niveau in verschiedensten Berufsgruppen möglich ist und die gleichzeitig sicherstellt, dass wir in Hinkunft keine Strafzahlungen zahlen müssen, wenn wir Klimaschutzziele nicht einhalten. Das ist in der Wirtschaftsförderungsüberlegung noch nicht angekommen, meine Damen und Herren. Ist das nicht unglaublich? Das müsste doch das erste Anliegen sein, dass man schaut, wie bringt man das alles „unter einen Hut“ und noch dazu – bei allem Respekt –, das braucht man nicht einmal erfinden. Das „hupfen“ uns ja andere Länder längst vor. Wo ist da die politische Steuerung? Über das muss man doch alles reden.

Oder, wir haben da vor wenigen Monaten ein Raumordnungsgesetz beschlossen. Manche sind stolz darauf, andere sagen – ich gehöre auch dazu: Ja, hallo! Wenn irgendwas viel Geld kostet, dann ist es die Zersiedelung. Wir haben Kosten in der Errichtung und im Unterhalt von Infrastruktur, die haben sich „gewaschen“ im internationalen Vergleich. Da bin ich dann schon bei den Gemeinden. Viele Gemeinden „krachen in den Fugen“. Ja, kein Wunder! Sie werden nicht unterstützt in der Hinsicht. Sie werden nicht vom Land unterstützt, dass sie die Begierde auf „jeder Quadratmeter Grünland muss Baugrund werden“ ..., dass Sie das unterstützen. (*LTA*bg. Mag. Drexler: „Einen Ruf zur Sache!“) Nein! Völliges Laissez-faire. Lieber Kollege Klubobmann Drexler, ich sage gerade wie ich glaube,

dass Politik und Steuerung funktionieren und versuche gerade zu zeigen, dass es hier nicht funktioniert.

Aber du wirst mir sicher noch ein paar Minütchen aufmerksam lauschen. (*LTabg. Mag. Drexler: „Natürlich.“*) Denn eines möchte ich auch noch sagen, eines möchte ich noch loswerden: Ich höre die ganze Zeit Verwaltungsreform, ich sehe keine Ansätze und ich finde, dass man es sich eigentlich ganz einfach machen kann, indem man schaut, wo sind die Probleme entstanden. Ich sage Ihnen ein Beispiel: Es hat vor ein, zwei Jahren ich glaube von der KPÖ einen Antrag gegeben, da ist irgendeine Beihilfe – bis sie ausgezahlt wurde, sind acht oder neun Monate vergangen – Mitzinsbeihilfe/Wohnbeihilfe. Dann wurde mittels Antrag und Diskussion zugestanden, es wird einen neuen Dienstposten geben. Dann haben wir nachgefragt, ich weiß gar nicht mehr, wer von uns das war, wie lange das also dauern wird, bis die Abläufe beschleunigt werden. Es hat dann geheißen, die Person muss noch eingearbeitet werden. Wir haben dann gefragt: Wie lange dauert die Einarbeitung dieser neuen Mitarbeiterin? Dann hat es geheißen, ein halbes Jahr. Also, wenn so unsere Verwaltung funktioniert, wenn die Abläufe so kompliziert sind, dass die Leute, die von der Verwaltung etwas brauchen, eigentlich überhaupt nicht mehr wissen, wie sie das angehen sollen, dann brauche ich nicht viele Studien oder sonst etwas. Dann muss ich mir einfach einmal „meine Verwaltung“ ansehen und die Abläufe im Übrigen auch so gestalten, dass die Bevölkerung noch irgendetwas damit anfangen kann und wir nicht solche Blüten haben. Summa summarum: Ich finde ja, Herr Landeshauptmann, man soll dem Kollegen Kröpfl absolut recht geben. Das dürfte Ihnen eigentlich ja nicht schwer fallen, weil die Farbe passt. Herr Kollege Kröpfl hat heute in der Früh gesagt, er möchte, dass der Landtag an den Lösungen der Probleme des Landes mit arbeitet. Ich bin bereit dazu, wir sind bereit dazu. Etliche hier herinnen sind dazu bereit. Aber was brauchen wir dazu? Wir brauchen eine Dialogbereitschaft auf Seiten der Regierungsparteien. Das ist einmal ganz klar. Dialog heißt auch: Fragen beantworten. Ich, bei allem Respekt, hatte nicht das Gefühl, dass Sie heute meine Fragen beantworten oder sich darum überhaupt nur bemühen. Sie haben eher gesagt, das ist der Würde des Landtages abträglich. Das finde ich wiederum Ihrer Würde abträglich.

Das Zweite, was braucht es noch dazu, wenn der Landtag zu den Lösungen der Probleme beitragen soll oder mitarbeiten soll? Transparenz: Herr Landeshauptmann, Sie wissen es, wir haben unlängst ein Gespräch geführt, wo auch Herr Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer dabei war, wo ich Ihnen gesagt habe, wie die Situation für Abgeordnete aus Oppositionsparteien aussieht; wie wenig Zugang sie zu Datenmaterial und Zahlen haben. (*Landeshauptmann Mag. Voves: „Machen Sie konkrete Vorschläge.“*) Wir würden gerne viele konkrete Vorschläge machen. Wir machen es ja oft trotzdem, obwohl wir die Zahlen, Daten und Fakten nicht haben. Aber wenn Sie das wirklich wollen und ich würde das gut finden, ich unterstütze die Forderung vom Kollegen Kröpfl: Wenn Sie wollen, dass der Landtag gemeinsam mit Ihnen die Probleme des Landes löst, dann müssen Sie mit dem

Landtag sprechen und Sie müssen den Landtag in die Lage versetzen, dass er auch Lösungen anbieten und ausarbeiten kann.

Drittens: Ich möchte nicht in diesem Zusammenhang auf den März warten, – je nachdem, welcher Journalist/welche Journalistin bei Ihnen am ehesten Zugang findet – aus den Medien stückweise entnehmen, wo die Reise für die Steiermark in den nächsten Jahren hingehen wird, zumal wir wissen, dass es ein riesiges Kürzungspotential gibt. Das möchte ich nicht. Sondern ich möchte vorher involviert werden, ich möchte vorher informiert werden. Ich möchte, dass der Landtag das tun kann, was Kollege Klubobmann Kröpfl heute gefordert hat: Sich an der Lösung der Probleme der Steiermark beteiligen. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 13.48 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke, Frau Klubobfrau. Es hat sich zu Wort gemeldet Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler. Sie sind am Wort, Frau Kollegin.

LTAbg. Klimt-Weithaler (13.49 Uhr): *(Präsident Majcen: „Moment, es dauert noch eine Sekunde.“)* Das ist aber eine lange Sekunde. *(Präsident Majcen: „Sekunden sind immer subjektiv.“)* *(Landesrat Dr. Buchmann: „Dafür macht das Universalmuseum eine Ausstellung zum Thema „Zeit“.)*

Geschätzter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, geschätzte Frau Landesrätinnen, Herr Landesrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werde Zuhörer und Zuhörerinnen!

Ich habe mir vorher schon überlegt, bevor Sie es ins Spiel gebracht haben, Herr Landeshauptmann, dass ich, bevor ich zu den Inhalten dieser Dringlichen Anfrage etwas sage, zuerst einmal dazu etwas sagen möchte, warum dieses Thema heute eine Dringliche Anfrage ist. Sie ist dringlich, weil das Thema wichtig ist. Aber: Wir hätten es auch anders haben können. Wie Sie wissen, hat im vorigen Ausschuss – es ist heute auch schon einmal von der FPÖ erwähnt worden – ein eigenartiges Schauspiel, möchte ich fast sagen, stattgefunden. Eigenartig für uns deshalb, weil wir es offensichtlich fünf Jahre lang gut geschafft haben, Anträge in die richtigen Ausschüsse hineinzutragen. Am Dienstag wurde uns klar gemacht, so gut kennen wir uns offensichtlich nicht aus, denn plötzlich kommen Anträge, die unserer Meinung nach in den Sozialausschuss müssen, in einen Verwaltungsausschuss, oder Dinge, die unserer Meinung nach in einen Sozialausschuss müssen, in einen Finanzausschuss. Deshalb wurde u.a. das Instrument der Dringlichen Anfrage heute auch von den Oppositionsparteien gewählt, weil wir sagen, wir lassen uns gewisse Anträge nicht einfach in einen anderen Ausschuss hinein verordnen, um sie dort dann auch noch in einen Unterausschuss abzulegen. Kollege Klubobmann Drexler – ich weiß nicht, ob er jetzt noch anwesend ist, aber er hat heute schon die Frage gestellt: Was spricht denn gegen eine solide Behandlung in einem Unterausschuss? *(LTAbg. Schönleitner: „Zur Sache.“)* Gar nichts spricht dagegen, aber was ist denn eigentlich eine solide Behandlung, wenn es sich um ein Thema handelt, das in kürzester Zeit im Bund beschlossen werden

soll, nämlich das Budget. Wir haben zeitgerecht zwei Anträge ähnlichen Inhaltes von den Grünen und von uns im Sozialausschuss vorgelegt, wo es um die Belastung, um die Benachteiligung von Menschen, von Familien, von Pensionistinnen und Pensionisten, von Studierenden und dergleichen geht, und dann sagt man uns, das muss jetzt zuerst einmal in den Verwaltungsausschuss, dann tun wir das in einen Unterausschuss; inzwischen ist zwar das Budget leider schon beschlossen, aber nachher können wir immer noch sagen, wenn wir es solide behandelt haben, naja, wahrscheinlich wären wir eh dagegen oder dafür gewesen. Um das geht es letztendlich. Bevor ich jetzt zu den Inhalten komme, noch eines: Ich habe jetzt gesehen, als ich mich zu Wort gemeldet habe, es steht da niemand anderer mehr drauf – weder jemand von der SPÖ noch jemand von der ÖVP. Ich fürchte, die Debatte wird nach meiner Wortmeldung relativ rasch zu Ende sein. Aber das, meine sehr geehrten Damen und Herren, das möchte ich Ihnen schon sagen, das ist auch ein Zeichen, sich jetzt da hinzusetzen, sich hinter den Notebooks zu verstecken oder irgendwie wegzulächeln und sich zu denken „I tät ja eh gern, aber i darf net“ oder wie auch immer. Das ist auch ein Zeichen, sich nicht zu äußern – noch dazu zu Inhalten, die sehr viele Steirer und Steirerinnen betreffen werden. Sie trauen sich ja offensichtlich nicht Stellung zu nehmen. Sie haben sich schon im Ausschuss nicht getraut zu sagen: „Ja, wir sprechen uns gegen dieses Belastungspaket aus“ oder „Nein, wir sehen da keinen Sinn darin“. Sie getrauen sich einfach nicht, „Ja“ oder „Nein“ zu sagen. Sie tun das jetzt auch wieder nicht. Sie sitzen hier und lauschen und hoffen, dass die Dringlichen Anfragen schnell wie der berühmte Kelch an Ihnen vorüberziehen. Wir sind keine Allianz, lieber Walter Kröpfl. (*LTA*bg. Kröpfl: „Oja.“) Wir haben eine gemeinsame Pressekonferenz abgehalten und zwar deswegen, weil uns allen dreien – den Grünen, der FPÖ und uns – diese Methode „sauer aufgestoßen“ ist. (*LTA*bg. Kröpfl: „Ich habe da gar nichts gesagt.“) Das ist in einer Demokratie legitim, eine Pressekonferenz abzuhalten, auch mit einer Fraktion, mit der man inhaltlich in vielen Dingen absolut nicht übereinstimmt. Weil die Sitzplätze heute schon einmal erwähnt wurden: Das ist eigentlich ganz das Gleiche. Ich habe hier keine persönlichen Befindlichkeiten, neben wem ich gerne sitzen möchte und setze mich neben jemand anderem nicht hin. Aber es ist die Art und Weise, wie auch da über uns „drübergefahren“ wurde, (*LTA*bg. Mag. Rinner: „Na, geh.“) wie uns gesagt wurde: „Ihr habt dort und dort zu sitzen.“ Erst wie wir gesagt haben, wir hätten auch noch andere Vorschläge, ist es überhaupt einmal diskutiert worden. Aber jetzt zu den Inhalten: Sparen an sich ist ja nichts Bösesartiges und ich gehe einmal davon aus, dass alle schon einmal auf irgendetwas gespart haben. Ich kann mich noch sehr gut erinnern, als Kind habe ich mich auf den Weltpartag immer sehr gefreut. Wenn ich mit meinem Sparschwein dann zur Bank gehen konnte und dort ausleeren konnte und gesehen habe, okay – ich habe jetzt Geld gespart. Wie wir wissen, gibt es mittlerweile nicht mehr nur den Weltpartag, sondern es haben die Banken ja schon Weltparwochen daraus gemacht. Wenn ich mir anschau, was so in letzter Zeit von Seiten der Bundesregierung aber auch hier im Landtag von einzelnen Personen vom Stapel gelassen wird, da

gewinne ich langsam aber sicher den Eindruck, die österreichische Regierung – aber auch die in der Steiermark – hat sich zu einer Weltpartagelislaturperiode entschlossen. Aber auf wessen Kosten ist die Frage. Ein Sparpaket, das jetzt geschnürt wurde, geht auf Kosten der Bevölkerung und es ist ein Belastungspaket. Es demonstrieren alle möglichen Personen und Interessensgruppen dagegen – Kollegin Lechner-Sonnek hat es schon sehr deutlich ausgeführt, das brauche ich nicht mehr zu wiederholen. Sie demonstrieren aus gutem Grund, ja. Auch die bereits gestern erwähnte Diskussion veranlasst mich dazu, hier auch noch einmal zu sagen: Wir reden alle vom Sparen, aber es redet eigentlich niemand vom Geld. Es reden alle davon, dass die öffentlichen Kassen leer sind, aber es redet niemand davon, warum. Ich habe mir jetzt noch einmal etwas herausgesucht, was ich Ihnen an dieser Stelle schon einmal in einem anderen Zusammenhang gesagt habe, nämlich eine Zahl über das Geldvermögen in Österreich und zwar: Im Zeitrahmen von zehn Jahren von 1997 bis 2007 haben sich die Geldvermögen in Österreich mehr als verdoppelt. Ende des Jahres 2007 hielt sich die Summe bei 2 Milliarden 154.777 Millionen Euro. Das Geld ist also sehr wohl vorhanden und wir haben ja am Dienstag einen ähnlichen Antrag gegen dieses Belastungspaket des Bundes eingebracht – wir wollten, dass sich der Landtag Steiermark gegen dieses Belastungspaket ausspricht. Wir haben da auch schon gesagt, warum schaut denn niemand einmal darauf, woher diese Sorgen und Nöte, diese – unter Anführungszeichen – „leeren“ Kassen eigentlich kommen? Sie wissen alle, dass hochriskante Spekulationsgeschäfte und hohe Managergehälter offenbart wurden, als die Spekulationsblase in den USA geplatzt ist und Sie wissen alle, dass – um das Wirtschaftssystem zu retten und insbesondere die Banken – hunderte Milliarden hineingepufft wurden. So, und damit haben sich öffentliche Haushalte enorm verschuldet. Jetzt haben wir das Problem, dass diese Belastungspakete geschnürt werden, um die Staatsfinanzen wieder in den Griff zu bekommen. Aber anstatt das Geld bei den Verursachern der Krise zu holen, soll jetzt die breite Masse der Bevölkerung dafür mit Maßnahmen zahlen wie Kürzung der Familienbeihilfe, Erhöhung des Eintrittsalters für die Pensionen, Kürzung beim Pflegegeld, Erhöhung von Massensteuern auf Benzin und Diesel oder Abschaffung des Alleinverdienerabsetzbetrages. Damit werden die arbeitenden Menschen, also der Großteil der Bevölkerung, zur Kasse gebeten. Die Maßnahmen im Bereich der Wirtschaft wie die Bankenabgabe, die Aktiensteuer oder die geänderte Besteuerungen der Stiftungen sind doch nur Kosmetik; Kollegin Lechner-Sonnek hat es auch schon erwähnt. Die bringen ja nur einen Bruchteil jener Summe, mit der die Bevölkerung belastet wird. Und das alles obwohl wir wissen, dass Österreich ein sehr, sehr reiches Land ist. Sie wissen genau so gut wie ich, dass Österreich die geringste Vermögensbesteuerung aller OECD-Länder hat. Das Vermögen der Millionäre in Österreich wächst auch in Krisenzeiten pro Jahr zwischen – man höre und staune – acht und zehn %. Ein besonderes Steuerprivileg – wissen Sie auch, haben wir hier schon sehr oft debattiert – sind die Privatstiftungen. Es ermöglicht nämlich reichen Personen ihr Vermögen so Steuer schonend anzulegen und schafft so große Steuervorteile. Es gibt de

facto in Österreich kein nennenswertes Vermögen, das nicht in einer Stiftung angelegt wäre. Die jetzt von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen belasten nicht die Reichen und die Superreichen, sondern sie belasten die Haushaltseinkommen. Dies führt zu einer Abnahme der für die Wirtschaft so wichtigen Kaufkraft. Das habe ich Ihnen hier an dieser Stelle auch schon hundert Mal gesagt. Wenn die Menschen immer weniger Geld in der Geldtasche haben, dann werden sie immer weniger einkaufen können. Ob sich jetzt irgendein Superreicher den siebenten oder den achten Rolls Royce kauft, das wird uns aus unserer wirtschaftlichen Misssituation nicht herausbringen. Aber solange wir nicht einmal darüber nachdenken, wie man Gewinne und Vermögen höher besteuern kann, weil das böse ist, so lange wird sich eben auch nichts ändern. Diesen Eindruck gewinne ich langsam, dass jedes Mal, wenn man sich hier herstellt und sagt: „Bitte greift doch einmal die Großen an“, alle nicken – mittlerweile die SPÖ auch nur mehr ganz leicht, seit sie in der Reformpartnerschaft ist. Aber es tut keiner etwas dagegen und das haben Sie auch vorher nicht. Herr Landeshauptmann, wenn Sie sich heute hier herstellen und sagen: „Ja, wir haben über unsere Verhältnisse gelebt“ – Entschuldigung! Wer denn? Wer hat über seine Verhältnisse gelebt? Die Pensionistinnen und Pensionisten, die mit der Mindestpension auskommen müssen? Oder die Billa-Verkäuferin oder der Magna-Arbeiter oder sonstige Menschen, die ein normales Einkommen haben? Die haben nicht über ihre Verhältnisse gelebt.

Ich habe schon vorhin erwähnt, die KPÖ hat einen ähnlichen Antrag am Dienstag eingebracht, der „parkt“ jetzt – wenn ich das so salopp sagen darf – einmal in diesem Verwaltungsausschuss. Dort wird er jetzt einmal liegen, bis wir wieder einen Ausschusstag haben, dann wird er in den zuständigen, wahrscheinlich laufend tätigen Verwaltungsunterausschuss weiter „geparkt“. Und irgendwann brauchen wir nicht mehr darüber zu reden, weil dieses Belastungspaket schon längst abgestimmt worden ist, weil das Budget im Bund schon längst beschlossen worden ist. Ich würde mir wünschen, dass Sie den Mut haben und sich hier herstellen getrauen – sowohl jemand von der SPÖ als auch von der ÖVP – und einmal klar sagen, was Sie von diesen Anträgen halten. Wir haben das ja genau begründet und gesagt, was wir davon halten. Ich möchte gerne wissen, was Sie davon halten. Getrauen Sie sich das zumindest zu sagen, dass Sie sich nicht gegen dieses Belastungspaket aussprechen werden. Aber ich nehme einmal an, das wird dann ein bisschen unangenehm mit den ganzen anderen Organisationen, die Ihnen ja sowohl auf der einen als auch auf der anderen Seite doch ein wenig nahe stehen. Wenn ich mir anschau, wer jetzt z.B. alles für die große Demonstration am Samstag in Wien – von der Sozialistischen Jugend angefangen bis hin zum Katholischen Familienverband – angemeldet ist. Also da ist ja quer durch – von links bis rechts – alles vertreten und die sehen auch die Probleme, die treten auch dagegen auf, die sprechen sich dagegen aus. Nur hier im Landtag spricht sich weder die SPÖ noch die ÖVP dagegen aus. Wir sind natürlich für eine Rücknahme dieses Belastungspaketes und auch noch ein Satz in Richtung Grüne: Wir werden dem Entschließungsantrag, der hier noch

folgt, natürlich auch unsere Zustimmung geben. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei KPÖ und Grünen – 14.01 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke, Frau Abgeordnete, für diese Wortmeldung. Es hat sich Herr Klubobmann Kröpfl zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

LTAbg. Kröpfl (14.02 Uhr): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, verehrte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Damen und Herren im Zuhörerraum! Bezeichnend für mich waren jetzt die beiden Wortmeldungen von Frau Lechner-Sonnek und auch von Frau Kollegin Klimt-Weithaler. Ich habe da einmal kurz auf die Uhr gesehen und mich damit beschäftigt, wie lange ihr euch mit Bundesthemen befasst habt. Also Frau Lechner-Sonnek hat bei der Einbringung ich glaube keine zwei Minuten zum Land Bezug herstellen können, sondern es war einfach immer ein Vorwurf an die Bundesregierung, was diese böse Bundesregierung alles *(LTAbg. Lechner-Sonnek: „Sind die Steirer keine Österreicher oder was?“)* für böse Dinge vorhat. Ich sage, den Bezug zur steirischen Landespolitik hast du hier nicht geschafft herzustellen, möchte ich hier festhalten. Aber das ist mir klar geworden bei der Wortmeldung von Frau Kollegin Klimt-Weithaler: Die zwei kleinen Fraktionen und auch die FPÖ können sich mit dieser neuen Situation noch immer nicht abfinden. Nachdem ihr euch im Ausschuss benachteiligt fühlt, das habe ich heute schon einmal gesagt – was ja nicht so ist; aber ihr fühlt euch benachteiligt –, versucht ihr den Weg über die Dringlichen Anfragen zu gehen. Kollege Mayer hat ja gesagt, er kann auch 20 Dringliche Anfragen stellen. Ja, super! Wir werden damit auch umgehen können, mit diesen Dringlichen Anfragen. Nur, die Dringlichen Anfragen sind im Landtag ein wichtiges Instrument und da sollten jene Themen behandelt werden, die im Landtag und in diesem Land wirklich dringend und brennend sind. Verehrte Damen und Herren und gerade du, Kollegin Lechner-Sonnek, hast ja auch festgestellt, dass das Budget noch ein Entwurf ist, das noch gar nicht darüber im Parlament abgestimmt worden ist. *(LTAbg. Lechner-Sonnek: „Ja, was jetzt? Das ist Thema in der Steiermark.“)* Ja, nur ein Thema in der Steiermark – ihr macht das als Grüne zum riesigen Thema. Für Kollege Anschöber in Oberösterreich und seine Kolleginnen und Kollegen ist das anscheinend noch immer kein brennendes Thema. Von denen habe ich nichts gehört, dass die schon einen Antrag im Landtag beschließen müssen, um an die Bundesregierung heranzutreten und von Grauslichkeiten redet, wie du es in deinem Antrag formuliert hast. Das hat mich übrigens sehr irritiert, als ich deinen Antrag gelesen habe – die Wortwahl, die du darin verwendet hast. Also das bin ich an und für sich von der Grünen Fraktion nicht so gewöhnt, möchte ich sagen, wenn da von „ungerecht“ gesprochen wird und „die kommen ungeschoren davon“ und „das ist der Ruin“ und lauter solche Dinge, die da drinnen stehen. Das war ich von der Grünen Fraktion bis jetzt nicht gewöhnt. Du wirfst dem Landeshauptmann vor, dass es keine Reformansätze in

der Steiermark gibt und du wirfst dem Bund vor, dass es keine Reformansätze gibt. Wenn ich euren Antrag durchlese, finde ich auch keine Reformansätze. Ihr wählt einen anderen Zugang zum Sparen. Das ist genau das, was die Kollegin Klimt-Weithaler auch gesagt hat, dass wir jetzt sparen müssen und es ihr vorkommt, als wenn wir jetzt den Sparefroh wieder ausrufen würden und diese Sparwoche einführen. Ihr habt eben einen anderen Zugang zum Sparen, als es momentan die Bundesregierung hat oder die Vorschläge, die derzeit vorliegen. Aber, und das hat Herr Landeshauptmann in seiner Beantwortung auch gesagt, so, dass die sogenannten Reichen „ungeschoren davonkommen“, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist das auch nicht in diesem Land. Eines kann auch sicher von diesem Rednerpult aus von mir behauptet werden, das ist nämlich der Umstand, dass wir uns sehr genau anschauen werden, wo gespart wird und dass dieses Sparen sozial gerecht funktionieren kann und funktionieren muss. Dafür steht die Sozialdemokratie in diesem Land und dafür werden wir weiter stehen.

Zur Kollegin Klimt-Weithaler noch ein Letztes und auch zu dir, liebe Ingrid: Ich habe heute in der Früh von Mitarbeit gesprochen und ich stelle mir diese Zusammenarbeit vor allem in den Unterausschüssen vor und wir uns in den Unterausschüssen den Themen widmen und in den Unterausschüssen diese Themen diskutieren werden. Das ist, glaube ich, auch Aufgabe des Parlamentes, dass wir hier Lösungskonzepte erarbeiten; jene, die von der Regierung kommen, dort diskutieren und dann schauen, dass wir zu einem gemeinsamen, guten Ergebnis für die Steiermark kommen. Dazu lade ich euch recht, recht herzlich ein. *(Beifall bei der SPÖ – 14.06 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Danke, Herr Klubobmann. Es liegt mir eine weitere Wortmeldung vor. Es hat sich zu Wort gemeldet Klubobmann Mag. Drexler, ich erteile es ihm.

LTabg. Mag. Drexler (14.07 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landeshauptmann, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich stimme zuerst Walter Kröpfl in seiner Analyse zu, was heute vorgetragen wird. Selbstverständlich ist es so, dass vier Dringliche Anfragen im Verhältnis zu acht Tagesordnungspunkten den Blick darauf frei machen, wie manche im Haus die politische Arbeit im Haus in der nächsten Zeit anlegen wollen. Aber ich sage gleich dazu, das ist Ihr gutes Recht. Und wenn Kollege Mayer im Rahmen einer Pressekonferenz, wie Walter Kröpfl schon gesagt hat, auch in Aussicht gestellt hat, dass es künftig vielleicht 20 Dringliche Anfragen geben wird, ist auch das Ihr gutes Recht. Machen Sie 21 oder 25 *(LTabg. Mag. Dr. Mayer: „22!“)* Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, damit ist auch ziemlich geklärt, worum es geht. Auf der einen Seite finde ich, im Unterschied zu Frau Kollegin Lechner-Sonnek, dass die Antwort von Landeshauptmann Mag. Voves auf die Dringliche Anfrage verantwortungsvoll war und nicht eine Scheinantwort, wie Sie das dargelegt haben. Es ist trefflich der

Gegensatz zwischen landespolitischer Verantwortung auf der einen Seite und tagespolitisch motivierter Erregungskultur auf der anderen Seite herausgearbeitet worden. Hätte es eines Beweises bedurft, meine Damen und Herren, dann ist der Beweis dadurch erbracht worden, dass fast sehnsuchtsvoll von Klimt-Weithaler und Lechner-Sonnek auf Demonstrationen hingewiesen worden ist. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage Ihnen eines: Ich bin froh in Österreich zu leben, nicht in der französischen Republik, wo die Demonstration offensichtlich den politischen Dialog ersetzt, wo 17-Jährige auf die Straße gehen, um dagegen zu protestieren, dass das Pensionsalter auf 62 Jahre erhöht wird. Meine Damen und Herren, wenn das die politische Kultur ist, die Sie für die Steiermark und Österreich herbeisehnen, dann gute Nacht, liebe Beharrungsopposition. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Meine Damen und Herren, genau das ist nämlich in Wahrheit ein Qualitätsmerkmal Österreichs, auch des österreichischen Föderalismus, weil er schon wieder zwischen den Zeilen angegriffen worden ist, dass wir den Dialog gewöhnt sind, dass hier verhandelt wird, dass hier um Kompromisse und Lösungen gerungen wird und das ist auch das Markenzeichen der künftigen Zusammenarbeit von SPÖ und ÖVP in diesem Land, meine sehr geehrten Damen und Herren. Manche mögen hier die Demonstrationen sehnsüchtig herbeisehnen. Wir wollen vernünftige und solide politische Lösungen in diesem Land, meine Damen und Herren. Tatsächlich ist es so, dass das drängendste Problem für die nächsten Jahre in diesem Land es sein wird, unser Budget, unseren Landeshaushalt in Ordnung zu bringen. Landeshauptmann Voves hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass wir über unsere Verhältnisse gelebt haben. Jetzt braucht es schon ein besonders absichtsvolles Missinterpretieren, wenn Kollegin Klimt-Weithaler diese rhetorische Frage stellt, ja wer denn da jetzt über die Verhältnisse gelebt hat. Ja, liebe Frau Kollegin, Sie werden das sehr gut verstanden haben, was gemeint war: Die öffentlichen Haushalte, das Land, der Bund – das sind jene, die über die Verhältnisse gelebt haben. Das trifft auch ganz besonders hier für die Steiermark zu. Das haben wir erkannt, am Beginn dieser Zusammenarbeit. Wir wissen, dass das manche auch lieb gewordene Traditionen treffen wird, auch manche Bereiche, die der einen oder der anderen oder der dritten oder der vierten Fraktion besonders am Herzen liegen. Wir haben über die Verhältnisse gelebt, dem ist nichts hinzuzufügen. Deswegen ist es so notwendig, dass wir ein möglichst rationales Verhältnis zu diesen Fragen schaffen. Da geht es nicht um das „Herumwachln“, wer weiß jetzt, ob noch jemand noch böser war im Bund oder sonst irgendwie. Es geht darum sachgerechte Lösungen zu erarbeiten. Es geht darum einen Weg zu finden, der, immer die soziale Gerechtigkeit im Auge habend, dennoch dafür sorgt, dass wir wieder zirka gleich viel ausgeben wie wir einnehmen. Das ist ja an sich ein ziemlich einfacher Sachverhalt, den wir hier anstreben. Das ist das Ziel der Zusammenarbeit auf Landesebene. Ich habe durchaus, sagen wir: Verständnis dafür, dass es da hier Störfeuer geben soll und dass man versucht und sich daran freut, möglicherweise Sand ins Getriebe der Zusammenarbeit zu bringen. Das wird Ihnen aber so einfach wie mit diesen Dringlichen Anfragen nicht gelingen, liebe

Kolleginnen und Kollegen, ja. Das ist zu durchsichtig. Es ist zu durchsichtig, wenn man jetzt hier hergeht und sagt: „Ja, jetzt wollen wir aber den Lackmustest machen. Ja halten denn die beiden jetzt zusammen, wenn wir da wohl formulierte Anträge gegen den Bund machen? Und könnte da nicht der eine oder der andere zucken oder nervös werden und vielleicht zustimmen“ – oder sonst irgendetwas. So einfach, verehrte Freundinnen und Freunde von der Opposition, werden wir es Ihnen nicht machen. Wir wollen die Verantwortung wahrnehmen, hier für die Steiermark, für das Land, für die Menschen in diesem Land – weil es angesprochen worden ist – ein solides Haushalten wieder einzuführen, das Budget zu konsolidieren und gleichzeitig das Notwendige und vielfach auch das Wünschenswerte in vielen Politikfeldern zu machen. Wenn Sie glauben, dass Sie bei jeder Gelegenheit jetzt dann in den nächsten Monaten und Jahren sofort mit irgendeiner Keule kommen können und versuchen können, irgendjemanden herauszufordern jetzt hier doch ein wenig abzuweichen, dann werden Sie sich täuschen. Denn ich habe in den Verhandlungen über diese Reformpartnerschaft und auch im konkreten Leben der ersten Wochen (*LTAvg. Mag. Dr. Mayer: „Da ist die Reformpartnerschaft.“*) eigentlich den Eindruck, dass alle Beteiligten es sehr ernst mit diesem Unterfangen meinen. Ich würde mir sehr wünschen, wenn wir neben einer federführenden Reformpartnerschaft an der Spitze der Regierung nicht eine Beharrungsopposition, sondern auch eine reformfreudige Opposition in diesem Haus hätten. Es reicht nicht, den Dialog einzufordern und den Dialog im Zusammenhang mit irgendwelchen Geschäftsordnungsbestimmungen einzufordern, sondern es braucht auch die ernsthafte Auseinandersetzung mit politischen Themen. Und wenn Sie schon das bloße Faktum, dass einzelne Anträge in einen Unterausschuss kommen, als Anschlag auf die niemals zu hinterfragende Meinungs- und Deutungshoheit der Grünen und der KPÖ brandmarken, dann möchte ich einfach an Sie appellieren, nehmen wir einmal die Verhandlungen auf. Warten wir einmal die ersten Gespräche ab. Sie sagen, da werden Dinge schubladisiert, bevor die erste Unterausschusssitzung stattgefunden hat. (*LTAvg. Mag. Dr. Mayer: „Es wurde schon schubladisiert.“*) Sie sind da von prophetischer Gabe irgendwie ereilt worden über die letzten Wochen, offensichtlich; antizipieren hier nur das Furchtbarste, anstatt dass Sie sich auf einen konstruktiven, politischen Dialog einlassen. Lassen Sie sich ein darauf. Wir haben uns auch eingelassen, war auch nicht nur einfach, hier diese Zusammenarbeit zu schmieden. Ja, bitte, nehmen Sie doch teil am politischen Reformwerk in diesem Land. Bringen Sie Ihre Ideen ein. Aber bringen Sie nicht (*LTAvg. Lechner-Sonnek: Unverständlicher Zwischenruf*) – liebe Ingrid Lechner-Sonnek, ich meine, es ist ja fast schon nicht dieser ansonsten so im Alleinbesitz der politischen Wahrheit befindlichen Grünen – dann in die Begründung einer Dringlichen Anfrage, wo Sie offensichtlich den Landeshauptmann reizen wollen oder sonst irgendwen, wo Sie sagen, was also alles nicht zu tun ist. Ja, das ist das furchtbare Werk der Bundesregierung. Und dann setzen Sie dem entgegen, was zu tun ist – man lese und staune –, was das Reformwerk der Grünen beinhaltet: „Sitzenbleiben abschaffen“ wird als entscheidender Punkt für die

Konsolidierung des Staatshaushaltes gepriesen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, darüber kann man diskutieren; aber im Kontext der dringenden und drängenden Budgetprobleme erscheint es mir doch als ein etwas verwegener Ansatz. Oder „Abschaffung von Mineralölsteuer – Befreiung für Schiffsverkehr“, meine sehr verehrten Damen und Herren, und das in einem der wenigen, deklarierten Binnenländer auf diesem Kontinent. Und im Übrigen, wenn es so wäre, dass der Donauschiffsverkehr und die Mineralölsteuerbefreiung desselben das große Problem der österreichischen Budgetpolitik wären, dann sage ich Ihnen schon eines: Ich glaube, dass der Schiffsverkehr wahrscheinlich wiederum in einem anderen Zusammenhang, nämlich mit CO₂-Belastung u.dgl. mehr, erheblich attraktiver ist als der LKW-Verkehr. Also wissen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin durchaus dafür, jede Diskussion zu führen. Aber ich bitte Sie einfach, nicht das ernsthafte Ansinnen hier im Lande, hier die Budgets und das Über-die-Verhältnisse-leben vergangener Jahre in Ordnung zu bringen, mit Ihrer politischen Allerweltspropaganda der bundespolitischen Auseinandersetzungen in Vermischung zu bringen. Kurz gesagt, die Mineralölsteuerbefreiung des Schiffsverkehrs, nachdem im Übrigen die Murschiffahrt – wie manche vielleicht nicht wissen werden – um die Jahrhundertwende vom 19. auf das 20. Jahrhundert tatsächlich versucht worden ist, allerdings die beiden Dampfschiffe, die damals in Betrieb genommen worden sind, relativ bald gestrandet oder auf Grund gelaufen sind, mithin dieses ökologische Reformprojekt an der vorletzten Jahrhundertschwelle leider nicht mit Erfolg gekrönt war. Seither stellt dieses Thema in der steirischen Landespolitik kein großes mehr dar. Ich bitte Sie sehr, mit Ihren Kopierapparat-Rank-Xerox-Anfragen und -begründungen aus dem Grünen Nationalratsklub einfach sorgsam hauszuhalten. Das, was für das Landesbudget gilt, möge auch für Ihre politische Agitation in den kommenden Wochen und Monaten gelten, sorgsam haushalten. Dann werden Sie sehen, wenn wir dann in der ersten Jahreshälfte, sprich im ersten Quartal wohl, des kommenden Jahres die Grundzüge der Sanierungspolitik hier im Land Steiermark via Landeshaushalt 2011 und allfällige begleitende Maßnahmen dann breit zu diskutieren haben werden, dann bin ich wirklich auf ihre segensreichen Vorschläge gespannt. Aber bis dorthin würde ich Sie einfach bitten, eine konstruktive Rolle auch einzunehmen versuchen. Ich glaube, das wäre die beste Begründung, warum wir Landtage brauchen, warum föderale Systeme im Endeffekt durchaus die intelligenteren und besser funktionierenden sein können, wenn sich alle am Riemen reißen und hier gemeinsam versuchen, ein nachhaltiges, insbesondere für künftige Generationen vorteilhaftes politisches Wirken zu entfalten. Das sollte das Ziel unserer Bemühungen sein, darum bitte ich Sie.

Wir werden natürlich auch die weiteren Dringlichen Anfragen mit nötiger Ernsthaftigkeit zu diskutieren wissen. Ich bedanke mich für diesen Teil Ihrer demokratischen Beiträge, aber ich würde mir noch konstruktivere auch gelegentlich wünschen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP – 14.19 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Danke, Herr Klubobmann Mag. Drexler. Zu Wort gemeldet hat sich als vorläufig letzter Redner Herr Abgeordneter Lambert Schönleitner. Ich erteile ihm das Wort.

LTAbg. Schönleitner (14.20 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann, werte Mitglieder auf der Regierungsbank, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich wollte eigentlich nur den vergessenen Entschließungsantrag einbringen. Lieber Klubobmann Christopher Drexler, größter Verteidiger aller großen Koalitionen in der nördlichen Hemisphäre, aber es ist schon ziemlich unverschämt. Es ist ziemlich unverschämt sich hier herzustellen und zu sagen, wir würden Demonstrationen herbeisehnen. Es ist nämlich genau umgekehrt. Wir wollen die Verhältnisse, die es jetzt in Frankreich gibt, nicht. Der Schiffsverkehr – da hast du das richtige Stichwort gegeben. (*LTAbg. Mag. Drexler: „Ich habe das Leuchten in euren Augen gesehen, wie ihr von den Demonstrationen gesprochen habt.“*) Ich glaube nämlich, die Gefahr, lieber Christopher Drexler, geht in diese Richtung, dass ihr genau dort hinkommt, wo andere europäische Länder heute schon sind. Apropos Schiffsverkehr: Wir haben den Eindruck, ihr rudert, was die Wahrheit betrifft, sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene ziemlich stark um die Wahrheit herum und sagt der Bevölkerung letztendlich nicht, was Sache ist. Genau mit diesen Dingen, genau mit dieser Haltung, dass man nämlich sagt: „Ja, wir sind jetzt die großen Sparer und wir werden die Budgets sanieren“, aber dass man nicht dazusagt, wen es in Wirklichkeit trifft oder dass das genau dazu führen könnte, dass nämlich soziale Unruhen entstehen und die Bevölkerung nicht mehr „mit im Boot“ ist, wenn es um die Sanierung der Haushalte auf Bundes- und Landesebene geht. Das ist die große Gefahr. Darum haben wir heute genau diese Dringliche Anfrage gestellt. Lieber Christopher Drexler, so in die Richtung, wir wären nicht konstruktiv und würden den Dialog nicht suchen, darf ich in eure Richtung sagen, ihr habt wahrscheinlich mit beobachtet, nur ist es heute hier nie gefallen, darum sage ich es ganz klar, dass zwei Gremien genau gleichlautende bzw. ähnliche Anträge, wo es um Aufforderungen an die Bundesregierung gegangen ist, Sparpakete zurückzunehmen, das anders gesehen haben. Die sind nämlich auf unsere Argumente eingegangen. Es war ein Haus weiter drüben. Der Gemeinderat von Graz hat einstimmig nicht nur mit den Stimmen, sondern es sind sogar Redner von ÖVP und SPÖ hinaus gegangen, haben die Bundesregierung aufgefordert, die Belastungspakete zurückzunehmen. Nur hier herinnen haben SPÖ und ÖVP offenbar nicht den Mut die Bundesregierung aufzufordern. (*LTAbg. Kröpfl: Unverständlicher Zwischenruf*) Nein, Herr Klubobmann Kröpfl, geschätzter Walter Kröpfl, es geht ja um nicht mehr oder weniger, als auf die Bundesregierung den Druck auszuüben, um die Familien nicht stärker zu belasten – das war die Wortmeldung der ÖVP im Grazer Gemeinderat – und die Reichen stärker in die Pflicht zu nehmen. Das ist nicht der Fall. Im Übrigen, nicht nur Graz, auch das Bundesland Vorarlberg, wie wir wissen, hat einstimmig die Bundesregierung aufgefordert die Maßnahmen noch einmal zu überdenken. Nämlich genau aus dem Grund, weil die Gefahr besteht,

dass auch in Österreich, so wie es leider in anderen Ländern schon ist, lieber Christopher Drexler, sozialer Unfriede entsteht. Es steht nicht nur der Schiffsverkehr in den Grünen Maßnahmen. Wir haben nämlich in der Begründung auf Seite 2 dieser Dringlichen sehr gut begründet, wo wir einsparen würden. Wir haben das klipp und klar hingeschrieben. Da steht nicht nur der Schiffsverkehr, das war ein Detail. Da steht z.B.: Reiche besteuern bringt 500 Millionen Euro im Jahr, wo es um die Stiftungen geht. Dann die Wiedereinführung einer reformierten Erbschaftssteuer für Millionenerben; nicht für Häuslbauer, von denen ihr immer redet, sondern für jene, die wirklich Millionenerbe weitergeben. Das bringt eine Milliarde pro Jahr. Wir haben gesagt die Heeresspitäler (*LTA* *Mag. Drexler*: „Was? Eine Milliarde? Hundert Prozent Steuersatz; ich frage mich, wie sich das ausgehen soll.“) – nein, zuhören jetzt, zuhören. Jetzt bitte die Aufmerksamkeit haben und zuhören, weil dann sieht man, wo wir unseren Reformansatz haben: Heeresspitäler schließen, Assistenzeinsatz abschaffen bringt 22 Millionen. Die Mineralölsteuer wurde in dem Bereich schon genannt. Dann haben wir hier: Keine bevorzugte Behandlung von LKW – bringt 30 Millionen im Bereich der KFZ-Steuer. Dann haben wir Abschaffung von Grundsteuerbefreiung für Verkehrsflächen, bringt hundert Millionen. Es geht immer so weiter. Bezirksschulinspektoren und Landesschulräte abschaffen, reformieren – bringt 50 Millionen. Streichung steuerlicher Förderung für die zweite und dritte Pensionssäule – 600 Millionen Euro. Also hier zu behaupten, wir hätten nicht durchgerechnet und nicht vorgeschlagen, wo wir sparen wollen, das ist schlichtweg falsch. Ich könnte jetzt noch ein paar Dinge nennen und, Herr Landeshauptmann, da komme ich nochmals zu Ihnen zurück. Denn es ist mir schon wichtig, so zu tun, als wäre das Landesbudget das eine und das Bundesbudget das andere, das kann ja nicht stimmen. Wenn man sich die Reformpartnerschaft anschaut, wird sehr wohl Bezug genommen auf die Verteilung zwischen Bund und Land. Es wird, auch was Gemeinden und das Land betrifft, nicht gehen, ohne den Finanzausgleich neu zu regeln. Also hat es sehr wohl eine Relevanz, was jetzt auf Bundesebene beschlossen wird. Hier einfach zu sagen: „Wir machen das Landesbudget und das macht der Bund“, das ist gelinde gesagt aus Grüner Sicht ziemlich naiv. Ich weiß nicht, ob Max Lercher jetzt herinnen sitzt oder nicht, ich wollte es nur kurz erwähnen: Auch die SJ wird bei der Demo dabei sein und gegen das Sparpaket demonstrieren. Jetzt ist hier im Landtag wieder keine Rede davon gewesen, ich bedaure das ein wenig. Denn wenn man schon dazu steht, dass diese Maßnahmen zurückgenommen werden sollen, wäre es gut, wenn jene, die draußen laut schreien, hier herinnen auch diesen Standpunkt vertreten würden. (*Beifall bei der KPÖ*) Das ist, glaube ich, schon wichtig. Es geht schon darum, das ist völlig richtig, das Budget zu sanieren, um das Land auf Kurs zu bringen. Aber, lieber Christopher Drexler, wir wissen auch, wer die Budgets der letzten Jahre hier herinnen beschlossen hat. Wer hat sie vorgeschlagen? Wer hat sie beschlossen? Gerade die ÖVP hat immer gesagt: „Na, fürchterlich diese Budgets! Aber wir müssen eben am Ende zustimmen, denn sonst funktioniert ja dieses Land nicht mehr.“ Die Verantwortung für die Budgets und warum wir heute mit

dem Rücken zur Wand stehen, wie schon im Budget des Herrn Landesrat Dr. Buchmann, das für 2009 und 2010 beschlossen wurde, zu lesen war, das ist in der Verantwortung der beiden großen Parteien in diesem Land. Genau aus diesem Grund bringen wir diese Dringlichen Anfragen ein. Bundesbudget und Landesbudget nicht zu trennen und es wird wichtig sein, sozial ausgewogen zu agieren, im Interesse jener zu agieren, die weiterhin Unterstützung brauchen und auch im richtigen Bereich Investitionen zu tätigen, wie im Bereich der erneuerbaren Energien und in anderen Bereichen wie z.B. im Straßenbau, wo es um Milliarden für Autobahnen geht, etwas zurückzuschrauben.

Wir Grüne haben Konzepte, darum haben wir diese Dringliche eingebracht und ich darf jetzt in formeller Hinsicht unseren diesbezüglichen Entschließungsantrag einbringen: Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag Steiermark spricht sich für die Rücknahme des im Budget 2011 vorgesehenen Belastungspaketes insbesondere in den Bereichen Bildung und Wissenschaft, Familie und Pflege aus. Diese Bereiche müssen neu verhandelt werden.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, von der Bundesregierung die Rücknahme des im Budget 2011 vorgesehenen Belastungspaketes in den Bereichen Bildung und Wissenschaft sowie Familie und Pflege einzufordern.

Ich appelliere noch einmal an die Abgeordneten auch von ÖVP und SPÖ: Haben Sie den gleichen Mut wie ihn der Grazer Gemeinderat gehabt hat, Vorarlberg gehabt hat und stimmen Sie unserem Entschließungsantrag zu. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 14.27 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Danke, Herr Kollege Schönleitner. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich komme nun zur Abstimmung über den Entschließungsantrag.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen betreffend Rücknahme des Belastungspaketes der Bundesregierung ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Ablehnung durch die Stimmen der SPÖ und ÖVP fest.

Wir kommen zur Behandlung der

Dringlichen Anfrage der FPÖ vom Freitag, dem 19. November 2010, eingebracht um 15.02 Uhr, an Herrn Landesrat Dr. Christian Buchmann betreffend „Wirtschaftsförderung(en) des Landes Steiermark an den Pharmariesen Roche“.

Ich erteile Herrn LTAbg. Peter Samt das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt.

LTAbg. Samt (14.28 Uhr): Frau Präsidentin, Landesregierungsmitglieder, Hohes Haus, geschätzte Kollegen Landtagsabgeordnete, werte Zuhörer!

Die vorhergehenden Diskussionen, die sich offensichtlich laut den Aussagen der beiden Klubobleute von SPÖ und ÖVP vermeintlich mit Bundesthemen beschäftigt haben, möchte ich jetzt doch wieder auf ein Landesthema herunterbringen. Förderungen sind Landesangelegenheit und daher richtet sich meine Anfrage an Wirtschaftslandesrat Buchmann mit der Bitte um Beantwortung der angeschlossenen Fragen zu diesem Vortrag zum Pharmakonzern Roche am Standort Graz.

Wie Sie alle wissen, ist auf Grund der Medieninformationen für 2013 die Schließung des Standortes Roche in Graz von der Konzernleitung beschlossen. Das beschäftigt natürlich nicht nur die Medienlandschaft, sondern auch die steirische Politik, da Roche ja, wie Sie auch alle bereits durch die Medieninformationen wissen, mit gut dotierten Förderungen ausgestattet wurde; d.h. das Unternehmen wurde massiv gefördert. Faktum ist trotz alledem, das Unternehmen schließt mit 2013 sein Werk. Damit werden rund derzeit 400 Mitarbeiter frei gesetzt, die sich also jetzt schon in der Vorweihnachtszeit seelisch darauf vorbereiten können, dass sie also spätestens 2013 keinen Job mehr haben. Sie können sich vorstellen, dass das natürlich auch für die Mitarbeiter und die Familien dieser Leute Konsequenzen und persönliche Folgen hat. Was uns dabei verwundert, ist die Tatsache, dass eigentlich dieser Konzern tiefschwarze Zahlen schreibt. Für mich ist es schon wichtig, dass Sie wissen, um welches Unternehmen es sich hier handelt und ich tue das nicht in Form einer Kritik, sondern ich stelle hier fest, wie hier sogenannte Globalplayer funktionieren – Großkonzerne, die sich international ausbreiten. So schreibt z.B. die Swiss-Press, Swiss-Info Schweiz, gestern am 22. November unter Berufung auf ein Interview, das im November mit CEO Severin Schwan stattgefunden hat – und ich zitiere: „Trotz Sparprogramm: Der Pharmakonzern Roche hält weiter Ausschau nach Zukäufen. Das Unternehmen sei interessiert Innovationen von außen ins Haus zu bringen, sagt Konzernchef Severin Schwan. Roche beobachtet den Markt genau, um entsprechende Gelegenheiten zu nutzen, kleinere oder mittelgroße Akquisitionen, Kollaborationen und Einlizenzierung von Produktrechten anderer. Schwan bekräftigte gegenüber der Presse die konsonale Dividendenpolitik. 2008 wurde gegenüber den Aktionären kommuniziert, dass über drei Jahre die Ausschüttungsquote erhöht wird und werden muss.“ Damit ist aber völlig klargestellt, meine Damen und Herrn, um was es hier geht. Ein Unternehmen, welches weder in finanztechnischer noch in marktpolitischen Schwierigkeiten ist, maximiert eiskalt, wie das für Wirtschaftsbetriebe in dieser Größenordnung üblich ist, zu Gunsten seiner Aktionäre auf Kosten der Mitarbeiter – weltweit werden 4.800 Mitarbeiter abgebaut, 400 davon in Graz – werden hier Gewinne optimiert. Gehen wir kurz

zurück ins Jahr 2000. Das Wirtschaftsblatt schreibt in Österreich am 11. April 2000: „Der Pharmakonzern Roche kauft vorbehaltlich der kartellrechtlichen Zustimmung die Medizintechniksparte von AVL-List.“ Sie erzeugt zu diesem Zeitpunkt Blutgas- und Elektrolytanalysesysteme sehr erfolgreich und setzt mit 750 Mitarbeitern zum damaligen Zeitpunkt 1,6 Milliarden österreichische Schillinge um. Unmittelbar nach dem Kauf dieses Unternehmens steigt der Umsatz des Konzerns Roche um ein Drittel. Unter diesen Gesichtspunkten, meine Damen und Herren, verwundert mich die Abwanderung trotz der vom Land Steiermark und der Stadt Graz geschaffenen zahlreichen Anreize für den Standort, um den Standort Graz für das Unternehmen besonders attraktiv zu gestalten, nicht wirklich. Die Philosophie, die dahinter steht, heißt – und ich bitte, das nicht als Kritik am Konzern zu verstehen, sondern die nackte Tatsache des Wirtschaftslebens in dieser Welt – schlicht und ergreifend, das Know-how eines Unternehmens wird abgesaugt, die maximalen Förderungsmittel des jeweiligen Standortes und des Landes, in dem man sich dann befindet, werden abkassiert, Gewinne, Umsätze und Dividenden zu Gunsten der Aktionäre werden maximiert und schlussendlich wird der Standort geschlossen. Ja, meine Damen und Herren, das kennt man unter einem anderem Ausdruck auch noch: Das ist also das, was man Heuschrecken-Mentalität nennt und ich glaube und bin überzeugt davon, dass ich mit meiner Meinung hier nicht alleine stehe, dass unsere Aufgabe ist, wie es in der Zukunft mit diesen globalen Geschäftsmentalitäten sein wird, die wir ja nicht verhindern können, weil sie ja auch österreichische Unternehmen unter Umständen betreffen. Aber wir sollten doch zumindest bei der Fördervergabe des Landes Steiermark hier einen Riegel vorzuschieben versuchen, der verhindert, dass mit Fördergeldern der steirischen und österreichischen Steuerzahler derartig umgegangen wird.

Es besteht natürlich eine gewisse Verwunderung darüber, dass der damals zuständige Landesrat wohl keinerlei vertragliche Verpflichtungen für den Konzern als Grundlage für die Auszahlung der Förderungsmittel verlangt hat. Aber das ist, so haben wir das gehört, angeblich gelebte und geübte Praxis im alltäglichen Wirtschaftsverkehr. Unser zuständiger Landesrat Dr. Buchmann hat jetzt medial angekündigt, dass er überprüft, ob die vom Land erteilten Förderungen in der bisher bekannten Höhe – sage ich jetzt einmal: 1,4 Millionen Euro – zurückgezahlt werden müssen. Dies verwundert mich persönlich auch sehr stark deswegen, weil die Förderverträge des Landes Steiermark sehr übersichtlich sind. Meine Damen und Herren, es gibt im Wesentlichen zwei Arten von Förderverträgen: Die einen, die rückgezahlt werden müssen; andere, die nicht rückbezahlt werden müssen, weil sie eben Infrastruktur- oder notwendige Maßnahmen darstellen. Merkwürdigerweise wissen wir bis jetzt weder von den Aussagen des Herrn Landesrates noch vom Geschäftsführer des Konzerns in Österreich, was tatsächlich in diesem Förderungsvertrag drinnen steht und deswegen sind wir auch auf die Antwort sehr gespannt. Es drängt sich aber trotzdem jetzt schon der Verdacht auf, nachdem es schon sehr lange dauert, dass seitens des damaligen Wirtschaftslandesrates oder des Wirtschaftslandesrates und der

damaligen Fördermöglichkeiten Förderungen vergeben wurden, die ohne vertragliche Vereinbarungen des Fördernehmers abgelaufen sind. Zudem besteht nicht nur, stelle ich jetzt fest, die Vermutung, dass auch von der Stadt hier erhebliche finanzielle Maßnahmen getätigt worden sind, um den Standort zu erhalten. Unseres Wissens wurde jedenfalls das Grundstück im Gesamtausmaß von 30.000 m², da haben wir – 35.000 m², Verzeihung – 20.000 m², wo das Werk an sich steht und offensichtlich eine Vorbehaltsfläche in der Größenordnung von 15.000 m² für Mitarbeiterparkplätze. Diese wurden von der Stadt Graz zur Verfügung gestellt. Wenn man also den Grundstückspreis für Industriegrundstücke einmal mit einem Mittel von ca. 200 Euro/m² heranzieht, ist das eine Förderungsmaßnahme, die sieben Millionen Euro bedeutet. Nicht eingerechnet sind hier noch eventuelle weitere Förderungsmaßnahmen wie für viele Gemeinden üblich -Wirtschaftsförderungen in Form von Nachlass bei Kommunalsteuerabgaben, Infrastruktur- oder Anschließungskosten –, die im Gewährungsfall zumindest für die ersten Jahre auch eine sechsstellige Förderungssumme ergeben. Im Gegenzug dafür hört man aber – auch wieder medial –, dass der Konzern von der landeseigenen Krankenanstalten GesmbH. in der Zwischenzeit 75,7 Millionen Euro an Aufträgen erhalten hat. Das ist, sage ich jetzt einmal, eine noble Geste und ich bin auf die angekündigte Evaluierung vom Herrn Landesrat sehr gespannt, wie diese Aufträge zustande gekommen sind und ob dabei auch – und das ist ja legitim in dieser Größenordnung – die vergaberechtlichen Vorgaben des Bundesvergabegesetzes in welcher Form auch immer eingehalten wurden.

Wir jedenfalls von der FPÖ in der Steiermark haben andere Vorstellungen von einer zielgerechten und wirkungsorientierten Förderung. Es macht nicht wirklich Sinn, im Nachhinein prüfen zu müssen, ob wir jetzt Millionenförderungen wegen Abwanderung des Betriebes wieder zurückbekommen können oder auch nicht. Faktum ist, dass nach dem Abgang der Firma Roche Industriebauten mit firmenspezifischen Gebäuden auf ca. 20.000 m² dastehen werden und jeder, der davon ein bisschen Ahnung hat, weiß, dass eine Nachnutzung von so einem Areal und von solchen Gebäuden sehr schwer ist und wahrscheinlich wieder weitere Förderungsmaßnahmen und weitere Kosten verursachen wird.

Ich komme jetzt zum Schluss meiner Ausführungen. Offensichtlich werden ausländische Konzerne und Großkonzerne gegenüber österreichischen KMUs – Klein- und Mittelbetriebe, welche bei weitem nicht so großzügige Förderungen erhalten – bevorzugt. Wir brauchen in der Steiermark unser Fördergeld und unsere Gelder für unsere Klein- und Mittelbetriebe. In Zukunft müssen Förderverträge mit globalen Playern und Großkonzernen anders aussehen als die bisherigen.

Daher, Herr Landesrat, beantworten Sie uns bitte folgende Fragen:

Wie hoch waren die Mittel der Wirtschaftsförderung für Roche seit der Betriebsansiedlung?

Nach welchen Kriterien werden derlei Ansiedlungsprojekte bewertet und vergeben?

Welche Wirtschaftsbetriebe wurden in den vergangenen fünf Jahren ebenso gefördert?

Kam es in den vergangenen fünf Jahren zu einer Rückforderung der Förderung; wenn ja, in welcher Höhe und bei welchen Projekten?

Wurde die Wirtschaftsförderungspraxis des Landes schon einmal evaluiert und wenn ja, zu welchen Ergebnissen ist man dabei gekommen?

Herr Landesrat, wie hoch bewerten Sie den unmittelbaren, wirtschaftlichen Nutzen der Förderung des Roche-Standortes?

Wie viele Arbeitsplätze wurden dadurch geschaffen?

Wie hoch ist die Umweltrentabilität dieser Förderung?

Sind in den Gesamtfördermitteln, die über das Land Steiermark geflossen sind, EU- Fördermittel enthalten?

Ist Ihnen darüber hinaus bekannt, ob es von der EU weitere Fördermittel gegeben hat?

Und als eine der wichtigsten Themen: Sehen Sie überhaupt noch eine Möglichkeit die Konzernleitung nochmals zu einem Umdenken dieser Maßnahme zu bewegen?

Und schlussendlich, sollte das nicht der Fall sein, gibt es geplante Maßnahmen um die betroffenen Familien mittels eines Sozialhilfeplanes über diese kommende, spätestens 2013 stattfindenden schwierigen Zeiten abzusichern?

Ich bitte um Beantwortung. Dankeschön. *(Beifall bei der FPÖ – 14.41 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Danke für die Begründung der Anfrage. Ich erteile Herrn Landesrat Dr. Christian Buchmann das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage.

Landesrat Dr. Buchmann (14.41 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Regierung und des Landtages Steiermark, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bedanke mich ausdrücklich für diese Anfrage vom Abgeordneten Samt, weil er mir damit die Möglichkeit gibt, vielleicht auch die Mandatare der Freiheitlichen Partei mit ins Boot zu holen. Sie waren ja in der abgelaufenen XV. Gesetzgebungsperiode nicht Mitglied der Landesregierung und nicht Mitglied des Landtages. Sie haben daher möglicherweise noch nicht nachvollzogen, dass der Landtag Steiermark in der XV. Gesetzgebungsperiode nach einer sehr grundsätzlichen Diskussion – und wie ich meine gut aufbereitet vom Wirtschaftsressort des Landes, der Steirischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft, nach vielen Gesprächen mit den Anspruchspartnern sowohl aus der Wirtschaft als auch aus der Arbeitnehmerschaft, nach Gesprächsrunden auch mit den Sozialpartnern – eine Wirtschaftsstrategie verabschiedet hat: Und zwar sowohl in Regierung als auch im Landtag, wo wir uns der Innovation im besonderen Ausmaß verschrieben haben, wo wir besondere Instrumente der Arbeit definiert haben, wie beispielsweise das Arbeiten in Clustern und in Netzwerken, und wo wir – ausgehend von der Zielsetzung, dass wir nämlich die Steiermark zur Meisterin der am Markt

umgesetzten Innovationen machen wollen – immer auch den Fokus gehabt haben, dass wir bei allen Förderungsmaßnahmen, die wir setzen, auf der einen Seite Beschäftigung im Land sichern wollen und auf der anderen Seite, wenn irgendwie möglich, neue Beschäftigung ins Land bringen wollen; dabei unabhängig davon, ob es sich um kleine Unternehmungen, mittlere Unternehmungen oder große Unternehmungen handelt. So hat es selbstverständlich in der steirischen Wirtschaftsförderung Programme für die kleinsten Unternehmer gegeben, die sogenannten Ein-Personen-Unternehmungen, wo wir uns gewünscht haben, dass wir einen Teil – und das haben Sie auch zum Ausdruck gebracht – dieser Unternehmungen auch zu Dienstgeberbetrieben machen können; da sind ja auch Beschäftigungseffekte drinnen; darüber hinaus die anderen, die sagen: „Nein, wir wollen alleine bleiben aus besonderen Gründen“, besonders ermutigen und stärken. Auch hier hat die Wirtschaftsförderung selbstverständlich ihre Instrumente und Förderprogramme entwickelt wie auch für die mittelständische Wirtschaft und die sogenannten Großbetriebe im Lande. Es ist mir einleitend auch noch wichtig darauf hinzuweisen, dass wir das Arbeiten in Clustern und in Netzwerken – Sie kennen mein Credo, zumindest was die wirtschaftswissenschaftliche Literatur betrifft – nicht erfunden haben, in der Steiermark seit rund eineinhalb Jahrzehnten – und der Automobilcluster war das Gründungsbeispiel dafür – in herausragender Weise gelebt haben. Ich war immer davon überzeugt, dass wir dieses Arbeiten in Netzwerken – und wo Leitunternehmungen da auch in Clustern – intensivieren sollten und deswegen ist ja auch vor einigen Jahren dann, im Jahr 2004, der Humantechnologie-Cluster entstanden. Ich möchte schon darauf hinweisen, dass sich diese Clusterorganisation sehr, sehr dynamisch entwickelt hat, dass wir aktuell 78 Mitgliedsunternehmen mit rund 10.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, d.h. der Beschäftigtenstand sich in diesem Sektor seit Clustergründung mehr als verdoppelt hat und ich vor wenigen Tagen auf der größten Humantechnologiemesse der Welt, auf der Medica in Düsseldorf, mit vielen Unternehmensvertretern und auch vielen Vertretern aus der Wissenschaft Gespräche führen konnte, die sehr wohl sehen und anerkennen, dass die Steiermark hier großes Potential und große Wachstumssprünge gemacht hat.

Es ist schmerzlich, dass Roche eine solche Entscheidung jetzt angekündigt hat, zumal der Humantechnologie-Cluster in den letzten Jahren sich ganz besonders auf drei Schwerpunktkorridore geeinigt hat. Auf der einen Seite auf pharmazeutische Verfahrensprozess- und –produktionstechnologie, auf der anderen Seite biomedizinische Sensortechnologie und Biomechanik und drittens auf die Arbeit im Bereich der Biobank und der Biomarker-Technologie, ein Themenfeld, das uns der Forschungsrat Steiermark auch sehr ans Herz legt, in dem alle Experten der Meinung sind, dass wir hier in diesem Bereich nicht nur von der wissenschaftlichen Seite, sondern auch von der angewandten Forschung bis hin zur Überführung in konkrete Produkte und Dienstleistungen große Marktpotentiale haben. Das zeigen uns auch Betriebsansiedlungen, die in den letzten Monaten stattgefunden haben. Ich verweise in diesem Zusammenhang beispielsweise auf die Firma B. Braun-

Melsungen, eine der großen Pharma- und Humantechnologie-Unternehmungen Europas und darüber hinaus. Wenn hier dem Headquarter Consult der steirischen Wirtschaftsförderung eine Betriebsansiedelung der besonderen Art gelungen ist, die zwar als Entwicklungsbüro startet aber in der Folge, glaube ich, viel Musik bietet, so zeigt das, dass wir durchaus auf der Agenda sind. Wenn mir heute ein deutsches Unternehmen aus dem Großraum München entsprechendes Interesse an einer Betriebsansiedelung in der Steiermark formuliert hat, dann zeigt das, dass wir zumindest auffällig geworden sind, und diese Anstrengungen die Humantechnologie betreffend auch weit über die Landesgrenzen hinaus gesehen werden. Es ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Zeitpunkt aktuell sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Ich glaube, es ist aber nicht der richtige Zeitpunkt, das möchte ich gerade auch in Richtung der Mandatäre der Freiheitlichen Partei sagen, politisches Kleingeld zu münzen. Ich habe mir Ihr Flugblatt besorgt, das Sie vergangene Woche vor den Werktoeren der Firma Roche-Diagnostiks in Graz zur Verteilung gebracht haben. Auf diesem Flugblatt lese ich, ich zitiere: „Die FPÖ steht wie in Hartberg (Triumph-Werk) und Köflach (Lear-Werk) an der Seite der Arbeitnehmer.“ Ich meine, abgesehen davon, dass Triumph sich anders schreibt als auf Ihrem Flugblatt angekündigt, weise ich schon darauf hin, dass bei Triumph – so schmerzlich die Entwicklung dort war – das Wirtschaftsressort eine Nachfolgelösung gefunden hat und mit dem Unternehmen Ulreich 170 Arbeitsplätze mittelfristig am Standort Hartberg geschaffen werden und damit eine Nachfolgelösung da ist und bei Lear, Kollege Schrittwieser ist nicht anwesend, die entsprechenden Sozialpläne gemeinsam mit dem Sozialressort erarbeitet worden sind. Der Beitrag der Freiheitlichen Partei ist mir in dieser Frage bis dato verborgen geblieben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Damit komme ich zur Beantwortung der Fragen.

Zu Frage 1: Für die Investitionen im Zuge der Betriebsansiedelung bzw. für darauf folgende Investitionen in die Produktionsumgebung wurden auf Basis der Richtlinie für die steirische Wirtschaftsförderung – ich betone – keine Förderungen gewährt. Dies deshalb, weil Investitionsförderungen für Großunternehmer außerhalb des Regionalförderungsgebietes wettbewerbsrechtlich generell nicht zulässig sind. Gemeinsam mit der Forschungsförderungsgesellschaft des Bundes (FFG) wurde Roche seit der Betriebsansiedelung bei zehn F&E-Projekten unterstützt, außerdem bei vier Beratungsprojekten und zwei Qualifizierungsprojekten. Insgesamt wurden für diese geförderten Projekte bis dato Landesmittel in der Höhe von 1,384.251 Euro beschlossen und davon 1,328.686 Euro ausbezahlt. Für die F&E-Projekte und die Qualifizierungsprojekte wurden teilweise auch EU-Mittel vergeben, wobei die EU-Mittel für die F&E-Projekte über die Forschungsförderungsgesellschaft des Bundes als verantwortliche Förderungsstelle abgewickelt und ausbezahlt wurden. Mit allen Förderungen verbunden ist eine Rückforderungsmöglichkeit, sofern das Unternehmen vor Ablauf einer Dreijahresfrist geschlossen oder ein Konkursverfahren eröffnet wird. Anhand der Auszahlungsdaten

kann festgestellt werden, dass derzeit diese Dreijahresfristen noch nicht bei allen Projekten abgelaufen sind. Bei einer Schließung des Werkes im Jahr 2013, wie von der Unternehmens- und Konzernleitung angekündigt, wäre eine Rückforderung allerdings nur mehr bei den ab 2009 geförderten Projekten möglich, für welche teilweise noch keine Endabrechnung erfolgt ist. Diese Förderungen betreffend habe ich jedenfalls alle aktuellen Förderungsfälle gestoppt und für bereits ausbezahlte Förderungen eine Prüfung der Rückforderung in Auftrag gegeben.

Zur Frage 1.1: Grundlage meiner Wirtschaftspolitik ist, wie gesagt, die im Jahr 2006 einstimmig vom Landtag beschlossene Wirtschaftsstrategie. Alle Förderungsprogramme und damit sämtliche Förderungen bauen darauf auf. Bei Förderungen für Betriebe mit mehr als 70 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und einer Förderungssumme von mehr als 100.000 Euro ist entsprechend dem Steiermärkischen Wirtschaftsförderungsgesetz der Wirtschaftsförderungsbeirat zu befassen. Wenn ich richtig informiert bin, ist Herr Abgeordneter Samt ja seitens seiner Fraktion in diesem Wirtschaftsförderungsbeirat nominiert, er wird also bereits bei der nächsten Sitzung dabei sein und sich informieren können, wie hier die Förderungsfälle im Rahmen dieser Spielregel abgehandelt werden. Wie Sie wissen, sind eben alle Fraktionen des Landtages in diesem Wirtschaftsförderungsbeirat vertreten. Förderungen bei Ansiedlungsprojekten können auf Basis des vom SFG-Gesellschafterausschusses, also vom Gesellschafterausschuss der Steirischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft, beschlossenen Förderungsprogrammes – jedes Förderungsprogramm hat einen eigenen Namen, wie Sie möglicherweise wissen, dieser nennt sich Groß!Tat vergeben werden, wobei für Ansiedlungsinvestitionen in der Regel Gesamtförderungspakete gemeinsam mit den Bundesförderungsstellen und unter Einbeziehung von EU-Mitteln geschnürt werden. Wettbewerbstechnisch erfolgt eine Förderung von Investitionen im Zuge von Ansiedelungen auf Basis der Regionalförderungsbestimmungen der europäischen Kommission bzw. in Ausnahmefällen auf Basis der KMU-Förderungsbestimmungen, so ferne es sich bei dem anzusiedelnden Unternehmen um KMU handelt und sich der Projektstandort außerhalb des Regionalförderungsgebietes befindet. Das klingt etwas technischer, als es in der Umsetzung ist, ist aber notwendig, um hier nicht zu einem Vertragsverletzungsverfahren mit der Europäischen Kommission zu kommen. Eingangsvoraussetzung für eine Ansiedlungsförderung ist jedenfalls der Innovationsgehalt – also entweder ein neues Produkt, ein neues Verfahren oder eine neue Dienstleistung. Für die Festlegung der tatsächlichen Förderungsintensität erfolgt auf Basis eines Bewertungsschemas die Bewertung der Unternehmensvergangenheit, also die Historie des Unternehmens bzw. des Gesellschafterumfeldes des neu anzusiedelnden Unternehmens, des Innovationsgehaltes der Investitionen, die Zukunftsaussichten, die Beschäftigungseffekte sowie die regionalen Aspekte. Mit einer Investitionsförderung jedenfalls verbunden sind, das wurde angesprochen, Beschäftigungsaufgaben für einen Zeitraum von drei Jahren nach Projektabschluss. Eine

Behaltefrist für die geförderten Investitionsgüter für einen Zeitraum von fünf Jahren nach Projektabschluss sowie die Vorlage einer Bankgarantie zur Absicherung etwaiger Rückforderungsansprüche für vergebene Landesmittel. Also Sie können uns schon glauben, dass wir handwerklich durchaus im Stande sind, Förderungen so abzuwickeln, dass der Steuerzahler gerecht behandelt wird und hier die Unternehmungen wissen, dass

- a) sie die Beschäftigungsaufgaben haben bzw.
- b) wenn es sich um lange anhaltende Wirtschaftsgüter handelt, auch diese Betriebsanlagen entsprechend über fünf Jahre abzusichern sind,
- c) und dass wir uns das Ganze durch eine Bankgarantie unterlegen lassen.

Zur Frage 2: Über die SFG-Förderungsprogramme werden pro Jahr rund 2.000 Projekte gefördert. Alle Förderungen sind – und darauf bin ich besonders stolz – tagesaktuell – ich kenne kein anderes Ressort in einem österreichischen Bundesland, wo das der Fall ist – tagesaktuell im Internet abrufbar unter www.sfg.at/Einblick abrufbar. Über 50.000 Zugriffe in den vergangenen Wochen und Monaten geben uns recht und zeugen von der Transparenz der Vergabe der Wirtschaftsförderungsmittel. Darüber hinaus darf ich darauf hinweisen, dass der Landtag Steiermark am 6.7.2010 den Wirtschaftsbericht zustimmend zur Kenntnis genommen hat.

Zur Frage 2.3: Eigenartig nummeriert, aber es ist so, auf die Frage 2 folgt die Frage 2.3. Offenkundig wurden hier Fragebestandteile weggelassen, ich kann also daher nur auf die Frage 2.3 eingehen.

Aufgrund von vorzeitigen Schließungen bzw. Absiedlungen oder Konkursen erfolgten bis dato bei fünf Projekten Teilrückforderungen mit Rückzahlungsbeträgen in der Höhe von rund 1,5 Millionen Euro. Es handelt sich dabei um die Firmen FSG-GmbH, SBS GmbH, iglass-GmbH, EuroBioFuels AG sowie die Firma Energy Cabin GmbH. Zur Frage 3.: Die Evaluierung von Interventionen der Wirtschaftsförderung ist in der Wirtschaftsstrategie des Landes geregelt. Dies umfasst sowohl die exakte Bewertung einzelner Programme und Interventionen, als auch die begleitende Evaluierung in der Umsetzung und die ex-post-Evaluierung. Darüber hinaus obliegt dem Wirtschaftsförderungsbeirat die Begutachtung der nach dem Steiermärkischen Wirtschaftsförderungsgesetz zu beschließenden Förderungsprogramme. Außerdem habe ich bereits unter der Frage 1.1 angeführt, dass der SFG-Gesellschafterausschuss, welcher gemäß § 10 Steiermärkisches Wirtschaftsförderungsgesetz von allen in der Landesregierung vertretenen Parteien beschickt wird, sämtliche Förderungsprogramme begutachtet und beschließt. – An dieser Stelle möchte ich anmerken, dass die FPÖ in der SFG-Gesellschafterausschussversammlung auch in den Jahren 2005 bis 2010, obwohl nicht in der Regierung und nicht im Landtag vertreten, durch einen Experten vertreten war. – Das war mir wichtig, weil ich diesen Experten besonders schätze. Es war oder ist der ehemalige Bundesminister Dr. Helmut Krünes und er hat eine wesentliche Arbeit und wesentliche Beiträge in diesem Gesellschafterausschuss geleistet. Des Weiteren erfolgt, basierend auf Evaluierungsstandards der Europäischen Union, zu allen

drei ob genannten Zeitpunkten eine Evaluierung der steirischen EU-Regionalförderungsprogramme. Diese Evaluierungen unterliegen der Anerkennung durch die Europäische Union.

Zur Frage 4: Mit der Ansiedlung von Roche konnte ursprünglich ein bei AVL entwickeltes Basis-Know-how in der Steiermark gehalten und wirtschaftlich verwertet werden. Mit der Ansiedlung von Roche wurde ein starker Impuls zur Weiterentwicklung des Stärkefeldes der Humantechnologie am Standort Steiermark geleistet. Durch das Vorhandensein eines internationalen Leitbetriebes am Standort Steiermark konnte das nationale und internationale Image in der Steiermark im Humantechnologiesektor gestärkt werden. Ich habe eingangs darauf hingewiesen. Roche hat als Gründungsgesellschafter des Clusters aktiv bei der strategischen Positionierung des Clusters im internationalen Wettbewerbsumfeld mitgewirkt und ich füge hinzu, wenn es nach dem CEO von Roche geht, Herrn Dr. Schwan, soll das auch in Zukunft so bleiben. Ebenso hat sich Roche stark bei der Entwicklung eines Lieferantenqualifizierungsprogrammes für steirische Unternehmen im Humantechnologiesektor eingebracht.

Zur Frage 4.1: Im Jahr 2003 hat Roche rund 150 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von der Firma AVL übernommen. Derzeit sind rund 430 hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Roche in Graz beschäftigt.

Zur Frage 4.2: Neueste Berechnungen des Industriewissenschaftlichen Institutes zeigen, dass eine Million Euro an zusätzlicher F&E-Förderung für Leitbetriebe in der gesamten Volkswirtschaft ca. 14 Millionen Euro an zusätzlicher Produktion, neun Millionen Euro an Wertschöpfung und ca. drei Millionen Euro an Steuer- und Abgabenleistung auslöst. Das Kommunalsteueraufkommen der Firma Roche am Standort Graz betrug in den letzten fünf Jahren rund 2,5 Millionen Euro. Die vom Abgeordneten samt genannten Zahlen an Infrastrukturförderung, die er hochgerechnet hat, kann ich im Übrigen nicht nachvollziehen. Mir wurden von der Stadt Graz andere Beträge genannt. Bitte das aber mit der anderen Gebietskörperschaft zu besprechen, da ich über Wirtschaftsförderungen der Stadt Graz nicht Auskunft gebe. Darüber hinaus wurden zahlreiche steirische Unternehmen sowohl im Produktions- als auch im Dienstleistungsbereich in die Wertschöpfungskette – und das ist besonders wichtig, weil es hier um Arbeitsplätze in der Zulieferindustrie geht – von Roche eingebunden. Beispiele – und ich wurde von einigen auch auf der Medica in Düsseldorf angesprochen – sind die Firmen M&R AutomationsAG, Peyer AG, Stadler GmbH sowie die Firma Metz GmbH.

Zur Frage 5: In den ausbezahlten Förderungsmitteln für Roche sind auch EU-Förderungsmittel in Höhe von 129.500 Euro enthalten, die jedoch nicht über die SFG, sondern über die Forschungsförderungsgesellschaft FFG des Bundes abgewickelt wurden.

Zur Frage 5.1: Nach den Recherchen der SFG hat das Unternehmen Roche bis dato keine direkten EU-Förderungen erhalten.

Zur Frage 6: Selbstverständlich gilt es, wenn es um ein kleines Unternehmen, aber umso mehr, wenn es um ein großes mit so vielen Mitarbeitern geht, alle Möglichkeiten auszuloten. Ich habe mich daher unmittelbar nach Bekanntwerden der Absichten des Konzerns versucht, mit der Leitung kurzzuschließen und habe ich vergangenen Freitag ein über 30-minütiges Gespräch mit dem CEO, also dem Generaldirektor von Roche International, Dr. Severin Schwan, geführt. Dieser hat in diesem Telefonat zum Ausdruck gebracht, dass der Wirtschaftsstandort Steiermark – und ich habe das auch als zynisch empfunden, wie er es formuliert hat und ihm das auch am Telefon so gesagt – ein guter ist, dass die Hochschullandschaft eine ausgezeichnete ist und dass die Mitarbeiter top sind, der Konzern aber auf Grund seines Programms, Operation Excellence genannt, nicht nur in Europa, aber insbesondere auch in Europa und in Amerika Teilbetriebe des Konzerns schließen muss und Mitarbeiter abbauen muss; dass das Unternehmen Roche aber an einer guten Übergangslösung interessiert sei. Dr. Schwan hat daher angeboten, sowohl was ganz speziell die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen als auch die Zulieferbetriebe, die Kooperation mit den Universitäten und die Partnerschaft mit dem Humantechnologiecluster betrifft, in weitere Gespräche eintreten zu wollen. Schwan hat jedoch deutlich gemacht – und das ist das Bittere –, dass an der strategischen Entscheidung den Standort zu schließen kein Weg vorbeiführt. Ich habe daraufhin Dr. Schwan mitgeteilt, dass seitens des Wirtschaftsressorts alle Förderungsfälle der Unternehmensgruppe Roche überprüft werden, aktuelle Förderungsfälle gestoppt werden und für bereits ausbezahlte Förderungen eine Rückforderung überprüft wird. Darüber hinaus ist das Land Steiermark jetzt 100%-Eigentümer der Krankenanstaltengesellschaft KAGES und mit 21 Häusern im intensiven Geschäftskontakt mit Roche. Seit 2005 beträgt das Auftragsvolumen rund 75,7 Millionen Euro. Ich werde daher der Landesregierung in der kommenden Sitzung empfehlen quer über alle Ressortverantwortlichkeiten zu prüfen, wie man die Geschäftsbeziehungen mit Roche evaluieren kann. Was für kleine Unternehmungen gilt, gilt umso mehr für große, internationale Konzerne. Sie müssen wissen, dass Schließungskosten auch manche Vertragsbeziehungen beinhalten und Sie müssen diese Überlegungen auch in Ihre Gesamtüberlegungen mit einbeziehen. Es wird möglicherweise die Unternehmensleitung von Roche nicht erschüttern. Sie müssen aber wissen, dass das Land Steiermark und damit der steirische Steuerzahler ein fairer und guter Partner in den vielen Jahren war, dass Roche auch ein guter Partner war, was beispielsweise Kommunalsteuerleistungen an die Stadt Graz betroffen hat, dass wir aber mit dieser Vorgangsweise sehr unglücklich sind und dass sie nicht einem partnerschaftlichen Verhältnis entspricht. Dr. Schwan hat mich davon in Kenntnis gesetzt, dass diese Vorgangsweise so erfolgen musste, weil Roche ein international börsennotiertes Unternehmen ist, an zwei Börsen – eine in Amerika, eine in Europa – notiert, auf Grund der Zeitverschiebung Informationen vorher nicht zugänglich sind und sie als börsennotiertes Unternehmen so agieren müssen. Das kann ich alles nachvollziehen, hilft nur den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am Standort nichts und war in letzter

Konsequenz kein fairer Umgang mit der Steiermark und insbesondere mit dem Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort. Für mich besonders bemerkenswert – und darauf habe ich ihn auch hingewiesen – ist die Vorgangsweise von Roche auch deshalb, weil wesentliche Entscheidungsträger Österreicher sind. Der Generaldirektor von Roche, Dr. Schwan, ist ein Tiroler; der Aufsichtsratsvorsitzende besitzt eine Doppelstaatsbürgerschaft, Dr. Franz Humer ist Österreicher und Schweizer Staatsbürger; ein Mitglied des Verwaltungsrates nennt sich Dr. Wolfgang Ruttenstorfer. Nichtsdestotrotz gibt es bereits Unternehmungen aus dem nationalen und internationalen Umfeld, die sich für diesen Standort interessieren. Ich habe die Interessenten unmittelbar mit Dr. Schwan in Verbindung gebracht und gebeten, direkt zwischen Interessenten und möglicherweise Veräußerern die Kontakte aufzunehmen, wir werden seitens des Wirtschaftsressorts gerne begleiten, wenn gewünscht.

Zur Frage 7: Wie bereits in der Frage 6 beantwortet, waren die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Graz ein wesentlicher Inhalt meines Telefonates mit Dr. Schwan. Er hat angekündigt und bekräftigt, dass die Schließung erst im Laufe des Jahres 2013 durchgeführt werden soll. Ein diesbezüglicher Sozialplan befindet sich derzeit in Ausarbeitung. Unmittelbar nach meinem Telefonat mit Dr. Schwan habe ich mit der Betriebsratsvorsitzenden von Roche in Graz, Frau Bettina Gölles, gesprochen und ihr die volle Unterstützung des Wirtschaftsressorts zugesagt.

Ich hoffe, Sie sehen mit dieser etwas ausführlicheren Anfragebeantwortung, dass das Wirtschaftsressort sehr ernsthaft mit den Steuergeldern umgeht, dass wir sehr gewissenhaft den Auftrag des Landtages und der Landesregierung umsetzen und dass wir dort, wo wir Möglichkeiten haben, wenn Unternehmungen Beschäftigungsauflagen oder Investitionsauflagen nicht einhalten, diese auch zurückfordern und dabei auch vor großen Namen nicht Zurückhaltung üben. Sie wissen, dass wir vor einigen Monaten auch ein Unternehmen in Leoben-Hinterberg, in der Ziehung hatten, das auf der einen Seite Unternehmensbestandteile nach Asien verlagert hat, Beschäftigungsauflagen damit nicht halten konnte, wir hier Rückforderungen angestellt haben. Auf der anderen Seite uns auch sehr gefreut haben, als das Headquarter dieses Unternehmens von Wien in die Steiermark verlegt worden ist und wir daher auch die Instrumente des Headquarter-Consults zum Ansatz gebracht haben.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP – 15.06 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Ich danke für die Beantwortung der Dringlichen Anfrage. Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage und weise auf § 68 Abs. 5 GeoLT 2005 hin, wonach die Regierungsmitglieder sowie die Hauptrednerinnen und -redner nicht länger als 20 Minuten und die Debattenrednerinnen und -redner nicht länger als 10 Minuten sprechen dürfen.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dr. Gerhard Kurzmann, ich erteile es ihm.

Landesrat Dr. Kurzmann (15.07 Uhr): Frau Präsidentin, sehr geehrte Regierungskollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte nur einige kurze Anmerkungen zu diesem wichtigen Thema machen, werde meine Redezeit also keinesfalls ausschöpfen, aber ein paar Feststellungen treffen. Die Kündigungen bei der Firma Triumph, die Kollege Buchmann angesprochen hat, die Schließung des Lear-Werkes in Köflach und jetzt das angekündigte Ende der Schweizer Firma Roche in Graz, wenn auch in einigen Jahren, haben doch eines gemeinsam, meine Damen und Herren. Steirische Arbeitnehmer werden Opfer einer neoliberalen Wirtschaftsdoktrin, die auf maximale Gewinnorientierung ausgerichtet ist und die Interessen der Einzelnen, aber auch die des Landes Steiermark einfach ignoriert. Längst haben die Landtage und auch die nationalen Parlamente die Kontrolle über die sogenannten multinationalen Konzerne verloren. Nicht einmal – oder sollte man besser sagen „schon gar nicht“ – auf EU-Ebene kann dieser spätkapitalistischen Ausbeutung ein Riegel vorgeschoben werden, meine Damen und Herren. Es gilt das sogenannte Diktat der Märkte, das die Verluste wie im Fall der Banken wirklich vergesellschaftet und nur die Gewinne privatisiert. Das ist, sehr geehrte Damen und Herren, eine Entwicklung, die besorgniserregend und für die Politik alarmierend ist. Die Politik muss hier ganz energisch gegensteuern, will sie nicht das letzte Vertrauen in der Bevölkerung verlieren. Was wir brauchen, ist mit Sicherheit eine neue soziale Marktwirtschaft, die diesen Namen nämlich auch wirklich verdient. Wir brauchen – und ich sage das ganz bewusst – den interventionsfähigen Staat, der der Wirtschaft wieder einen Ordnungsrahmen setzt. Denn die Parlamente dürfen sich nicht länger widerspruchslos dem Diktat der Märkte aussetzen. Sogar Horst Köhler, der frühere Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland und selbst ein erfahrener Bankenfachmann, hat im vergangenen Jahr noch gesagt, eine Globalisierung bedürfe der politischen Gestaltung. Meine Damen und Herren, deutlicher kann man das nicht mehr ausdrücken. Deshalb bin ich sehr froh, dass Kollege Buchmann die Interessen des Landes wahren will, dass er auch die Rückzahlung von Förderungen ins Auge fasst. Ziel, meine Damen und Herren, der Landtage, aber auch der Bundesregierung muss es sein, Vollzeit Arbeitsplätze in unserem Land langfristig zu sichern oder auch neue zu schaffen. Teilzeitjobs – so, wie das heute genannte wird – und Ähnliches sind mit Sicherheit kein taugliches Mittel, um den sozialen Frieden in unserem Land und der Republik Österreich langfristig zu sichern. Daher, meine Damen und Herren, ist es wichtig, dass die Landespolitik einheitlich agiert und deutliche Signale, wie das heute auch Kollege Buchmann getan hat, gegenüber den Großkonzernen aussendet. Vielen Dank.
(Beifall bei der FPÖ – 15.10 Uhr)

Präsidentin Mag. Lackner: Danke, Herr Landesrat. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Sabine Jungwirth, ich erteile es ihr.

LTabg. Ing. Jungwirth (15.11 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege Samt, Sie haben mich zuerst mit ihren Aussagen ein wenig schockiert. Sie haben in Ihrer Rede eigentlich ziemlich durch Resignation geblüht und zwar in Bezug auf die sogenannte Heuschreckenmentalität, das ist der Punkt, der mich besonders gestört hat. Sie haben gesagt, wir müssen das Abkassieren, die Gewinnmaximierung einfach hinnehmen. Das ist aber nicht so. Ich sehe das ganz und gar nicht so, denn wir haben sehr wohl die Möglichkeit gerade über die Politik andere Kriterien zu definieren und in Sachen Wirtschaftsförderung und Steuern einzugreifen; auch über die Steuerpolitik, über alle möglichen Maßnahmen. Ich empfehle in diesem Zusammenhang Ihnen, aber auch allen anderen Kolleginnen und Kollegen hier im Landtag und auch Herrn Landesrat Dr. Buchmann, die Lektüre eines Buches von Christian Felber, nämlich „Die Gemeinwohlökonomie“. Hier sind einige Punkte festgehalten, wie man anders wirtschaften, gestalten könnte – nur vorne weg. Jetzt aber zum eigentlichen Thema. Es geht um die Firma Roche und es geht um den Wirtschaftsstandort und Wirtschaftspolitik. Es zeigt sich am Beispiel Roche gerade wieder einmal, wo die problematischen Bereiche in unserer Wirtschaftspolitik liegen. Der eine Punkt für mich ist die Wirtschaftsförderung. Ich sehe hier zwei spezielle Problemfelder im Zusammenhang mit der Firma Roche. Das eine Problem ist der Fördertourismus. In unserem System wird eine ständige Standortverlegung regelrecht gefördert. Auch wenn Roche jetzt zwar behauptet, dass sie abwandern, weil das Synergie-Effekte in ihrem Konzern hätte, ist es dennoch so, dass eine Abschöpfung der Fördertöpfe passiert ist und Aufträge in einem enormen Ausmaß lukriert wurden. Außerdem passiert diese Problematik auch immer wieder bei anderen Firmen, wir haben das z.B. am Beispiel der Firma AT&S, die zwischen der Steiermark und Wien hin- und hergesiedelt ist und ebenfalls das System ausgenutzt hat, so lange es eben möglich war. Wir fördern eigentlich durch diese Vorgangsweise und durch diese Art der Förderung eine Konkurrenz zwischen den Bundesländern und das ist aus meiner Sicht, wenn man Österreich als Gesamtland betrachtet, auf jeden Fall nicht zielführend. Was mir in diesem Zusammenhang auch noch ständig auffällt: Die größeren Firmen, die es sich leisten können, betreiben regelrecht eine Professionalisierung beim Ausnützen der Fördermaßnahmen. Dort gibt es tatsächlich eigene Abteilungen, die sich nur damit beschäftigen, wo man die besten Fördertöpfe anzapfen kann und wie man dort am besten das Geld herausaugt. Also das gilt es, in meinen Augen, zu unterbinden.

Der zweite Punkt im Zusammenhang mit der Wirtschaftsförderung, der mir hier „aufstößt“, das ist die Tatsache, dass Wirtschaftsförderungsgelder grundsätzlich nicht zurückgezahlt werden müssen. Ich sehe, ehrlich gesagt, nicht ein – und ich glaube, es geht den meisten Bürgerinnen und Bürgern auch so –, dass wir in der Zeitung beispielsweise heuer gelesen haben, dass die Andritz AG Rekordgewinne gemacht, trotz Wirtschaftskrise über 60 Millionen Euro Gewinn, auf der anderen Seite sehen wir aber in der Transparenzdatenbank der SFG und im EFRE-Fonds, welche hohen Summen die Andritz AG aus

der Wirtschaftsförderung bekommen hat. Aus meiner Sicht passt das nicht zusammen und ist in irgendeiner Form..., also meinem Gerechtigkeitsempfinden entspricht das einfach nicht. Ich denke, ich spreche hier schon für einen Großteil der Bürgerinnen und Bürger. Es müsste ja in meinen Augen auch nicht unbedingt so sein, dass unbedingt beim kleinsten Gewinn schon die Förderungen zurückgezahlt werden müssen. Aber dennoch wäre es sehr wohl überlegenswert, dass man hier in irgendeiner Form eine Latte anlegt und sagt: Ab so und so viel – wie auch immer wir das definieren mögen – müsste darüber nachgedacht werden bzw. führen wir das ein. Neben der Förderpolitik gibt es aber auch noch ein anderes Thema, das hier mitschwingt. Und zwar ist für mich die Frage, was sind denn die relevanten Faktoren, nämlich die wirklich relevanten Faktoren für Betriebsansiedelungen? Ich weiß aus Gesprächen in der Wirtschaftskammer – Sie wissen, ich bin dort auch im Wirtschaftsparlament Mandatarin – aus Gesprächen mit Entscheidungsträgern der Leitkonzerne und aus Gesprächen mit der Industriellenvereinigung, dass die Förderungen nur bedingt relevant und wichtig sind. Sondern da ist es so, die werden einfach konsumiert, solange das Angebot da ist. Wesentlich aber sind andere Faktoren und ich denke, da sind zwei Punkte ganz, ganz wichtig. Das Eine sind die Kosten für den Faktor Arbeit. Hier ist unser Land Österreich in gewisser Weise eigentlich nicht attraktiv im internationalen Vergleich. Hier müssten wir ansetzen und die Grünen haben dazu schon lange ein Konzept, nämlich die ökosoziale Steuerreform. Sie sollte Ihnen eigentlich bekannt sein und ich denke, dass ich hier jetzt nicht weiter darauf eingehen muss, außer zu sagen, dass es sich hier um eine Rückverteilung der zusätzlichen Steuereinnahmen handelt und dadurch eine Senkung der lohnbezogenen Abgaben möglich wäre.

Ein zweiter wesentlicher Punkt, der einen Wirtschaftsstandort attraktiv macht, ist der Ausbildungsstand bzw. das Qualifikationsniveau der vor Ort zur Verfügung stehenden Mitarbeiter. Hier sehe ich einen sehr großen Investitionsbedarf in die Zukunft und wir sehen auch anhand von Pisa-Studie oder Universitäts-Rankings, wie es um unser Land diesbezüglich bestellt ist, nämlich schlecht. Außerdem hören wir permanent, wenn man sich mit Schülern, Eltern und Lehrern unterhält, dass alle unzufrieden sind. Ich frage mich tatsächlich, wie es möglich ist, dass ein System nicht reformiert wird, in dem alle Beteiligten unzufrieden sind. Wie ist das möglich? Der letzte Geniestreich, der kürzlich passiert ist, ist ja wohl die Verländerung des Bildungssystems. Ich frage mich wirklich, wie man überhaupt auf die Idee kommen kann, dass ein System, das eigentlich über das ganze Land herab gebrochen werden sollte, günstiger sein soll oder besser funktionieren soll, wenn jedes Bundesland sein eigenes Süppchen kocht. Das kann es ja wohl nicht sein.

So, aber jetzt zurück zum eigentlichen Thema: Wir bringen zur ursprünglichen Anfrage einen Entschließungsantrag ein und zwar betreffend die Kontrolle der Geschäftsbeziehungen der KAGes mit Roche.

Im Zuge der Diskussion um die Rückforderung der an Roche gewährten Förderungen des Landes ist bekannt geworden, dass die KAGes seit 2005 intensive Geschäftsbeziehungen pflegte und Leistungen um insgesamt 75 Millionen Euro beauftragte. Es stellt sich die Frage, warum die Geschäftsbeziehungen plötzlich so eng wurden und insbesondere, ob vergaberechtliche Vorschriften seitens der KAGes eingehalten wurden.

Wir stellen daher den Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landesrechnungshof wird beauftragt, die Geschäftsbeziehungen der KAGes mit dem Unternehmen Roche auf ihre Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu prüfen. Danke.
(Beifall bei den Grünen – 15.19 Uhr)

Präsidentin Mag. Lackner: Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Dr. Werner Murgg. Ich erteile ihm das Wort.

LTAbg. Dr. Murgg (15.19 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ganz kurz auch einige Gedanken zu dieser Dringlichen Anfrage der FPÖ bzw. zu diesem bedauerlichen Ereignis, dass eben die Firma Roche angekündigt hat, mit 2013 respektive 2014 ihren Grazer Standort zu schließen. Ich habe auch wie Kollegin Jungwirth den Ausführungen des Kollegen Samt gelauscht. Sie waren sehr interessant, faktenreich, aber ich kann Ihnen einen kleinen Kritikpunkt an Ihren Ausführungen nicht ersparen. Ich glaube, Kollegin Jungwirth hat da schon in dieselbe oder in eine ähnliche Kerbe geschlagen. Sie haben immer fast entschuldigend gesagt, bei jeder Unappetitlichkeit dieses Konzerns, die Sie aufgezählt haben: „Ja, das ist aber keine Kritik, das ist nur eine Feststellung.“ Wir werden diese Unappetitlichkeiten nicht abstellen, wenn in Parlamenten – und es ist jetzt egal, ob das in einem Landesparlament oder in einem Bundesparlament oder auch in einem Gemeindeparlament, wo dieser Konzern Standorte hat – nicht eine andere Denkweise der Mandatarinnen und Mandatare eintritt, nämlich, dass man genau diese Dinge aufzeigt und beim Namen nennt. Sie haben dann interessanterweise – ich hoffe, ich habe mir das richtig aufgeschrieben – gesagt: „Diese Geschäftspraktiken“ – die Sie sehr schön geschildert haben – „können wir nicht verhindern, weil es gibt auch österreichische Unternehmungen in diesem Sinne, die so tätig sind.“ Das muss man praktisch so sehen, das gefällt uns nicht, das ist ein Schweizer Konzern, aber da gibt es österreichische Konzerne, die arbeiten auch so und deshalb muss man das zur Kenntnis nehmen. Vollkommen richtig, die arbeiten auch so und deswegen ist der Widerspruch nicht, wie Sie es aufgestellt haben, zwischen internationalen oder ausländischen Konzernen – auch österreichische Großkonzerne sind transnationale Konzerne –, ist der Widerspruch nicht zwischen einem

ausländischen Konzern und einem österreichischen, sondern der Widerspruch steht einfach zwischen Konzerninteressen und Interessen der arbeitenden Menschen. Diesen Widerspruch muss man aufzeigen, da ist ein guter Punkt, um das aufzeigen zu können, die Praktiken, die derzeit der Roche-Konzern in der Steiermark tätigt. Im Übrigen, diesen Vorwurf kann ich Ihnen nicht ersparen, Sie tun von der FPÖ zwar sehr oft so – ich habe das gar nicht gewusst – danke, Herr Landesrat, ich werde mir das Flugblatt jetzt auch besorgen, weil es interessiert mich direkt, was da gefordert wird –, Sie verteilen groß Flugblätter, aber sind selbst „am Drücker“. (*Landesrat Dr. Buchmann: Unverständlicher Zwischenruf*) Noch eine interessante Information. Herr Kollege Buchmann ist immer wieder für Überraschungen gut, möchte ich fast sagen. Ich habe nicht gewusst, dass Ihr Mann in der SFG – wie heißt das? – im Gesellschafterausschuss sitzt. Ja, da hätten Sie ihn schon längst einmal fragen können, was er eigentlich dort über diese Förderpraxis gegenüber den Konzernen in den ganzen fünf Jahren und schon darüber hinaus getan hat. Oder Ihr eigenes Parteimitglied, ich glaube er ist es noch, Prinzhorn – ich komme aus Leoben, ich weiß, wovon ich spreche, Brigl und Bergmeister – macht genau dieselben Praktiken, die Sie hier dem Schweizer Konzern in Österreich vorwerfen, mit seinen Betrieben in der Slowakei. Ich glaube, Rosenberg heißt das auf Deutsch. Da ist eine Riesenpapierfabrik von ihm übernommen worden und platt gemacht. Also dort zieht er eine Spur der Verwüstung, aber das darf er in Ihren Augen, weil er eben ein Österreicher und noch dazu ein Freiheitlicher ist, während den Familien Oeri und Hoffmann und Roche werfen Sie das zu Recht vor, aber die dürfen das offenbar nicht, weil sie eben Schweizer sind. Das ist das Doppelbödige, ich komme dann auch noch zu Landesrat Dr. Kurzmann, das Doppelbödige Ihrer Argumentation! Ich bin im Wirtschaftsförderungsbeirat stellvertretend, jetzt bin ich der Hauptvertreter der KPÖ, in der letzten Periode war ich Stellvertreter, weil ich war in den letzten zwei Jahren bei den Sitzungen meistens anwesend und ich war genau aus den Gründen, die Sie genannt haben – meistens war ich der Einzige, manchmal hat mich Kollege Schönleitner in meiner Kontraposition unterstützt – dagegen, dass nicht nur ausländische, transnationale Konzerne, sondern auch österreichische Konzerne große Fördermittel lukrieren, obwohl sie einerseits mit den Arbeitsplätzen hier in so ferne nicht sehr sauber umgehen, dass sie eben Betriebe absiedeln. Herr Landesrat hat ein Beispiel genannt, er hat den Namen nicht ausgesprochen, aber ich spreche ihn jetzt aus, AT&S z.B., mir würden andere Großbetriebe einfallen. Ich war auch dagegen, weil man, wenn man sich die Bilanzen dieser Konzerne anschaut, man sehr schnell feststellt, dass die praktisch keine Gewinnsteuern zahlen. Sie zahlen zwar die Kommunalsteuer, weil sie da nicht auskommen, aber alles das, wo sie salopp ausgedrückt irgendwie „tricksen“ können, wird umgangen. Deswegen war ich meistens bei diesen Konzernförderungen einer, der gesagt hat: „Nein.“ Ich bin schon gespannt, Kollege Samt wird ja dann in diesem Wirtschaftsförderungsbeirat sitzen, wie sich die FPÖ dort verhalten wird.

Nun noch ein paar zusätzliche Informationen, ein bisschen recherchiert zu diesem Roche-Konzern. Es ist nicht nur so, wie Sie richtig gesagt haben, dass der Konzern schwarze Zahlen schreibt, sondern und das erobert mich eigentlich noch viel mehr, dass dieser Konzern auch seit Jahren kontinuierlich höhere Dividenden ausschüttet und das obwohl er ... – ein Jahr hat es gegeben, nämlich 2009, da hat es keine Gewinnsteigerung gegeben, aber die Dividende ist von 4,6 Franken auf 5 Franken erhöht worden. Also das sind Praktiken, die kann man einfach nicht tolerieren. Aber warum passiert das? Landesrat Buchmann, er hat den neoliberalen Kapitalismus als Urheber angeführt. Das ist schon richtig. (*Landesrätin Mag.^a Edlinger-Ploder*: „Buchmann?“) (*Landesrat Dr. Buchmann*: „Kurzmann.“) Ah, Buchmann, Verzeihung – zwei Landesräte, die mit Informationen auf einen kleinen Abgeordneten sozusagen hereinstürzen, da kann man auch einmal ein bisschen die Namen verwechseln. Landesrat Kurzmann hat also den neoliberalen Kapitalismus als eines der Übel dieser Praktiken angeführt.

Aber schauen wir uns jetzt einmal an, was dieser Roche-Konzern in den letzten Jahren gemacht hat: Auch um seine Aktionäre mit den Dividenden zu befriedigen – im Übrigen gehören 50 % den Eigentümerfamilien und ungefähr 30 % einem anderen Konzern, nämlich dem Novartis-Konzern, und nur ein ganz geringer Teil ist tatsächlich sogenannter Streubesitz, aber eben um diese Aktionäre, die Familien Hoffmann, Oeri und wie sie heißen, gehören angeblich zu den zweitreichsten der Schweiz – also mit den Dividenden zu befriedigen, ist in Zeiten sinkender Profitraten oder Kapitalrendite, wie man in einer bürgerlichen Sprechweise sagen würde, nichts anderes übrig geblieben oder bleibt nichts anderes übrig, als die Mehrwertrate, im bürgerlichen Sprechen könnte man sagen, die Ausbeutungsrate, zu erhöhen, damit die Profitraten nach wie vor gut sind. Und wie macht er das?

Er macht das natürlich, wie das jeder Konzern machen würde und macht, ob er jetzt dem Prinzhorn gehört oder der Familie Hoffman und Oeri, er macht das dadurch, dass er Personal abbaut, dass er konzentriert und dass er die bestehenden Beschäftigten weiter auspresst. Zu Ihnen, geschätzter Landesrat Kurzmann, Es ist richtig, es sind die Taktiken des neoliberalen Kapitalismus (*Landesrat Dr. Kurzmann*: „Buchmann!“). Aber ich sage Ihnen, vielleicht können wir dann einmal auch hier – sei es bei der Vorlage der Wirtschaftsberichte oder vielleicht auch beim Budget – eine breitere Debatte führen. Der Kapitalismus kann heute nur mehr so existieren und deswegen ist seine Ablöse höchst an der Tagesordnung. Das ist vollkommen anders, als es vielleicht vor zehn oder fünfzehn Jahren gewesen ist, da hat man noch mit der sozialen Marktwirtschaft kommen können. Aber die Kapitalkonzentration und die Verwertungsmöglichkeiten dieser riesigen Kapitalien sind eben heute nicht mehr anders möglich, als dass man einerseits dorthin ausweicht, was hier passiert ist, in dieses neoliberale Finanzmarktmodell mit all den Kollateralschäden, die wir gerade seit 2007 folgend erleiden und wo ich von den großen Wirtschaftsräumen weltweit nicht sehe, ob das die Amerikaner, oder die EU oder weiß Gott wer ist, dass man hier ein anderes Modell ersinnt, im Gegenteil, es wird einfach „business as usual“ betrieben. Das sind eben die Gründe, warum man über ein alternatives

Wirtschaftssystem heute mehr und dringender nachdenken muss, als es vielleicht vor zehn, fünfzehn oder zwanzig Jahren notwendig gewesen ist. Ich gebe Ihnen vollkommen Recht, Herr Kollege Kurzman, also wenn Sie sagen: „Es ist alles ungeheuerlich“, also da können die nur mehr existieren, wenn man zur Kenntnis nimmt, dass dort abgesiedelt wird und dass durch diese Billigjobs oder Teilzeitjobs geschaffen werden, aber das sind eben Praktiken, die wie das praktisch gesetzmäßig zum derzeitigen Kapitalismus gehören. Wenn Sie das ernst nehmen, was Sie meinen und ich glaube Ihnen das, dass Sie das in so ferne ernst nehmen, als dass es Ihnen, nämlich die Auswirkungen, gegen den Strich gehen, das nehme ich Ihnen ab, dann werden Sie auch einmal kritische Worte gegen dieses System verwenden müssen, das Sie eigentlich und auch Ihre Mandatarinnen und Mandatäre, sofern Sie selbst – und da gibt es außer dem Prinzhorn noch einige andere, die aufzuzählen ich mir jetzt erspare – diese Praktiken also selbst durchsetzen und umsetzen und eigentlich noch ins Exzess führen. Also ich würde mir von Ihnen nicht nur sozusagen einen idealistischen Antikapitalismus wünschen, sondern ich würde mir, wenn Sie die Sache ernst nehmen, einen Antikapitalismus der Tat wünschen. Dann sind wir in diesem Punkt tatsächlich im selben Boot, aber nur in diesem Punkt. *(Beifall bei der KPÖ – 15.31 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Danke Herr Kollege Murgg. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Wolfgang Kasic, ich erteile es ihm.

LTAbg. Kasic (15.31 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren der Steiermärkischen Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Eine Vorbemerkung - und der Herr Landesrat hat es auch schon angesprochen: Alles das, was sich derzeit bei Roche rund um den Konzern, aber vor allem die Standortpolitik in der Steiermark abspielt ist einfach nicht schön. Ich sage es einmal ein bisschen salopp: Es ist ungustiös und in Wirklichkeit auch eine Kampfansage an den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Steiermark. Herr Landesrat Buchmann hat das sehr deutlich ausgeführt, dass wir alles daran setzen müssen, um nicht nur diesen Konzern, sondern auch alle anderen Unternehmungen in der Steiermark und jene die sich bei uns ansiedeln wollen, davon überzeugen müssen, was die Qualitäten sind und es ist heute schon einmal hier angesprochen worden: Es ist nicht nur das Materielle, wenn man das so will, es ist nicht nur das Pekuniäre, was in die Hand gegeben wird als Förderung, es sind auch andere Faktoren die maßgeblich sind. Etwa die Qualifikation der Mitarbeiter, die Verkehrsanbindungen, die gesamte Infrastruktur und vieles mehr. Aber geschätzte Damen und Herren - und das sage ich dir, lieber Kollege Samt, schon sehr deutlich: Das was ihr als Freiheitliche Partei aufgeführt habt, dass ihr ausschließlich politisches Kleingeld hier umschlagen wollt, dass ihr ausschließlich politisch auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hier agiert, das ist eigentlich zu verurteilen und eigentlich nicht

würdig hier für dieses Hohe Haus, meine Damen und Herren! (*Beifall bei ÖVP und SPÖ*) (*LTA* *Mag. Dr. Mayer*: „Zumindest bringen wir es auf die Tagesordnung!“) Sich einfach hier hinzustellen, Flugblätter zu verteilen – unabhängig von Rechtschreibung, aber die deutsche Sprache ist eine schwere Sprache, die ihr sonst immer so hoch hält oder auch Eigennamen richtig zu schreiben – Flugblätter zu verteilen, die Leute noch mehr zu verunsichern anstatt gemeinsam Lösungsansätze zu erarbeiten und zu versuchen, dass wir etwas weiterbringen in diesem Land, das ist nicht richtig. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ*) Und lieber Kollege Samt, du führst ja seit 1996 ein eigenes Unternehmen wie ich weiß, du bist im Wahlkampf aktiv gewesen, wo ist denn dein Aufschrei gewesen die ganze Zeit, wo etwa viele Kleinbetriebe im vergangenen Jahr Probleme hatten? Man hört überhaupt nichts, wenn etwa 50 Betrieben mit je vier Mitarbeitern Probleme haben, man hört überhaupt nichts davon, wenn 200 Betriebe einen Mitarbeiter abbauen, da gehen wir zur Tagesordnung über, das ist fast selbstverständlich. Da gibt es keinen Aufschrei, aber wenn das geballt passiert, dann gibt es diese populistische Maßnahme. Ich sage Ihnen, geschätzte Damen und Herren, wir sind aufgefordert in diesem Hohen Haus, in diesem Landtag Steiermark alles daran zu setzen, dass wir um jeden einzelnen Arbeitsplatz, egal ob in einem Kleinbetrieb, in einem Mittelbetrieb oder in einem Großunternehmen kämpfen. Hier geht es um die Menschen in diesem Land, hier geht es um unsere Steiermark, das ist unsere Aufgabe. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ*)

An die Freiheitlichen noch ein Wort und dann möchte ich zu Roche noch ein paar Sachen sagen. Lieber Kollege Samt, weil du gemeint hast: „Das Wirtschaftsleben in dieser Welt ...“ und weil du diesen Konzern so gezeißelt hast mit deinen Worten und wenn man auch eure Anfrage liest, was ihr da so an Unterstellungen hineinschreibt – der Name ist glaube ich heute schon einmal gefallen: Wo ist denn der Aufschrei gewesen, als ein durchaus berühmter FP-Politiker und Unternehmer, Paradeunternehmer Prinzhorn, agiert hat? Wo war den der Aufschrei bei euch, als er so ähnliche Standortverschiebungen vorgenommen hat, wo er versucht hat in einem Bundesland zu einem anderen Bundesland entsprechende Förderungen zu bekommen? Übrigens einer, der auch Nationalratspräsident gewesen ist – wo war denn da der Aufschrei? Habt ihr das alles für gut empfunden, weil er einer von euch war? Aber dort, wo möglicherweise jetzt Ausländer tätig sind, da gibt es den großen Aufschrei, da habt ihr von Gewinnmaximierung gesprochen, vom Absaugen, des Know-Hows und Ähnlichem.

N noch etwas, meine Damen und Herren, weil du auch in deiner Anfrage die Förderverträge des Landes angesprochen hast, wo du gesagt hast, du kennst nur zwei Lösungen: Entweder muss man das Geld zurückzahlen oder man kann es behalten. Ihr ward in der vergangenen Periode nicht in diesem Landtag. Offensichtlich ist auch das Geschehen in diesem Haus an euch vorüber gegangen, als wir hier Richtlinien beschlossen haben, als unter der Führung von Landesrat Buchmann sehr deutlich jedes Mal geschaut wird, dass die Beschäftigtenauflagen eingehalten werden. Dass wir gerade im

vergangenen Jahr oder in den vergangenen beiden Jahren uns sehr genau angeschaut haben, auch über Antrag der kleineren Fraktionen in diesem Haus, ob wir dort, wo es eine Unterschreitung der vertraglichen Bestimmungen gegeben hat, ob wir das auch akzeptieren können, wo der Wirtschaftsförderungsbeirat entsprechende Beschlüsse gefasst hat.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch zum Fall Roche noch ein paar Worte verlieren. Das Unternehmen, das glaube ich 2003 hier eröffnet hat, ist in einem Bereich tätig gewesen, der damals in der Steiermark in den Kinderschuhen gesteckt ist. Es war das Stärkefeld der Medizintechnik. Und Roche war maßgeblich daran beteiligt, dass gerade dieses Stärkefeld zu einem neuen Cluster, der rund 10.000 Menschen umfasst, erweitert werden konnte. Roche war Gründungsmitglied und hat in dieser Zeit doch sehr vieles geleistet. Wenn wir diese über eine Million Euro Förderung hernehmen, dann mag das in der Summe viel erscheinen. Wenn man aber berücksichtigt, dass alleine zehn Projekte aus dem F&E-Bereich dabei gewesen sind, zwei Qualifizierungsprojekte dabei gewesen sind, dann relativieren sich diese Zahlen. Wenn Sie sich etwa ein Projekt anschauen, das wir im Wirtschaftsförderungsbeirat beschlossen haben, ein Projekt das etwa ein Gesamtvolumen von 14,2, fast 14,3 Millionen Euro insgesamt aufweist, davon anrechenbar 10,7 Millionen Euro als Projekt von Roche hier in Graz und dass davon eine Förderung des Landes Steiermark – ich sage nur dieses eine Beispiel – von 345.400 Euro geflossen ist, das sind 3,22 %, dann meine ich meine Damen und Herren, dass die Mitglieder des Wirtschaftsförderungsbeirates über alle Parteigrenzen hinweg hier richtig entschieden haben. Dass wir dort, wo wir ein Projektvolumen von 14 oder 14,3 Millionen bewegen, 345.300 Euro Förderung gerechtfertigt sind, dafür bekenne ich mich, das ist richtige Wirtschaftspolitik in diesem Land, meine Damen und Herren. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ)* Dann gestatten Sie mir auch ein paar Dinge, die du so immer angedeutet hast: „Medienberichten zufolge“ usw., weil du das in den Raum gestellt hast. Ich glaube, die Aufgabe eines Mandatars ist es – aber wie gesagt, du bist noch jung in diesem Haus – dass man entsprechend recherchiert und nicht nur in Medien recherchiert. Und ich glaube es ist ein Leichtes, aufgrund der Gemeinderatsbeschlüsse nachzuvollziehen, wie etwa die Erschließung des Betriebsgeländes in Graz erfolgt ist, dass du weißt, dass hier von der Stadt Graz kein Grundstück zur Verfügung gestellt wurde, wie du es in den Raum gestellt hast. Das Grundstück kam also nicht von der Stadt Graz, sondern war eine direkte Transaktion mit der Reininghaus-Verwertungsgesellschaft und nicht von der Stadt Graz. Du weißt, dass etwa die Straßenanbindung mit Kanal, Wasser und Beleuchtung aus dem Urban-II-Projekt, ein Ergebnis der Urban-II-Initiative war und eine Förderung oder die Kosten für die Erschließung des Betriebsgeländes von 8,5 Millionen Schilling ausgemacht hat. Ich zitiere hier aus einer Presseinformation vom 24. Jänner 2001 eines gewissen Stadtrat Josel – ich glaube, der ist ja eurer Partei auch nicht so fern – der meinte: „Erster Erfolg der Urban-II-Initiative, erster Erfolg ...“ *(LTAvg. Mag. Dr. Mayer: „Wir haben 2010. Du lebst in der Vergangenheit“)* Habt ihr euch von dem auch schon verabschiedet, habt ihr damit auch

nichts mehr zu tun? „Erster Erfolg der Urban-II-Initiative, wo er sagt, mit einem Aufwand von rund 8,5 Millionen Schilling wird die Gemeindestraße mit Kanal, Wasser und Beleuchtung realisiert. Die Stadtregierung hat signalisiert, dass diese Kosten von der Stadt Graz übernommen werden und sonst nichts.“ Auch einer von euch, der das unterstützt hat und wo man jetzt so tut, als würde man nichts davon wissen.

Ich glaube, meine Damen und Herren, dass alles in allem gesehen, da rechne ich jetzt gar nicht die Kommunalsteuer ein, die in den vergangenen über vier Jahren geflossen ist - 2007 bis 2010 waren es knapp zwei Millionen Euro – dass wir mit diesen Förderungsrichtlinien, die wir hier in der Steiermark haben, mit den Stärkefeldern und mit dem was auch für die Periode 2010 bis 2015 vorbereitet ist, auf einem richtigen Weg sind, um den Wirtschafts- und Forschungsstandort Steiermark weiter abzusichern, das ist unsere Aufgabe. Wir müssen alles daran setzen, dass wir diese hohe F&E-Quote die wir in der Steiermark haben, nicht gefährden. Wir müssen alles daran setzen, dass auch durch den derzeit angekündigten Abzug – wir wissen, dass vielleicht 2012, 2013 tatsächlich etwas passiert, vielleicht lenkt ja Roche auch noch ein und sagt: „Na ja, eigentlich haben sich die Rahmenbedingungen geändert“ - dass wir alles daran setzen müssen, dass dieser Humantechnologiecluster in der Steiermark erhalten bleibt.“ Protestieren, meine Damen und Herren, vor der Türe allein, ist zu wenig. Flugblätter zu verteilen ist zu wenig. Wir müssen Maßnahmen setzen und ich bin zuversichtlich, dass wir so wie bisher unter Wirtschaftslandesrat Christian Buchmann mit dem Team der Abteilungen, aber auch mit allen Mitglieder – und damit meine ich alle Mitglieder des Wirtschaftsförderungsbeirates – auf einem guten und richtigen Weg sind, um gemeinsam für diese Steiermark erfolgreich zu sein. Protestieren alleine, Herr Landesrat Kurzmann, ist zu wenig. Herzlichen Dank. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ – 15.41 Uhr)*

Präsident Mag. Lackner: Es liegen mir – es liegt mir doch noch eine Wortmeldung vor. Herr Klubobmann Mayer.

LTAbg. Mag. Dr. Mayer (15.41 Uhr): Geschätztes Präsidium, werte Kollegen, geschätzte Zuhörer! Ich muss ja jetzt doch noch ein wenig auf die Dinge eingehen, die jetzt da auf uns herein geprasselt sind. Zuerst einmal aber – das gebietet meine Höflichkeit – möchte ich mich beim Herrn Landesrat für die wirklich ausführliche Beantwortung bedanken. Ich erkenne da eine gewisse Ernsthaftigkeit von Ihrer Seite. Was ich mir aber dann schon gewünscht hätte, Herr Landesrat, wäre ein bisschen weniger Polemik in Ihren Ausführungen. Ich glaube, ich bin mir nicht ganz sicher, aber die ÖVP scheint da etwas falsch verstanden zu haben in unserer Dringlichen Anfrage. Es ging uns tatsächlich nicht darum, Herr Landesrat, Sie in irgendeiner Art und Weise anzuschließen oder Ihnen Verfehlungen zu unterstellen, sondern worum es uns im Wesentlichen geht – und das unterscheidet uns auch ein wenig

von der ÖVP – ist, dass uns die Arbeitnehmer, die vielleicht im Jahr 2013 dort auf der Straße stehen werden, am Herzen liegen. Herr Kasic ist überhaupt ein Mensch, der scheinbar ein bisschen mehr in der Vergangenheit als in der Gegenwart beheimatet ist, (*LTabg. Kasic: „In der Zukunft!“*) denn er führt Herrn Prinzhorn an, den es – wenn ich jetzt richtig bin – bereits seit 2002 in der Politik nicht mehr gibt. Was aber jetzt auch neu für mich ist, dass die ÖVP beginnt, Unternehmer zu geißeln. Also das ist für mich etwas ganz Neues, das müsst ihr dann auch euren Wählern erklären, ob die das auch so haben wollen. Der Name Prinzhorn – verbessern Sie mich – ist aber auch glaube ich nicht in der Dringlichen Anfrage drinnen gestanden. Also ich weiß nicht, woher Sie das haben, das scheint mir ein bisschen weit her geholt.

Ich sage es noch einmal, Herr Kasic: Das Thema ist zu wichtig, als dass Sie die FPÖ hier geißeln für eine Dringliche Anfrage, wo wir ganz ehrlich und gewissenhaft nur wissen wollen: Was ist hier los und wie wird es dort mit den Arbeitnehmern weitergehen? Deswegen noch einmal, versucht bitte diesen polemischen Zuckerguss, versucht den wieder runterzunehmen, versuchen wir uns sachlich und fachlich über dieses Thema zu unterhalten, denn es geht – noch einmal – darum, dass hier bald vielleicht steirische Arbeitnehmer auf der Straße stehen werden. Für die wollen wir zumindest, ich weiß nicht wie das von Seiten der ÖVP ist, eine Lösung suchen. Danke schön. (*Beifall bei der FPÖ – 15.43 Uhr*)

Präsidentin Mag. Lackner: Danke schön. Jetzt liegen mir tatsächlich keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich komme nun zur Abstimmung.

Sehr geehrte Damen und Herren, zum Entschließungsantrag der Grünen betreffend Kontrolle der Geschäftsbeziehungen der KAGES mit Roche, wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, dann ersuche ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Ich stelle die mehrheitliche Ablehnung mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP fest.

Bevor wir zur Behandlung der Dringlichen Anfrage der KPÖ kommen, darf ich einen ehemaligen Kollegen des Landtages – er kann sich gar nicht so gut verstecken, dass man ihn nicht sieht – hier bei uns begrüßen, Herr Abgeordneter außer Dienst, Bürgermeister Ernst Gödl, herzlich willkommen! (*Allgemeiner Beifall*)

Nun kommen wir zur Behandlung der Dringlichen Anfrage der KPÖ vom Montag, dem 22. November 2010, eingebracht um 14 Uhr 09, an Frau Landesrätin Mag. Kristina Edlinger-Ploder betreffend „Wiedereinführung des Pflegeregresses“.

Ich erteile Frau Klubobfrau Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt. Bitte schön.

LTabg. Klimt-Weithaler (15:45 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Landesrätin, sehr geehrter Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Besucher und Besucherinnen!

Der Regress, die Rückersatzpflicht in der Sozialhilfe sowohl in der offenen als auch der sogenannte Pflegeregress, der wurde ja in der letzten Legislaturperiode, wie die meisten von Ihnen, die auch in der letzten Legislaturperiode hier schon als Abgeordnete tätig waren wissen, abgeschafft. Ich kann mich noch sehr gut an diese Landtagssitzung, wo dieser Beschluss gefasst wurde, erinnern. Denn einerseits hat die KPÖ sehr lange für diese Abschaffung gekämpft, allerdings wurden mehrmals sowohl von der SPÖ als auch von der ÖVP diese Anträge, wo es um die Abschaffung ging, immer wieder mit der Begründung, es seien zu hohe Kosten, abgelehnt. Dazu muss man jetzt aber wissen und das sage ich vor allem für die neuen Abgeordneten hier in diesem Haus: Unsere Anträge haben sich damals immer nur auf die Abschaffung des Regresses in der offenen Sozialhilfe bezogen. Und wenn man sich die Kostenpunkte anschaut, dann ist die Regressabschaffung, die rund zwei Millionen Euro ausmacht im Vergleich zum Pflegeregress, wo wir immerhin von Kosten in der Höhe von ca. 90 Millionen Euro reden, sind das vergleichsweise Peanuts, wenn ich das jetzt einmal hier so salopp ausdrücken darf. Ich kann mich weiter sehr gut an diese Landtagssitzung erinnern, weil es plötzlich ein Umdenken gab. Ein Umdenken bei der ÖVP, ein Umdenken bei der SPÖ. Plötzlich konnten sich beide damaligen Regierungsparteien vorstellen, diese Abschaffung des Pflegeregresses ja doch zu beschließen und sie wollten das auch gleich tun, vorerst noch ohne die offene Sozialhilfe. Wir haben dann dafür gesorgt und konnten den Landtag überzeugen, dass wenn schon der Pflegeregress abgeschafft wird, dass man dann unbedingt auch den in der offenen Sozialhilfe mitabschaffen muss und das ist uns zum Glück gelungen. Und ich kann mich deswegen noch sehr gut an diese Landtagssitzung erinnern, weil die damalige Sozialsprecherin der SPÖ, Martina Schröck und der damalige Sozialsprecher der ÖVP, Gregor Hammerl, hier selten so einig waren wie an diesem Tag. Ja, sie haben beinahe hier gemeinsam ein Freudenfest gefeiert und haben beide diese Abschaffung des Regresses sehr einig und sehr innig „Meilenstein in der steirischen Sozialpolitik“ genannt und das will ich Ihnen hier auch gar nicht absprechen, das war ja auch so - keine Frage! Und die Betroffenen waren erleichtert und ich denke mir, ich habe selbst seither in den Sozialsprechstunden der KPÖ sehr oft erlebt, dass es für die Menschen jetzt einfach leichter ist, wenn sie in eine Notlage geraten sind und deshalb gezwungen sind, Sozialhilfe zu beantragen, sich eben jetzt einfach leichter tun eben mit dem Wissen, dass sie diese Sozialhilfe nicht mehr zurückzahlen müssen, mit dem Wissen, dass auch nicht ihre Eltern oder

ihre gegebenenfalls erwachsenen Kinder zu so einer Rückzahlung herangezogen werden können. Damit ist diese Sozialhilfe, auf die ja bekanntlich ein Rechtsanspruch besteht, wirklich zu einer Überbrückungshilfe geworden. Beim Pflegeregress hat die Sache von Anfang an ein wenig anders ausgesehen, denn es ist ja nicht so, wie viele vermuten – ich glaube die Kollegin Lechner-Sonnek hat es heute auch schon einmal erwähnt – dass die Pflege und die Betreuung von Menschen in Heimen seit der Abschaffung völlig gratis ist. Ist ja nicht so, Besitztümer wie ein Haus oder eine Eigentumswohnung oder ein Vermögen werden ja weiterhin veräußert. Und die Abschaffung dieses Pflegeregresses betrifft einzig und allein die Angehörigen. Für diese ist das jetzt natürlich auch eine Erleichterung. Nun sollen genau diese Angehörigen wieder, so wie man in der vorigen Woche den Medien entnehmen konnte, zur Kasse gebeten werden. Ich möchte in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt lassen, dass es ja schon Schritte in diese Richtung, der Abschaffung, gegeben hat, nämlich indem man Hilfsbedürftige genötigt hat, Unterhaltsklagen gegen ihre Angehörigen einzubringen. Sie erinnern sich vielleicht, wir haben auch zu diesem Thema einmal eine Dringliche Anfrage eingebracht, aber auf dieses spezielle Problem möchte ich später noch eingehen, weil wir dazu auch noch einen Entschließungsantrag formuliert haben.

Wer sich jetzt mit der Materie ein bisschen genauer auseinandersetzt, sei es beruflich, weil er selbst oder Angehörige davon betroffen sind, der muss sich ja jetzt die Frage stellen: Wie kann denn das eigentlich sein? Vor zwei Jahren hat man das abgeschafft und jetzt wird laut darüber nachgedacht, das wieder einzuführen. Eine Antwort könnte sein: Die Verantwortlichen haben gewechselt. Der Pflegebereich ist ja jetzt nicht mehr im Sozialressort beim roten Landeshauptmannstellvertreter Schrittwieser angesiedelt, sondern im mittlerweile schwarzen Gesundheitsressort, das jetzt von Landesrätin Edlinger-Ploder geführt wird. Aber ich habe ja eingangs schon erwähnt, vor zwei Jahren waren sich ja noch beide Parteien – also auch die ÖVP – einig, dass sie das abschaffen wollen. Ja dann müsste man sich fragen: Wo bleibt denn dann jetzt zumindest einmal der Aufschrei der SPÖ? Ich habe bis dato noch nicht einmal einen Kommentar dazu vernommen und das gibt mir schon ein wenig zu denken. Vor allem gibt es mir auch zu denken, wenn der Kollege Zenz heute am Vormittag beim Tagesordnungspunkt 4 hier darüber spricht, dass er mit den Grünen oder mit dem Antrag der Grünen eigentlich sehr konform geht, dass sie dem Entschließungsantrag aber nicht zustimmen können und auf das Wort „Regress“ überhaupt nicht eingeht. Interessanterweise stimmen dann aber beide großen Parteien diesem Entschließungsantrag nicht zu und ich vermute stark, dass das mit dem Regress oder mit der von den Grünen nicht gewollten Wiedereinführung des Regresses etwas zu tun hat. Na ja, wie kann es denn anders sein, es fällt mir nur das Stichwort „Reformpartnerschaft“ dazu ein. Und diese Reformpartnerschaft treibt ja sehr seltsame ... (*Präsidentin Mag. Lackner: „Entschuldigung für die Unterbrechung!“*) ... Dankeschön, ich hoffe, es ist jetzt nicht am Wort „Reformpartnerschaft“ gelegen, dass plötzlich der Ton weg war. Ich wiederhole den letzten Satz gerne. (*LTAvg. Mag. Drexler: „Wir*

haben ein Tempo, da bleibt einem die Luft weg.“) Diese Reformpartnerschaft treibt ja seltsame Blüten, wie wir heute schon miterleben durften. Also, sind wir uns ehrlich, Herr Kollege Klubobmann Drexler: Wenn Ihnen auf eine Dringliche Anfrage noch vor einiger Zeit der damalige derzeit amtierende Landeshauptmann, wie Sie ihn damals immer genannt haben, so eine Antwort geliefert hätte – ich kann mir schwer vorstellen, dass Sie diese Antwort damals auch als verantwortungsvoll empfunden hätten, das glaube ich weniger. Aber mittlerweile werden mir langsam aber sicher endlich oder tun sich endlich Gedanken bei mir auf, wie ich jetzt diese Wahlslogans verstehen kann, nämlich in sozialer Harmonie mit der SPÖ scheint sich die ÖVP jetzt gut zu bewegen. Ich habe das im Wahlkampf selten, also eigentlich nicht so gut nachvollziehen können, was damit gemeint ist, aber vielleicht hat man sich ja schon im Wahlkampf überlegt, wie man künftig diese Arbeit hier angehen möchte. Das mit „mehr Steiermark“ verstehe ich immer noch nicht, aber vielleicht können Sie mir das einmal erklären.

Wir haben jetzt die Tatsache, dass die neue zuständige Landesrätin Edlinger-Ploder darüber nachdenkt – so wie wir durch eine Pressekonferenz erfahren konnten – ob es nicht eine sozial verträgliche Lösung geben soll für den Pflegeregress, weil die Kosten explodieren. Da muss ich mir schon die Frage stellen: Und das fällt Ihnen allen erst jetzt ein? Die KPÖ hat in der vergangenen Periode sich sehr intensiv mit dem Thema „Pflege“ auseinandergesetzt und verschiedenste Anträge, die zum Teil ja auch mit unterschiedlichen Mehrheiten beschlossen wurden, hier in diesem Haus eingebracht. Wir haben aber u.a. auch immer wieder darauf hingewiesen, dass die Kosten der Pflege nur dann eingedämmt werden können, wenn man bei den Heimbetreibern nicht auf gewinnorientierte Unternehmen setzt, sondern den öffentlichen und den gemeinnützigen Einrichtungen das Feld überlässt. Mit dem Thema Pflege darf keine Geschäftemacherei betrieben werden. Das haben wir hier an dieser Stelle schon sehr oft gesagt und dazu hat sich der Steiermärkische Landtag – und das möchte ich Ihnen hier an dieser Stelle auch noch einmal in Erinnerung rufen – mit einem Landtagsbeschluss auch dazu bekannt. Frau Landesrätin, Sie haben in Ihrer Pressekonferenz gesagt, dass die Kosten explodieren oder dass diese Kostenexplosion dadurch hervorgerufen wurde, weil eine große Anzahl von Menschen mit niedriger Pflegeeinstufung die Abschaffung des Regresses nutzen, um sich teure Heimplätze zu sichern. Also ich muss dazu sagen: Angesichts der Tatsache, dass die dramatische Kostenentwicklung im Pflegebereich seit Jahren bekannt sein dürfte und bereits unabhängig von der Abschaffung des Regresses Dimensionen erreicht hat, die die Sozialhilfeverbände und das Land Steiermark vor sehr große Schwierigkeiten stellen, wirkt diese Begründung für mich jetzt zu diesem Zeitpunkt einigermaßen absurd. Es ist den verantwortlichen Regierungsmitgliedern ja seit Jahren bekannt, wer die tatsächlichen Kostentreiber im Pflegebereich sind. Es sind nämlich gewinnorientierte private Pflegeheimbetreiber, die mit öffentlichen Mitteln gewaltige Mittel einfahren. Die KPÖ hat bereits seit Jahren bereits systematisch Vorschläge gemacht, wie man der Kostenentwicklung im

Pflegebereich Herr werden kann, und hat diesbezüglich eben diese Reihe von Anträgen, die ich vorher schon erwähnt habe, eingebracht, und von denen haben nicht wenige eine Mehrheit gefunden.

Wir haben aber nicht nur Anträge in der vergangenen Periode eingebracht, sondern wir haben auch eine Pflegebroschüre herausgebracht, wo wir festgeschrieben haben, wie wir uns die Pflege vorstellen und wo wir auch eine Menge von Finanzierungsvorschlägen gemacht haben. Frau Landesrätin, ich möchte Ihnen ein Exemplar dieser Pflegebroschüre heute gerne mitgeben und Sie auch bitten und mir wünschen, dass Sie diese wirklich einmal durchlesen, weil es würde mich interessieren, was Sie zu dem einen oder anderen Vorschlag auch sagen. Denn wir zeigen hier ja auf, dass es auch anders gehen kann. Wir treten für eine Finanzierung der Pflege auf allgemeinen Steuermitteln ein, die mittels einer verstärkten Gewinn- und Vermögenssteuerung aufgebracht werden soll und wir fordern die Abschaffung der Höchstbeitragsgrundlage in der Sozialversicherung, um nur einige Beispiele zu nennen. Herr Kainz, ich gebe Ihnen dann auch noch gerne ein Exemplar mit.

Es ist unserer Meinung nach im höchsten Maße unsozial, wenn man nun hergeht und die Heimpflege für die Betroffenen und deren Angehörige durch eine, wie Sie es in Ihrer Pressekonferenz genannt haben, eigenverantwortliche Mitfinanzierung womöglich so gestaltet, dass sie für die Betroffenen und die Angehörigen nicht mehr finanzierbar ist. Vor allem, ich kann mir schwer vorstellen, wie so eine eigenverantwortliche Mitfinanzierung aussehen soll. Sie wissen genau so gut wie ich, dass 80 % der Betroffenen ihre Pflege und Betreuung ohnehin nicht ohne Zuschüsse und Beihilfen sich leisten können. Also wir sprechen bei dieser Personengruppe, bei dieser Zielgruppe ja nicht wirklich von einem marktfähigem Publikum.

„In Österreich, einem der reichsten Länder der Welt, darf die Pflege und Betreuungsbedürftigkeit von Menschen kein individuelles Risiko sein. Allen Menschen muss ausreichend Hilfe und Betreuung durch staatliche und solidarische Leistung finanziert werden.“ Diese letzten beiden schönen Sätze habe nicht ich erfunden, sondern die habe ich der letzten Volkshilfebroschüre zum Thema Pflege und Betreuung entnommen, deren Präsidentin Barbara Gross ja auch Ihre letzte Landtagspräsidentin war, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der SPÖ. Und ich bin durchaus schon gespannt auf Ihre Debattenbeiträge hier im Anschluss an unsere Dringliche Anfrage, denn ich bin neugierig, wie Sie sich äußern. Bis jetzt hat man von Ihnen zu dieser Pressekonferenz von der Kollegin Edlinger-Ploder noch keinen Laut vernommen.

Wir haben uns zu dieser Dringlichen Anfrage entschlossen, weil man hier, wenn laut über die mögliche Wiedereinführung des Pflegeregresses nachgedacht wird, unserer Meinung nicht wie drei Affen Augen, Ohren und Mund zuhalten darf. Altsein ist ein Teil des Lebens und alte Menschen sind ein Teil unserer Gesellschaft, ebenso wie Menschen, die durch einen Unfall oder durch Krankheit zu Pflegebedürftigen werden. Und wenn nun aus Kostengründen gespart werden soll, dann darf nicht genau bei jenen angesetzt werden, die es am notwendigsten haben. Ihre sozialverträglichen

Lösungsvorschläge, liebe Kolleginnen und Kollegen der ÖVP, die kennen wir ja schon sehr gut aus der Mindestsicherungsdebatte. Und wenn ich das jetzt salopp und grob zusammenfassen darf, dann waren Ihre Vorschläge damals jene: „Gebt den Ärmsten weniger, damit sich die Armen nicht aufregen.“

Bereits im vergangenen Wahlkampf hat die KPÖ immer wieder davor gewarnt, dass soziale Errungenschaften wie z.B. die Abschaffung des Regresses, oder aber auch der Gratiskindergarten – über den wurde heute auch schon kurz geredet – leicht wieder abgeschafft werden könnten. Wir werden weder dem einen noch dem anderen zustimmen. Sparmaßnahmen auf Kosten jener, die immer weniger verdienen und zu den Schwachen in unserer Gesellschaft gehören, das ist mit der KPÖ auf keinen Fall zu machen. Ich hoffe, dass Sie uns, Frau Landesrätin, heute Antworten auf diese Dringlichen Fragen geben werden und ich stelle deshalb Folgende an Sie:

1. Wie groß ist der Prozentsatz der mit Pflegestufe eins eingestuften BewohnerInnen an den in stationären Einrichtungen untergebrachten Pflegebedürftigen?
2. Wie hat sich dieser Prozentsatz seit 1.11.2008 verändert?
3. Um welchen Prozentsatz haben sich die Tagsätze für Pflegeheime in den vergangenen fünf Jahren im Vergleich zum jeweils vorausgegangenen Jahr erhöht?
4. Der medial breit beworbenen Abschaffung des Angehörigenregresses folgte die neu eingeführte Praxis, Pflegebedürftige zu Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen zu zwingen. Jetzt, zwei Jahre später, wird über Zeitungsberichte das Vorhaben in Aussicht gestellt, den Angehörigenregress zumindest teilweise wieder einzuführen. Glauben Sie, dass Angehörige pflegebedürftiger Menschen angesichts dessen planbare und stabile Rahmenbedingungen für die Ordnung ihrer Lebensumstände vorfinden? Glauben Sie, dass angesichts von im Jahrestakt wechselnder Verhältnisse im Pflegebereich der Vertrauensschutz gegenüber Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen weiterhin ausreichend gegeben ist?
5. In einer Stellungnahme der Landesregierung vom 5.10.2009 zu einem Antrag der KPÖ, der zum Inhalt hatte, die Kosten der stationären Pflege auf einen kostendeckenden Tagsatz zu beschränken, wurde von der Fachabteilung 11A ausgeführt, dass durch die normierten Tagsätze eine Kostendeckung erreicht würde und eine Subventionierung privater Träger daher nicht stattfände. Die Pflegeheimpreise, so die Stellungnahme weiter, wurden so festgesetzt, dass eine kostendeckende Leistungserbringung im Hinblick auf die betriebswirtschaftlichen Möglichkeiten der Leistungserbringer möglich ist. Zusätzliche Mittel, die beispielsweise Cashflow fördernd sind und über einer Kostendeckung liegen, wurden nicht angesetzt.

Wenn auch private Betreiber kostendeckend operieren müssen, wie ist es dann ihrer Ansicht nach möglich, dass beispielsweise die IMMAC-Gruppe ihre Renditefonds, die in Pflegeheime in der

Steiermark investieren – mit dem Versprechen monatlicher Ausschüttungen von 6,5 % bis 8 % – bewerben kann?

6. Mit dem Landtagsbeschluss Nr. 1729 aus der 55. Sitzung der XV. Gesetzgebungsperiode vom 17. November 2009 wurde die Landesregierung aufgefordert, dem Landtag ehestmöglich ein Konzept vorzulegen mit dem Ziel, die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel für die Unterbringung in einer stationären Pflegeeinrichtung mittelfristig auf öffentliche und gemeinnützige Heimträger zu beschränken, um in Zukunft auszuschließen, dass öffentliche Gelder zur Subventionierung privater Gewinne verwendet werden. Wie weit sind die Vorbereitungen für die Vorlage eines solchen Konzeptes gediehen?
7. Wann werden sie dem Landtag ein dem Beschluss 1729 entsprechendes Konzept vorlegen?
8. Wie vielen Pflegebedürftigen wird derzeit die Sozialhilfe mit der Begründung verweigert, es seien zuerst Unterhaltsansprüche gegen Angehörige notfalls gerichtlich durchzusetzen?
Bei wie vielen der Betroffenen handelt es sich um volljährige Erwachsene, die verhalten wurden, gegen ihre Eltern Unterhaltsansprüche durchzusetzen?
Bei wie vielen der Betroffenen handelt es sich um Eltern volljähriger Kinder, die gezwungen wurden, Unterhaltsansprüche gegen ihre erwachsenen Kinder durchzusetzen?
9. Wie lange ist die durchschnittliche Verweildauer der Pflegebedürftigen in den steirischen Pflegeheimen derzeit?
10. Wie groß ist der Anteil der Mittel, die durch solche Unterhaltsklagen aufgebracht wurde, im Verhältnis zu den gesamten Pflegekosten, die dem Land Steiermark erwachsen?
11. Das Ergebnis des Rechnungshofberichtes der Stadt Graz „Erhöhung der Tagsätze für Pflegeheime ab 1. Jänner 2009 – Prüfung des Normkostenmodells“, aber auch das Ergebnis einer betriebswirtschaftlichen Studie zum Pflegeheimbereich, die gemeinsam von den Kostenträgern in Auftrag gegeben wurde, haben zutage gefördert, dass das bestehende Normkostenmodell zu weitaus überhöhten Abgeltungen für die Pflegeheimbetreiber führt. In der Beantwortung der schriftlichen Anfrage Einl.Zahl 3423/1, in der XV Gesetzgebungsperiode stellte Landeshauptmannstellvertreter Siegfried Schrittwieser in Aussicht, eine Überarbeitung des bestehenden Normkostenmodells mit Beginn 2010 einzuleiten. Wie weit sind die Vorarbeiten für eine Überarbeitung des Normkostenmodells gediehen, und welche finanziellen Auswirkungen sind für das Land Steiermark durch dessen Implementierung zu erwarten?
12. In der vergangenen Gesetzgebungsperiode ist die ÖVP mit Klubobmann Christopher Drexler an der Spitze mit der Forderung an die Medien getreten, das Normkostenmodell zu evaluieren, da die ausbezahlten Tagessätze um 9 bis 14 % Prozent zu hoch wären. Stehen sie zum von ihrer Fraktion formulierten Ziel, die Kosten im Pflegebereich durch eine Berichtigung des Normkostenmodells zu erreichen?

Ich bitte um Beantwortung. (*Beifall bei der KPÖ – 16.05 Uhr*)

Präsident Ing. Wegscheider: Ich erteile Frau Landesrätin Mag. Kristina Edlinger-Ploder das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage.

Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder: Sehr geehrte Frau Klubobfrau, Hohes Haus, Regierungskollegen!

Ja, bereits als ich das Gesundheits- und Pfliegeressort übernommen habe, war mir klar, dass insbesondere die Zukunftssicherung von Pflege für dieses Land einen dringenden Handlungsbedarf brauchen wird bzw. dass dieser gegeben ist. In den letzten etwa 20 Tagen und den ersten Gesprächen darf ich sagen: Ja, dieses Bild hat sich noch erhärtet. Es ist schlichtweg so, dass derzeit die Gemeinden und das Land Steiermark mit der Dynamik der Pflegekosten überfordert sind bzw. insbesondere in Zukunft auch so nicht schaffen können. Ich möchte Ihnen dazu noch einmal die Kostenentwicklungen anhand zweier Zahlen in Erinnerung rufen: Der Rechnungsabschluss 2005 hat eine Nettobelastung für in dem Fall Land und Gemeinden von etwa 82,7 Millionen Euro gebracht, der Rechnungsabschluss 2009, also fünf Jahre später, belief sich auf 180 Millionen Euro. Ich glaube, anhand dieser doch sehr dramatischen Entwicklung lässt sich schon sehen, wie dringend dieser Handlungsbedarf ist.

Sie haben allerdings ausgeführt in Ihrer Begründung bzw. in Ihren Fragen und diesen versteckten Vermutungen, dass es insbesondere nur daran liegt, dass das Land Steiermark sehr viele Heimbetreiber hat bzw. eben mehr private Heimbetreiber als andere Bundesländer. Ich möchte Ihnen dazu etwas sagen: So einfach kann man sich die Sache nicht machen. Diese Kostensteigerungen sind meiner Meinung nach mit zwei anderen wichtigen Punkten sehr verknüpft, natürlich mit der Zunahme der älter werdenden Bevölkerung – ich glaube, dass die demografische Entwicklung in diesem Fall eine große Rolle spielt. Ein weiterer Punkt ist ein sehr positiver, eine zunehmende Qualitätssteigerung im Bereich der Pflege. Wenn Sie sich in den letzten Jahren zurückerinnern, wie oft und in wie vielen Möglichkeiten wir auch Qualitätsstandards eingezogen haben, ob im Bereich Infrastruktur, oder im Bereich Personal, dann kann man sich glaube ich schon auch denken - und ist das relativ gut nachvollziehbar - dass insbesondere dadurch natürlich auch die Kosten der stationären Pflege in die Höhe gehen.

Zu Ihren Fragen darf ich insbesondere auch Danke sagen, weil das, was Sie aus Zeitungen zitiert haben, nicht unbedingt das war, was ich gesagt habe und es gibt mir auch die Möglichkeit, die eine oder andere Aussage richtig zu stellen - insbesondere bei der Frage eins, wie groß der Prozentsatz, der mit Pflegestufe eins eingestuften Bewohnerinnen und Bewohnerin den stationären Einrichtungen ist. Dieser Prozentsatz beträgt etwa 3,5 % und er beläuft sich auf etwa 350 Bewohnerinnen und Bewohner. Ich habe allerdings ausgeführt, dass über 3.500 Menschen – bei der Pressekonferenz habe

ich von 3.000 gesprochen – stationär aufgenommen worden sind, die derzeit in der Pflegestufe eins bis drei zu sichten sind. In so ferne kann ich mich nicht entschuldigen, ich habe einige Zeugen, dass es so passiert ist, aber ich glaube, solche Fehler können auch passieren. Tatsache ist aber, dass in diesen Pflegestufen eins, zwei und drei in den stationären Einrichtungen zusammengezählt etwa 35,5 % der Patienten liegen, d.h. über ein Drittel sind quasi stationär aufgenommen in diesen „niedrigen“ Pflegestufen. Und das passt genau zu dem Thema, das ich auch heute schon angesprochen habe, wo ich die Aussagen von Klubobfrau Lechner-Sonnek doppelt unterstreichen möchte: Es ist nicht so, dass Menschen in erster Linie gerne ins Heim gehen, sondern dass gewisse – wie soll ich sagen – Umstände diesen Heimb Besuch insbesondere auch in diesen ersten drei Pflegestufen bewirken. Dieser Prozentsatz hat sich in den letzten Jahren in einem Auf und Ab sehr wenig bewegt, es gab natürlich einen Anstieg als der Regress abgeschafft wurde, es gibt aber ganz normal auch eine Steigerung aller Pflegestufen, sprich aller Heimbewohner.

Sie fragen in Frage drei, um welchen Prozentsatz sich die Tagsätze für Pflegeheime in den vergangenen fünf Jahren erhöht haben. Auch dazu gibt es natürlich eine Antwort. Aber im Jahr 2006 wurde das Normkostenmodell evaluiert und in den Jahren 2009 und 2010 wurden die Tagsätze aufgrund der Vorschläge der Schlichtungsstelle erhöht. Ich darf sie Ihnen wie folgt mitteilen:

Im Jahr 2005 gab es für alle Einrichtungen eine einprozentige Tagsatzerhöhung. 2006 waren es 13,5 %, 2007 kam es zu einer Steigerung von 8,95 %. 2008 gab es dann eine Splittung, nämlich die Einrichtungen, die den BAGS anwenden und Einrichtungen, die das nicht tun, sondern mit dem Privatkollektivvertrag arbeiten. Die BAGS-Einrichtungen wurden mit 8,21 % erhöht, die anderen mit 1,36 %. 2009 kam es dann in den BAGS-Einrichtungen zu einer Erhöhung von 11,42 %, in den anderen zu einer Erhöhung von 6,57 % und 2010 gab es in den Einrichtungen mit BAGS 1,37 % Tagsatzerhöhungen, in den anderen eine Steigerung von 1,32 %.

Zu Frage 4: Es ist richtig, Sie haben es erwähnt, viele waren dabei, im November 2008 wurde die Rückersatzpflicht - also kurz Regress - sowohl in der geschlossenen, als auch in der offenen Sozialhilfe vom Landtag Steiermark abgeschafft, jedoch die Unterhaltsregelung, die aus dem ABGB kommt, im § 5 des Sozialhilfegesetzes unverändert aufrecht belassen. Seither sind die Ansprüche unter dem Titel „Rückersatz“ nicht mehr einzuheben, sehr wohl unter dem Titel „Unterhalt“. Insbesondere und auch wissend, dass es einige Rechtsfälle gibt, die durchaus strittig sind und meiner Meinung nach im konkreten Fall für mich überhaupt nicht schlüssig. Geht es für mich darum, dass wir im Pflegebereich neben anderen Fragen der zukünftigen Finanzierung – und diese werde ich unter anderem morgen gemeinsam mit den Länderkollegen und Bundesminister Hundstorfer auch in einer außerordentlichen SozialreferentInnenkonferenz besprechen, Stichworte „Pflegefonds“, „Pflegeversicherung“, Stichwort „24-Stunden-Betreuung“ etc.. Aber grundsätzlich ist es mir schon auch wichtig, dass ein Unterstützungssystem zwei Leitmotiven zu folgen hat, einerseits dem

Generationenvertrag und andererseits der Subsidiarität. Das heißt, die Gemeinschaft muss dort helfen, wo sich der Einzelne oder die Familie nicht mehr helfen kann und Unterhalt ist für mich eine der Grundlagen sozialer Absicherungen. Unterhaltsregelungen beruhen darauf, dass sich Familienmitglieder gegenseitig unterstützen. Das basiert sowohl auf dem Solidaritätsprinzip als auch auf dem Prinzip der innerfamiliären Fürsorge. So wie es für mich als Mutter selbstverständlich ist, Fürsorge, Betreuungs- und natürlich auch Bezahlungspflichten für meine Kinder zu übernehmen, lebt mein Familienbild davon, dass sich auch Kinder gegenüber ihren Eltern verantwortlich fühlen sollen. Dieser Regress, die Rückersatzforderung ist in diesem Sinne eine sehr vereinfachende Lösung für die Verwaltung, was sehr positiv ist, diesen Generationenvertrag auch in formaler Hinsicht festzuschreiben. Und wenn ich von sozial verträglich spreche, dann meine ich, dass sowohl Kinder als auch Eltern, die regresspflichtig sind, nicht dadurch in Schwierigkeiten geraten dürfen, ihren eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten. Das ist keine Frage und ich glaube, das ist auch der Grundsatz, unter dem diese Überlegungen basieren. Ich glaube, auch Ihnen ist ein Rechen- oder kurzer Sprachfehler unterlaufen, wenn Sie davon sprechen, dass die Rückersatzpflicht im Pflegebereich 90 Millionen Euro ausmacht, dann kann ich sagen: Da sind Sie weit weg davon. Wenn wir vom Regress reden und die alte Regelung hernehmen würden, dann kämen wir auf Beträge zwischen 15 und 20 Millionen Euro, das vielleicht auch nur zur Relation, die wir dabei herstellen. Das heißt, wenn wir über eine Pflegefinanzierung reden, dann ist es mir ein Anliegen, auch zu versuchen, die verschiedenen Bausteine möglicher Pflegefinanzierung zusammen zu stellen, die allerdings eine nachhaltige und kontinuierliche Pflegeleistung auch in den kommenden Jahren und für die kommenden Generationen sicherstellt.

Zur Frage 5 muss ich leider mit Unwissenheit glänzen, ich kenne die IMMAC-Gruppe nicht, ich kenne den Inhalt Ihres Rendite-Fonds nicht und ich kann Ihnen aus diesem Grund auch dazu überhaupt keine Auskünfte geben, inwieweit hier diese Gewinnausschüttungen möglich sind.

Zur Frage 6: Seit der Einführung des Normkostenmodells 2006 ist es ja jetzt schon so, dass wir unabhängig von den Betreibern eines Pflegeheimes diesen Tagsatz, sprich diese Leistung, bezahlen. Das heißt also, für die Verwaltung, für uns als Geldgeber, wenn Sie so wollen ist es vollkommen irrelevant, ob ein privater, ein gemeinnütziger oder öffentlicher Betreiber am Werk ist, weil eben genau durch das Normkostenmodell für alle die Tagsätze gleich berechnet werden. Mir ist aber wichtig – und in so ferne gebe ich Ihnen schon recht im Ansatz der Frage – dass es schon eine Balance gibt zwischen privaten und öffentlichen, bzw. gemeinnützigen Betreibern. Ich denke, dass das richtig und wichtig ist, auch um mehr Kompetenzen zu erlangen als öffentlicher Betreiber beispielsweise: Wie ist ein Pflegeheim zu führen? Wo sind die Problematiken? Wo sind die Schwierigkeiten? Und in so ferne auch als Verhandler gegenüber privaten Betreibern aufzutreten. Ich möchte aber auch dazu sagen, dass wir das Kind nicht mit dem Bade ausschütten sollen. Wir müssen natürlich fragen: Woher

kommen so viele private Betreiber in der Steiermark? Sie waren bereit, in einer Aufbauzeit und ich bin sicher, ich habe es jetzt hier nicht ganz genau, aber die letzte Dynamik der Entstehung von Pflegeheimen und Pflegebetten ist in den letzten zehn Jahren unheimlich rasant gestiegen. Die Investitionskosten und die Initiativen, diese Heime auch aufzustellen, sind insbesondere von Privaten gekommen, die in diesem Fall auch die öffentliche Hand sehr unterstützt haben, möglichst schnell das Leistungsangebot zu vergrößern.

Frage Nummer 7: Dieses Konzept eines Ausgleiches privat-öffentlich ist mir nicht bekannt, auch die Vorbereitungen nicht. Allerdings halte ich dieses Konzept nicht für maßgeblich und relevant. Mir ist es wichtiger, eine Dienstleistungsqualität, d.h. die Qualitätsstandards festzuschreiben, die notwendig sind, um optimale Pflege zu gewährleisten und für die Erbringung dieser Standards auch einen gerechtfertigten und fairen Preis zu ermitteln. Insbesondere weil Sie auch angesprochen haben Untersuchungen einerseits des Rechnungshofes der Stadt Graz, andererseits im Auftrag von Städte und Gemeindebund, auch ich habe diese Unterlagen schon durchgelesen und ich glaube, da ist ein ganz wichtiger Hinweis neben vielen Detailfragen drinnen. Ich glaube, wir müssen in Zukunft sehr genau schauen, dass wir die Frage der Qualitätsstandards im Infrastrukturbereich nicht über die Maßen aufweiten bzw. hier zum Teil – wie soll ich sagen – Luxushotellerie fördern, sondern dass wir uns konzentrieren müssen auf die Qualität der Dienstleistung, sprich der konkreten Pflege. Auch das in diesen zwei Untersuchungen glaube ich sehr gut angesprochen und richtig erkannt worden.

Zu den Fragen 8 und 10 liegen in der Abteilung keine Daten vor, bzw. auch aus den Bezirksverwaltungsbehörden keine Daten vor.

Zur Frage 9: Die durchschnittliche Verweildauer beträgt derzeit etwa 3,2 Jahre.

Die Frage 11 kann ich in so ferne beantworten, als ich schon Kenntnis bekommen habe, dass bei meinem Ressortvorgänger, also in dem Fall Kollege Schrittwieser – ist er hier? – eine Besprechung stattgefunden hat im September, u.a. mit den unterschiedlichen Verbänden, d.h. öffentliche Heimbetreiber, Vertreter der gemeinnützigen Träger, aber auch mit dem Verband der Altenheim- und Pflegebetreiber. Und dabei wurde vereinbart, was ich unabhängig davon auch gerne gemacht hätte, das Normkostenmodell bis zum Sommer 2011 einer Evaluierung zu unterziehen. Also das ist ausgemacht, an diese Abmachung werde ich mich auch halten und bin selbst daran interessiert, dieses Normkostenmodell noch einmal durchzuschauen.

Zur Frage Nummer 12 darf ich auf meine vorangegangenen Aussagen replizieren. Mir ist es schlichtweg wichtig, dass wir uns konkret dazu äußern: Wie soll Pflege stattfinden? Dabei bekenne ich mich auch zu einem Vorrang der menschlichen Handhabe, sprich Dienstleistung gegenüber den Bauten und nach dieser Zielformulierung dann auch mit den jeweiligen Heimbetreibern, die meiner Meinung nach durchaus auch gemischt stattfinden können, eine gute Lösung zu finden.

Zum Abschluss darf ich unabhängig der nicht erfolgten Beschlussfassung aber bekannt geben, damit das auch vielleicht einige regionale Abgeordnete hier gleich wissen: Ich gebe derzeit keine Einzeltermine mit Ansuchen um neuerliche Bewilligung von Pflegeheimen oder Pflegeplätzen frei, denn ich habe mich entschlossen, zu warten, bis die aktualisierte Bedarfs- und Entwicklungsplanung vorliegt und nur anhand dieser auch tatsächlich regionale Differenzen auszugleichen und dort, wo wir bereits regional eine Grundversorgung im stationären Bereich erreicht haben, auch keine öffentlichen Mittel mehr für die Förderung von neuen Pflegeheimen oder Pflegeplätzen zu investieren. Was richtig ist, ist nur, dass in jedem Fall auch eine mobile Versorgung, eine mobile Ausstattung in den Regionen draußen Teil einer Untersuchung sein muss, d.h. sobald ich einen Deckel einziehe oder sogar eben auch die Frage stelle, inwieweit Pflegeheimbedürftigkeit in den unteren Pflegestufen eins bis drei gegeben sein soll, muss ich natürlich auch für die Angehörigen, für die Familienangehörigen ein Backup-System vorbereitet haben, dass sich mit dem Thema „mobile Betreuung“, „Tagespflege“ oder „Kurzzeitpflege“ auch beschäftigt. Danke schön. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ – 16.24 Uhr)*

Präsident Ing. Wegescheider: ich bedanke mich für die Beantwortung der Frau Landesrätin und eröffne nunmehr die Wechselrede zu dieser Anfrage und weise auf die Redezeiten hin: Für Regierungsmitglieder sowie Hauptredner je 20 Minuten maximal und die Debattenredner nicht länger als 10 Minuten. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler.

LTAbg. Klimt-Weithaler *(16.25 Uhr)*: Geschätzter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landesrätin, Herr Landesrat!

Zuerst einmal Dankeschön für die ausführliche Anfragebeantwortung. Was ich aber schon ein bisschen eigenartig finde, ist, dass Sie mir zu der Frage fünf gar keine Auskunft geben konnten, denn ich denke, Sie haben in Ihrem Büro ja sehr engagierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und die hätten da ja auch recherchieren können, sowie das bei anderen Fragestellungen auch gemacht wird. Also das finde ich sehr interessant, dass da gar keine Antwort zustande gekommen ist. Dass es keine Daten gibt, was unsere Frage zehn anbelangt, das glaube ich, denn dazu kommt nämlich unser Entschließungsantrag, denn ich sehe diese Unterhaltsregelungen, so wie Sie es geschildert haben ja ähnlich. Es geht uns ja nicht darum, dass wir sagen: Unterhaltspflicht soll nicht mehr bestehen, also diese Verantwortung der Kinder den Eltern gegenüber und umgekehrt, die sehen wir ja auch so. Wir haben aber festgestellt, dass das in der Praxis jetzt plötzlich Auswirkungen hat. Diese Unterhaltsregelungen haben ja immer schon bestanden, die sind ja nicht mit Abschaffung des Regresses mit eingeführt worden und wir haben Folgendes festgestellt und dazu kommt jetzt auch die Begründung unseres Entschließungsantrages, den ich im Anschluss einbringen möchte. Also mit der Abschaffung des Regresses wurde unserer Meinung nach diese Regelung dann binnen kürzester Zeit

ausgehebelt, weil die Praxis gezeigt hat, dass Unterhaltspflichtige wie eben Eltern, Kinder, Ex-Partner, Ex-Ehepartner, Ex-Ehepartnerinnen in einem weitaus höherem Umfang als vor der Abschaffung des Regresses gebeten werden, dieser Unterhaltspflicht nachzukommen. Das widerspricht unserer Meinung nach klar dem Auftrag des Gesetzgebers, denn die Situation hat sich gegenüber der ursprünglichen Regressregelung massiv verschlechtert. Sozialhilfe wird nun nämlich erst gar nicht mehr ausgezahlt, sondern schon im Vorfeld kommt es eben zu dieser Einbringung der Unterhaltsklage. Das widerspricht der Intention des Sozialhilfegesetzes, nämlich dass eine bestehende Notlage beseitigt oder eine drohende Notlage abzuwenden ist, das steht im § 1 Abs. 3 des Steiermärkischen Sozialhilfegesetzes. Außerdem ist die Ersatzpflicht des Unterhaltspflichtigen weitaus höher, als es nach der Regressregelung der Fall war. Der Regress war mit 16 % des Einkommens begrenzt, der Unterhalt kann bis zu 22 % betragen, also das meine ich mit massiver Verschlechterung. Es wurde dann auch deshalb von der Fachabteilung 11A per Erlass sichergestellt, dass zumindest Kinder vom Pflegeregress ausgenommen werden. Unserer Meinung nach wäre es auch notwendig, per Erlass sicherzustellen, dass künftig gesetzliche Unterhaltspflichten gegenüber Erwachsenen Sozialhilfebeziehern und -bezieherinnen vom Rückersatz auszunehmen sind. Und unserer Meinung nach wäre langfristig natürlich eine gesetzliche Regelung unerlässlich.

Ich möchte deshalb einen Entschließungsantrag einbringen, der wie folgt lautet:

Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. Die vom Landtag erst am 16.9.2008 beschlossene Abschaffung des Regresses im Steiermärkischen Sozialhilfegesetz nicht anzutasten,
2. Sicherzustellen, dass aus dem ABGB erwachsende Unterhaltsansprüche von volljährigen Kindern gegenüber ihren Eltern, von Eltern gegenüber ihren Kindern und von Ex-Ehegatten (§§ 94, 140 ABGB) von der Ersatzpflicht des Aufwandes des Sozialhilfeträgers anzunehmen bzw. bei der Berechnung des Einkommens der Hilfeempfängerin/des Hilfeempfängers nicht zu berücksichtigen sind und
3. dem Landtag binnen drei Monaten einen Entwurf für eine Novelle des Steiermärkischen Sozialhilfegesetzes vorzulegen, die sicherstellt, dass aus dem ABGB erwachsende Unterhaltsansprüche von volljährigen Kindern gegenüber ihren Eltern, von Eltern gegenüber ihren Kindern und von Ex-Ehegatten (§§ 94, 140 ABGB) weder als Einkommen der HilfeempfängerIn noch als Rechtsanspruch oder Forderung im Sinne des § 28 Abs. 4 Steiermärkisches Sozialhilfegesetz zu verstehen sind.

Ich bitte um Annahme. (*Beifall bei der KPÖ – 16.29 Uhr*)

Präsident Ing. Wegscheider: Als nächste Wortmeldung liegt mir eine Wortmeldung von Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek vor.

LTabg. Lechner-Sonnek (16.42 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, sehr geehrte Damen und Herren!

Es geht hier beim Regress in diesem Zusammenhang nicht nur um Menschen, die pflegebedürftig sind aufgrund ihres Alters, sondern auch um Menschen mit Behinderung, zumindest ist es angekündigt worden.

Ich möchte bei den Menschen mit Behinderung beginnen. Wir haben vor einigen Jahren – ich könnte es jetzt gar nicht genau sagen, wann das war, auf jeden Fall länger als zehn Jahre – unter der damaligen Landesrätin Rieder einen Kostenzuschuss oder Regressregelung, die nach einem Jahr wieder aufgehoben wurde, weil sie so viele neue Probleme aufgeworfen hat, dass auch die Landesrätin und der Landtag das Einsehen hatten und die Regelung zurückgenommen haben. Ich habe vor ein paar Jahren, wie wir das Behindertengesetz besprochen und verhandelt haben, gefragt – und das ist für mich eine sehr zentrale Frage – wie viel kostet in der Verwaltung die Exekutive des Regresses? Wir haben ein Jahr gehabt, in dem Menschen mit Behinderung bzw. ihre Angehörigen dazuzahlen mussten. Wir wissen, was der Zeitraum war. Ich wollte wissen, wie viel ist rein gekommen in den Regress und wie viel hat das in der Verwaltung gekostet? Das kann man ja errechnen irgendwie. Beide Fragen wurden nicht einmal ansatzweise beantwortet. Die Antwort war: „Da gibt es keine Aufzeichnungen.“ Das sehe ich als Problem an, das wäre im Moment sehr hilfreich, das zu wissen.

Zweiter Punkt: Menschen mit Behinderung leben in einem Armutsrisikobereich, das ist erwiesen, das ist jetzt keine Behauptung von mir, das ist erwiesen. Es gibt ein paar Indikatoren für Armut bzw. ein paar Lebenssituationen, die dorthin führen und Behinderung in der Familie ist ein solcher Faktor. Vor dem Hintergrund muss man sich bewusst machen, mit wem es zu tun hat, wenn man darüber nachdenkt, Familienangehörige zur Kassa zu bitten. Ich habe in dem Bereich gearbeitet habe, in meinen zehn, elf Jahren in diesem Bereich ich weiß nicht wie viele Eltern kennen gelernt, die Hilfsmittel anschaffen müssen – übrigens Hilfsmittel werden auch jetzt schon nicht zu 100 % von der öffentlichen Hand und den Versicherungen bezahlt, die diese Hilfsmittel, die oft viele tausend Euro kosten pro Hilfsmittel, vorfinanzieren müssen und stapelweise Unterlagen haben über einen Schriftverkehr, mit dem sie versuchen, Teile dieser hohen Beträge zurückzubekommen von der Sozialversicherung, vom Land usw. und so fort. Ich habe da nicht wirklich Menschen kennen gelernt, die sagen: „Das ist mir egal“, sondern Menschen, die zusätzlich zu dieser Situation, dass ein behindertes Kind in der Familie ist oder ein behinderter Erwachsener auch noch sehr finanziell belastet wurden und viel Zeit investieren müssten, dass sie überhaupt einen Teil zurückbekommen haben. Wenn man z.B. Familien jetzt finanziell belastet oder ihnen etwas abverlangt, wenn z.B. Kinder eine Frühförderung bekommen sollen, oder wenn es darum geht, ob ein junger Angehöriger eine Qualifizierung bekommen kann, dass er einen Beruf lernt, wenn man in diesem Bereich ansetzt mit

Regress, dann heißt das – und das ist auch erwiesen, weil es hat ja schon zweimal die Situation gegeben – dass die Inanspruchnahme zurückgeht. Das heißt, weniger Menschen, weniger Kinder bekommen Frühförderung, weniger Menschen bekommen Schulungen. Das ist vielleicht auch genau das, was damit erzielt werden soll, dass die Inanspruchnahme eingedämmt wird. Aber ich habe einen Wunsch und eine Bitte an alle, die zuständig sind und in diesem Bereich arbeiten: Denken Sie bitte die Sache weiter! Damit hört es nicht auf. Es hört ja nicht auf damit, dass das Kind nicht Frühförderung bekommt, sondern wie geht es für das Kind weiter und wie geht es für die Allgemeinheit weiter? Viele Kinder bekommen Frühförderung, das ist eine Unterstützung vor dem Schuleintritt und können dann ganz normal in die Schule gehen, weil die Defizite, die sie hatten, aufgeholt werden konnten, oder sie haben bessere Startbedingungen. Das Gleiche gilt fast noch stärker für Qualifikationen im beruflichen Bereich. Wenn jemand einen Beruf erlernen kann und die Unterstützung bekommt, die man dafür braucht, dann kann er oder sie selbst einem Beruf nachgehen, ein Einkommen haben und Steuerzahler oder Steuerzahlerin sein und nicht Sozialhilfeempfängerin. Das müsste uns doch etwas wert sein, oder? Das ist es uns ja bei Menschen ohne Behinderung auch wert. Also hier gespart ist nicht unbedingt klug gespart, denn es kommt auf die öffentliche Hand zurück. Menschen, die keine Ausbildung haben, die zuhause behalten werden bei der Familie, brauchen unter Umständen schneller eine Heimversorgung, wenn zuhause niemand mehr kann und brauchen im Durchschnitt wesentlich mehr Sozialhilfe und nehmen auch mehr Gesundheitsversorgungen in Anspruch. Diese Dinge sind erwiesen – noch einmal: Keine Behauptung. Das ist einmal die eine Geschichte.

Im Übrigen höre ich, dass das AMS – weil ich von Qualifizierung spreche, das ist ja auch zuständig für Menschen mit Behinderung – allein in der Steiermark Kürzungen von 36 Millionen Euro angekündigt hat, dieser Tage und dass das Bundessozialamt allein in der Steiermark um 6 Millionen Euro weniger bekommen wird. Das sind alles Dinge, die in diesem Bereich Qualifizierung von Menschen mit Behinderung hinein fährt und die bewirken wird, dass diese Menschen nicht qualifiziert werden und das wird auch etwas kosten. Meine These: Es wird sogar ein bisschen mehr kosten, als das, was wir jetzt haben.

Zum Regress in der Pflege möchte ich sagen: Ja, da gibt es sicher einen Reparaturbedarf. Denn die Situation, wie wir sie jetzt haben mit dieser Einforderung des Unterhaltsanspruches ist nicht fair, auch sozial nicht fair. Der Regress war ja wenigstens noch gestaffelt, aber die Sache mit dem Unterhaltsanspruch ist es nicht. Und insgesamt ist es eine Entwicklung, wo durch die Hintertür etwas wieder eingeführt wurde, was vorne unter großem Pomp und Trara – und da gebe ich der Frau Kollegin Klimt-Weithaler sehr Recht – abgefeiert wurde. Es haben ja die beiden großen Parteien gar nicht schnell genug sich selbst und gegeneinander auf die Schulter klopfen können und das ist noch gar nicht so lange her. Wir erinnern uns an die Situationen noch. Mir ist eines wichtig: Man muss sich in dem Zusammenhang zusätzlich zu meiner Forderung – bitte denken Sie die Sache fertig über Jahre

– fragen: Was heißt das für die einzelne Person und was heißt das für die Allgemeinheit? Welche Kosten werden anfallen, welche werden nicht anfallen? Mein Wunsch wäre, dass beim Regress, bei der Pflege, beim Regress bei behinderten Menschen Szenarien gerechnet werden, das ist möglich. Das wäre mein Wunsch an Sie, Frau Landesrätin, dass man verschiedene Szenarien rechnet und sagt: „Wenn wir jetzt Regress einführen in dieser und jener Höhe, wie viele Leute betrifft das? Was wird uns das bringen? Was kostet das an Verwaltung und was bewirkt das an anderer Stelle? Und wenn wir es nicht tun, wo müssen wir dann den Hebel ansetzen?“ Im Pflegebereich habe ich es allgemein heute schon ein paar Mal gesagt: Ich differenziere auch bei den Trägern der Heime sehr wohl zwischen jenen, die gewinnorientiert und gemeinnützig sind. Ohne gemeinnützige private Träger würden wir in der Steiermark ziemlich schlecht ausschauen in mehreren Bereichen. Also ich bin weit davon entfernt zu sagen: „Alles Private ist schlecht“, ganz im Gegenteil, aber ich halte schon eine Bindung an eine Orientierung, die dem Gemeinwesen dient, für hilfreich, denn gewinnorientierte Unternehmen haben einen Markt und schaffen sich den auch. Wenn wir einfach keinen Hebel finden gegen diesen ungezügelter Ausbau, dann haben wir das Problem, dass diese Plätze gefüllt werden einfach durch Akquirieren – man kann auch Keilerei dazu sagen – und eben jene Leute ins Heim geben, von denen Sie heute gesagt haben, praktisch ein Drittel der unteren drei Pflegestufen sind in Heimen, die man auch anders betreuen könnte. Aber auch hier bitte weiterdenken, warum geht das so leicht? Weil es in den Gemeinden unter Umständen zu wenige Alternativangebote gibt, die viel kostengünstiger wären, aber die man leider aufbauen müsste. Da sind wir beim nächsten Problem und da hat das Land die Verpflichtung, den Gemeinden auch zu einem anderen Blick auf die Dinge zu verhelfen. Das sagen ja auch Experten, die Gemeinden haben das Gefühl: „Wir können steuern bei den Kosten für den mobilen Bereich. Wir können uns nicht noch mehr leisten“, heißt es, also es wird nicht mehr ausgegeben im mobilen Bereich. Aber Sie haben das Gefühl, sie können nicht steuern bei der Sozialhilfeumlage. Und ich sage es – ich habe schon einmal gesagt – überlegen Sie einmal: Im Bezirk Bruck gegen 80 % der Sozialhilfeumlage in die Pflegeheime, 80 %! Der Rest verteilt sich auf die offene Sozialhilfe, die Jugendwohlfahrt, die auch boomt, nämlich vom Bedarf her und die Behindertenhilfe, der man immer umhängt, dass sie der große Kostentreiber ist. Schauen Sie sich das an, wo der große Kostentreiber ist! Und wenn wir nicht Alternativen aufbauen, die weniger kosten, die flexibler sind, die die Familien, die pflegen unterstützen, dann darf man sich auch nicht wundern, warum die Keiler, die ihre Heime vollkriegen wollen, so erfolgreich sind. Das heißt, man muss das in einem Zusammenhang sehen.

Summa summarum, ich glaube, dass man dem Land da eine Steuerungsverantwortung geben muss. Ich freue mich sehr, Frau Landesrätin, dass Sie jetzt eigentlich unseren Wunsch erfüllt haben, den wir ausgesprochen haben, nämlich dass eben jetzt nicht in selbem Ausmaß weiterhin Heime bewilligt werden, bevor wir nicht einen Überblick haben. Es hat mich wirklich sehr gefreut, dass Sie das jetzt

gesagt haben, weil eigentlich die zwei großen Parteien uns die Zustimmung heute versagt haben, aber Schwamm drüber, würde ich sagen. Mir ist wichtig, dass es passiert, dass zuerst der Überblick da ist und dass dann gezielt auch geschaut wird: Wo müssen wir noch in Heime investieren? Oder wo können wir auch noch sagen: Ja, da ist es sinnvoll, dass ein Heim gebaut wird und wo nicht. Und welche anderen Maßnahmen machen wir noch? Ich habe auch jeden Respekt für ihre Antworten, die Sie gegeben haben. Mir ist auch aufgefallen, dass Sie gesagt haben: Dort oder da liegen keine Daten vor, das ist etwas, was ich auch sehr gut kenne, wenn ich das jetzt sagen darf und es werden sich sicherlich einige ärgern in der Beamtenschaft. Aber der Sozialbereich der Steiermark ist nicht bekannt dafür, dass er eine besonders gute Datenlage hat. Das finde ich ehrlich gestanden fahrlässig, weil ohne Daten würde kein kleiner, kein mittlerer, kein großer Unternehmer seinen Betrieb steuern können, der würde sofort sagen: „Buchhaltung, was ist los? Ich brauche die Eckdaten, sonst können wir keine Investitionsentscheidungen treffen usw.“, was für jeden, für jede NGO und NPO vollkommen klar ist, weil sonst wären sie heute schon tot, das muss wohl auch für die Landesverwaltung gelten, wo Millionen ausgegeben werden und wo man Steuerungsdaten braucht. Aber wie gesagt, ich habe das Gefühl, es hat mir Einiges sehr gefallen von Ihren Antworten heute. Ich habe auch das Gefühl, dass Sie sich in kurzer Zeit schon sehr intensiv eingearbeitet haben. Meine Bitte, die Sachen wirklich fertig zu denken und zu überlegen, wo entstehen Kosten, wenn wir das jetzt so und so machen und Szenarien zu rechnen und zu rechnen. Was kostet es und was bringt es, wenn wir Regress einführen? Und was kostet es und bringt es, wenn wir an anderen Stellen Schrauben drehen. Ich mache deswegen den Vorschlag, weil ich ganz sicher bin, dass das eine Variante wäre, wo der Regress nicht mehr so gut aussieht, wie er im Moment vielleicht ausschauen mag. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen und der KPÖ – 16.42 Uhr)*

Präsident Ing. Wegscheider: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Dr. Murgg. Ich erteile ihm das Wort.

LTabg. Dr. Murgg (16.42 Uhr): Herr Landesrat, geschätzter Herr Landeshauptmann, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Zur fortgeschrittener Stunde, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer, ganz kurz noch einige Bemerkungen zur Anfragebeantwortung. Frau Landesrätin, Sie haben im Wesentlichen unsere Fragen sehr ausführlich beantwortet, nur um ein – nicht um eine Frage, es waren zwei oder drei Fragen, die sich um dieses Thema gedreht haben – aber um ein Thema haben Sie sich herum geschwindelt. Nämlich das ist das Thema – vielleicht, wenn Sie mir das Ohr schenken Frau Landesrätin, weil dann können Sie vielleicht das eine oder andere noch dazu sagen – um ein Thema haben Sie sich herum geschwindelt, das ist – ich sage es ganz salopp – die Geschäftemacherei im Pflegeheimsektor. Sie

haben gesagt: „Sind wir froh, dass die privaten Betreiber“, es war unter Landesrätin Rieder, wenn ich mich richtig erinnere, wo die Privaten direkt eingeladen wurden, also das ist richtig, wie Sie das geschildert haben, „in dieses Geschäft eingestiegen sind und sie haben eine mögliche Lücke damals gefüllt.“ Aber ich frage Sie, glauben Sie wirklich, dass ein – ich weiß nicht, fällt mir jetzt ein – eine Fischl-Moser-Gruppe beispielsweise, weil es einer der größten Betreiber mit steirischen Wurzeln ist, glauben Sie, dass die das um Gottes Lohn machen? Die wollen natürlich damit ein Geschäft machen, das ist legitim. Die machen das Geschäft dadurch, dass die Tagsätze Jahr für Jahr weit über – und das ist Ihrem Klubobmann Drexler voriges Jahr in einem Interview mit der Wochenzeitung „Die Woche“ aufgefallen, die Klubobfrau Klimt-Weithaler hat ja aus diesem Interview auch eine Frage gebastelt sage ich einmal – dass diese privaten Betreiber die Normkosten über die Tagsätze hinaufschrauben, Sie haben es ja selber vorgelesen, von einem Prozent angefangen, von 2,5, da waren dann 12, 14 %, so ist es dahin gegangen. Und selbst in den letzten Jahren, wo dann zwischen BAGS und Nicht-BAGS gesplittet wurde, sind dort die Tagsätze bei den Heimen die BAGS haben, in zweistelligen Prozentsätze hinauf gegangen. Die haben nämlich gesagt: „Wir zahlen zwar den BAGS, aber da wollen wir nicht weniger Gewinn machen, das zahlt uns gefälligst über höhere Tagsätze.“ Ich meine, das kann einfach ein Land und auch eine Gemeinde, die ja auch 40 % über die Sozialhilfeverbände zuschießt, nicht einfach hinnehmen. So ist es auch bei diesem IMMAC-Fonds. Ich glaube Ihnen schon, dass Sie dazu und auch Ihre Abteilung genauso wie wir, nicht konkrete Zahlen haben, aber das sagt mir der Hausverstand: Wenn eine Gruppe eine Rendite um ungefähr 5 bis 6 % verspricht, dann kann diese Rendite natürlich nur aus dem kommen, was in das Pflegeheim an Finanzen hineinkommt und dort kommen nur zwei Geber hinein: Das sind die privaten Pensionen der Insassen, das Pflegegeld und die Zuschüsse der öffentlichen Hand. Ich finde es einfach verkehrt, dass mit diesen Geldern private Anleger ein Geschäft machen. Ich glaube, wir müssen auch von diesem Modell wegkommen und deswegen war der Landtag gut beraten, in der letzten Periode – Ihre Fraktion hat dagegen gestimmt – aber die Sozialdemokratie war damals noch nicht in der Reformpartnerschaft, heute sehen Sie das vielleicht anders, aber hat unserem Antrag zugestimmt mit den Stimmen der Grünen, dass wir langfristig uns an gemeinnützige und öffentlich Betreiber orientieren. Und Irland macht das beispielsweise – die sind jetzt auch bankrott, aber nicht deswegen, weil sie keine privaten Pflegeheime haben, sondern das hat mit dem dortigen Bankensektor zu tun – aber in Irland gibt es beispielsweise nur öffentliche und gemeinnützige Pflegeheimbetreiber. Ich habe das auch nicht gewusst, das hat mir die Frau Cäcilia Petek - heißt sie glaube ich, Frau Lechner-Sonnek kennt sich da viel besser auch als ich, korrigieren Sie mich, wenn ich etwas Falsches sage – die sitzt diesem Verein vor, wo die Beschäftigten der Pflegeheime zusammengeschlossen sind. Also, die weiß wovon sie spricht und die hat mir das bei einem Gespräch wie ich bei ihr war in Eggenberg erzählt, wie das mit Irland ist. Und ich glaube, wir werden, wenn wir so einen Weg in Österreich gehen, die Kostenexplosion nicht

aufhalten, aber wir werden sie dämpfen. Es ist heute die gebotene Zeit, die Belastungen der Kommunen und des Landes sind weit genug fortgeschritten, dass wir auch in dieser Frage der Trägerschaft dieser Heime zu einer Änderung kommen.

Bevor ich aufhöre, möchte ich noch einmal auf diese Studie zurückkommen, die ich bezüglich meiner Wortmeldung auf einen Beitrag der geschätzten Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek gemacht habe, noch einmal in Erinnerung rufen: Die heißt „Finanzierung der Pflege in Österreich, Bedarf, Modelle, Perspektiven“ von einem österreichischen Komitee für soziale Arbeit, das ist wie gesagt österreichweit und nicht steiermarkweit, aber da ist ein interessantes Fazit, alles statistisch belegt. Zwei Punkte aus diesem Fazit möchte ich Ihnen auch noch mit auf den Weg geben, wenn ich so sagen darf. Da heißt es: „Im Verhältnis zum Gesamtaufwand für formell geleistete Pflege ist das Niveau der Kosten für stationäre Versorgung in Österreich im internationalen Vergleich relativ moderat.“ Na, was – wir sind das siebentreichste Land der Welt oder das achtreichste vielleicht, jedenfalls eines der reichsten und sind im internationalen Vergleich, was die stationären Pflegekosten betrifft, immer noch sehr moderat. Also ich glaube, wir müssen das Geld woanders herholen, als dass wir sagen: Da tun wir jetzt im Pflegesektor einsparen. Ihr Subsidiaritätsprinzip – dass ich es heraus bekomme – in Ehren, dass Sie sagen, Sie hängen dem nach und ein Vater und eine Mutter und auch Eltern, wenn der Sohn oder die Tochter durch einen Schicksalsschlag in ein Pflegeheim kommt, haben gemäß diesem Subsidiaritätsprinzip dafür zu sorgen, dass sie eben zu diesen Pflegeheimkosten etwas beitragen, sofern es ihr normales Leben nicht beeinträchtigt. Das ist ein gefährlicher Ansatz, weil das kann man nämlich sehr schnell weiterdenken. Die Eltern haben auch etwas dazu beizutragen, wenn das Kind studiert, wenn das Kind in die Volksschule geht ... (*Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder: Unverständlicher Zwischenruf*) ... nein, das tun sie sowieso, ist schon klar. Wenn man Ihnen, Ihrer Fraktion freien Lauf lässt, dann wird das natürlich sehr breite Kreise ziehen, aber ich meine, wenn wir von Kostenbeiträgen reden, dann sind die natürlich zu Kostenbeiträgen verpflichtet, die von dieser Leistung unmittelbar Gebrauch machen, das sind die Pflegeheiminsassinnen und –insassen. Denen wird ja sowieso alles weggenommen, das hat ohnedies schon die Kollegin Klimt-Weithaler auch schon gesagt. Also das Häusel, wenn sie ein Haus haben, dann geht der Sozialhilfeverband ins Grundbuch und wenn sie ihr Vermögen verheimlichen und das nicht aufbrauchen, dann ist das Häusel eben futsch, also wenn die Mutter oder der Vater drei oder vier Jahre im Pflegeheim war. Das hat ja mit diesen ganzen Regressgeschichten nur am Rande oder fast nichts zu tun. Wir reden ja eben von diesen Subsidiaritätsgeschichten und die sehen wir anders, als Sie sie sehen. Wir meinen, da sollte man die Verwandten nicht belasten und noch einmal, ich bitte Sie, vielleicht doch noch den einen oder anderen Gedanken zu äußern, wie Sie es mit den gewinnorientierten Heimen halten. Danke. (*Beifall bei der KPÖ und den Grünen – 16.50 Uhr*)

Präsident Ing. Wegscheider: Es liegt mir nur mehr eine Wortmeldung vor und die gehört der Frau Landesrätin Mag. Kristina Edlinger-Ploder. Bitte um die Wortmeldung.

Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder (16.51 Uhr): So, ein paar Punkte weil ich noch einmal direkt angesprochen wurde. Zur Frage der IMMAC-Gruppe: Ja, das ist schon richtig, ich hätte mich wahrscheinlich noch etwas intensiver damit beschäftigen können. Ich hoffe, Sie haben aber auch bemerkt, dass ich in den letzten Tagen doch etwas anderes zu tun gehabt habe, als mich mit Rendite-Fonds zu beschäftigen, weil es schlichtweg egal ist. Ich habe Ihnen ja versucht zu erklären, wie ich diese Frage der Dienstleistungserbringung sehe. Und da ist es schlichtweg egal, was eine IMMAC-Gruppe verspricht. Ich bin neugierig, wie viel sie auszahlt, aber das ist sicher ein anderes Thema. Warum? In der Frage Normkostenmodell, in der Frage auch paritätischer Kommission bitte sitzen eben nicht nur die privaten Heimbetreiber drinnen, da sind ja die gemeinnützigen und die öffentlichen auch vertreten bzw. sind in den letzten Jahren dazu eingeladen worden. Ich darf Ihnen sagen, dass die Caritas oder die Volkshilfe oder was Sie jetzt nehmen wollen, auch die Sozialhilfeverbände, die eben da oder dort Heime betreiben, genauso einstimmen in das Lied einer Tagsatzerhöhung. Der einzige Unterschied, den es bis jetzt gemacht hat ist die Frage, ob man den BAGS anwendet oder nicht. Aber ich darf Ihnen sagen, auch kein öffentliches Heim hat sich dagegen gewehrt, dass diese Tagsatzerhöhungen so erfolgt sind und im Übrigen sind sie die, die in der Mehrzahl auch den BAGS anwenden, was ja das Ziel ist und was richtig ist. Von dem her glaube ich schon, dass wir noch einmal etwas überdenken müssen und natürlich müssen wir uns mehr anschauen, als die Frage, wie führen wir jetzt einen Regress ein und damit ist die Geschichte erledigt. Schauen Sie, wir haben in den letzten Jahren wirklich versucht - und ich glaube, dieses Bemühen soll man auch nicht kleinreden - Qualitätsstandards zu entwickeln, aber ich glaube, dass wir da oder dort insbesondere auch im baulichen Bereich ein paar Stufen übersprungen haben, da sage ich Ihnen auch warum. Ich habe von einer Pflegekraft die Frage bekommen: „Schauen Sie, müssen wir eigentlich bei jedem Zimmer wirklich eine Nasszelle haben?“ Wenn ich in der Pflegestufe fünf, sechs oder sieben bin, kann ich mich nicht mehr alleine waschen, natürlich brauche ich da auch ein anderes Badezimmer und dann der Hinweis, dass es toll wäre, wenn Verwandte mich besuchen, die dann aufs zimmereigene Klo gehen könnten, da muss ich jetzt ganz ehrlich sagen, also das halte ich für vernachlässigbar. Wenn ich jemanden im Krankenhaus besuche, ist es auch nicht überall so oder hier im Landtag schaffen wir es glaube ich auch mit einer Toilette und wir haben sie auch nicht fraktionell unterschieden. So, also glaube ich, dass man hier in einem Wohlwollen und in einem Bemühen auch ein bisschen übertrieben haben, wenn wir sagen: „Das ist eben besonders schön und besonders gut, weil wenn sie schon in ein Heim gehen, dann ...!“ Keine Schuldzuweisungen, einfach nur für mich jetzt als eine die da neu dazugekommen ist, schlichtweg eine Analyse. Ich bin eben der Meinung, dass das alles gut und schön

war und dass wir uns natürlich anschauen müssen, auch in Hinkunft irgendwann einmal ist ein Heim neu gebaut und irgendwann einmal ist das auch abgeschrieben und wird dann nicht jeden Tag renoviert, dass wir uns da oder dort – und das ist ja alles auch angesprochen in den von Ihnen erwähnten Dokumenten, auch im Rechnungshofbericht der Stadt Graz oder auf die Frage dieser Reinvestition, auf die wir ja keinen Einfluss haben in erster Linie in dieser Untersuchung. Das Wichtige ist, dass wir auch im Pflegebereich schauen, dass wir etwas bezahlen müssen in dem Fall, was uns allen eigentlich ein Bedürfnis ist, nämlich Zeit, qualitätsvolle Zeit, das ist der Grundsatz. Wenn ich darüber spreche, dass ich den Regress aus den Unterhaltsgedanken und den wiederum erklärt habe, dann darf ich auch in beiden Wortmeldungen noch einmal sagen: Der Regress ist nichts anderes, als schlichtweg eine Verwaltungsvereinfachung, weil jetzt sehen wir nämlich, was es bedeutet, wenn wir da den Unterhalt nachverfolgen. Was hat man früher gemacht? Der Unterhalt war vorher drinnen und ist nachher drinnen, nur mit einer Regressverpflichtung hat man schlichtweg die Verfolgung dieser Unterhaltspflichten nicht eingestellt, sondern hintangestellt. Deshalb glaube ich schlichtweg, dass ein Beitrag zur Pflegefinanzierung, verwaltungseinfacher Beitrag eventuell auch eine Rückersatzforderung sein kann.

Zum allerletzten ist natürlich die Frage: Dem wird ja ohnedies alles weggenommen! Jetzt stelle ich schlichtweg die Frage: Wenn ich heute als ältere Frau in einem Heim untergebracht bin, Pflegegeldbezieherin der Stufe 5 beispielsweise bin, ein Taschengeld bekomme, was wird mir da jetzt weggenommen, außer dass die Einkünfte, die mir zustehen und die ich auch für mich verbrauche, eben jetzt dem Pflegeheim übertragen werden? Also alleine dieses Diktum verwundert mich schon ein bisschen. (*LTA* Abg. Dr. Murgg: „Wenn Sie Ihr Vermögen aufgeben, wird das ausreichen, aber wenn jemand eine Pension von 1.300 Euro hat und die Sozialhilfe dazuzahlt, ist ja das Vermögen auch noch da.“) Auch das ist richtig, denn jetzt stelle ich dann schon die Frage - Sie sind immer der, der sagt: „Tun wir lieber zuerst die acht Rolls-Royce verkaufen, bevor wir den anderen was wegnehmen“, also dann glaube ich dann doch, dass es legitim ist, eben den Rolls-Royce nicht – es geht ja auch in einer Lebensleistung nicht prinzipiell darum: „Wie viel vererbe ich jemanden?“ Oder auch um die Frage: „Jetzt hat der so viel mehr eingezahlt in die Krankenkasse und das hat er gar nicht verbraucht“, ja Gott sei Dank. Ich zahle gerne in eine Krankenkasse und in eine Sozialversicherung und muss das nicht alles für mich verbrauchen, weil ich eben vielleicht nicht krank bin. Also diese schlottrigen dahin gesagten Argumentationen halte ich gerade bei diesem Thema für vollkommen fehl am Platz. Ja, wir haben uns auch als öffentliche Hand um die Pflege zu kümmern und in einer arbeitsteiligen Gesellschaft ist das dann eben eine Frage der Mischung zwischen innerfamiliär oder überhaupt selbst – so wie Sie richtig sagen, wenn ich selbst eine adäquate Pension habe, die das halt leisten kann - innerfamiliär und in letzter Konsequenz natürlich auch gemeinsam, in Solidarität gemeinsam. Also ich glaube sogar, dass ich hier sehr nahe am wohlformulierten christlich-sozialen Bereich bin, dem ich

mich zugehörig fühle und in diesem Sinne möchte ich auch diese Nachhaltigkeit von Pflege vorantreiben. Denn ein Grundsatz, der mich im gesamten Ressort sehr, sehr beschäftigt und hoffentlich weiterträgt, der mich aber in Wahrheit enorm belastet: Ich habe nicht das Gefühl, dass das System, das wir derzeit an Gesundheit und Pflege in der Steiermark haben, in dieser Konstruktion für meine Kinder leistbar ist. Ich möchte meinen Kindern eigentlich schon ein Land überlassen, in dem sie sich selbst noch helfen können und die nicht darauf warten müssen, dass ein Crash sozusagen eintritt und dann sperren wir eben die Hälfte der Krankenhäuser zusperrten oder wie immer. Da müssen wir eingreifen und da müssen wir entscheiden, auch wenn diese Entscheidung nicht immer nur in Richtung „Gratis“ lautet. Danke. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ – 16.39 Uhr)*

Präsident Ing. Wegscheider: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, die Wechselrede ist damit beendet. Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ betreffend keine Wiedereinführung des Regress im Pflegebereich ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Entschließungsantrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Nun kommen wir zur Behandlung der letzten Dringlichen Anfrage der FPÖ vom Montag, dem 22. November 2010, eingebracht um 15.49 Uhr, an Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves betreffend „Bettelverbot“.

Ich erteile Herrn Klubobmann Mag. Dr. Georg Mayer das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt.

LTabg. Mag. Dr. Mayer *(17.00 Uhr)*: Ja, danke schön. Hohes Präsidium, werte Kollegen, geduldige Zuhörer!

Herr Landeshauptmann, zunächst einmal gilt mein erster Dank Ihnen, denn die Überschrift in der Kleinen Zeitung finde ich bemerkenswert. Sie sagen da: „So ist die FPÖ bald die stärkste Partei“, das zeugt für mich durchaus von Weitblick, Herr Landeshauptmann, denn das heißt, Sie haben erkannt, dass die Themen der FPÖ erstens einmal die Themen der Zukunft und zweitens einmal die Themen sind, die die Menschen in diesem Land, nicht nur in diesem Bundesland, sondern auch in unserem Land Steiermark interessieren. *(Beifall bei der FPÖ)*

Dann möchte ich vielleicht noch eines an die Adresse der beiden Klubobleute der Reformgenossenschaft, eurer Gemeinschaft, richten: Ich verstehe nicht, warum es da immer so eine gewisse Aufgeregtheit gibt, wenn wir Dringliche Anfragen stellen, das ist etwas ganz Normales, das

ist in der Geschäftsordnung verankert und im Vergleich zu den anderen, haben unsere Anfragen – und das werden Sie wohl auch zugeben – wirklich aktuellen Bezug auch zur Tagespolitik in der Steiermark.

Ich komme jetzt zur Begründung unseres Antrages und möchte zu Beginn gleich einmal eines klarstellen: Es ist uns durchaus bewusst, dass es hier im Rahmen unseres Antrages um Menschen geht, die teilweise Hilfe brauchen. Das wird ja sehr oft von der linken Seite der Macht immer wieder vorgebracht, dass die FPÖ menschenfeindliche Politik betreiben würde. Dagegen verwehren wir uns, diesen Menschen soll geholfen werden. Es gibt nämlich Menschen, die da gezwungen werden, betteln zu gehen und es gibt aber auch Menschen auf den steirischen Straßen und in den steirischen Städten, die sich durch dieses aggressive Vorgehen der Bettler belästigt fühlen. Wir leben, meine Damen und Herren – und das wissen wir alle – nicht mehr im Mittelalter. Im Mittelalter war die Bettelei eine Form des Broterwerbes und wenn man heute durch Graz schlendert, hat man aber oft den Eindruck, dass man sich noch im selbigen befindet. Mir hat heute jemand von der Presse gesagt, er hat einmal von der Sporgasse die ganze Herrengasse durch gezählt, da sind 50 Leute gesessen, die gebettelt haben. Wissen Sie, was das Problem ist? Wir haben uns an diesen Anblick gewöhnt. Die, die sich jeden Tag in Graz aufhalten, haben sich bereits daran gewöhnt, dass wir dieses Straßenbild haben. Ich kann Ihnen eines sagen – glauben Sie mir das – das ist in dieser Form in Europa einzigartig, dieses Straßenbild, wie es sich in Graz darstellt. Ich glaube, im 21. Jahrhundert muss und soll es keine Form des Broterwerbs sein, in dem man betteln geht. Dank aufstrebender Wirtschafts- und Sozialsysteme ist die Bettelei nämlich de facto obsolet geworden. Selbst in vielen armen arabischen Ländern, wo betteln z.B. auch in der religiösen Tradition verankert ist, sagt man heute den Touristen schon, sie sollen den zum Teil kindlichen Bettlern kein Geld, sondern Kugelschreiber geben, weil sie sich ohnehin in der Schule befinden sollten um diese Zeit. Es geht dabei also um Menschen, die bei Wind und Wetter auf die Straße gestellt werden und die zum großen Teil selber Opfer sind. Es geht um Minderjährige, die statt die Schule zu besuchen, eiskalt von Profiteuren im Hintergrund instrumentalisiert werden, um Geld mit ihnen zu verdienen. Diese Profiteure kommen organisiert zum großen Teil aus der Slowakei und aus Ungarn angereist und den Opfern dieser organisierten Banden, bin ich der Meinung, sollte geholfen werden. Hier müsste man auch wieder die Europäische Union in die Pflicht nehmen, die so viel gepriesene, denn es gibt ja zahlreiche Mitteln, die über die Union in diese neuen Beitrittskandidaten fließen und die dort auch eingesetzt werden müssen. Da müsste man den Regierungen natürlich auch dementsprechend vonseiten der Europäischen Union den Druck machen. Die Chefs dieser Banden müssen ebenso vor Ort strafbehördlich verfolgt werden. Ebenso müssen soziale Missstände vor Ort beseitigt werden.

In der vergangenen Legislaturperiode hat man bei diesem Thema aus ideologischen Gründen Spielchen auf dem Rücken der steirischen Bevölkerung ausgetragen. Ich denke, es ist höchste Zeit hier

endlich aktiv zu werden, gerade in der Vorweihnachtszeit, wo wieder mit mehr Bettelaufkommen zu rechnen ist. Die Problematik ist nicht zu schubladisieren, sondern es sind Lösungen dafür zu suchen und erlauben Sie mir, dass ich Ihnen kurz Harald Martenstein in seiner letzten Kolumne in der „Zeit“ zitiere, der nämlich ganz treffend zu diesem Thema schreibt: „Diese einfachen Wahrheiten, die so leicht von der Zunge gehen und ein warmes Gefühl im Bauch verschaffen, stimmen manchmal auch nicht. Gut ist manchmal schlecht und umgekehrt. Tugend kann ein Laster sein und es kann auch richtig sein, einen Menschen in Not manchmal nicht zu helfen“.

In diesem Sinne erlaube ich mir unsere Anfragen, Herr Landeshauptmann, an Sie zu stellen, die nämlich drei Fragen sind:

1. Wie ist der derzeitige Stand in der Causa „Bettelverbot“?
2. Was haben Sie in den letzten fünf Jahren getan, um der aggressiven Bettelei in den steirischen Städten entgegenzutreten?
3. Was planen Sie in dieser Legislaturperiode, um dieser ausufernden organisierten und aggressiven Bettelei entgegenzutreten?

Noch ganz kurz eines an die Adresse der ÖVP: Ihr Sicherheitssprecher im Wiener Landtag, Herr Wolfgang Ulm, fühlt sich da ganz auf unserer Seite. Er spricht nämlich von einem sogenannten Bettelunwesen seiner Meinung nach und Zitat: „Das Gebot der Stunde ist ein striktes Einschreiten der Polizei und der Stadt Wien gegen alle in Wien praktizierenden Formen von gewerbsmäßiger Bettelei. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ – 17.07 Uhr)*

Präsident Ing. Wegscheider: Ich ersuche nun Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves um Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage.

Landeshauptmann Mag. Voves *(17.07 Uhr):* Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kollegin, geschätzter Kollege auf der Regierungsbank, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, Hohes Haus!

Wie viele von Ihnen noch sehr gut wissen werden, hat sich dieses Hohe Haus in der vergangenen Legislaturperiode sehr eingehend mit der Frage einer allfälligen Novellierung des steirischen Landessicherheitsgesetzes im Hinblick auf eine Neuregelung der Bestimmungen über die Bettelei auseinandergesetzt. Die Fragen, sehr geehrte Herren der FPÖ, beantworte ich wie folgt:

Ad 1: Die erste Frage nach dem derzeitigen Stand haben Sie in der Begründung für die Dringliche Anfrage bereits selbst beantwortet, indem Sie den aktuellen Gesetzestext zitiert haben. Dieser inkriminiert eindeutig jede Form des aggressiven Bettelns, worauf ich ganz besonders im Hinblick auf Ihre zweite Frage hinweisen möchte.

Ad 2: In Beantwortung Ihrer zweiten Frage weise ich daher darauf hin, dass es in den letzten fünf Jahren nicht notwendig war, Bestimmungen gegen aggressive Bettelerei zu beschließen, da diese bereits im Rahmen des derzeitigen in Kraft befindlichen Landessicherheitsgesetzes verboten ist.

Ad 3: Zu Ihrer dritten Frage halte ich fest, dass es Ziel der Reformpartnerschaft von SPÖ und ÖVP ist, die bereits in der letzten Legislaturperiode begonnenen Bemühungen, eine gesetzliche Lösung für das Thema Bettelerei zu finden, fortzusetzen und dieses Problem so rasch wie möglich einer Lösung zuzuführen. Das heißt, dass sich der Landtag Steiermark in den nächsten Monaten auch intensiv mit diesem Thema befassen wird.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP – 17.09 Uhr)*

Präsident Ing. Wegscheider: Ich bedanke mich bei Herrn Landeshauptmann für die Beantwortung der Dringlichen Anfrage.

Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage und weise noch einmal darauf hin, wonach die Regierungsmitglieder sowie die Hauptredner nicht länger als 20 Minuten und die Debattenredner nicht länger als 10 Minuten sprechen dürfen.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Mayer. Ich erteile ihm das Wort.

LTabg. Mag. Dr. Mayer (17.09 Uhr): Herr Landeshauptmann danke schön für diese Beantwortung. Sie scheint mir doch ein bisschen zu wenig weit zu greifen. Sie beziehen sich da bei Frage eins und zwei auf den derzeit schon geltenden Gesetzestext zurück. Wir haben den in unserer Anfrage angeführt, weil wir der Meinung sind und wie man auch sieht auf den steirischen Straßen, dass zwar dieser Gesetzestext so dort steht, er aber so nicht vollzogen wird. Also die Vollziehung widerspricht dem eigentlich, was dort im Gesetzestext steht. Deswegen möchte ich zu Punkt drei eine gesetzliche Lösung. Wir sind der Meinung, dass das dringend notwendig ist, dieses Problem anzugehen, deswegen möchte ich auch einen Entschließungsantrag von unserer Seite noch einbringen, der da heißen soll:

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag Steiermark spricht sich für ein generelles Bettelverbot in der Steiermark aus.
2. Die Steiermärkische Landesregierung erarbeitet umgehend eine Gesetzesvorlage zur Novellierung des Steiermärkischen Landessicherheitsgesetzes, mit der ein generelles Verbot der Bettelerei in der Steiermark gesetzlich verankert wird.

(Beifall bei der FPÖ – 17.10 Uhr)

Präsident Ing. Wegscheider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ betreffend Bettelverbot ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Entschließungsantrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Damit ist die Behandlung der Dringlichen Anfrage beendet, damit ist auch die heutige Tagesordnung erledigt und erschöpft. Die nächste Sitzung des Landtages findet am 14. Dezember 2010 statt.

Zu dieser Sitzung des Landtages wird eine schriftliche bzw. elektronische Einladung erfolgen. Ich erkläre die heutige Sitzung für beendet und wünsche einen schönen Abend und einen schönen Nachhauseweg!

Ende der Sitzung: 17.12 Uhr